

Till-Tentschert, Ursula et al.

Research Report

Armutgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich: Ergebnisse aus EU-SILC 2009

Sozialpolitische Studienreihe, No. 5

Provided in Cooperation with:

Government of Austria, Federal Ministry of Social Affairs, Health, Care and Consumer Protection, Vienna

Suggested Citation: Till-Tentschert, Ursula et al. (2011) : Armutgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich: Ergebnisse aus EU-SILC 2009, Sozialpolitische Studienreihe, No. 5, ISBN 978-3-99046-002-3, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/226666>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>



bmask.gv.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ

SOZIALPOLITISCHE STUDIENREIHE

BAND 5

Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich Ergebnisse aus EU-SILC 2009

Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1, 1010 Wien

- **Redaktion** Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren), Franz Eiffe, Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina-Tabue
- **Konzeption und Druckvorstufe:** Martin Withalm • **Druck:** vdvfriedrich
- **1. Auflage:** Jänner 2011, ISBN 978-3-85010-263-6

Alle Rechte vorbehalten: Zu beziehen bei BMASK-Bestellservice 0800/20 20 74 oder <http://broschuerenservice.bmask.gv.at>. Jede Verwertung (auch auszugsweise) ist ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Dies gilt insbesondere für jede Art der Vervielfältigung, der Übersetzung, der Mikroverfilmung, der Wiedergabe in Fernsehen und Hörfunk, sowie der Verarbeitung und Einspeicherung in elektronische Medien, wie z. B. Internet oder CD-Rom.

ARMUTSGEFÄHRDUNG UND LEBENSBEDINGUNGEN IN ÖSTERREICH ERGEBNISSE AUS EU-SILC 2009

Ursula Till-Tentschert (Projektleitung EU-SILC), Matthias Till (Eingliederungsindikatoren), Franz Eiffe,
Thomas Glaser, Richard Heuberger, Elisabeth Kafka, Nadja Lamei, Magdalena Skina-Tabue
Studie der Statistik Austria im Auftrag des BMASK

VORWORT

Armut zu verhindern und zu mindern ist das wesentliche Ziel der Sozialpolitik.

Der wirksamste Schutz gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist ein regelmäßiges Erwerbseinkommen. Österreich gehört zu den Staaten mit den höchsten Beschäftigungs- und niedrigsten Arbeitslosenquoten in Europa. Dennoch zeigt die vorliegende Publikation auch, dass ein relativ geringer Teil unserer Gesellschaft trotz Arbeit von Armut betroffen ist. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Sozialleistungen reduzieren um mehr als zwei Drittel das Armutsgefährdungsrisiko und sichern Teilhabechancen. Ohne Pensionen und Sozialleistungen würde die Armutsgefährdungsquote anstatt bei 12% bei 43% liegen. Diese Reduktion belegt die gute quantitative und qualitative Ausgestaltung und die hohe Treffsicherheit unserer Sozialpolitik.

Sozialleistungen haben die Auswirkungen der Krise in Österreich deutlich abgefedert. Jeder Euro, der in Sozialtransfers investiert wurde, hatte laut OECD die zweieinhalbfache Wirkung von einem Euro für Konjunkturprogramme. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung, Familienleistungen oder Pensionen tragen ganz wesentlich dazu bei, dass die Konsumausgaben der privaten Haushalte stabil bleiben und damit Geld wieder zurück in die öffentlichen Haushalte fließt.

Die vorliegende Publikation SILC 2009 spiegelt die Situation der Einkommen und Lebensbedingungen wider, die jährlich in allen 27 Mitgliedsstaaten erhoben werden. Es geht nicht nur um die Erfassung der Zahl von Armutsgefährdeten im Sinne von Einkommensarmut, sondern auch um die Entwicklung von Ungleichheit, um die Bereiche Wohnen, Bildung und Gesundheit und um soziale Teilhabe in unserer Gesellschaft.

Im Juni 2010 haben sich die Europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie bis zum Jahr 2020 geeinigt, die erstmals und ausdrücklich einen Schwerpunkt zur Verringerung von Armut (in einer breiteren Definition) mit konkreten Zielgrößen formuliert.

Die österreichische Bundesregierung hat sich dazu bekannt, die Zahl der Personen, die sich in sozialen Problemlagen befinden, bis 2020 um über 220.000 zu reduzieren.

Als Arbeits- und Sozialminister geht es mir um das Prinzip des aktiven Sozialstaats – also um eine Startrampe, um wieder voll am Arbeitsleben teilnehmen zu können. Das bedeutet auch, dass jemand vom Sozialleistungsempfänger wieder zum Sozialleistungszahler wird. Von einem aktiven Sozialstaat profitieren alle – die Bevölkerung und der Staatshaushalt.

Bundesminister Rudolf Hundstorfer

VORWORT

Die vorliegende Publikation der STATISTIK AUSTRIA präsentiert aktuelle Ergebnisse aus EU-SILC 2009 zu Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Grundlage der Berichterstattung sind nationale und europäische Indikatoren zur Zusammensetzung und Entwicklung von Armut und sozialer Eingliederung. Die Europa 2020 Strategie sieht vor, Gefährdungslagen für soziale Ausgrenzung zu verringern. Über die daraus abgeleitete Zielgruppe der Ausgrenzungsgefährdeten wird erstmals berichtet.

Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon festgestellt, dass das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden kann. Vor diesem Hintergrund wurde EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) im Jahr 2004 als neue Quelle für vergleichende und methodisch harmonisierte Statistiken zur sozialen Eingliederung per Verordnung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments (EG Nr. 1177/2003) eingeführt. Alle Mitgliedstaaten sind demnach zur Erhebung von Daten zu Einkommen und Lebensbedingungen und zur Berechnung von gemeinsamen Indikatoren verpflichtet.

In Österreich führt STATISTIK AUSTRIA seit 2003 jährlich die EU-SILC-Erhebung im Auftrag des BMASK durch. Mit 31. August 2010 ist die nationale Verordnung (BGBl. II Nr. 277/2010) über die Statistik der Einkommen und Lebensbedingungen in Kraft getreten, die künftig die Möglichkeit der Einbeziehung von Verwaltungsdaten schafft. Dadurch wird die Belastung der zu befragenden Haushalte reduziert und gleichzeitig eine Steigerung der Datenqualität bei der Erfassung von Einkommen angestrebt.

Die aktuellsten Bestrebungen der Europäischen Kommission zur Armutsbekämpfung sind in der im Juni 2010 beschlossenen Europa 2020 Strategie festgelegt: Die Mitgliedstaaten haben sich geeinigt zumindest 20 Millionen Menschen aus Gefährdungslagen herauszubringen. Das Ausmaß und die Zusammensetzung für Österreich werden in

einem Kapitel erstmals berichtet.

Mit der vorliegenden Publikation wird somit die Berichterstattung der Vorjahre zu Einkommen, Lebensstandard und Armutsrisiken fortgesetzt. Enthalten sind auch die aktualisierten nationalen Eingliederungsindikatoren, die im Auftrag des BMASK erstellt und im Vorjahr erstmals publiziert wurden. Methodische Details und Kohärenzvergleiche zur Studie sowie ein umfassender Tabellenband sind auf den Websites von STATISTIK AUSTRIA und des BMASK abrufbar.

Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor
STATISTIK AUSTRIA

INHALTSVERZEICHNIS

	Verzeichnis der Übersichten	14
	Verzeichnis der Grafiken	17
1.	Einleitung	21
2.	Zusammensetzung und Verteilung der Haushaltseinkommen	25
2.1	Einkommen privater Haushalte in Österreich	25
2.2.	Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung	29
2.3.	Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens	33
2.4.	Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen	34
2.5.	Entwicklung des Medianlebensstandards 2004 bis 2009	39
3.	Das Ausmaß der Armutsgefährdung in Österreich	44
3.1.	Armutsgefährdungsschwelle, -quote und -lücke 2009	44
3.2.	Armutsgefährdung für verschiedene Bevölkerungsgruppen	50
3.2.1.	Merkmale über- und unterdurchschnittlicher Armutsgefährdung	50
3.2.2.	Risikogruppen mit erhöhter Armutsgefährdung	55
3.2.3.	Risikolagen von Migrantinnen und Migranten	56
3.3.	Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung	61
3.3.1.	Erwerbstätigkeit und Armutsgefährdung von Personen im Erwerbsalter	62
3.3.2.	Haushaltszusammensetzung und Armutsgefährdung	67

3.3.3.	Erwerbsbeteiligung des Haushalts und Armutsgefährdung	69
	Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung	72
3.3.4.	Staatliche Sozialleistungen und ihre Wirkung	76
3.4.	Häufigkeit und Dauer von Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2008	83
3.4.1.	Zeitweilige und dauerhafte Betroffenheit von Armutsgefährdung für verschiedene Gruppen	89
3.4.2.	Mangelnde Teilhabechancen und Dauer der Armutsgefährdung	96
4.	Europa 2020	100
4.1.	Europäische und nationale Zielgrößen für Europa 2020	100
4.1.1.	Definition des gemeinsamen Europäischen Eingliederungszieles	101
4.1.2.	Ausgangssituation Österreichs	105
4.1.3.	Strukturmerkmale der Europa 2020 Zielgruppe	107
4.1.4.	Sozialstruktur der ausgrenzungsgefährdeten Personen	113
4.1.5.	Ausblick und Illustration von Wirkungszusammenhängen	116
5.	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung	120
5.1.	Einleitung	120
5.2.	Zusammenfassung	122
5.3.	Entwicklung der Rahmenbedingungen seit 2004	126
5.3.1.	Wirtschaftswachstum und Krise	126
5.3.2.	Steigende Erwerbstätigkeit	126
5.3.3.	Einkommenssteigerungen der Privathaushalte	127
5.3.4.	Teuerung 2008 und Preisrückgang im Krisenjahr	128
5.3.5.	Bevölkerungszunahme im Krisenjahr halbiert	129
5.4.	Trends der nationalen Eingliederungsindikatoren	

	seit 2004	129
5.4.1.	Verhältnis von Wirtschaftskrise und materieller Deprivation	129
5.4.2.	Polarisierungstendenzen in der Wohnintegration	131
5.4.3.	Verbesserte Erwerbseinbindung und finanzielle Absicherung	132
5.4.4.	Erhöhte Bildungschancen nur im Vorschulbereich	132
5.4.5.	Gesundheit bleibt stark von sozialer Ungleichheit geprägt	133
5.5.	Detailübersicht der 17 nationalen Eingliederungsindikatoren	133
5.5.1.	Finanzielle Deprivationsquote und manifeste Armut Manifeste Armut: Gleichzeitigkeit von Armutsgefährdung und Deprivation	133
5.5.2.	Standardisiertes Medianeinkommen	140
5.5.3.	Einkommenslücke	143
5.5.4.	Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre)	144
5.5.5.	Überbelag in Mehrpersonenhaushalten	146
5.5.6.	Unzumutbarer Wohnungsaufwand	148
5.5.7.	Prekäre Wohnqualität	150
5.5.8.	Belastung durch Wohnumgebung	152
5.5.9.	Arbeitsmarktfernenquote	154
5.5.10.	Haushalts-Erwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle	156
5.5.11.	Niedrigstundenlohnquote	158
5.5.12.	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten	160
5.5.13.	Bildungsaktivität	162
5.5.14.	Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen	163
5.5.15.	Bildungsferne Jugendliche	166

5.5.16.	Gesundheitsprobleme	167
5.5.17.	Unterschiedliche Lebenserwartung nach Bildungsstand	169
6.	Europäische Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung	172
6.1.	Der politische Hintergrund	172
6.2.	Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU	173
6.3.	Indikatoren aus EU-SILC für Österreich	174
6.3.1.	Aufbau der Liste	174
6.3.2.	Neuerungen 2009: Einbeziehung von Privatpensionen und neue Deprivationsindikatoren	175
7.	Literatur	186
7.1.	Verwendete Literatur	186
7.2.	Berichte und Publikationen zu EU-SILC	187
8.	Erläuterungen und Definitionen	193
8.1.	Methodische Erläuterungen	193
8.2.	Veränderungen zur Vorjahreserhebung	194
8.2.1.	Private Pensionsleistungen als neue Komponente im Haushaltseinkommen	194
8.2.2.	Adaptierungen des Befragungsinstruments	195
8.2.3.	Veränderungen im Tabellenband 2008/2009	196
8.3.	Definitionen zum Tabellenband	198
8.3.1.	Einkommen	198
8.3.2.	Verteilungs- und Ungleichheitskennziffern	200
8.3.3.	Armutsgefährdung	201
8.3.4.	Finanzielle Deprivation	203
8.3.5.	Gesundheit	204
8.3.6.	Wohnsituation	205

8.3.7.	Konsumgüter	206
8.3.8.	EU-SILC Modul 2009 zur materiellen Deprivation	207
8.3.9.	Armutslagen	207
8.3.10.	Regionale Gliederung	207
8.3.11.	Alter	207
8.3.12.	Staatsbürgerschaft	208
8.3.13.	Höchster Bildungsabschluss	208
8.3.14.	Haushaltstypen	209
8.3.15.	Arbeit, Erwerbsintensität, prekäre Beschäftigung	211
8.3.16.	Lebenszufriedenheit	215
8.3.17.	Familie / Kinderbetreuung	215
8.3.18.	Risikohaushalte	216
8.4.	Definitionen von Europa 2020 (Kap. 4)	217
8.5.	Definition der Kontextvariablen der nationalen Eingliederungsindikatoren (Kap.5)	218
8.6.	Definitionen zu Eurostat-Indikatoren	220

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1:	Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens	26
Übersicht 2:	Verteilung des Einkommens privater Haushalte	28
Übersicht 3:	Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente	30
Übersicht 4:	Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie	31
Übersicht 5:	Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen	32
Übersicht 6:	Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform	36
Übersicht 7:	Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen	38
Übersicht 8:	Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004 - 2009	41
Übersicht 9:	Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2009	42
Übersicht 10:	Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen	45
Übersicht 11:	Armutsgefährdungsquote 2009 mit Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer	47
Übersicht 12:	Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen	50
Übersicht 13:	Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004 - 2009	53
Übersicht 14:	Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp 2004 - 2009	54
Übersicht 15:	Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen	56
Übersicht 16:	Armutsgefährdungsquote und Intensität der	

	Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft	59
Übersicht 17:	Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2008 von Personen im Erwerbsalter	63
Übersicht 18:	Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko	65
Übersicht 19:	Working poor in Österreich 2004 - 2009	66
Übersicht 20:	Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen	67
Übersicht 21:	Armutsgefährdung nach Erwerbsbeteiligung des Haushalts	70
Übersicht 22:	Armutsgefährdung in Erwerbslosenhaushalten	72
Übersicht 23:	Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Familien	74
Übersicht 24:	Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen	77
Übersicht 25:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung	80
Übersicht 26:	Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in ausgewählten Risikogruppen	82
Übersicht 27:	Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2005-2008	85
Übersicht 28:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	90
Übersicht 29:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp	92
Übersicht 30:	Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Erwerbsmerkmalen und Bildung	94
Übersicht 31:	Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	96
Übersicht 32:	Wohnbedingungen nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung	98
Übersicht 33:	Zusammensetzung der Ausgrenzungsgefährdeten nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp	115
Übersicht 34:	Anzahl der Personen im Nahbereich der	

	Armutsgefährdungsschwelle (in 1.000)	118
Übersicht 35:	Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich zum Jahr 2009	122
Übersicht 36:	Nominelle Veränderungsraten ausgewählter Aggregate des Haushaltseinkommens aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2004-2009 (Sektorkonto für Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Veränderungsraten jeweils in % zum Vorjahr)	128
Übersicht 37:	Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)	135
Übersicht 38:	Merkmale finanzieller Deprivation	136
Übersicht 39:	Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation	138
Übersicht 40:	Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp	139
Übersicht 41:	Medianeinkommen in % vom Median der Bevölkerung	142
Übersicht 42:	Einkommenslücke	144
Übersicht 43:	Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)	146
Übersicht 44:	Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	148
Übersicht 45:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)	150
Übersicht 46:	Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)	152
Übersicht 47:	Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)	154
Übersicht 48:	Arbeitsmarktfernenquote (in % der Bevölkerung)	156
Übersicht 49:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Gefährdungsschwelle (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	158
Übersicht 50:	Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig	

	Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)	160
Übersicht 51:	Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)	161
Übersicht 52:	Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)	163
Übersicht 53:	Vorschulbildung	165
Übersicht 54:	Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)	167
Übersicht 55:	Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)	169
Übersicht 56:	Unterschiedliche Lebenserwartung nach Bildungsstand	171

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Grafik 1:	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen	29
Grafik 2:	Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen	33
Grafik 3:	Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen	52
Grafik 4:	Äquivalisiertes Nettojahreseinkommen 2009 nach Staatsbürgerschaft	57
Grafik 5:	Armutsgefährdung von Kindern und abhängigen jungen Erwachsenen nach Staatsbürgerschaft	60
Grafik 6:	Typen „dauerhafter Armutsgefährdung“ nach EU-Definition	86
Grafik 7:	Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians	88
Grafik 8:	Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians	89

Grafik 9:	Überlappung von Problembereichen der Europa 2020 Zielgruppe ausgrenzungsgefährdeter Personen	109
Grafik 10:	Zusammensetzung der Europa 2020 Zielgruppe der von Ausgrenzung gefährdeten Personen 2005-2009	112
Grafik 11:	Finanzielle Deprivationsquote, Trend 1995-2009	134
Grafik 12:	Armutsgefährdung und manifeste Armut nach Risikogruppen	140
Grafik 13:	Standardisiertes Medianeinkommen relativ zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2009	141
Grafik 14:	Einkommenslücke, Trend 1995-2009	143
Grafik 15:	Dauergefährdungsanteil der armutsgefährdeten Bevölkerung	145
Grafik 16:	Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 1995-2009	147
Grafik 17:	Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2009	149
Grafik 18:	Prekäre Wohnqualität, Trend 1995-2009	151
Grafik 19:	Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2009	153
Grafik 20:	Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2009	155
Grafik 21:	Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle, Trend 1995-2009	157
Grafik 22:	Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2009	159
Grafik 23:	Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2009	161
Grafik 24:	Bildungsaktivität, Trend 2005-2009	162
Grafik 25:	Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen, Trend 2006-2009	164
Grafik 26:	Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2009	166
Grafik 27:	Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007	168
Grafik 28:	Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2006/7	170

1. EINLEITUNG

Die jährliche Veröffentlichung zur Erhebung EU-SILC stellt zentrale Ergebnisse zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen österreichischer Privathaushalte dar. Mit dem vorliegenden Bericht werden Analysen und ausführliche Tabellen für das Erhebungsjahr 2009 präsentiert und damit die Berichterstattung der Vorjahre aktualisiert. Neben Detailanalysen für das Jahr 2009 finden sich ausgewählte Ergebnisse zu Einkommen und Armutsgefährdung im Trend seit 2004 sowie Längsschnittauswertungen für die Jahre 2005 bis 2008. Neu hinzugekommen ist ein Kapitel zu den Indikatoren der Europa 2020 Strategie. Weiters wurde der im Auftrag des BMASK erstellte und im Vorjahr publizierte Katalog zu nationalen Eingliederungsindikatoren aktualisiert.

EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) ist eine Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa und bildet eine wichtige Grundlage für die Europäische Sozialstatistik. Zentrale Themen sind Einkommen, Beschäftigung und Wohnen sowie subjektive Fragen zu Gesundheit und finanzieller Lage, die es ermöglichen, die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten abzubilden. EU-SILC ist auch die zentrale Quelle zur Erhebung der vom Europäischen Rat verabschiedeten Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Eingliederung (vormals bekannt als Laeken-Indikatoren). EU-Verordnungen bilden die rechtliche Grundlage für die Erhebung, die seit 2008 zu 100% vom BMASK finanziert wird.

In Österreich wurde EU-SILC erstmals 2003 als einmalige Querschnitterhebung von Statistik Austria durchgeführt. Ergebnisse werden seitdem jährlich in Form eines Berichts sowie als Artikel zu Schwerpunktthemen in den Statistischen Nachrichten publiziert. Zudem werden die anonymisierten Mikrodaten an interessierte ForscherInnen abgegeben, seit 2008 sind die NutzerInnendaten für Forschung und Lehre kostenfrei zu beziehen.

Im Jahr 2004 begann eine integrierte Längs- und Querschnitterhebung – das heißt jeweils rund drei Viertel der Haushalte werden auch im Folgejahr wieder befragt, ein Viertel der Stichprobe kommt jährlich neu hinzu. Im Jahr 2007 wurde die integrierte Quer- und Längsschnitterhebung erstmals voll implementiert. Das heißt, dass mit dem Datensatz 2004-2007 erstmals ein 4-jähriger Längsschnitt auswertbar war. 2008 und 2009 wurde das Rotationsdesign wie gehabt fortgesetzt.

Grundlage für die Ausgangsstichprobe des jeweils neuen Viertels ist das Zentrale Melderegister. Die Ziehung erfolgte 2009 in einer geschichteten und zweistufigen Wahrscheinlichkeitsstichprobe aus dem ZMR. Alle Personen eines Haushaltes ab 16 Jahren wurden persönlich befragt. Zusätzlich wurden grundlegende Informationen zu Kindern erhoben. Die Erhebung EU-SILC 2009 wurde wie im Vorjahr vollständig von der Erhebungsinfrastruktur der Statistik Austria durchgeführt. Die Interviews wurden durch persönliche (CAPI) und telefonische (CATI) Befragungen erhoben.

Bei einer Bruttostichprobe von insgesamt 8.383 Adressen beruhen die Auswertungen für 2009 auf Daten von 5.878 teilnehmenden und für den Enddatensatz akzeptierten Haushalten, in denen insgesamt 13.610 Personen lebten. Davon waren 2.548 Personen unter 16 Jahre alt, 11.062 16 Jahre oder älter. Von den 11.062 Personen wurden 4.910 Personen durch CAPI-Interviews persönlich befragt, 3.561 Personen durch CATI-Interviews. Insgesamt wurden 2.473 Proxyinterviews durchgeführt, 1.255 mittels CAPI- und 1.218 mittels CATI-Technik. 1.153 Haushalte wurden zum vierten Mal, 1.257 zum dritten Mal, 1.452 zum zweiten Mal und 2.016 zum ersten Mal befragt.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung – je kleiner die untersuchten Gruppen desto ungenauer sind die auf die Grundgesamtheit hochgerechneten Werte. Dies betrifft auch die Ergebnisse für Bundesländer. Aufgrund der starken Nachfrage nach regionalisierten Ergebnissen werden diese Ergebnisse auch im diesjährigen Bericht veröffentlicht, auf die gebotene Vorsicht bei der Interpretation

muss jedoch ausdrücklich hingewiesen werden. Mitunter sehr deutliche Unterschiede zum Vorjahr sind in Hinblick auf die statistische Schwankungsbreite in der Regel nicht signifikant.

Der Textteil folgt mit einigen Modifikationen der Gliederung der Vorjahre. Die verwendeten Definitionen und Hinweise zur Berechnung der dargestellten Indikatoren und Gliederungsmerkmale sowie eine Übersicht über die wesentlichsten Änderungen im Vergleich zum Bericht zu EU-SILC 2008 sind im Abschnitt „Erläuterungen und Definitionen“ am Ende dieser Publikation nachzuschlagen.

Der Bericht „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“ und der umfassende Tabellenband zu EU-SILC 2009 werden als separate Publikationen auf der Homepage von Statistik Austria (und der des BMASK) zur Verfügung gestellt.

www.statistik.at › Statistiken › Soziales › Armut und soziale Eingliederung.

Der online publizierte **„Tabellenband zu EU-SILC 2009“** umfasst folgende Themen:

- » Einkommensverteilung
- » Ausstattung mit Konsumgütern und finanzielle Einschränkungen
- » Wohnen
- » Gesundheit
- » Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung inkl. Tabellen zur EU 2020 Zielgruppe und dauerhafter Armutsgefährdung
- » Lebenszufriedenheit
- » Bildung
- » Kinderbetreuung
- » Arbeit
- » Risikogruppen

- » Verteilung von Bestandteilen des Jahreseinkommens
- » Materielle Deprivation (Modul 2009)

Differenzierte methodische Informationen zur Erhebung sind in der Publikation **„Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“** enthalten (ebenfalls auf der Homepage abrufbar), in der auch die Qualität der Ergebnisse geprüft wird. Dies ist somit wesentlicher Bestandteil der durch EU-Verordnungen geregelten Qualitätssicherung. Darin werden auch Neuerungen gegenüber dem Vorjahr zusammengefasst und Vergleiche mit anderen Datenquellen präsentiert.

Die anonymisierten Mikrodaten, die diesem Bericht zugrunde liegen, sind ab Jänner 2011 verfügbar.

2. ZUSAMMENSETZUNG UND VERTEILUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN

EU-SILC enthält detaillierte Informationen über das jährliche Einkommen von Privathaushalten in Österreich und ist damit die einzige für wissenschaftliche Zwecke verfügbare Datenquelle dieser Art. Unter Berücksichtigung der Höhe des gesamten Einkommens, das in einem Haushalt verfügbar ist, und des unterstellten Einkommensbedarfs der darin lebenden Personen kann im Gegensatz zur isolierten Betrachtung von Personeneinkommen indirekt auf den Lebensstandard ganzer Haushalte geschlossen werden. Die jährlich erfolgende Berichterstattung zur Armutsgefährdung basiert auf dieser Grundlage. Seit 2003 werden auf Basis von EU-SILC Statistiken über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen erstellt. Davor diente von 1995 bis 2001 das Europäische Haushaltspanel (ECHP) als Grundlage für die Berichterstattung über Haushaltseinkommen und Armut. Um die Vergleichbarkeit der Statistiken auf EU-Ebene zu gewährleisten, folgt die verwendete Methodik EU-Konventionen.

2.1. Einkommen privater Haushalte in Österreich

Im folgenden Kapitel werden die Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen von Privathaushalten in Österreich dargestellt und über den Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen berichtet.

EU-SILC erhebt die Haushaltseinkommen von Privathaushalten über freiwillige Angaben der befragten Personen und anschließende Hochrechnung. Die Erfassung der Einkommenskomponenten folgt Empfehlungen der Canberra-Group, einer internationalen Expertinnen- und Expertengruppe, die im Jahr 2001 Richtlinien für vergleichbare Haushaltseinkommensstatistiken erarbeitet hat.¹ Erhoben werden laufende Einkommen, sowohl netto als auch brutto, über den Berichtszeitraum eines Jahres. Als Referenz-

¹ Vgl. Expert Group on Household Income Statistics (2001).

zeitraum für den Einkommensbezug gilt jeweils das Vorjahr, in der Erhebung EU-SILC 2009 also das Jahr 2008. Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation sind hingegen überwiegend auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Um starke Divergenzen zwischen den Bezugszeitpunkten zu vermeiden, wird die Erhebung möglichst zeitnahe zum Vorjahr durchgeführt. Das Vorjahreseinkommen wird als Näherung des aktuellen Jahreseinkommens verstanden.

Über das laufende Haushaltseinkommen wird der materielle Lebensstandard der Haushaltsmitglieder abgebildet. Die auf laufende Einkommen beschränkte Erfassung unterstellt, dass dieses Einkommen auch laufend ausgegeben werden kann und den aktuellen Lebensstandard dadurch direkt beeinflusst. Darüber hinausgehende Einflussfaktoren wie Vermögensbestände, Vermögensauflösungen und Schulden werden in EU-SILC nicht berücksichtigt.

Übersicht 1: Einkommensbestandteile in EU-SILC zur Ermittlung des Haushaltseinkommens

Haushaltsebene:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen
- Wohnungsbeihilfen
- Geleistete und erhaltene Privattransfers
- Wert von für den Eigenverbrauch produzierten Waren

Personenebene:

- Einkommen aus unselbständiger Arbeit, Geldwerte und Firmen-PKW
- Gewinn/Verlust aus selbständiger Arbeit
- Arbeitslosenleistungen
- Altersleistungen
- Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld
- Invaliditätsleistungen
- Zinsen, Dividenden, Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkommensteuernachzahlung/-erstattung
- Sonstige Leistungen gegen soziale Ausgrenzung
- Bildungsleistungen
- Privatpensionen*

Q: STATISTIK AUSTRIA. *Privatpensionen werden in EU-SILC 2009 erstmals als Bestandteil des Haushaltseinkommens erfasst.

Einkommen auf Haushaltsebene und alle Einkommen von Personen ab 16 Jahren² werden zunächst getrennt erfasst und zu einem Jahreseinkommen summiert (Übersicht 1). Auf Personenebene fließen selbständige und unselbständige Einkommen sowie Erwerbseinkommensbestandteile wie Sonderzahlungen, Trinkgelder oder Prämien ein³. Ebenso erfasst werden Pensionen, Sozialtransfers, laufende Einkommen aus Vermögen und Einkommen aus Kapitalbeteiligungen, Vermietung und Verpachtung. 2009 werden erstmals auch Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens in die Berechnung einbezogen. Die 2008 erstmals ausbezahlte 13. Familienbeihilfe wurde in der Berechnung ebenfalls berücksichtigt. Durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben errechnet sich das Nettohaushaltseinkommen. Das verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich dann durch den Abzug von geleisteten bzw. das Hinzurechnen erhaltener Unterhaltszahlungen und sonstiger Privattransfers zwischen Haushalten.

Das verfügbare Einkommen der hochgerechnet etwa 3,6 Millionen österreichischen Privathaushalte wird in EU-SILC 2009 für das Jahr 2008 auf etwa 126,4 Mrd. Euro geschätzt (Übersicht 2). Dieser Wert liegt etwa 4% über dem Vergleichswert des Vorjahres.⁴

Das Brutto-Markteinkommen oder Faktoreinkommen setzt sich aus den Einkommen aus Arbeit, Kapital und Grundbesitz zusammen und beträgt rund 120,9 Mrd. Euro. Das Bruttogesamteinkommen, das sich aus Markteinkommen und Pensionen zusammensetzt, beträgt 158 Mrd. Euro. Zieht man davon Steuern und Abgaben ab und berücksichtigt erhaltene Sozialleistungen, ergibt sich ein Nettoeinkommen von 126 Mrd. Euro. Durch das Abziehen bzw. Hinzurechnen privater Transferzahlungen wird das verfügbare Einkommen berechnet, dieses beträgt 126,4 Mrd. Euro. Werden die Wohnkosten von insgesamt 18,2 Mrd. Euro abgezogen, so verringert sich das verfügbare Haushaltseinkommen von Privathaushalten in Österreich auf 108,2 Mrd. Euro.

2 Einkommen von Personen unter 16 Jahren werden auf Haushaltsebene erfasst.

3 Alle Sachleistungen für unselbständig Erwerbstätige werden erhoben, in das Haushaltseinkommen fließt jedoch nur der Wert der privaten Nutzung eines Firmenfahrzeugs ein. Vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008“.

4 Vgl. dazu auch „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

Übersicht 2: Verteilung des Einkommens privater Haushalte

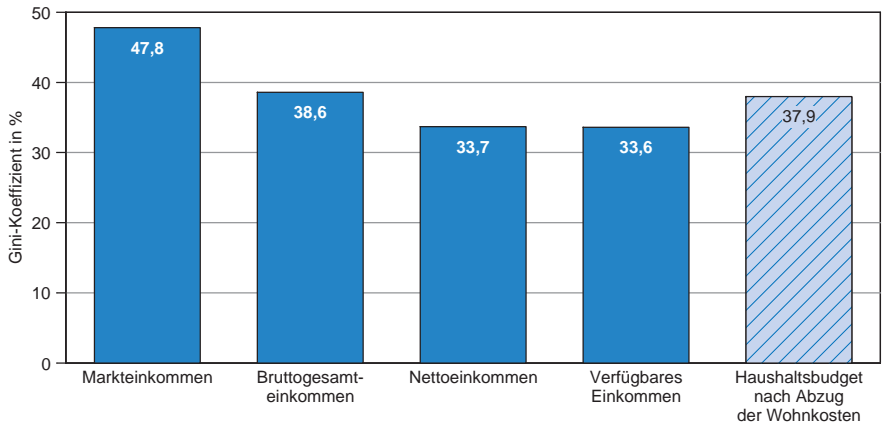
	Anzahl der Haushalte in 1.000	10%	25%	50%	75%	90%	Arithmetisches Mittel	Summe (in Mrd. EUR)
		... haben weniger als ... EUR						
Markteinkommen (Brutto)	3.005	375	12.436	33.805	56.643	86.010	40.244	120,9
Bruttogesamteinkommen	3.520	12.460	21.738	36.706	58.683	86.989	44.884	158,0
Nettoeinkommen	3.593	12.511	18.649	29.965	45.364	63.103	35.080	126,0
Verfügbares Einkommen	3.598	12.627	18.686	29.849	45.399	63.270	35.117	126,4
Haushaltsbudget nach Wohnkosten	3.598	8.523	14.480	24.919	39.964	57.861	30.072	108,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Die auf EU-SILC basierenden Daten erlauben im Gegensatz zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Analyse der Verteilung der Einkommen. Ein Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen und die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Beziehen alle Haushalte dasselbe Einkommen, so beträgt der Wert des Gini-Koeffizienten 0%. Verfügt hingegen ein Haushalt über das gesamte Einkommen, erreicht der Gini-Koeffizient den Wert 100%.

Eine Übersicht über Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen zeigt Grafik 1. Mit einem Wert des Gini-Koeffizienten von 47,8% zeigt sich die größte Ungleichverteilung der Einkommen bei den Markteinkommen. Unter Berücksichtigung von Pensionseinkommen liegt die Ungleichverteilung beim Bruttogesamteinkommen bei 38,6%. Nach Abzug von Steuern und Abgaben beträgt diese beim Nettoeinkommen 33,7%. Durch die Berücksichtigung von privaten Transferzahlungen ergibt sich das verfügbare Einkommen, bei dem die Ungleichverteilung mit 33,6% nur geringfügig weniger beträgt. Unter Berücksichtigung von Wohnkosten ist die Ungleichverteilung mit 37,9% wiederum höher.

Grafik 1: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Haushaltseinkommen



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2009.

Die Zusammensetzung der Haushalte und etwaige Kostenersparnisse aufgrund gemeinsamer Haushaltsführung bleiben bei einer derartigen Betrachtung der Haushaltseinkommen unberücksichtigt. Ungleichheiten zwischen Haushalten können so nur bedingt dargestellt werden. Aus diesem Grund wird in vergleichenden Analysen üblicherweise das Äquivalenzeinkommen (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) für die Abbildung des Lebensstandards verwendet.

2.2. Verteilung der äquivalisierten Einkommen in der Bevölkerung

In EU-SILC wird zunächst die Einkommenssituation von Haushalten und Personen erfasst. In einem nächsten Schritt werden die verfügbaren Ressourcen dem (rechnerisch unterstellten) Bedarf des Haushalts gegenübergestellt, um so näherungsweise den Lebensstandard der Haushalte abzubilden. Die Annahme des Ressourcenbedarfs richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße und dem Alter der Haushaltsmitglieder. Die Gewichtung der einzelnen Haushaltsmitglieder ermöglicht die Berechnung eines äquivalisierten Haushaltseinkommens. Dieses Maß gilt als Indikator für den materiellen

Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds und ermöglicht die Vergleichbarkeit zwischen Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung.

Unterstellt wird bei der Äquivalisierung von Haushaltseinkommen, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und abhängig vom Alter der Kinder eine Kostenersparnis durch gemeinsames Wirtschaften erzielt wird (economy of scale). Es wird weiters die Annahme getroffen, dass alle Mitglieder eines Haushaltes in gleicher Weise am Haushaltseinkommen teilhaben. Da Informationen über die tatsächliche Verteilung innerhalb des Haushalts fehlen, können personelle Verteilungsaspekte, wie zum Beispiel Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, nicht bzw. nur zwischen Einpersonenhaushalten betrachtet werden.⁵

Für Statistiken auf Basis von EU-SILC wird zur Bedarfsgewichtung die so genannte EU-Skala herangezogen. Eine alleinlebende erwachsene Person wird dabei als Referenz (= Konsumäquivalent) betrachtet. Der unterstellte Ressourcenbedarf steigt für jeden weiteren Erwachsenen um 0,5 Konsumäquivalente, Kinder werden jeweils mit 0,3 Konsumäquivalenten gewichtet. Übersicht 3 zeigt exemplarisch die Berechnung des Gesamteinkommensbedarfs für verschiedene Haushaltskonstellationen.

Übersicht 3: Beispiel für die Berechnung der Haushaltsäquivalente

	Fixbedarf des Haushaltes	+	Bedarf für Erwachsene	+	Bedarf für Kinder	=	Gesamtbedarf
Alleinlebende Person	0,5		0,5		0,0		1,0
Ein-Eltern-Haushalt mit 1 Kind	0,5		0,5		0,3		1,3
Ein-Eltern-Haushalt mit 2 Kindern	0,5		0,5		0,6		1,6
2 Erwachsene mit 2 Kindern	0,5		1,0		0,6		2,1
2 Erwachsene mit 3 Kindern	0,5		1,0		0,9		2,4

Q: STATISTIK AUSTRIA. Kind = unter 14 Jahre.

Wird das verfügbare Haushaltseinkommen durch die Konsumäquivalente des Haushalts

⁵ Das Modul der Erhebung EU-SILC 2010 beleuchtet erstmals Verteilungsaspekte innerhalb des Haushalts. Ergebnisse dazu werden 2011 verfügbar sein.

dividiert, ergibt sich das äquivalisierte Haushaltseinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder. Dieses gewichtete Pro-Kopf-Einkommen drückt jenen Lebensstandard aus, den ein Einpersonenhaushalt mit diesem Einkommen erzielen kann. Unterstellt wird damit, dass z.B. der Lebensstandard einer dreiköpfigen Familie mit einem Einkommen von 30.000 Euro dem Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts mit einem jährlichen Gesamteinkommen von 16.667 Euro entspricht (Übersicht 4).

Übersicht 4: Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie

	Nettoeinkommen pro Jahr	Bedarfsäquivalente	Äquivalenzeinkommen
Haushalt	30.000 €	0,5+1,3 = 1,8	16.667 €
Mutter	14.000 €	0,5	16.667 €
Vater	14.000 €	0,5	16.667 €
Kind	2.000 €	0,3	16.667 €

Q: STATISTIK AUSTRIA. Kind = unter 14 Jahre.

Um die Verteilung des Äquivalenzeinkommens in der Bevölkerung zu beschreiben, werden Einkommensgruppen über die Höhe des Einkommens relativ zur Einkommensverteilung definiert. Perzentile beschreiben bestimmte Einkommenspositionen, unterhalb derer sich ein festgelegter Anteil der Personen befindet (z.B. Dezile, Quartile oder Quintile). Zur Berechnung von Perzentilwerten werden die Personen nach der Höhe ihres äquivalisierten Einkommens gereiht. Der Perzentilwert entspricht jenem Äquivalenzeinkommen, unterhalb dessen 10%, 20%, 25% usw. der Bevölkerung positioniert sind. Die jeweiligen Einkommensgruppen zwischen den Perzentilwerten werden als Einkommenszehntel bzw. -viertel usw. bezeichnet. Jedes Einkommenszehntel umfasst dabei rund 826.000 Personen, jedes Einkommensviertel etwa 2 Mio. Personen.

Übersicht 5 zeigt, dass dem untersten Einkommenszehntel in Österreich maximal 11.235 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen, dem obersten Einkommenszehntel hingegen mindestens 34.454 Euro. Personen im obersten Einkommenszehntel steht somit min-

destens ein rund dreimal so hohes Äquivalenzeinkommen zur Verfügung wie Personen des untersten Einkommenszehntels. In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 21%, das unterste über 4% des gesamten Äquivalenzeinkommens.

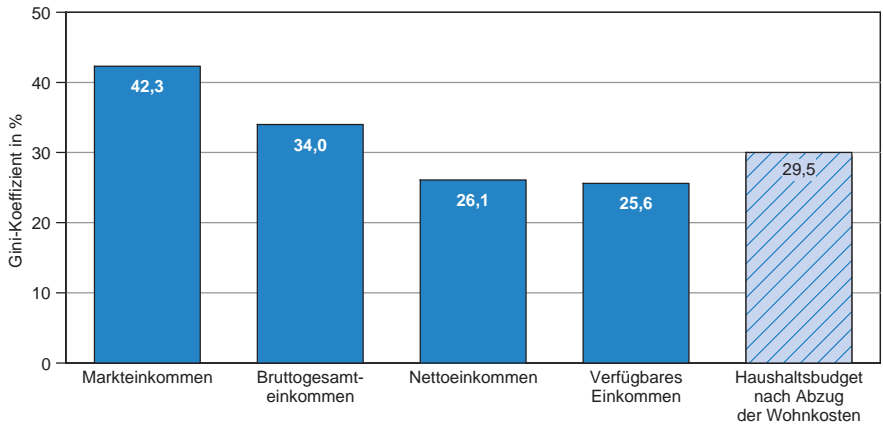
Übersicht 5: Verteilungsperzentile des Äquivalenzeinkommens von Personen

	Einkommensgrenze in Euro	% vom Äquivalenz- einkommen
10% weniger als	11.235	4
25% weniger als	14.879	13
50% weniger als	19.886	20
75% weniger als	26.616	26
90% weniger als	34.454	21

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Der Gini-Koeffizient als Maß für die Ungleichverteilung ist bei Berücksichtigung der Haushaltsgröße durch die Äquivalisierung deutlich niedriger (Grafik 2). Die äquivalisierten Markteinkommen sind mit 42,3% deutlich weniger ungleich verteilt als die nicht-äquivalisierten. Die Ungleichverteilung ist durch das Hinzurechnen der Pensionen mit 34% weniger hoch und durch den Abzug von Steuern und Abzügen mit 26,1% noch geringer. Unter Berücksichtigung von privaten Transfers- im Wesentlichen Unterhaltsleistungen – beträgt die Ungleichverteilung 25,6%. Werden Wohnkosten von diesem verfügbaren Einkommen abgezogen, liegt sie um 3,9 Prozentpunkte höher. Die Umverteilung durch Wohnkosten entspricht somit nahezu der Hälfte des gesamten Umverteilungseffektes durch Steuern und Sozialleistungen – jedoch in umgekehrter Richtung.

Grafik 2: Gini-Koeffizienten für die Verteilung der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

2.3. Die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens

Im folgenden Abschnitt wird die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens österreichischer Privathaushalte analysiert.

Über die Hälfte des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammt aus unselbständiger Arbeit (57%). Gemeinsam mit Einkommen aus selbständiger Arbeit machen Einkommen aus Erwerbsarbeit somit etwa zwei Drittel des Äquivalenzeinkommens österreichischer Privathaushalte aus. 31% des äquivalisierten Haushaltseinkommens stammen aus Sozialleistungen: Altersunabhängige Sozialleistungen stellen dabei einen Anteil von 11%, Pensionen von 20%. Private Einkommen (private Transferzahlungen) haben mit 3% den geringsten Anteil am Äquivalenzeinkommen.⁶

⁶ Vgl. Tabellenband EU-SILC 2009, Tabellen 1.6a und 1.6b.

Die Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation der Haushaltsmitglieder sind ausschlaggebend für die Zusammensetzung des äquivalisierten Haushaltseinkommens. So besteht das äquivalisierte Haushaltseinkommen bei Personen in Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle zu 88% aus Pensionen, bei alleinlebenden Personen sogar zu über 90%. In Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Erwerbseinkommen aus unselbständiger Arbeit den Großteil des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus: Der Anteil liegt zwischen 48% in Ein-Eltern-Haushalten und 72% in Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind. Sozialleistungen machen bei Personen in Haushalten ohne Pensionen zwischen 8% (in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder) und 30% (in Ein-Eltern-Haushalten) des äquivalisierten Haushaltseinkommens aus. Private Transfers haben die geringste Bedeutung für das Haushaltseinkommen, lediglich in Ein-Eltern-Haushalten beträgt ihr Anteil mehr als 10% am Äquivalenzeinkommen der darin lebenden Personen.

2.4. Relativer Lebensstandard verschiedener Bevölkerungsgruppen

Das äquivalisierte Haushaltseinkommen dient als Indikator für den materiellen Lebensstandard. Wird das äquivalisierte Einkommen einer Person in Bezug zum medianen Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung gesetzt, können relative Unterschiede im Lebensstandard dargestellt werden. Der als Verfügbarkeit von finanziellen Ressourcen definierte Lebensstandard hängt neben der jeweiligen Haushaltszusammensetzung auch mit individuellen soziodemographischen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Bildung und Erwerbsstatus zusammen.

Als Kenngröße zur Beschreibung des Lebensstandards österreichischer Privathaushalte wird das Medianeinkommen herangezogen. Der Median teilt die Einkommensverteilung in exakt zwei gleiche Teile, d.h. jeweils die Hälfte der Personen verfügt über weniger Äquivalenzeinkommen als diesen Wert, die Hälfte der Personen verfügt über mehr. Der Median des Äquivalenzeinkommens kann daher als mittlerer Lebensstandard

bezeichnet werden und beträgt laut EU-SILC 2009 19.886 Euro (Übersicht 6). Über Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind bei der Betrachtung des Äquivalenzeinkommens nur eingeschränkte Aussagen möglich, da dieses Einkommen von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung abhängt. Das Äquivalenzeinkommen von Männern liegt insgesamt etwas über, das von Frauen etwas unter dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Am größten ist der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern in der Altersgruppe ab 65 Jahre, am geringsten in der Altersgruppe 40 bis 64 Jahre.

Je nach Haushaltszusammensetzung zeigen sich recht deutliche Unterschiede im Lebensstandard. Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle verfügen über die geringsten Medianäquivalenzeinkommen und in diesem Haushaltstyp zeigen sich deutlich geschlechtsspezifische Unterschiede bei alleinlebenden Personen. Das Einkommen von alleinlebenden Männern mit Pensionsbezug beträgt 139% des durchschnittlichen Medianlebensstandards, das Einkommen von alleinlebenden Frauen mit Pension 91% davon. Unter Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle weisen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und Mehrpersonenhaushalte mit nur einem Kind ein überdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen auf. Über ein unterdurchschnittliches Äquivalenzeinkommen verfügen Personen in Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit mehr als einem Kind.

Übersicht 6: Relativer Lebensstandard nach Geschlecht, Alter und Haushaltsform

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8.262	100	19.886	100
Alter				
Bis 19 Jahre	1.836	22	18.209	92
20 bis 39 Jahre	2.085	25	20.355	102
40 bis 64 Jahre	2.942	36	21.670	109
65 Jahre +	1.398	17	18.350	92
Männer (ab 20 Jahren)	3.105	38	21.144	106
20 bis 39 Jahre	1.058	13	21.056	106
40 bis 64 Jahre	1.456	18	21.935	110
65 Jahre +	590	7	19.707	99
Frauen (ab 20 Jahren)	3.321	40	19.811	100
20 bis 39 Jahre	1.027	12	19.570	98
40 bis 64 Jahre	1.486	18	21.476	108
65 Jahre +	808	10	17.527	88
Haushalt* mit Pension	1.689	20	23.111	116
Alleinlebende Männer	130	2	27.694	139
Alleinlebende Frauen	440	5	18.015	91
Mehrpersonenhaushalt	1.119	14	18.015	91
Haushalt* ohne Pension	6.573	80	20.488	103
Alleinlebende Männer	417	5	20.319	102
Alleinlebende Frauen	297	4	18.467	93
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.841	22	25.112	126
Haushalt* mit Kindern	4.018	49	18.921	95
Ein-Eltern-Haushalt	324	4	15.443	78
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.442	17	21.213	107
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.491	18	19.220	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	762	9	15.571	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - *Personen in Haushalten.

Das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft liegt deutlich unter dem Medianlebensstandard von insgesamt 19.886 Euro jährlich (Übersicht 7). Auch das mediane Äquivalenzeinkommen von eingebürgerten Österreicherinnen und Österreichern liegt um ein Viertel unter dem des Bevölkerungsdurchschnitts. Demgegenüber liegt das mediane Äquivalenzeinkommen von Personen aus EU- und EFTA-Staaten mit 6% knapp unter dem durchschnittlichen Medianeinkommen.

Auch Bildung beeinflusst den materiellen Lebensstandard einer Person wesentlich: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher ist auch das mediane Äquivalenzeinkommen. Personen mit Pflichtschule als höchstem Bildungsabschluss haben ein um 16 Prozent niedrigeres Medianäquivalenzeinkommen als die Gesamtbevölkerung. Bei allen höheren Bildungsabschlüssen liegt auch das mediane Äquivalenzeinkommen über dem mittleren Lebensstandard in Österreich.

Die Erwerbseinbindung ist ein wichtiger Einflussfaktor für das Lebensstandardniveau einer Person bzw. eines Haushalts. In Haushalten, wo keine Person zwischen 18-59 Jahren (ohne Studierende) erwerbstätig ist oder die Haushaltsmitglieder nur teilweise in den Erwerbsprozess integriert sind, liegen die Äquivalenzeinkommen deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung. Dies ist auch der Fall, wenn keine Person im Erwerbsalter im Haushalt lebt. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Unterscheidung nach der Haupteinkommensquelle des Haushalts: Wird das Haushaltseinkommen hauptsächlich aus selbständiger oder unselbständiger Erwerbsarbeit generiert, ermöglicht dies dem Haushalt einen überdurchschnittlichen Lebensstandard. Bilden Pensionen oder Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle, liegt das Äquivalenzeinkommen des Haushalts deutlich unter dem Median der Gesamtbevölkerung, bei Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle sogar um 38%.

Übersicht 7: Relativer Lebensstandard nach ausgewählten Merkmalen

	Personen		Medianlebensstandard	
	in 1.000	in %	in EUR	in %
Insgesamt	8.262	100	19.886	100
Staatsbürgerschaft				
Österreich	7.377	89	20.488	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	208	3	14.837	75
Nicht Österreich	885	11	15.317	77
davon EU/EFTA	286	3	18.599	94
davon sonstiges Ausland	599	7	14.263	72
Höchster Bildungsabschluss				
Max. Pflichtschule	1.727	21	16.639	84
Lehre/mittlere Schule	3.314	40	20.495	103
Matura	1.195	14	23.111	116
Universität	676	8	27.694	139
Haupttätigkeit (2009)				
Erwerbstätig	3.626	44	22.541	113
davon Vollzeit	2.845	34	23.103	116
davon Teilzeit	781	9	20.358	102
Pension	1.853	22	18.928	95
Arbeitslos	348	4	14.400	72
Haushalt	582	7	16.255	82
In Ausbildung	502	6	18.824	95
Erwerbsbeteiligung des Haushaltes (Referenzjahr 2008)				
Keine Person im Erwerbsalter im HH	1.815	22	18.676	94
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	461	6	12.369	62
Teilweise Erwerbsbeteiligung	3.200	39	18.406	93
Volle Erwerbsbeteiligung	2.786	34	24.047	121
Haupteinkommensquelle des Haushalts*				
Unselbständige Arbeit	5.090	62	21.377	107
Selbständige Arbeit	653	8	21.060	106
Sozialleistungen	656	8	12.369	62
Pensionen	1.780	22	18.237	92
Private Einkommen	83	1	16.982	85

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Bildung und Haupttätigkeit: Personen ab 16 Jahre. - Personen in Haushalten mit mind. einer Person zwischen 18 und 59 Jahren (ohne Studierende). - Erwerbsbeteiligung: Anteil der Erwerbsmonate aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahren, ohne Studierende) Erwerbsbeteiligung: Anteil der Erwerbsmonate aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahren ohn Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr. Teilzeiterwerbstätigkeit wird entsprechend dem Stundenausmaß anteilmäßig berücksichtigt. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: <=20%; teilweise Erwerbsbeteiligung: >20% und <85% ; volle Erwerbsbeteiligung: >=85%. *Personen in Haushalten.

2.5. Entwicklung des Medianlebensstandards 2004 bis 2009

Die in EU-SILC erfassten Äquivalenzeinkommen steigen zwischen 2004 und 2009 um 18%. Im Durchschnitt steigen die Einkommen somit jährlich um etwa 3%. Im Vergleich zur vorjährigen Berichterstattung liegt der Median des Äquivalenzeinkommens 2009 mit 19.886 Euro um 4,4% höher (2008: 19.011 Euro). Diese Steigerung ist teilweise auf die 2008 erstmals ausbezahlte 13. Familienbeihilfe zurückzuführen (die damit in EU-SILC 2009 erstmals erfasst ist), die Berücksichtigung von Privatpensionen hat hingegen nur geringen Einfluss.⁷ Ein weiterer Teil der Steigerung dürfte auf die höhere Erwerbsquote bzw. geringere Arbeitslosigkeit im Jahr 2008, das Einkommensreferenzjahr für die Erhebung EU-SILC 2009, zurückzuführen sein.

Ein Einfluss der Wirtschaftskrise auf die Daten von EU-SILC 2009 ist nicht gegeben. Die in EU-SILC 2009 ausgewiesenen Einkommen beziehen sich auf den Zeitraum von Jänner bis Dezember 2008. Zusammenhänge mit der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen die österreichische Realwirtschaft beginnend mit dem letzten Quartal 2008 erfassten⁸, können demnach erst in der Berichterstattung 2010 deutlich werden. Ergebnisse aus EU-SILC 2008 zeigen, dass rund 26% der Haushalte damals eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation innerhalb der kommenden zwölf Monate erwarteten. 15% gingen von einer Verbesserung der finanziellen Situation des Haushalts aus, der Rest erwartete keine Veränderungen. Einkommensverluste ab dem letzten Quartal 2008 sind aufgrund des Jahreseinkommenskonzepts nicht bemerkbar, auch weil bis 2008 am Arbeitsmarkt noch ein gegenläufiger Trend zu beobachten war.

Da Inflation und Entwicklung der Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt werden, kann aus der Steigerung des Äquivalenzeinkommens nicht direkt auf einen höheren

⁷ Zum Vergleich der Berechnung der Haushaltseinkommen mit und ohne Privatpensionen vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

⁸ Vgl. Aiginger (2009).

Lebensstandard geschlossen werden. Inwieweit verschiedene Bevölkerungsgruppen an der Einkommensentwicklung teilhaben, kann durch den Vergleich des Median-Äquivalenzeinkommens von Untergruppen zu dem der Gesamtbevölkerung in jedem Jahr dargestellt werden (Übersicht 8).

Das Verhältnis des Medianlebensstandards einzelner Bevölkerungsgruppen zu dem der Gesamtbevölkerung bleibt im Zeitraum zwischen 2004 und 2009 konstant. Das heißt, Gruppen mit einem vergleichsweise hohen oder niedrigen Lebensstandard behalten diesen auch über die Jahre bei.

Übersicht 8: Relativer Medianlebensstandard nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004 - 2009

	Median des Äquivalenzeinkommens					
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2008	2009 ³⁾
	in EUR					
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011	19.886
	in %					
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Alter						
Bis 19 Jahre	90	90	90	91	90	92
20 bis 39 Jahre	101	103	102	101	101	102
40 bis 64 Jahre	108	107	109	110	110	109
65 Jahre +	95	97	95	95	93	92
Männer (ab 20 Jahren)	106	107	106	107	106	106
20 bis 39 Jahre	104	106	104	105	104	106
40 bis 64 Jahre	108	108	110	110	110	110
65 Jahre +	101	105	102	101	100	99
Frauen (ab 20 Jahren)	100	101	101	101	100	100
20 bis 39 Jahre	99	100	99	97	97	98
40 bis 64 Jahre	108	106	108	109	109	108
65 Jahre +	91	92	90	91	89	88
Einwohnerzahl in der Region						
Wien	97	106	102	98	98	97
>100.000	101	98	97	97	100	95
>10.000	101	102	100	104	98	98
<=10.000	100	98	100	100	101	101
Staatsbürgerschaft						
Österreich	102	102	102	103	103	103
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	82	88	79	82	81	75
Nicht Österreich	79	80	79	82	79	77
davon EU/EFTA	87	98	101	95	97	94
davon sonstiges Ausland	77	75	76	75	73	72

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. - ¹⁾ Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - ²⁾ Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - ³⁾ Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Den höchsten Lebensstandard haben über den gesamten Zeitraum Männer im Erwerbsalter. Eine Annäherung des Lebensstandards von Frauen ist aus den Daten nicht abzulesen. Durchgängig unterdurchschnittlich ist der Lebensstandard von Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahre, von Frauen über 65 Jahre sowie von Eingebürgerten und Nicht-Österreicherinnen und -österreichern.

Übersicht 9: Relativer Medianlebensstandard nach Haushaltsform 2004 - 2009

	Median des Äquivalenzeinkommens					
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2008	2009 ³⁾
in EUR						
Insgesamt	16.856	17.750	17.852	18.153	19.011	19.886
in %						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Haushalt mit Pension						
Zusammen	95	96	95	94	92	91
Alleinlebende Männer	113	114	104	95	92	96
Alleinlebende Frauen	81	80	79	78	79	78
Mehrpersonenhaushalt	99	102	100	99	98	95
Haushalt ohne Pension						
Zusammen	101	101	101	102	102	103
Alleinlebende Männer	98	100	100	103	101	102
Alleinlebende Frauen	92	99	94	98	98	93
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	117	119	122	120	119	126
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)						
Zusammen	96	93	93	94	96	95
Ein-Eltern-Haushalt	78	81	76	75	76	78
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	106	106	106	105	108	107
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	96	91	92	95	97	97
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	81	81	85	81	78	78

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. Personen in Haushalten. - ¹⁾ Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - ²⁾ Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - ³⁾ Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Vergleicht man nach der Haushaltszusammensetzung, zeigt sich zwischen 2004 und 2009 ein unterdurchschnittlicher Lebensstandard für Haushalte mit Pension als Haupteinkommensquelle, alleinlebende Frauen haben über den gesamten Zeitraum das niedrigste Median-Äquivalenzeinkommen in diesem Haushaltstyp. In Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen liegt der Medianlebensstandard alleinlebender Männer während des gesamten Beobachtungszeitraumes über dem Durchschnitt, der alleinlebender Frauen darunter. Ein besonders niedriger Medianlebensstandard ist auch im Zeitverlauf für Personen in Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei

Kindern zu beobachten. Einen überdurchschnittlich hohen Medianlebensstandard zeigt die Zeitreihe hingegen für Mehrpersonenhaushalte (ohne Pension) ohne Kinder bzw. mit einem Kind.

3. DAS AUSMASS DER ARMUTSGEFÄHRDUNG IN ÖSTERREICH

Eine kontinuierliche und aktuelle Armutsberichterstattung bildet die Grundlage, um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung voranzutreiben. Lebenslagen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Österreich können im Zeitverlauf abgebildet und etwaige Veränderungen sichtbar gemacht werden. Im Folgenden wird über das Ausmaß der Armutsgefährdung in Österreich auf Grundlage der aus EU-SILC 2009 gewonnenen Daten informiert, vertiefend werden Lebensbedingungen von Bevölkerungsgruppen mit besonders niedrigem Lebensstandard dargestellt und Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung beschrieben.

Als Maß für den materiellen Lebensstandard dient das äquivalisierte Haushaltseinkommen.⁹ Unterschreitet es einen bestimmten Schwellenwert, werden die in den betreffenden Haushalten lebenden Personen als armutsgefährdet bezeichnet. Einer Eurostat Definition folgend wird die Schwelle auf Basis von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens berechnet und an die jeweilige Haushaltszusammensetzung angepasst. Die „Armutsgefährdungsquote bei 60% des Medians“ ist der zentrale Indikator zur Messung niedrigen Lebensstandards und wichtigste Leitgröße für Eingliederungsstrategien.

3.1. Armutsgefährdungsschwelle, -quote und -lücke 2009

Laut EU-SILC 2009 beträgt die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt 11.932 Euro pro Jahr. Dieser Betrag umfasst die Summe der Jahreseinkünfte aus Erwerbsarbeit, Sozialtransfers, Einkommen aus Unterhaltszahlungen und anderen Privateinkommen. Für eine bessere Lesbarkeit erfolgt eine Umrechnung der Armutsge-

⁹ Das Haushaltseinkommen errechnet sich aus der Summe der Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder im Jahr 2008, abzüglich geleisteter Unterhaltszahlungen und Privattransfers plus bezogener Unterhaltszahlungen und Privattransfers. Dieses wird nach Größe und Alter äquivalisiert, wobei der Bedarf für den ersten Erwachsenen im Haushalt mit 1, jedem weiteren mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 festgelegt wird. Zur genauen Berechnung des Äquivalenzeinkommens vgl. Kapitel 2.

fährdungsschwelle von einem Jahres- auf einen Monatswert. Gehälter und Pensionen werden in Österreich meist 14-mal und Sozialleistungen meist 12-mal ausbezahlt. Ein Zwölftel des Jahresschwellenwerts beträgt 994 EUR, ein Viertel 852 Euro. Das bedeutet, ein Einpersonenhaushalt mit einem monatlichen Erwerbseinkommen von weniger als 852 Euro netto im Monat, ohne irgendwelcher anderer Zahlungen wie Wohnbeihilfe, Zusatzverdienste, Prämien, privater Einkünfte, würde darunter liegen.

Für die weiteren Vergleiche wird der Monatswert als Jahreszwölftel mit 994 Euro dargestellt. Im Vergleich zum Wert von 951 Euro in der Berichterstattung 2008 hat sich die Armutsgefährdungsschwelle um 4,5% erhöht, da die Steigerung immer relativ zum mittleren Einkommen ist.¹⁰ Die Anpassung für Mehrpersonenhaushalte erfolgt mittels Gewichtung anhand der international etablierten EU-Skala. Dadurch erhöht sich die Armutsgefährdungsschwelle für jede weitere erwachsene Person im Haushalt um 497 Euro (Faktor 0,5) und für jedes Kind (unter 14 Jahre) um 298 Euro (Faktor 0,3) pro Monat. Übersicht 10 zeigt beispielhaft Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen.

Übersicht 10: Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in EUR)	Monatswert 1/12 (in EUR)	1/14 (in EUR)
		2009		
Einpersonenhaushalt	1	11.932	994	852
1 Erwachsener + 1 Kind	1,3	15.511	1.293	1.108
2 Erwachsene	1,5	17.897	1.491	1.278
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8	21.477	1.790	1.534
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,1	25.056	2.088	1.790
2 Erwachsene + 3 Kinder	2,4	28.636	2.386	2.045

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes; Kind = unter 14 Jahre.

¹⁰ Zur Steigerung der mittleren Einkommen siehe auch Kapitel 2.

EU-SILC ist eine für Österreich repräsentative Stichprobenerhebung, 2009 wurden 13.610 Personen in 5.878 Privathaushalten erfasst. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe, somit werden etwa Armutslagen von Wohnungslosen, Menschen in Alten- oder Kinderheimen oder Asylwerbenden nicht erfasst. Andere Bevölkerungsgruppen wie Migranten und Migrantinnen, Kranke oder Sozialhilfebeziehende sind in der Erhebung aus Gründen der Nicht-Erreichbarkeit (hohe Mobilität, Sprachbarrieren, Nichtbefragbarkeit, Nichtauffindbarkeit, Scham etc.) unterrepräsentiert, was jedoch zum Teil Ausgleich in der Hochrechnung findet.¹¹ Hochgerechnete Ergebnisse sind Schätzungen für die Verteilung in der Grundgesamtheit und unterliegen einer Zufallschwankung. Unterschiede zwischen Untergruppen und Jahren müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreite interpretiert werden. Dies gilt im Besonderen auch für Unterschiede zwischen Bundesländern.

Laut EU-SILC 2009 sind in Österreich 12% der Bevölkerung armutsgefährdet (bzw. mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit zwischen 11,1% und 12,9%). Hochgerechnet auf die Gesamtbevölkerung liegt die Zahl der armutsgefährdeten Personen zwischen rund 916.000 und 1.069.000. In Übersicht 11 sind Armutgefährdungsquoten und Konfidenzintervalle (Schwankungsbreiten bei 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit) für Österreich und die Bundesländer dargestellt. Auf Grund der Schwankungsbreiten der Bundesländerergebnisse kann daraus keine Rangfolge abgelesen werden.

¹¹ Vgl. hierzu „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

Übersicht 11: Armutsgefährdungsquote 2009 mit Schwankungsbreite für Österreich und die Bundesländer

	Armutsgefährdung		Konfidenzintervall 95%				Befragte Haushalte	Personen in befragten Haushalten
			untere Grenze		obere Grenze			
	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000		
Österreich	12,0	993	11,1	916	12,9	1.069	5.878	13.610
Burgenland	11,2	31	6,6	18	15,9	44	225	552
Kärnten	15,1	83	11,6	63	18,6	102	446	1.016
Niederösterreich	10,1	158	8,2	128	12,0	189	1.120	2.662
Oberösterreich	9,9	141	8,0	114	11,7	167	1.069	2.592
Salzburg	10,3	55	7,0	37	13,6	73	405	964
Steiermark	12,5	147	10,1	119	15,0	176	784	1.847
Tirol	7,1	48	4,6	31	9,7	65	457	1.070
Vorarlberg	11,5	47	6,8	27	16,2	66	215	583
Wien	17,1	283	14,4	239	19,8	327	1.157	2.324

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Der Unterschied in den Armutsgefährdungsquoten aus EU-SILC 2008 und EU-SILC 2009 (2008: 12,4%; 2009: 12,0%) liegt im Bereich der statistischen Schwankungsbreite (Überschneidung der 95%-Konfidenzintervalle) und kann nicht von zufallsbedingten Veränderungen unterschieden werden.¹² In Zeitreihenanalysen zeigt die Armutsgefährdungsquote über den gesamten Berichtszeitraum relative Konstanz.¹³ Dies gilt für Personen in Privathaushalten bei gleichbleibender Definition von Armutsgefährdung. Armutsgefährdung als einkommensbasierte Maßzahl berücksichtigt keine Veränderungen bei Kosten oder Bedarf wie etwa steigende Lebenshaltungskosten. Die Armutsgefährdungsschwelle bei 60% des Medianäquivalenzeinkommens ist als Indikator für niedriges Einkommen in international vergleichenden Statistiken gebräuchlich. Der Festlegung auf 60% des Medians liegt keine Bedarfsmessung¹⁴ zugrunde, daher können zur Beobachtung von Einkommensarmut auch andere Schwellenwerte

12 Die zugrundeliegende Fehlerrechnung ist eine im Normalfall hinreichende Annäherung an den tatsächlichen Wert. Aufgrund der teilweise verbundenen Stichproben ist der Vergleich zwischen den Erhebungswellen besser abgesichert, als wenn unabhängige Querschnitte verglichen würden. Für Differenzen zwischen zwei Jahren gelten daher etwa dieselben Schwankungsbreite wie bei Vergleichen innerhalb derselben Querschnittstichprobe (vgl. Verma 2001, vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“).

13 Die Armutsgefährdungsquoten von 2004 bis 2009 werden in Übersicht 13 dargestellt.

14 Ein bedarfsgerechter Wert kann aus wissenschaftlicher Sicht weder durch einen einzigen Schwellenwert noch vergleichbar für verschiedene Länder festgelegt werden. Die EU empfiehlt daher mehrere Schwellenwerte als Richtwert zu niedrigem Einkommen darzustellen.

definiert werden (siehe Übersicht 12): Bei Anwendung einer sehr niedrigen Schwelle von 40% des Medians des Äquivalenzeinkommens (entspricht 663 Euro pro Monat für einen Einpersonenhaushalt) liegt laut EU-SILC 2009 das Äquivalenzeinkommen von 3% der Bevölkerung darunter. Wird die Schwelle bei 50% des Medians festgelegt, haben 6,1% ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter diesem Wert. 1.160 Euro entspricht die Schwelle bei 70% des Medians – hier haben 20% der Bevölkerung weniger zur Verfügung.

Als Alternative zu konventionellen statistischen Schwellen für Armutsgefährdung bieten sich politisch festgelegte Schwellenwerte an. Ein solcher lässt sich beispielsweise auf Basis des Ausgleichszulagenrichtsatzes für Pensionen ableiten. Dieser beträgt 2009 772 Euro brutto 14-mal im Jahr, abzüglich der Krankenversicherung für Pensionsbeziehende (2009: 5,1%). Netto entspricht das 10.257 Euro pro Jahr oder (dividiert durch 12) rund 855 Euro pro Monat. Rund 574.000 Personen bzw. 6,9% der Bevölkerung haben ein Einkommen unter dem Schwellenwert in Höhe der Ausgleichszulage.

Auch die im Laufe des Jahres 2010 eingeführte bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) lässt sich als politischer Schwellenwert zur Bestimmung niedrigen Einkommens heranziehen. Für einen Einpersonenhaushalt beträgt die bedarfsorientierte Mindestsicherung 744 Euro pro Monat, darin inkludiert ist ein Wohnkostenanteil. Nicht berücksichtigt in diesem Wert sind ein allfälliger Anspruch auf Miet- oder Wohnbeihilfe, auf Pflegegeld und für Haushalte mit Kindern auf Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag. Die BMS wird 12-mal im Jahr ausgezahlt, das ergibt somit einen Jahreswert von 8.928 Euro. Rund 340.000 Personen oder 4,1% der Bevölkerung hätten laut EU-SILC 2009 (d.h. für den Einkommensbezugszeitraum zwei Jahre vor der Einführung der BMS) weniger äquivalisiertes Einkommen als diesen fiktiven Armutsgefährdungsschwellenwert zur Verfügung.

Die Armutsgefährdungsquote allein gibt keinen Aufschluss darüber, in welcher Inten-

sität die betroffenen Personen Einkommensarmut erfahren. Ob die äquivalisierten Haushaltseinkommen der Armutsgefährdeten deutlich unter der Schwelle liegen oder nahe am Schwellenwert, wird mittels Armutsgefährdungslücke gemessen. Als Maß für die Streuung der Niedrigeinkommen um die Armutsgefährdungsschwelle drückt sie die Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle aus. Laut EU-SILC 2009 ist das Medianeinkommen armutsgefährdeter Haushalte (bei 60% Schwelle) um 17% geringer als die Armutsgefährdungsschwelle. Für Einpersonenhaushalte liegt die Armutsgefährdungslücke demnach laut EU-SILC 2009 bei 2.050 Euro pro Jahr, dividiert durch zwölf ergibt sich ein Monatswert von 171 Euro (Übersicht 3).

Die Armutsgefährdungslücke kann auch als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgedrückt werden. Um den materiellen Lebensstandard aller Armutsgefährdeten dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens anzugleichen, wären rund 2 Milliarden Euro notwendig (das entspricht 0,7% des BIP 2009). Die Zahl zeigt den monetären Aufwand, um ein „Mindest“-Einkommen in der Höhe der Armutsgefährdungsschwelle zu ermöglichen und die Armutsgefährdungslücke zu schließen. Allerdings ist diese Berechnung statisch, etwaige Verhaltensänderungen, die durch derartige Transfers ausgelöst würden, werden nicht berücksichtigt. Das Äquivalenzeinkommen ist lediglich ein indirektes Maß zur Bestimmung des materiellen Lebensstandards. Bei gleichem Einkommen sind abhängig von Teilhabechancen und Kostenstrukturen ganz unterschiedliche Lebensführungen möglich.

Übersicht 12: Einkommen und Lücke der Armutsgefährdeten bei unterschiedlichen Schwellen

Armutsgefährdung	Armutsgefährdungsschwelle		Armutsgefährdung		Medianeinkommen der Armutsgefährdeten in EUR	Armutsgefährdungslücke			
	Jahreswert	Monatswert ¹⁾	in %	in 1.000		in %	Jahreswert in Euro	in Mio. EUR	in % des BIP 2009
bei 40% des Medians	7.954	663	3	251	6.286	21	1.670	440	0,2
bei 50% des Medians	9.943	829	6	505	7.991	20	1.943	950	0,3
bei 60% des Medians	11.931	994	12	993	9.881	17	2.050	2.049	0,7
bei 70% des Medians	13.920	1.160	20	1.651	11.235	19	2.685	3.906	1,4
„Ausgleichszulage ²⁾ 2009 netto“	10.257	855	7	574	8.367	18	1.891	1.071	0,4
Bedarfsorientierte Mindestsicherung ³⁾ 2010	8.928	744	4	340	7.100	20	1.801	645	0,2

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - ¹⁾ Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes. - ²⁾ Ohne zusätzliche Zahlungen wie Einmalzahlung und Energiekostenzuschuss. - ³⁾ Inkl. Wohnkostenanteil, zzgl. Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag.

3.2. Armutsgefährdung für verschiedene Bevölkerungsgruppen

3.2.1. Merkmale über- und unterdurchschnittlicher Armutsgefährdung

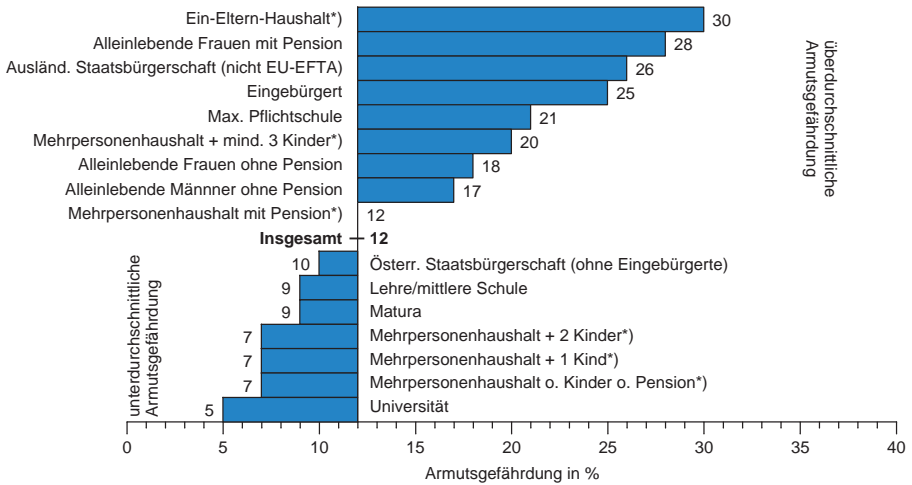
Den Ergebnissen von EU-SILC 2009 zufolge sind 12% der Bevölkerung in Österreich armutsgefährdet. Für bestimmte Gruppen ist das Armutsrisiko deutlich höher, während andere relativ gut abgesichert sind. Grafik 3 veranschaulicht, welche Merkmale mit einer überdurchschnittlichen Armutsgefährdungsquote (Überhang nach rechts) und welche mit einer unterdurchschnittlichen Gefährdung (Balken nach links) einhergehen.¹⁵

In bestimmten Haushaltszusammensetzungen und Lebenslagen fehlen Möglichkeiten, um durch ausreichend finanzielle Ressourcen ein Äquivalenzeinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Vermehrte Betreuungsaufgaben und daraus resultierende geringe Verdienstmöglichkeiten machen Ein-Eltern-Haushalte laut EU-SILC

¹⁵ Zur umfassenden Darstellung der Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen sei auf Tabelle 5,1 im Tabellenband EU-SILC 2009 verwiesen.

2009 zur am häufigsten von Armutsgefährdung betroffenen Gruppe (30%). Rund 87% der Erwachsenen in diesen Haushalten sind Frauen. Auch alleinlebende Frauen mit Pensionsbezug haben ein sehr hohes Armutsrisiko (28%), im Alter bestehen wenige Zuverdienstmöglichkeiten, um niedrige (Hinterbliebenen-)Pensionen zu ergänzen. Eine Drittstaatsangehörigkeit ist ebenfalls Merkmal stark erhöhter Armutsgefährdung (26%), aber auch ein Viertel der eingebürgerten Österreicherinnen und Österreicher hat ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquoten haben laut EU-SILC 2009 auch Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (21%) und Personen in Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (20%). Auf Grund der fehlenden Möglichkeit, ein geringes oder kein Einkommen durch Einkommen anderer Haushaltsmitglieder auszugleichen, tragen Einpersonenhaushalte ein höheres Armutsrisiko als die meisten Mehrpersonenhaushalte: Alleinlebende ohne Pension sind eine weitere von Armutsgefährdung betroffene Gruppe (alleinlebende Männer ohne Pension 17%, Frauen 18%). Als Ressourcen zur Vermeidung von Armutsgefährdung können weiterführende Bildung, eine österreichische Staatsbürgerschaft seit Geburt und das Leben in kleinen Mehrpersonenhaushalten (mit bis zu zwei Kindern) gelten.

Grafik 3: Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - *) Personen in Haushalten.

Im Folgenden werden die Querschnittergebnisse aus EU-SILC 2004 bis 2009¹⁶ dargestellt, um die zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdung nach zentralen soziodemographischen und Haushaltsmerkmalen abzubilden. Auf Grund von Zufallsschwankungen sind kleinere Veränderungen meist nicht interpretierbar. Erst wenn Ergebnisse über mehrere Jahre einen Trend verzeichnen, kann von einer realen Veränderung gesprochen werden.¹⁷

16 Die Querschnittergebnisse sind nicht aus den jeweiligen Jahrespublikationen übernommen, da mit der Erhebung 2006 das Gewichtungskonzept für EU-SILC umgestellt wurde und für 2007 eine Datenrevision vorgenommen wurde. Vgl. dazu Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008“, S. 101.

17 Auf Grund des Stichprobenfehlers und der damit verbundenen Schwankungsbreite der Schätzwerte wird im Folgenden auf die Darstellung von Nachkommastellen verzichtet. Geringe jährliche Veränderungen (etwa +/-1%punkt bei der Armutsgefährdungsquote) sind nicht signifikant und daher nicht interpretierbar. Zwischen 2004 und 2005 sowie 2007 und 2008 hat ein Wechsel des Erhebungsinstituts stattgefunden, Unterschiede sind damit z.T. erhebungsbedingt.

Übersicht 13: Armutsgefährdungsquote nach Geschlecht, Alter, Region und Staatsbürgerschaft 2004 - 2009

	Armutsgefährdungsquote in %						
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ¹⁾	2008	2009 ³⁾	Ø
Gesamt	13	13	13	12	12	12	12
Alter							
Bis 19 Jahre	15	15	14	14	15	13	14
20 bis 39 Jahre	12	13	12	12	11	12	12
40 bis 64 Jahre	11	10	10	10	11	10	10
65 Jahre +	17	14	16	14	15	15	15
Männer (ab 20 Jahren)	11	11	10	10	10	10	10
20 bis 39 Jahre	11	12	10	10	9	12	11
40 bis 64 Jahre	10	10	10	10	10	9	10
65 Jahre +	13	10	11	9	12	11	11
Frauen (ab 20 Jahren)	14	13	14	13	13	13	13
20 bis 39 Jahre	13	13	14	14	12	13	13
40 bis 64 Jahre	11	11	10	10	11	10	10
65 Jahre +	19	17	20	18	17	18	18
Einwohnerzahl in der Region							
Wien	17	14	17	17	17	17	17
>100.000	14	9	17	13	16	15	14
>10.000	14	16	11	10	12	12	12
<=10.000	11	12	11	10	10	10	11
Staatsbürgerschaft							
Österreich	12	11	11	11	11	11	11
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	21	21	21	22	21	25	22
Nicht Österreich	26	25	24	23	26	24	25
davon EU/EFTA	19	15	14	15	17	20	17
davon sonstiges Ausland	28	28	28	27	30	26	28

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. - ¹⁾ Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. ²⁾ Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. ³⁾ Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Übersicht 13 zeigt, dass die Armutsgefährdungsquote für die Gesamtbevölkerung im Beobachtungszeitraum relativ konstant bleibt. Auch für die dargestellten Untergruppen ist weder eine Ab- noch eine Zunahme der Armutsgefährdung zu beobachten. Abweichungen in einzelnen Jahren, wie beispielsweise bei Personen aus EU-/EFTA-Staaten, können durch die geänderte Zusammensetzung der Personengruppe bedingt sein und nicht als reale Veränderung interpretiert werden.

Bevölkerungsgruppen, für die bereits im Querschnitt 2009 eine erhöhte Armutsgefährdung festgestellt wurde, nämlich alleinlebende Pensionistinnen und Frauen ohne Pensionsbezug, Personen in Ein-Eltern-Haushalten und in Haushalten mit mindestens drei Kindern sowie Personen mit Migrationshintergrund, haben auch im Zeitverlauf seit 2004 die höchsten Armutsrisiken (Übersicht 14).

Übersicht 14: Armutsgefährdungsquote nach Haushaltstyp 2004 - 2009

	Armutsgefährdungsquote in %						
	2004 ¹⁾	2005	2006	2007 ²⁾	2008	2009 ³⁾	Ø
Haushalt mit Pension							
Zusammen	15	14	16	15	16	16	15
Alleinlebende Männer	(6)	(12)	(9)	11	16	11	11
Alleinlebende Frauen	24	24	28	26	24	28	26
Mehrpersonenhaushalt	12	10	12	11	13	12	11
Haushalt ohne Pension							
Zusammen	13	14	12	11	12	11	12
Alleinlebende Männer	20	12	19	15	16	17	17
Alleinlebende Frauen	27	24	22	22	20	18	22
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	9	10	8	6	6	7	8
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)							
Zusammen	12	14	12	13	13	11	13
Ein-Eltern-Haushalt	25	27	27	32	29	30	28
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	8	10	8	8	9	7	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	9	11	11	9	10	7	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	24	20	16	19	20	20	20

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. Personen in Haushalten. - ¹⁾ Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - ²⁾ Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - ³⁾ Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Größere Schwankungen in der Armutsgefährdungsquote sind zwischen 2004 und 2009 bei alleinlebenden Männern mit Pension, alleinlebenden Frauen ohne Pension, Ein-Eltern-Haushalten und Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern festzustellen (Übersicht 14). Diese lassen sich zum Teil auf die geringe Stichprobengröße, zum Teil auch auf Veränderungen innerhalb der betreffenden Gruppe zurückführen. So kann für alleinlebende Männer ohne Pension ein leichtes Sinken der Armutsge-

fährungsquote zwischen 2004 und 2009 beobachtet werden, zugleich steigt der Anteil der Erwerbstätigen innerhalb dieser Personengruppe an. Auch für alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug nimmt die Armutsgefährdungsquote von 27% 2004 bis 2009 um fast 10%-Punkte ab. Im gleichen Zeitraum steigt die Erwerbsbeteiligung von 65% im Jahr 2004 auf 76% an.

3.2.2. Risikogruppen mit erhöhter Armutsgefährdung

Übersicht 15 ermöglicht den Vergleich einiger besonders von Armutsgefährdung betroffener Gruppen, die zusätzlich durch unterdurchschnittliche Medianeinkommen charakterisiert sind. Neben dem Median des Äquivalenzeinkommens der Gruppen sind auch das Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und die Armutsgefährdungslücke ausgewiesen. Das mittlere Einkommen von Armutsgefährdeten liegt um 17% unter der Armutsgefährdungsschwelle. Umgerechnet stehen diesen Personen im Mittel also 823 Euro im Monat zur Verfügung. Die Armutsgefährdungslücke ist bei Haushalten, in denen Kinder von vier bis sechs Jahren leben und Haushalten mit langzeitarbeitslosen Personen mit 27% bzw. 26% am höchsten. Auch alleinlebende Frauen ohne Pension (Armutsgefährdungslücke von 20%), Haushalte mit Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle (23%) sowie Haushalte mit Migrantinnen und Migranten ohne EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft und Ein-Eltern-Haushalte sind in besonderem Maß von Armutsgefährdung betroffen, die Lücke beträgt 22%. Mit dem niedrigsten mittleren Äquivalenzeinkommen müssen Haushalte auskommen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. Ihr mittlerer Lebensstandard liegt bei rund 1.080 Euro monatlich, von den Armutsgefährdeten dieser Gruppe stehen der Hälfte jährlich weniger als 9.174 Euro zur Verfügung. Über ein sehr geringes Medianäquivalenzeinkommen verfügen mit rund 8.865 Euro im Jahr auch armutsgefährdete Haushalte, in denen mindestens ein Mitglied langzeitarbeitslos ist.

Übersicht 15: Einkommen und Armutsgefährdung von Risikogruppen

Personen in Haushalten...	Gesamt in 1.000	Median- äquivalenz- einkommen	Median- äquivalenz- einkommen der Armuts- gefährdeten	Armutsgefährdung			
				in 1.000	Anteil	Quote	Lücke
in Euro				in %			
Gesamtbevölkerung	8.262	19.886	9.881	993	100	12	17
mit Langzeitarbeitslosigkeit	736	14.456	8.865	220	22	30	26
mit Sozialleistungen als Haupteinkommen*)	435	12.915	9.174	187	19	43	23
mit AusländerInnen (aus Nicht- EU/EFTA)	917	14.599	9.253	222	22	24	22
mit Eingebürgerten (ohne AusländerInnen)	244	14.819	9.461	63	6	26	20
mit Behinderung (bei Person im Erwerbsalter)	798	17.217	9.501	150	15	19	20
Mehrpersonenhaushalt + 3 Kinder	762	15.571	9.782	151	15	20	19
mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre	566	18.746	8.765	57	6	10	27
Ein-Eltern-Haushalt	324	15.443	9.306	96	10	30	22
Alleinlebende Frauen mit Pension	440	15.432	10.455	121	12	28	12
Alleinlebende Frauen ohne Pension	297	18.467	9.063	54	5	18	24

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - *) ohne Langzeitarbeitslosenhaushalte. Lesehilfe: Anteil: Von den 993.000 Armutsgefährdeten leben 22% der Personen in Haushalten mit Langzeitarbeitslosigkeit. Gruppen sind nicht vollständig und nicht überschneidungsfrei, daher ergeben sich in Summe nicht 100%.

3.2.3. Risikolagen von Migrantinnen und Migranten

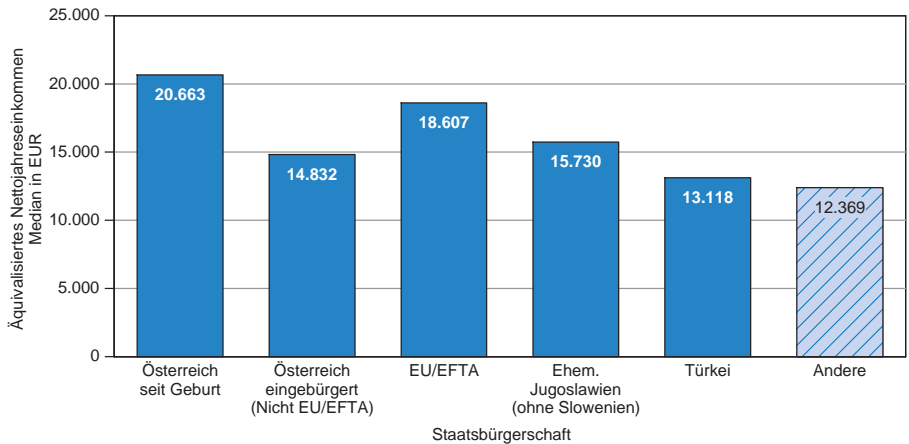
Rund 15% der Bevölkerung in Österreich sind zugewandert, das heißt sie haben eine nicht-österreichische Staatsbürgerschaft oder haben diese erst im Zuge eines Einbürgerungsverfahrens erhalten. Unter den Armutsgefährdeten ist diese Gruppe mit mehr als 25% deutlich überrepräsentiert, Migrantinnen und Migranten zählen damit zu den Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko.

Migration stellt einen Bruch mit den bisherigen Lebensumständen dar. Durch diesen Neubeginn ist für MigrantInnen direkt nach der Ankunft im Zielland ein deutlich niedrigerer Lebensstandard als in der übrigen Bevölkerung nicht überraschend. Zugewanderte Menschen sind keine homogene Gruppe und je nach Herkunftsland, Alter, Bildung, Aufenthaltsdauer und dem sozio-ökonomischen Status im Herkunftsland unterscheiden sich ihre Teilhabechancen und ihr zukünftiger Lebensstandard.

Für Detailanalysen steht meist nicht ausreichend Information zur spezifischen Lebenssituation zur Verfügung bzw. sind diese aufgrund kleiner Fallzahl beschränkt. In EU-SILC ist eine Unterscheidung nach Staatsbürgerschaft, Einbürgerung und Geburtsland möglich, Sprachkompetenzen werden nicht abgefragt.

Die Unterscheidung nach der Staatsbürgerschaft zeigt deutliche Unterschiede im Lebensstandard für verschiedene Herkunftsländer.

Grafik 4: Äquivalisiertes Nettojahreseinkommen 2009 nach Staatsbürgerschaft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Personen mit einer EU/EFTA Staatsbürgerschaft haben ein deutlich höheres Medianeinkommen als jene mit Drittstaatsangehörigkeit. (Grafik 4). Die niedrigsten Medianeinkommen erzielen türkische und andere Drittstaatsangehörige (ohne Ex-Jugoslawien) (13.118 Euro bzw. 12.369 Euro). Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawiens haben durch eine höhere Erwerbstätigenquote, geringere Arbeitslosigkeit und ein höheres Bildungsniveau höhere Haushaltseinkommen zur Verfügung – im Median 15.730 Euro (vgl. Statistik Austria, KMI 2010). Mit längerer Aufenthaltsdauer und zunehmender Integration sollte eine Anhebung des Lebensstandards möglich sein. Als Indikator für Aufenthaltsdauer und stärkere Integration kann in Ermangelung anderer verfügbarer Merkmale die Einbürgerung interpretiert werden. Das Haushaltseinkommen von Eingebürgerten aus Drittstaaten (14.832 Euro) ist trotz der rechtlichen Gleichstellung mit österreichischen Staatsangehörigen erheblich niedriger als jenes von gebürtigen österreichischen und EU/EFTA-Staatsangehörigen (20.663 Euro bzw. 18.607 Euro). Eine differenzierte Analyse nach Herkunftsland bei Eingebürgerten ist aufgrund der geringen Fallzahl nicht möglich. Aber der niedrige Lebensstandard und die Tatsache, dass jede/r Vierte armutsgefährdet ist und damit ein höheres Risiko als Staatsangehörige aus EU/EFTA Staaten oder dem ehemaligen Jugoslawien hat, weist auf einen geringen Integrationseffekt durch Erhalt der Staatsbürgerschaft und lange Aufenthaltsdauer hin.

Übersicht 16: Armutsgefährdungsquote und Intensität der Armutsgefährdung nach Staatsbürgerschaft

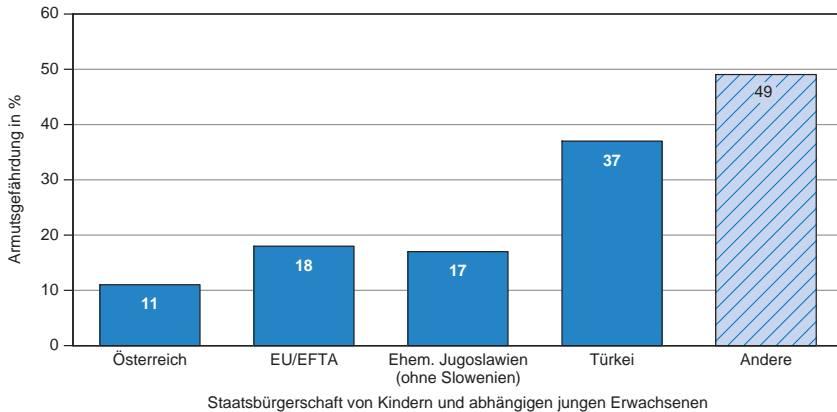
	Gesamt in 1.000	Äquivalen- zein- kommen der Armuts- gefährdeten	Armutsgefährdung			
			in 1.000	Anteil	Quote	Lücke
				in %		
Gesamt	8.242	9.881	993	100	12	17
Staatsbürgerschaft						
Österreich seit Geburt	6.976	10.069	729	73	10	16
Österreich eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	392	9.729	51	5	25	19
EU/EFTA	270	8.870	56	6	20	26
Ehem. Jugoslawien (o. Slowenien)	298	9.068	55	6	17	24
Türkei	146	(10.354)	35	4	29	(13)
Andere	159	7.648	66	7	44	36

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle.

Die Unterschiede im Haushaltseinkommen setzen sich in der Betroffenheit von Armutsgefährdung fort: Türkische und andere Staatsangehörige haben mit 29% bzw. 44% die höchsten Armutsgefährdungsquoten. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (17%) und aus EU/EFTA-Staaten (20%) haben ein rund doppelt so hohes Armutsrisiko wie österreichische Staatsangehörige (10%).

Von den Armutsgefährdeten haben eingebürgerte Personen mit 9.729 Euro das zweithöchste Medianeinkommen nach den österreichischen Staatsangehörigen (10.069 Euro, Übersicht 16). Damit haben diese Gruppen die kleinsten Armutsgefährdungslücken und sind mit 19% bzw. 16% am nächsten zur Armutsgefährdungsschwelle. Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben hingegen eine Lücke von rund 25% und mehr und sind deutlich stärker von Einkommensarmut betroffen.

Grafik 5: Armutsgefährdung von Kindern und abhängigen jungen Erwachsenen nach Staatsbürgerschaft



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Kinder: alle 0 bis 16-Jährigen; abhängige Jugendliche und junge Erwachsene: Personen bis 26 Jahre, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft haben durchschnittlich mehr Kinder als österreichische Staatsangehörige (vgl. Statistik Austria, KMI 2010). Dadurch sind auch ausländische Kinder stärker von Armutsgefährdung betroffen als österreichische (Grafik 5). Besonders prekär ist die Situation dabei für türkische Kinder und jene mit anderer Staatsangehörigkeit: mehr als ein Drittel ist armutsgefährdet (37% bzw. 49%). Kinder und Jugendliche aus Ex-Jugoslawien (17%) und EU/EFTA-Staaten (18%) haben im Vergleich dazu ein niedrigeres Armutsrisiko, es ist aber immer noch doppelt so hoch wie für Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (11%).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Migrantinnen und Migranten nicht nur ein deutlich höheres Armutsrisiko haben, der Lebensstandard für Armutsgefährdete wie auch für die gesamte Gruppe ist deutlich niedriger als bei gebürtigen Österreicherinnen und Österreichern. Unter den Menschen mit Migrationshintergrund ist der Lebensstandard deutlich differenzierter nach Herkunftsland als nach Aufenthaltsdauer. Türkische und sonstige Staatsangehörige haben ein besonders hohes Armutsrisiko. Analysen zum Lebensstandard zeigen, dass sich niedriges Einkommen bei Migran-

tinnen und Migranten besonders häufig in prekären Lebensbedingungen verfestigt (vgl. BMASK/Statistik Austria, 2009). Daher wachsen besonders die Kinder in diesen Familien in deprivierten Lebensbedingungen mit stark eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabechancen auf.

3.3. Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung

Wie hoch und kontinuierlich der Beitrag einer Person zum Haushaltseinkommen ist, hängt vom Lebenszyklus und von der individuellen Erwerbssituation ab. Erwerbschancen werden durch persönliche Ressourcen wie Bildung genauso beeinflusst wie durch die aktuelle familiäre Situation. Ob das äquivalisierte Einkommen einzelner über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, bestimmen Haushaltszusammensetzung und die Summe der Einkommen aller Personen im Haushalt. In Hinblick auf die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder kommt vor allem der Erwerbstätigkeit von Frauen eine große Bedeutung zu. Schließlich können Sozialleistungen als ergänzendes Einkommen oder Einkommensersatz den materiellen Lebensstandard erhöhen. Im Folgenden werden die Entstehungszusammenhänge von Armutsgefährdung skizziert und der Einfluss von Erwerbsarbeit, Haushaltszusammensetzung und Sozialleistungen auf die Lebensstandardposition verschiedener Bevölkerungsgruppen dargestellt.

3.3.1. Erwerbstätigkeit und Armutsgefährdung von Personen im Erwerbsalter

Erwerbseinkommen bilden für Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) die Haupteinkommensquelle. Die Teilnahme am Erwerbsleben ist eine wesentliche Grundlage der Armutsvermeidung, Erwerbsintensität und abgesicherte Anstellungsverhältnisse beeinflussen die Höhe und Kontinuität der Entlohnung. Als Beitrag zum Haushaltseinkommen minimiert das persönliche Erwerbseinkommen das Risiko des gesamten Haushalts, von Armutsgefährdung betroffen zu sein. In Übersicht 17 ist der Zusammenhang von Haupttätigkeit und Armutsgefährdung ersichtlich. Personen, die im Jahr 2008 das ganze Jahr über erwerbstätig waren, weisen mit 5% die niedrigste Armutsgefährdungsquote auf. Für ganzjährig Teilzeiterwerbstätige erhöht sich das Gefährdungsrisiko um 2%-Punkte. Für nicht ganzjährig erwerbstätige Personen verdreifacht sich die Armutsgefährdungsquote (16%). Dem höchsten Armutsrisiko sind Langzeitarbeitslose (mindestens sechs Monate arbeitslos) ausgesetzt (39%).

32% der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter haben das ganze Jahr 2008 über keine Erwerbstätigkeit ausgeübt, der Großteil davon sind Personen mit Pensionsbezug im Erwerbsalter und Personen in Ausbildung. Unabhängig vom Grund der Inaktivität ist diese Personengruppe überdurchschnittlich häufig von Armutsgefährdung betroffen.

Übersicht 17: Armutsgefährdung nach Haupttätigkeit 2008 von Personen im Erwerbsalter

		Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung							
			in 1.000	Quote in %	Anteil in %					
Insgesamt		5.028	543	11	100					
Ganzjährig erwerbstätig		3.220	163	5	30					
davon Vollzeit	4.039.000	2.587	117	5	22					
davon Teilzeit										
Nicht ganzjährig erwerbstätig						Erwerbsaktive	633	46	7	8
Arbeitslos (>= 6 Monate)		337	131	39	24					
Ganzjährig nicht erwerbsaktiv		989	172	17	32					
davon in Pension	989.000	524	66	13	12					
davon in Ausbildung						nicht Erwerbsaktive	258	54	21	10
davon im Haushalt						140	26	19	5	
davon aus gesundhlt. od. sonst. Gründen nicht		68	26	38	5					

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). Ganzjährig erwerbstätig: 12 Monate erwerbstätig. Nicht ganzjährig erwerbstätig: weniger als 12 Monate erwerbstätig, aber mind. 6 Monate Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig.

Personen, denen trotz Ausübung einer Erwerbstätigkeit kein ausreichendes Einkommen zur Verfügung steht, werden als „working poor“ bezeichnet. In EU-SILC sind jene armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) als „working poor“ definiert, die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit- oder Teilzeit erwerbstätig waren.¹⁸

Demnach sind laut EU-SILC 2009 insgesamt 7% der Erwerbstätigen im Erwerbsalter „working poor“, das entspricht rund 241.000 Personen, davon etwa 135.000 Männer (7%) und 105.000 Frauen (6%) (Übersicht 18). „Working poor“ bilden mit einem Anteil von 44% die größte Gruppe der Armutsgefährdeten im Erwerbsalter. Zwar ist das Armutsrisiko für Arbeitslose mit 39% um ein Vielfaches höher als für ganzjährig Erwerbstätige mit 5% oder unter sechs Monaten Beschäftigte mit 16%, aber anteilmäßig repräsentieren sie eine deutlich kleinere Gruppe. 72% der 163.000 ganzjährig erwerbstätigen „working poor“ waren vollzeitbeschäftigt. Personen mit Normalarbeitsverhältnissen bilden

¹⁸ Nicht berücksichtigt werden Personen, die im Referenzjahr 2008 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. Diese Definition entspricht der bereits im Vorjahr für EU-SILC 2008 verwendeten und unterscheidet sich von der auf EU-Ebene dargestellten „Armutsgefährdungsquote von Erwerbspersonen“ (Pers. ab 18 Jahren, die mehr als die Hälfte des Referenzjahres erwerbstätig waren) um etwa 20.000 armutsgefährdete Personen, die mehr ausgewiesen werden.

somit die größte Gruppe unter den armutsgefährdeten Erwerbstätigen im Erwerbsalter. Selbständige machen 17% aller „working poor“ aus, sie tragen mit 10% ein höheres Armutsrisiko als unselbständig Erwerbstätige (5%).

Insgesamt von Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit betroffen sind 450.000 Personen, die in Haushalten mit „working poor“ leben oder selbst dieser Gruppe zuzurechnen sind. 23% der „working poor“ leben alleine.

Übersicht 18 stellt im Referenzjahr erwerbstätige Personen im Erwerbsalter dar und macht ersichtlich, welche soziodemographischen Merkmale mit erhöhter Armutsgefährdung einhergehen. Mehr als die Hälfte der „working poor“ (53%) sind über 40 Jahre alt, befinden sich also nicht mehr am Beginn ihrer Erwerbslaufbahn. Drei Viertel der „working poor“ haben keine Matura. Hilfsarbeiter im Erwerbsalter sind mehr als dreimal so häufig von Armutsgefährdung betroffen wie Erwerbstätige mit mittlerer Tätigkeit, unter Erwerbstätigen mit hochqualifizierter Tätigkeit tritt Armutsgefährdung fast gar nicht auf. Vollzeit-erwerbstätigkeit minimiert das Armutsrisiko ebenfalls, Teilzeiterwerbstätige oder nicht ganzjährig Erwerbstätige sind viel häufiger unter den „working poor“ vertreten. Ein Viertel der armutsgefährdeten Erwerbstätigen hat keine österreichische Staatsbürgerschaft, unter den nicht Armutsgefährdeten lediglich ein Zehntel.

Übersicht 18: Soziodemographisches Profil von Erwerbstätigen im Erwerbsalter nach Armutsrisiko

	Erwerbstätige im Erwerbsalter ¹					
	Gesamt in 1.000	Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet "working poor"		
		in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	3.702	3.461	100	241	100	6
Männer	2.045	1.909	55	136	56	7
20-39 Jahre	903	837	24	65	27	7
40-64 Jahre	1.142	1.072	31	70	29	6
Frauen	1.656	1.552	45	105	44	6
20-39 Jahre	704	657	19	48	20	7
40-64 Jahre	952	895	26	57	24	6
Bildung						
Max. Pflichtschule	459	404	12	55	23	12
Lehre/mittlere Schule	1.990	1.866	54	124	52	6
Matura	717	677	20	39	16	5
Universität	536	514	15	22	9	4
Erwerbsstatus 2008						
Ganzjährig Vollzeit erwerbstätig	2.587	2.470	71	117	49	5
Ganzjährig Teilzeit erwerbstätig	633	587	17	46	19	7
Nicht ganzjährig erwerbstätig	482	404	12	78	32	16
Berufliche Stellung 2009						
Unselbständig erwerbstätig	2.945	2.809	100	136	56	5
Hilfsarbeit	706	641	19	65	27	9
Facharbeit	760	716	21	44	18	6
Mittlere Tätigkeit, Meister	671	653	19	19	8	3
Höhere/hochqualifizierte Tätigkeit	807	798	23	9	4	1
Selbständig	418	377	11	42	17	10
Aktuell nicht erwerbstätig	339	276	8	63	26	19
Staatsbürgerschaft						
Österreich	3.298	3.117	90	181	75	6
davon seit Geburt	3.174	3.015	87	159	66	5
davon eingebürgert	124	102	3	22	9	18
Nicht Österreich	403	344	10	59	25	15
davon EU/EFTA	157	134	4	23	9	15
davon sonstiges Ausland	247	210	6	36	15	15

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - ¹) Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres 2008 zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren. Ohne Personen, die 2008 mehr als sechs Monate arbeitslos waren. - Erwerbsstatus 2008: Ausmaß der Erwerbstätigkeit 2008. - Berufliche Stellung 2009: Berufliche Stellung zum Befragungszeitpunkt 2009.

Übersicht 19 zeigt das Armutsrisiko von Erwerbstätigen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) im Zeitverlauf. Betrug deren Armutsgefährdungsquote 2004 8%, lag sie ab 2005 bei 7%. 2004 hatten 277.000 Personen in Österreich, obwohl sie erwerbstätig waren, ein

äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, 2009 sind es etwas weniger, nämlich 241.000. Dies ist vor allem auf die sinkende Anzahl betroffener erwerbstätiger Männer zurückzuführen. Die Armutsgefährdungsquote männlicher Erwerbstätiger liegt 2009 wie zu Beginn der Zeitreihe leicht über der von weiblichen Erwerbstätigen. Bei der Interpretation von geschlechtsspezifischen Unterschieden ist zu beachten, dass die Erwerbsquote von Frauen geringer ist und nicht erwerbstätige Frauen nicht berücksichtigt sind. Der Anteil der von Armutsgefährdung betroffenen erwerbstätigen Frauen an den „working poor“ stieg im Beobachtungszeitraum von rund 42% 2004 auf 44% 2009.

Übersicht 19: Working poor in Österreich 2004 - 2009

	Working poor											
	2004 ¹⁾		2005		2006		2007 ²⁾		2008		2009 ³⁾	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	277	8	257	7	243	7	231	6	247	7	241	7
Männer	162	8	158	8	134	7	127	6	132	7	136	7
Frauen	115	7	99	6	110	7	104	7	116	7	105	6

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. Working poor: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Verlauf des Referenzjahres zumindest ein Monat Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und armutsgefährdet sind. Ohne Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren. - ¹⁾ Werte aus EU-SILC 2004 und 2005 sind nachträgliche Neuberechnungen nach einer Veränderung des Gewichtungskonzepts im Jahr 2006 und weichen von den jeweiligen Jahrespublikationen ab. - ²⁾ Ab 2007 wird die finanzielle Bewertung von Sachleistungen (Ausnahmen: privat genutzter Firmen-PKW) nicht mehr für Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit berücksichtigt. - ³⁾ Ab 2009 gelten Privatpensionen als Bestandteil des Haushaltseinkommens; die 13. Familienbeihilfe wird berücksichtigt.

Übersicht 20 zeigt, dass fehlende arbeitsrechtliche Absicherung das Armutsrisiko von Erwerbstätigen deutlich erhöht. 74% der als „working poor“ bezeichneten Personen befinden sich laut EU-SILC 2009 in einer prekären Beschäftigungsform: Sie waren im Referenzjahr weniger als 10 Monate Teilzeit- oder Vollzeit beschäftigt, hatten einen Werk- oder freien Dienstvertrag, erhielten einen Stundenlohn von weniger als 5,77

Euro netto oder sind für weniger als zwölf Wochenstunden beschäftigt¹⁹. Selbst wenn je nach Haushaltszusammensetzung die Möglichkeit besteht, dass die Einkommen anderer Haushaltsmitglieder Einkommen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgleichen, ist die überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung der Betroffenen ersichtlich.

Übersicht 20: Armutsgefährdung in prekären Beschäftigungsformen

	Gesamt in 1.000	Armutsgefährdung	
		in 1.000	Quote in %
Insgesamt	5.028	543	11
Unregelmäßig beschäftigt	462	87	19
Teilzeit <12h	131	23	17
Niedriglohnbeschäftigung	99	21	22

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre). - Unregelmäßig beschäftigt: Im vergangenen Jahr weniger als 10 Monate Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt oder Werk-/DienstvertragsnehmerIn. - Teilzeit < 12h: Aktuell weniger als 12 Stunden beschäftigt - Niedriglohnbeschäftigung: Der Stundenlohn beträgt weniger als 5,77 €. Hochgerechnet auf Vollzeitbeschäftigung beträgt der Monatslohn unter 1.000 Euro.

3.3.2. Haushaltszusammensetzung und Armutsgefährdung

Die Haushaltszusammensetzung beeinflusst die Möglichkeiten einzelner, sich am Erwerbsleben zu beteiligen und über die Möglichkeit mehrerer Einkommensquellen im Haushalt. In Mehrpersonenhaushalten können weiters auf Grund der gemeinsamen Haushaltsführung etwa beim Wohnen oder beim Kauf von Nahrungsmitteln Kosten gespart werden können. Weil in Einpersonenhaushalten keine Einsparungspotentiale auf Grund der gemeinsamen Haushaltsführung gegeben sind, verzeichnen alleinlebende Personen mit Ausnahme alleinlebender (männlicher) Pensionisten generell ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Anders als in Mehrpersonenhaushalten wirken sich

¹⁹ Beschäftigungsverhältnisse von weniger als zwölf Arbeitsstunden pro Woche werden hier ebenfalls zu den prekären Beschäftigungsarten gezählt, da diese oft mit einem geringfügigen Einkommen und wenig arbeits- und sozialrechtlichem Schutz einhergehen.

Einkommensnachteile und soziale Risiken auf alleinlebende Personen unmittelbar aus, ohne Ausgleich im Einkommen anderer Haushaltsmitglieder finden zu können.

Alleinlebende Frauen mit Pension haben deshalb eine der höchsten Armutsgefährdungsquoten, über ein Viertel ist betroffen (28%). Mit 121.000 armutsgefährdeten Personen bzw. 12% aller Armutsgefährdeten sind sie auch absolut gesehen eine nicht zu vernachlässigende Gruppe. Die Armutsgefährdungslücke von alleinlebenden Frauen mit Pensionsbezug ist mit 12% allerdings vergleichsweise gering. Grund dafür ist die Ausgleichszulage, die niedrige Pensionen auf einen Richtsatz für Mindestpensionen ergänzt. Das Armutsrisiko von alleinlebenden Männern mit Pension ist mit 11% leicht unterdurchschnittlich. Für Alleinlebende ohne Pension liegt die Armutsgefährdungsquote bei 17% für Männer und bei 18% für Frauen, die Lücke ist mit 25% bzw. 24% deutlich höher als für Einpersonenhaushalte mit Pensionsbezug.

Mehrpersonenhaushalte ohne und mit bis zu zwei Kindern sind relativ gut vor Armutsrisiken geschützt (Armutsgefährdungsquote jeweils 7%). Für Familien mit mehr als zwei Kindern erhöht sich die Armutsgefährdungsquote drastisch auf 20%. Die Armutsgefährdungslücke liegt unabhängig von der Zahl der Kinder bei etwa 18%, in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegt das Medianäquivalenzeinkommen der Armutsgefährdeten um 24% unter der Armutsgefährdungsschwelle. Das höchste Armutsrisiko tragen Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Hier können weder geteilte Kosten noch Zuverdienste ein niedriges Einkommen ausgleichen. Dazu kommen Betreuungspflichten, die oft keine Vollzeitberufstätigkeit erlauben. 30% der Personen in Ein-Eltern-Haushalten sind von Armutsgefährdung betroffen.

Der Einfluss des Alters der Kinder auf Betreuungsnotwendigkeiten im Haushalt und die Erwerbstätigkeit der Eltern zeigt sich unmittelbar im Armutsrisiko: Ist das jüngste Kind im Kleinkindalter (unter drei Jahre), liegt das äquivalisierte Haushaltseinkommen bei 15% der Familien unter der Armutsgefährdungsschwelle. Wenn das jüngste Kind über vier

Jahre alt ist, ist eine unterdurchschnittliche Armutsgefährdung von 10% festzustellen.

3.3.3. Erwerbsbeteiligung des Haushalts und Armutsgefährdung

Die Höhe des Haushaltseinkommens ist neben dem individuellen Erwerbsstatus stark von der Arbeitsmarkteinbindung des gesamten Haushalts abhängig. Sowohl der Anteil der erwerbstätigen Personen im Haushalt (an allen Personen im Erwerbsalter) als auch deren Beschäftigungsintensität und -dauer (Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung und die Zahl der beschäftigten Monate im Einkommensreferenzjahr 2008) haben Einfluss auf den Lebensstandard. Beide Faktoren sind im Indikator Erwerbsbeteiligung des Haushaltes zusammengefasst (Übersicht 21).

Aus Konsistenzgründen mit der europäischen Berichterstattung wird der bisher ausgewiesene Indikator „Erwerbsintensität des Haushaltes“ ab der Berichterstattung 2009 durch den Indikator „Erwerbsbeteiligung des Haushaltes“ ersetzt.²⁰ Wie bisher werden die Erwerbsmonate im Referenzjahr 2008 aller Personen im Erwerbsalter addiert und als Anteil an der im Haushalt maximal möglichen Erwerbszeit berechnet. War das Erwerbsalter bislang in der Berichterstattung zu EU-SILC mit 20-64 Jahren definiert, wird es für den neuen Indikator zwischen 18 und 59 Jahren festgelegt. Studierende sind der neuen Definition nach aus der Berechnung ausgenommen. Die im Haushalt geleistete Arbeitszeit wird nach den drei Kategorien „(nahezu) keine Erwerbsbeteiligung“, „teilweise Erwerbsbeteiligung“ und „volle Erwerbsbeteiligung“ differenziert: Bei Angabe von Vollzeit wird unabhängig von der Stundenzahl im betreffenden Monat Erwerbsintensität von 100% angenommen. Bei Angabe von Teilzeit wird die Erwerbsintensität über die im Erhebungsjahr erbrachte Stundenzahl ermittelt: Ein Stundenausmaß von über 35 Stunden gilt als 100% Erwerbsintensität, ansonsten

²⁰ Bis 2008 wurde folgende Definition für die Anteile der Erwerbsmonate von Haushaltsmitgliedern im Erwerbsalter an allen möglichen Erwerbsmonaten verwendet: Volle Erwerbsintensität: Großteils Vollzeiterwerbstätigkeit aller Personen zwischen 20 und 64 Jahren im Haushalt. Teilweise Erwerbsintensität: Nicht alle Personen üben eine Vollzeiterwerbstätigkeit aus. Eine Person ist beispielsweise das ganze Jahr über vollzeitbeschäftigt ist und eine andere geht einer Teilzeit- oder keiner Erwerbstätigkeit nach. Diese Änderung betrifft auch den Tabellenband.

wird die aktuell erbrachte Stundenzahl durch 35 dividiert und anteilig eingerechnet. Als Haushalte mit (nahezu) keiner Erwerbsbeteiligung gelten ab EU-SILC 2009 jene mit maximal 20% Erwerbsbeteiligung, für einen Einpersonenhaushalt bedeutet das ein Erwerbsausmaß von maximal sieben Wochenstunden bei Ganzjahresbeschäftigung. Dies entspricht dem Indikator "erwerbslose Haushalte" der Europa 2020 Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.²¹ Teilweise Erwerbsbeteiligung entspricht mehr als 20% und weniger als 85%, bei einem Einpersonenhaushalt ganzjährig weniger als 30 Wochenstunden. Volle Erwerbsintensität bedeutet, dass alle Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter mindestens 85% Prozent der insgesamt im Haushalt möglichen Erwerbsbeteiligung ausschöpfen.

Übersicht 21: Armutsgefährdung nach Erwerbsbeteiligung des Haushalts

	Gesamt		Armutsgefährdung		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Gesamt					
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	461	7	218	30	47
Teilweise Erwerbsbeteiligung	3.200	50	397	55	12
Volle Erwerbsbeteiligung	2.786	43	111	15	4
Einpersonenhaushalte					
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	105	15	54	44	51
Teilweise Erwerbsbeteiligung	116	17	36	29	31
Volle Erwerbsbeteiligung	482	69	34	27	7
Mehrpersonenhaushalte					
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	356	6	164	27	46
Teilweise Erwerbsbeteiligung	3.084	54	360	60	12
Volle Erwerbsbeteiligung	2.303	40	76	13	3

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. Personen in Haushalten mit mind. einer Person zwischen 18 und 59 Jahren (ohne Studierende). - Erwerbsbeteiligung: Anteil der Erwerbsmonate aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahren, ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr. Teilzeiterwerbstätigkeit wird entsprechend dem Stundenausmaß anteilmäßig berücksichtigt. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: <=20%; teilweise Erwerbsbeteiligung: >20% und <85% ; volle Erwerbsbeteiligung: >=85%.

Für Haushalte mit mindestens einer Person zwischen 18 und 59 Jahren (ohne Studierende) zeigt sich bei voller Erwerbsbeteiligung eine unterdurchschnittliche Armutsgefährdung von 4%. In 7% der Haushalte gibt es (nahezu) keine Erwerbsbeteiligung der

21 Siehe Kapitel 4.

Personen dieser Altersgruppe, fast die Hälfte der Personen in solchen Haushalten (47%) hat kein Äquivalenzeinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zur Verfügung. Sowohl in Ein- als auch in Mehrpersonenhaushalten hat die volle Erwerbsbeteiligung aller Haushaltsmitglieder zwischen 18 und 59 Jahren ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko zur Folge. Das in Mehrpersonenhaushalten mit Personen zwischen 18 und 59 Jahren am häufigsten auftretende Erwerbsmuster ist teilweise Erwerbsbeteiligung: Liegt das Ausmaß zwischen 20% und 85%, besteht ein durchschnittlich hohes Armutsrisiko (12%). In Einpersonenhaushalten sind bei teilweiser Erwerbsbeteiligung 31% armutsgefährdet. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung der Haushaltsmitglieder von 18 bis 59 Jahren bedeutet für Personen in Mehrpersonenhaushalten ein Armutsrisiko von 46%, Alleinlebende sind dann zu 51% armutsgefährdet.

Personen in Erwerbslosenhaushalten (gelten mit einem Armutsrisiko von 47% als besonders von sozialer Ausgrenzung betroffen und werden daher in der Europa 2020 Strategie zur Reduktion der Zahl armutsgefährdeter Menschen als eigenen Zielgruppe definiert (Übersicht 22).²² In diesen Haushalten werden höchstens 20% der insgesamt möglichen Erwerbsbeteiligung von Haushaltsmitgliedern zwischen 18 und 59 Jahren ausgeschöpft. Insgesamt leben 461.000 Menschen in solchen Erwerbslosenhaushalten, 105.000 davon in Einpersonenhaushalten. 80.000 Personen leben in Mehrpersonenhaushalten mit Haupteinkommensquelle Pension, in denen die Personen zwischen 18 und 59 Jahren (nahezu) keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Bei den 44.000 alleinlebenden Männern und 33.000 Frauen ohne Pensionsbezug handelt es sich vorwiegend um ältere Personen am Ende des Erwerbslebens, die noch keine Pension beziehen, Arbeitslose oder Personen in Ausbildung. Ihre Armutsgefährdungsquote liegt bei 64% (Männer) bzw. 52% (Frauen). Haushalte mit Kindern stellen die größte Gruppe innerhalb der Erwerbslosenhaushalte dar (41%), die Armutsgefährdung liegt bei 59%. 16% sind Ein-Eltern-Haushalte, in denen die Person zwischen 18 und 59 Jahren nicht

22 Vgl. ausführlich im Kapitel 4.

oder zu weniger als 20% am Erwerbsleben beteiligt ist. Mit 69% tragen Personen in erwerbslosen Ein-Eltern-Haushalten das höchste Armutsrisiko. Für 63% der Personen in Erwerbslosenhaushalten stellen Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle dar.

Übersicht 22: Armutsgefährdung in Erwerbslosenhaushalten

	Gesamt		Armutsgefährdung		
	in 1.000	Anteil in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %
Insgesamt	461	100	218	100	47
Geschlecht					
Männer	182	39	91	42	50
Frauen	280	61	127	58	45
Haushalte mit Pension	108	23	29	13	27
Alleinlebend	(28)	(6)	(10)	(5)	(36)
Mehrpersonenhaushalt	80	17	20	69	25
Haushalte ohne Pension	353	77	189	87	53
Alleinlebend männlich	44	10	28	13	64
Alleinlebend weiblich	33	7	17	8	52
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	85	18	31	14	37
Haushalte mit Kindern	191	41	112	51	59
Ein-Eltern-Haushalt	74	16	51	23	69
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	45	10	14	6	31
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	(33)	(7)	(23)	(11)	(70)
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	39	8	24	11	61
Haupteinkommensquelle des HH					
unselbständige Arbeit	34	7	(9)	(4)	27
selbständige Arbeit	-	-	-	-	-
Sozialleistungen	289	63	170	78	59
Pensionen	116	25	29	(13)	25
private Einkommen	(19)	(4)	(9)	(4)	(47)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. Personen in Haushalten, in denen die Erwerbsbeteiligung des Haushalts max. 20% der maximal möglichen Erwerbsbeteiligung ausmacht. - Erwerbsbeteiligung: Anteil der Erwerbsmonate aller Personen von 18 bis 59 Jahren (ohne Studierende) an der max. möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr.

ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN UND ARMUTSGEFÄHRDUNG

Generell gilt: Je mehr Haushaltsmitglieder im Erwerbsalter einer Erwerbstätigkeit nachgehen, desto mehr finanzielle Ressourcen stehen dem Haushalt zur Verfügung und erhöhen so den Lebensstandard aller Haushaltsmitglieder. Frauen tragen immer häufiger zum Haushaltseinkommen bei, Betreuungs- und Versorgungspflichten und ein fehlendes Angebot an (gut erreichbaren) Arbeitsplätzen sind jedoch Gründe dafür, warum viele weibliche Erwerbsbiographien nach wie vor durch Teilzeitbeschäftigung

charakterisiert sind. Während die Erwerbsquote von Männern im Erwerbsalter (20 bis 64 Jahre) mit 75% um 14%-Punkte über jener der Frauen liegt, unterscheidet sich die Teilzeitquote beträchtlich: 43% der erwerbstätigen Frauen im Erwerbsalter üben eine Teilzeitbeschäftigung aus, während nur 6% der Männer teilzeiterwerbstätig sind. 86% aller Teilzeitbeschäftigten im Erwerbsalter sind weiblich. Erwerbstätige Frauen im Erwerbsalter, die in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern (ohne Pension) leben, sind zu 61% teilzeitbeschäftigt.

Übersicht 23 macht den Einfluss von Zahl und Alter der Kinder auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen deutlich: Während in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder 71% der Frauen im Erwerbsalter einer Beschäftigung nachgehen, zwei Drittel davon Vollzeit, sind es in Haushalten mit einem Kind 63%, die durch Erwerbstätigkeit zum Haushaltseinkommen beitragen – 44% davon durch Vollzeiterwerbstätigkeit. In Haushalten mit einem oder zwei Kindern ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen zwar gleich hoch, der Anteil jener, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, beträgt beim ersten Kind 56%, beim zweiten 65%. Vermehrte Betreuungspflichten hindern Frauen in Familien mit mehr als drei Kindern an der Aufnahme einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit: Insgesamt sind 44% dieser Frauen im Erwerbsalter erwerbstätig, 48% davon Vollzeit. Fehlende außerfamiliäre Betreuungseinrichtungen stehen dem Berufswiedereinstieg von Frauen im Weg, besonders in Haushalten mit kleinen Kindern: Ist das jüngste Kind unter vier Jahre alt, sind 37% der Frauen im Erwerbsalter erwerbstätig, 31% davon Vollzeit. Ist das jüngste Kind im Vor- bzw. Schulalter, stehen 68% bzw. 70% der Frauen im Berufsleben. In Haushalten mit dem jüngsten Kind zwischen vier und sechs Jahren sind 71% der Frauen Teilzeit erwerbstätig, 29% Vollzeit. Mit einer Quote von 52% überwiegt auch in Haushalten ohne Kinder unter sechs Jahren die Teilzeitbeschäftigung der Frauen. Unter Haushalten mit Kindern weisen alleinerziehende Frauen die höchste Erwerbsquote auf: 69% sind erwerbstätig, Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse halten sich die Waage.

Übersicht 23: Erwerbstätigkeit von Frauen und Armutsgefährdung in Familien

	Erwerbstätigkeit der Frau			Armutsgefährdungsquote		
	gesamt	davon Teilzeit	davon Vollzeit	gesamt	bei Erwerbstätigkeit der Frau	ohne Erwerbstätigkeit der Frau*
	in %					
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	71	32	68	7	4	15
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	63	56	44	7	4	18
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	63	65	35	7	4	16
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	44	48	52	20	12	32
In Ein-Eltern-Haushalt	69	50	50	29	22	62
Jüngstes Kind bis 3 J.	37	69	31	14	10	19
Jüngstes Kind 4 bis 6 J.	68	71	29	10	4	30
Jüngstes Kind über 6 J.	70	52	48	10	6	29

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Erwerbsbeteiligung: Anteil aktuell hauptsächlich erwerbstätiger (ohne Arbeitslose) an Frauen im Erwerbsalter (20-64 Jahre) in Haushalten ohne Pension. Teilzeit: Erwerbstätigkeit von weniger als 35 Stunden pro Woche. -* Personen in Haushalten ohne Pension, in denen mind. eine Frau im Erwerbsalter (20-64 Jahre) lebt. Erwerbstätigkeit: Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit.

In Mehrpersonenhaushalten besteht die Möglichkeit, niedrige oder fehlende Erwerbseinkommen eines Haushaltsmitglieds durch Erwerbseinkommen anderer Personen und weitere Einkünfte wie Sozialleistungen oder Privattransfers auszugleichen. Da Erwerbseinkommen bei Personen im Erwerbsalter jedoch durchschnittlich drei Viertel des Äquivalenzeinkommens ausmachen, wirkt sich geringe Erwerbsbeteiligung eines Mitglieds meist auf den ganzen Haushalt nachteilig aus. Sozialleistungen wirken zwar ergänzend, ersetzen jedoch den Ausfall von Erwerbseinkommen meist nicht in gleicher Höhe. Der Erwerbseinbindung von Frauen kommt eine große Bedeutung bei der Reduktion des Armutsrisikos für Familien zu (Übersicht 23). In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder beträgt die Armutsgefährdungsquote ohne Erwerbstätigkeit der Frau 15%. Wenn die Frau einer Erwerbstätigkeit nachgeht sind unterdurchschnittliche 4% der Personen in Mehrpersonenhaushalten armutsgefährdet. Auch für Haushalte mit bis zu zwei Kindern ist das Armutsrisiko derart gering, wenn die Frau einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Mehrpersonenhaushalte mit mehr als drei Kindern wurden bereits als Risikogruppe identifiziert: Ihre durchschnittliche Armutsgefährdungsquote liegt bei 20%. Ohne Erwerbseinkommen der Frau liegt das Armutsrisiko bei 32%. Wenn die Frau

eine Voll- oder Teilzeitbeschäftigung ausübt, beträgt es durchschnittliche 12%. Den größten Effekt zeigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen in jenen Haushalten, wo es nur eine Verdienlerin geben kann: Wenn Frauen in Ein-Eltern-Haushalten nicht erwerbstätig sind, liegt die Armutsgefährdungsquote bei 62%. Auch ein Erwerbseinkommen garantiert hier überdurchschnittlich oft kein äquivalisiertes Haushaltseinkommen über der Armutsgefährdungsschwelle. In Haushalten mit dem jüngsten Kind unter vier Jahren beträgt die Armutsgefährdungsquote bei Erwerbstätigkeit der Frau 10%. Ist die Frau nicht erwerbstätig, sind mit 19% fast doppelt so viele Personen von Armutsgefährdung betroffen. Auch in den anderen Haushaltstypen ist die Quote deutlich niedriger, wenn die Frau in den Arbeitsmarkt eingebunden ist.

Der finanzielle Beitrag, den Frauen zum Lebensstandard von Familien leisten, kann durch vermehrte Vollzeiterwerbstätigkeit weiter erhöht, das Armutsrisiko dadurch reduziert werden. Frauen erfahren auf Grund ihrer Familiensituation Nachteile in der Partizipation am Erwerbsleben, was sich nicht nur auf die individuellen Lebensbedingungen auswirkt, sondern auch den Verlust des Potentials qualifizierter Frauen am Arbeitsmarkt bedeutet. Durch Förderung des Wiedereinstiegs junger Mütter könnte die vergleichsweise niedrige Erwerbsquote von Frauen mit kleinen Kindern gesteigert werden, familiengerechte Rahmenbedingungen in Unternehmen sowie bedarfsorientierte und qualitativ hochwertige vor- und außerschulische Kinderbetreuung würden es auch Frauen mit älteren Kindern erleichtern, Berufstätigkeit und Betreuungsaufgaben aufeinander abzustimmen. Auch die Auslagerung anderer Betreuungsleistungen wie Altenpflege, Betreuung von kranken oder behinderten Menschen und eine vermehrte Beteiligung von Männern an Betreuungs- und Versorgungsaufgaben wären Voraussetzung für die Vollzeiterwerbstätigkeit vieler Frauen. Unabhängig von der familiären Situation haben Frauen oft geringere Chancen auf Vollzeitbeschäftigung als Männer: Vor allem im Dienstleistungssektor ist niedrig entlohne Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen weit verbreitet, Maßnahmen zur Erweiterung des Berufsspektrums von Frauen würden im weiteren Sinne ebenfalls zur Armutsreduktion beitragen.

3.3.4. Staatliche Sozialleistungen und ihre Wirkung

Sozialleistungen tragen in bestimmten Bevölkerungsgruppen zum Erhalt eines gewissen Lebensstandards bei und leisten so einen Beitrag zur Verringerung von Armutsgefährdung. Neben primär zur Armutsreduktion konzipierten Leistungen wie der Sozialhilfe und anderen bedarfsorientierten Leistungen (z.B. Wohnbeihilfe) wirken weitere Transferleistungen im Fall von Pensionierung, Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit als Einkommensersatz. Sie stellen so vielfach gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen einen wichtigen Bestandteil des gesamten Haushaltseinkommens dar. Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch Sozialleistungen, die in bestimmten Lebensphasen zur Abdeckung zusätzlicher Kosten ausgezahlt werden, wie Pflegegeld und Familienbeihilfen.

Laut EU-SILC 2009 tragen Altersleistungen mit 36,9 Mrd. Euro zum Bruttoeinkommen der privaten Haushalte bei, Sozialleistungen machen 13,5 Mrd. Euro aus.²³ Übersicht 24 zeigt die unterschiedliche Bedeutung von Sozialleistungen und Pensionen für den Lebensstandard verschiedener Haushaltstypen. Durchschnittlich 36% des verfügbaren Einkommens der österreichischen Privathaushalte stammen aus Leistungen der öffentlichen Hand.

Mehr als die Hälfte davon sind Pensionen, die 21% ausmachen. In armutsgefährdeten Haushalten mit Pension als Haupteinkommensquelle besteht das Netto-Haushaltseinkommen zu 94% aus Pensionen, zu 4% aus altersunabhängigen Sozialleistungen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten mit Pension entfallen 90% des Haushaltseinkommens auf Pensionen und 2% auf Sozialleistungen. In armutsgefährdeten Haushalten mit anderen Haupteinkommensquellen machen Sozialleistungen etwas weniger als die Hälfte (46%) des verfügbaren Haushaltseinkommens aus, lediglich 1% entfällt auf

²³ Vgl. Tabelle 11.1b im Tabellenband. Sozialleistungen enthalten auch Pensionen, die vor dem gesetzlichen Pensionsalter bezogen werden. Nicht-monetäre Leistungen sind nicht erfasst.

Pensionen. In nicht armutsgefährdeten Haushalten ohne Pension als Haupteinkommensquelle stammen im Durchschnitt 14% aus Sozialleistungen und 4% aus Pensionen.

Übersicht 24: Anteil der Sozialleistungen und Pensionen am verfügbaren Einkommen

Haushaltstyp	Anzahl Personen in 1.000	Median des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr in EUR	Relativer Anteil am verfügbaren Haushaltseinkommen		
			Sozialleistungen	Pensionen	Sozialleistungen plus Pensionen
			in %		
Insgesamt	8.262	29.849	15	21	36
Haushalte mit Pension	1.689	21.484	3	90	93
davon nicht armutsgefährdet	1.417	24.467	2	90	92
davon armutsgefährdet	272	10.772	4	94	98
Alleinlebend männlich	130	19.130	2	97	99
Alleinlebend weiblich	440	15.432	1	97	98
Mehrpersonenhaushalte	1.119	29.662	3	87	90
Haushalte ohne Pension	6.573	34.882	18	4	22
davon nicht armutsgefährdet	5.853	38.370	14	4	18
davon armutsgefährdet	721	11.788	46	1	47
Alleinlebende Männer	417	20.319	17	1	18
Alleinlebende Frauen	297	18.467	15	1	16
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.841	42.513	11	8	19
Haushalte mit Kindern	4.018	41.778	21	2	23
Ein-Eltern-Haushalt	324	23.348	37	0	37
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.442	44.113	15	2	17
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.491	44.372	19	2	21
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	762	43.238	31	2	33
Haushalt mit jüngstem Kind...					
bis 3 Jahre	1.192	36.740	31	2	33
4 bis 6 Jahre	566	41.140	20	2	22
über 6 Jahre	2.351	44.703	16	5	21
Haushalte mit ...					
Behinderung (im Erwerbsalter)	798	29.714	32	16	48
Arbeitslosigkeit					
Kurzzeit <6 Monate	794	32.059	22	5	27
Langzeit >= 12 Monate	736	27.925	35	10	45
ausl. Mitglied (Nicht EU/EFTA)	917	29.240	29	5	34
Eingebürgerten (ohne ausl. Mitglied)	244	27.196	24	9	33

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

Um die Verringerung des Armutsrisikos durch Sozialleistungen festzustellen, werden in der folgenden Darstellung Sozialleistungen von den Gesamteinkommen der Haushalte abgezogen (Übersicht 25). Dadurch wird sichtbar, wie viele Personen armutsgefährdet wären, wenn dem Haushalt nur Einkünfte aus Arbeit und Vermögen (Primäreinkommen) und aus privaten Transfers zur Verfügung stünden. Die Armutsgefährdungsschwelle bleibt für diese Berechnung unverändert bei monatlich 994 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Mit Sozialleistungen und Pensionen beträgt die Armutsgefährdungsquote 12%. Ohne altersunabhängige Sozialleistungen befänden sich mit 24% doppelt so viele Menschen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, ohne Pensionen und Sozialleistungen läge die Armutsgefährdungsquote sogar bei 43%. Demnach verringert sich die Zahl der Armutsgefährdeten durch staatliche Transfer- und Versicherungsleistungen von rund 3,5 Millionen auf rund eine Million.

Bei Familien ist der Anteil der Sozialleistungen überdurchschnittlich hoch, vor allem wenn es Kinder bis drei Jahre im Haushalt gibt, ebenso bei Ein-Eltern-Haushalten und bei Familien mit drei oder mehr Kindern. Hauptursache hierfür ist die geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesen Haushaltsformen, wodurch den Sozialtransfers – v.a. Familienleistungen wie Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe – größere Bedeutung zukommt. Das erhöhte Armutsrisiko für Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit drei oder mehr Kindern macht jedoch auch deutlich, dass diese Leistungen angesichts des höheren Bedarfs kein gleichwertiger Ersatz für fehlende Erwerbseinkommen sind.

Trotzdem können speziell Familienleistungen in Haushalten mit Kindern die Armutsgefährdung um mehr als die Hälfte reduzieren. In Haushalten mit einem Kind sinkt die Armutsgefährdung auf Grund aller Sozialleistungen von 17% auf 7%, in Haushalten mit zwei Kindern von 25% auf 7% und in Haushalten mit drei und mehr Kindern von 55% auf 20%. Das Armutsrisiko von Haushalten mit mehr als zwei Kindern bleibt also auch nach Berücksichtigung von Sozialleistungen stark erhöht. Ohne Familien- und Bildungsleistungen betrüge die Armutsgefährdungsquote von Familien mit einem Kind

13%, mit zwei Kindern 22% und in Familien mit drei und mehr Kindern hätten mehr als die Hälfte der Personen ohne Familien- und Bildungsleistungen ein Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Ein-Eltern-Haushalte sind in besonders hohem Maße von staatlichen Leistungen abhängig. Ohne Sozialtransfers wäre mehr als die Hälfte der Personen in Ein-Eltern-Haushalten armutsgefährdet. Jedoch auch mit Sozialtransfers verbleiben 30% unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Ohne Familien- und Bildungsleistungen wären in Ein-Eltern-Haushalten 46% betroffen. Nach dem Alter des jüngsten Kindes zeigt sich die größte Bedeutung von Sozialleistungen zur Reduktion des Armutsrisikos bei Haushalten mit Kleinkindern bis drei Jahren, die Armutsgefährdungsquote bleibt jedoch mit 15% auch hier nach Sozialleistungen und Pensionen erhöht. Vor Familien- und Bildungsleistungen liegen die äquivalisierten Haushaltseinkommen von 42% der Personen in Haushalten mit Kleinkindern unter dem Schwellenwert.

In Haushalten ohne Pension und ohne Kinder sind es vor allem Gesundheits- und Arbeitslosenleistungen, die die Armutsgefährdung senken: Für Mehrpersonenhaushalte reduziert sich das Risiko durch alle Sozialleistungen um mehr als die Hälfte. Letztendlich hat diese Gruppe eine Armutsgefährdungsquote von 7%. Alleinlebende ohne Pension wären ohne Sozialleistungen zu 26% armutsgefährdet – statt 17% der Männer und 18% der Frauen.

Eine geringe Bedeutung haben altersunabhängige Sozialleistungen für Haushalte mit Pensionsbezug (3% des Haushaltseinkommens, Pensionen stellen 90% des Haushaltseinkommens dar. Ohne Pensionen wären praktisch alle Pensionistinnen und Pensionisten armutsgefährdet. Die unterschiedliche Armutsgefährdung zwischen Männern (11%) und Frauen (28%) ist auf die höhere Zahl der Ausgleichszulagenbezüge vor allem bei Witwen zurückzuführen.

Übersicht 25: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen nach Haushaltszusammensetzung

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote vor ...							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien/ Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/ Wohnbeihilfe
		in %							
Insgesamt	8.262	12	43	31	24	20	14	14	13
Haushalte mit Pension	1.689	16	97	96	19	17	17	17	17
Alleinlebende Männer	130	11	98	98	14	11	11	13	13
Alleinlebende Frauen	440	28	99	99	29	28	28	28	29
Mehrpersonenhaushalt	1.119	12	96	95	16	13	13	14	12
Haushalte ohne Pension	6.573	11	29	14	25	20	14	13	12
Alleinlebend männlich	417	17	27	18	26	18	21	22	19
Alleinlebend weiblich	287	18	30	23	26	20	22	22	20
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.841	7	20	13	14	8	9	12	8
Haushalte mit Kindern	4.018	11	33	13	30	26	14	13	12
Ein-Eltern-Haushalt	324	30	58	31	53	46	33	32	34
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.442	7	20	9	17	13	10	9	8
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.491	7	29	8	25	22	9	8	7
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	762	20	56	23	55	52	25	21	21
Haushalte mit dem jüngsten Kind									
bis 3 Jahre	1.192	15	49	15	46	42	18	15	15
4 bis 6 Jahre	566	10	34	13	31	25	15	11	11
über 6 Jahre	2.351	10	28	15	22	19	12	12	11

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen in Haushalten. Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS). Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen. Leisebeispiel: Die Armutsgefährdung beträgt in der Gesamtbevölkerung laut EU-SILC 2009 12%. Würde bei gleichbleibender Schwelle Armutsgefährdung anhand des Einkommens ohne Sozialtransfers und Pensionen berechnet, würde sie 43% betragen, nur ohne Pensionen und Hinterbliebenenleistungen 31% bzw. nur ohne Sozialleistungen 31%. Ohne Familien- und Bildungsleistungen aber mit allen anderen Leistungen würde die Armutsgefährdung 20%, ohne Arbeitslosenleistungen 14% betragen usw.

Für Haushalte mit einer Person mit Behinderung im Erwerbsalter sind Pensionen (32% des Haushaltseinkommens) und Sozialleistungen (16%) wichtige Einkommensquellen (vgl. Übersicht 26). Fast die Hälfte ihres Einkommens stammt aus öffentlichen Transferleistungen. Das Pflegegeld wird hier als Einkommensbestandteil geführt, allerdings ist diese Leistung als Ersatz für mit Krankheit und Behinderung einhergehende Zusatzkosten zu betrachten und erhöht den Lebensstandard nicht im gleichen Ausmaß. Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 19% 59% der Personen in diesen Haushalten armutsgefährdet.

In Langzeitarbeitslosenhaushalten machen Sozialleistungen durchschnittlich 35% des Einkommens aus, ein Großteil stammt aus Arbeitslosenleistungen. Durch diese und andere Sozialleistungen (v. a. auch familienbezogene Leistungen) wird das Armutsrisiko von 60% auf 30% gesenkt. Die immer noch hohe Armutsgefährdungsquote verdeutlicht jedoch, dass diese Leistungen, die den größten Teil des Einkommens bilden, beinahe einem Drittel der Personen in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen kein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle ermöglichen können.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung, für die sich im Schnitt das Risiko um fast ein Drittel reduziert, erfahren Personen in Haushalten mit Migrantinnen und Migranten keine so deutliche Reduktion ihres Armutsrisikos durch Sozialleistungen und Pensionen. Haushalte mit mindestens einer ausländischen Person (aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat) beziehen über ein Viertel ihres Einkommens aus Sozialleistungen (29%). Pensionen spielen bei ihnen auf Grund der Altersstruktur eine untergeordnete Rolle (5%). Der Anteil von Sozialleistungen und Pensionen zusammen bleibt bei dieser Gruppe unter dem Durchschnitt. Bei Haushalten mit Eingebürgerten (ohne Ausländerinnen und Ausländer) ist der Anteil der Pensionen am Haushaltseinkommen etwas höher (9%). Insgesamt führen staatliche Leistungen bei Haushalten mit ausländischen Personen zu einer Senkung des Armutsrisikos von 58% auf 24%. Familienleistungen kommt gefolgt von Arbeitslosen- und Gesundheitsleistungen die größte Bedeutung

zu. Auch in Haushalten mit Eingebürgerten verhält es sich ähnlich: Der Effekt von Sozialleistungen und Pensionen auf die Armutsgefährdung ist etwas geringer als bei der Gesamtbevölkerung, aber auch ihr Armutsrisiko wäre ohne Transferleistungen noch deutlich höher (61% im Vergleich zu 26%).

Übersicht 26: Armutsgefährdung vor und nach Sozialleistungen und Pensionen in ausgewählten Risikogruppen

	Anzahl Personen in 1.000	Armutsgefährdungsquote							
		nach Sozialleistungen und Pensionen	vor ...						
			Pensionen u. Sozialleistungen	Pensionen u. Hinterbliebenenleistungen	Sozialleistungen	Familien/Bildungsleistungen	Arbeitslosenleistungen	Gesundheitsleistungen	Sozialhilfe/Wohnbeihilfe
in %									
Haushalt mit ...									
Behinderung (im Erwerbsalter)	798	19	59	35	46	28	25	34	21
Arbeitslosigkeit	794	2	5	2	4	3	2	2	2
Kurzzeit <6 Monate	794	16	48	22	40	30	23	18	16
Langzeit >= 12 M.	736	30	68	39	60	46	44	33	31
ausl. Mitglied (Nicht EU/EFTA)	917	24	58	28	55	48	31	28	26
Eingebürgerten (ohne ausl. Staatsb.)	244	26	61	34	52	45	35	28	27

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Pensionen: Alters- und Hinterbliebenenleistungen. Familienleistungen: Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatl. Unterhaltsvorschüsse. Bildungsleistungen: Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen. Arbeitslosenleistungen: Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeit (Betrag vom AMS), Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, andere Arbeitslosenleistungen. Gesundheitsleistungen: Krankengeld, Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension von Personen unterhalb des Pensionsalters, sonstige Unfall- und Krankenleistungen. Sozialhilfe: Einmalzahlungen und Dauerleistungen.

Diese Analyse bringt die wichtige Funktion von Sozialtransfers und Pensionen zum Ausdruck und es wird deutlich, wie abhängig einkommensschwache Haushalte und Haushalte mit speziellen Bedürfnissen von Sozialtransfers sind. Prinzipiell ist der Anteil der Sozialtransfers bei Haushalten mit geringem Einkommen höher – was aber nicht mit einem absolut höheren Leistungsniveau verwechselt werden darf. Wenn auch

die primäre Zielsetzung von Sozialleistungen (mit Ausnahme der bedarfsabhängigen Leistungen) nicht in der Reduktion von Armut liegt, werden durch Sozialleistungen Armutsrisiken verringert. Bedarfsabhängige Leistungen wie z.B. der Heizkostenzuschuss haben ein geringes Gesamtvolumen – für die Beziehenden sind sie aber von umso größerer Wichtigkeit.

3.4. Häufigkeit und Dauer von Armutsgefährdung zwischen 2005 und 2008

Nachdem im Vorjahr erstmals die Armutsgefährdung für ein vierjähriges Panel (2004 bis 2007) aus EU-SILC untersucht werden konnte, wird Armutsgefährdung im Längsschnitt nun für das nachfolgende Panel der Jahre 2005 bis 2008 dargestellt.²⁴

Für die Analyse relevant sind all jene Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden und für die in jedem Erhebungsjahr Daten zu Armutsgefährdung vorliegen. Dies trifft im Vier-Jahres-Panel der Erhebungen EU-SILC 2005 bis 2008 auf 2.511 Personen zu. Diese stammen aus 1.103 Haushalten, die am Ende des Panels im Datensatz verfügbar sind.²⁵ Hochgerechnet entspricht das vierjährige Panel 7.647.000 Personen oder 93% der Querschnittbevölkerung. Die Differenz zur Gesamtbevölkerung in Privathaushalten 2008 liegt bei rund 595.000 Personen. Im vierjährigen Panel nicht erfasst sind Personen, die zwischen 2005 und 2008 entweder erst geboren oder nach Österreich zugezogen sind. Auch Personen, die nach 2005 in die befragten Haushalte zugezogen sind, können nicht miteinbezogen werden. Weiters reduziert sich die Bevölkerungszahl um jene Personen, die in diesen vier Jahren verstorben, ins Ausland oder in einen Institutionshaushalt verzogen sind oder für ein Jahr abwesend waren. Personen, die innerhalb des vierjährigen Befragungszeitraums in einen anderen Privathaushalt in Österreich umziehen, werden im neuen Haushalt weiter befragt, sofern es sich nicht

²⁴ Auf Grund der per EU-Verordnung vorgeschriebenen Lieferverpflichtungen sind die Längsschnittdaten gegenüber den Querschnittdaten immer etwa ein halbes Jahr zeitversetzt verfügbar. Aus diesem Grund bezieht sich die folgende Auswertung auf den Zeitraum 2005 bis 2008, Querschnittauswertungen und Trends können hingegen bis einschließlich 2009 ausgewiesen werden.

²⁵ 45 davon sind Splithaushalte, das heißt Personen, die aus ihrem Ursprungshaushalt ausgezogen sind und im Längsschnittverlauf in ihren neuen Haushalten befragt wurden.

um unter 14-Jährige handelt, die bei einem Wegzug aus dem Ursprungshaushalt in der Erhebung nicht weiterverfolgt werden.

Die Bevölkerungsstruktur des Längsschnitts wurde mittels Gewichtung so weit wie möglich an die Querschnittbevölkerung 2008 angepasst. Geringe Abweichungen der Längsschnittergebnisse zu den Querschnittergebnissen können sich dennoch ergeben. Die Haushaltsmerkmale eines Längsschnittshaushalts (zum Beispiel Einkommen und Haushaltszusammensetzung) werden auf Basis des gesamten Querschnittshaushalts im letzten Paneljahr ermittelt.

Um das Äquivalenzeinkommen als Annäherung an den wahren Lebensstandard verwenden zu können, empfiehlt sich eine längerfristige Beobachtung. Denn Einkommen und Lebensstandard weisen vor allem dann einen deutlichen Zusammenhang auf, wenn das Einkommen über einen längeren Zeitraum gleich bleibt (vgl. BMASK/ Statistik Austria 2009, S. 108ff). Der Lebensstandard eines Haushalts, dessen Einkommen unter die Armutsgefährdungsschwelle sinkt, fällt erst allmählich, da geringe Einkommen kurzfristig abgedeckt werden können: Das Aufbrauchen von Sparguthaben und Rücklagen oder das Verschieben von Anschaffungen usw. können geringe laufende Einkommen eine Zeit lang ausgleichen. Auf der anderen Seite macht sich eine verbesserte finanzielle Situation oft erst bei längerfristigem Verbleib auf dem höheren Einkommensniveau in einem höheren Lebensstandard bemerkbar, da größere Anschaffungen verzögert getätigt werden und möglicherweise auch Schulden zurückzuzahlen sind. Ein kurzfristiges Verweilen unter der Armutsgefährdungsschwelle hat also andere Implikationen für den Lebensstandard als längerfristig niedriges Einkommen. Sowohl die Häufigkeit als auch die Dauer der Armutsgefährdung sollen daher im Rahmen der Möglichkeiten des Vier-Jahres-Panels 2005-2008 untersucht werden.

Übersicht 27: Häufigkeit des Auftretens von Armutsgefährdung 2005-2008

	Häufigkeit in 1.000	Prozent	Kumuliert	Prozent
nie	5.656	74	nie	74
in einem Jahr	987	13	zumindest 1 Jahr	26
in zwei Jahren	494	6	zumindest 2 Jahre	13
in drei Jahren	251	3	zumindest 3 Jahre	7
in vier Jahren	259	3	in vier Jahren	3
Gesamt	7.647	100		

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Knapp drei Viertel der Längsschnittbevölkerung waren zwischen 2005 und 2008 nie von Armutsgefährdung betroffen, die restlichen 26% waren mindestens in einem Jahr armutsgefährdet (Übersicht 27). In allen vier Jahren waren 3% der Bevölkerung armutsgefährdet, in nur einem einzigen der vier betrachteten Jahre 13%. 6% waren in zwei und 3% in drei aus vier Jahren armutsgefährdet, wobei diese Jahre nicht unmittelbar aneinander anschließend gewesen sein müssen. In der kumulierten Betrachtung²⁶ waren 13% in mindestens zwei Jahren und 7% in mindestens drei Jahren armutsgefährdet.

Im Betrachtungszeitraum 2005-2008 war jede vierte Person zumindest einmal unter der Armutsgefährdungsschwelle. Bei einer jährlichen Armutsgefährdungsschwelle von 12-13% bedeutet das, dass jährlich rund die Hälfte der Armutsgefährdeten neu dazugekommen ist bzw. die Armutsgefährdung verlassen hat und Einkommensarmut einer starken Dynamik unterliegt.

Diesem Umstand trägt auch der EU-Eingliederungsindikator „dauerhafte Armutsgefährdung“ Rechnung. Als dauerhaft armutsgefährdet wird jener Prozentsatz der Bevölkerung ausgewiesen, der am Ende des Beobachtungszeitraums, das heißt im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei der vorhergehenden Jahre in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres lebt. Die jährlichen Armutsgefährdungsschwellen werden nach revidierter Berech-

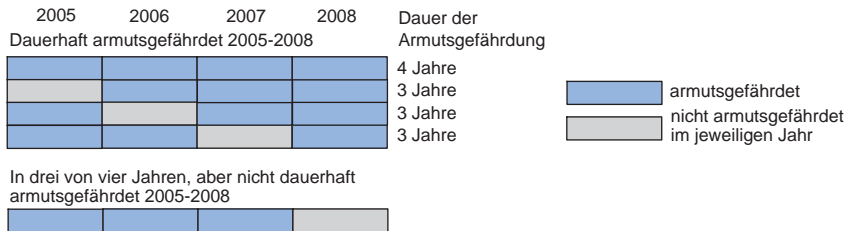
26 z.B. diejenigen, die drei Jahre armutsgefährdet waren, sind auch „zumindest ein Jahr“ und „zumindest zwei Jahre“ armutsgefährdet.

nungsvorgabe von Eurostat unverändert aus den Querschnittdaten übernommen.²⁷

Spricht man von „dauerhaft armutsgefährdeten“ Personen, sind nur die in Grafik 6 angeführten Kombinationsmöglichkeiten in den betrachteten vier Jahren möglich. Nicht einbezogen sind diejenigen, die in den ersten drei Jahren (2005-2007) armutsgefährdet waren und es nur im letzten Jahr (2008) nicht sind²⁸ oder auch jene, die 2007 und 2008 armutsgefährdet waren und dies auch 2009, also nach Ende des aktuellen Betrachtungszeitraumes, sein werden.

Knapp 6% der hochgerechneten Längsschnittbevölkerung sind nach dieser EU-Definition dauerhaft armutsgefährdet. Das entspricht hochgerechnet 427.000 Personen.²⁹

Grafik 6: Typen „dauerhafter Armutsgefährdung“ nach EU-Definition



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Zur weiteren Differenzierung über die Dauer der Armutsgefährdung werden zeitweilig Armutsgefährdete als all jene definiert, die im Betrachtungszeitraum 2005 bis 2008 mindestens ein Jahr lang armutsgefährdet waren, aber nach der verwendeten Defini-

27 Die in der Letztjahrespublikation für 2004-2007 ausgewiesene dauerhafte Armutsgefährdung von 5,1% (gerundet 5%) wurde nach leicht abweichender Methodik berechnet (vgl. BMASK/ Statistik Austria 2009). Zum damaligen Zeitpunkt sahen die methodischen Vorgaben von Eurostat vor, dass die Armutsgefährdungsschwelle jedes Jahres für die Längsschnittpopulation neu berechnet wird. Inzwischen wurde eine Änderung dahingehend vorgenommen, dass die unveränderten Querschnittsschwellen für den Längsschnittindikator anzuwenden sind. Für 2004-2007 ergibt sich nach dieser neuen Berechnungsmethode eine dauerhafte Armutsgefährdung von 5,46% (gerundet ebenfalls 5%).

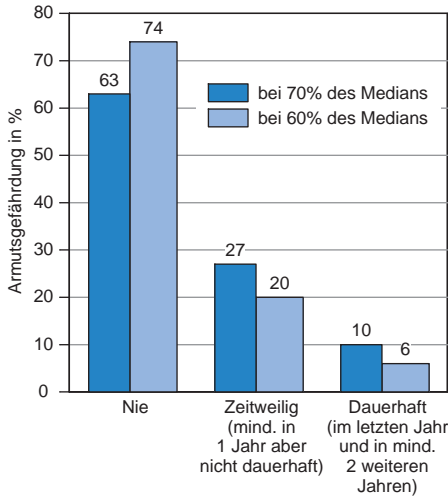
28 Dieser Typ wäre aber für den Zeitraum 2004-2007 dauerhaft armutsgefährdet.

29 Wobei es sich, wie erwähnt, um eine etwas eingeschränkte Population handelt, die sich tatsächlich während vier Jahren im Panel befindet. Im Folgenden wird daher auf die Darstellung von Absolutzahlen verzichtet.

tion nicht dauerhaft armutsgefährdet sind. Bei ihnen stellt sich die Frage, ob diese die Armutsgefährdung dauerhaft verlassen können oder weiterhin eine prekäre finanzielle Situation nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle haben. Dies wird u.a. aus einer Gegenüberstellung dauerhafter und zeitweiliger Betroffenheit nach der üblichen Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians und einer etwas höheren Schwelle bei 70% des Medians ersichtlich.

Der Anteil derer, die in den vier Jahren nie armutsgefährdet waren, verringert sich bei der höheren Schwelle von 74% auf 63% (Grafik 7). Das heißt, von den Personen, deren Einkommen nie unter der Armutsgefährdungsschwelle (bei 60%) lag, waren 85% auch nie unter der höheren Schwelle von 70%, 15% hatten jedoch Einkommen nur knapp über der Armutsgefährdungsschwelle. 27% befinden sich zeitweilig unter der 70% Schwelle, 20% unter der Armutsgefährdungsschwelle (bei 60%). 6% der hier erfassten Bevölkerung hatten im letzten Jahr und in zwei der vorhergehenden drei Jahre ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle, weitere 4% befanden sich nur knapp über dieser Schwelle, waren aber nach dem Kriterium 70% des Medians dauerhaft armutsgefährdet. Das heißt, fast doppelt so viele Personen (10%) befanden sich bei einer etwas höher angelegten Schwelle von 70% des Medians in dauerhafter Armutsgefährdung.

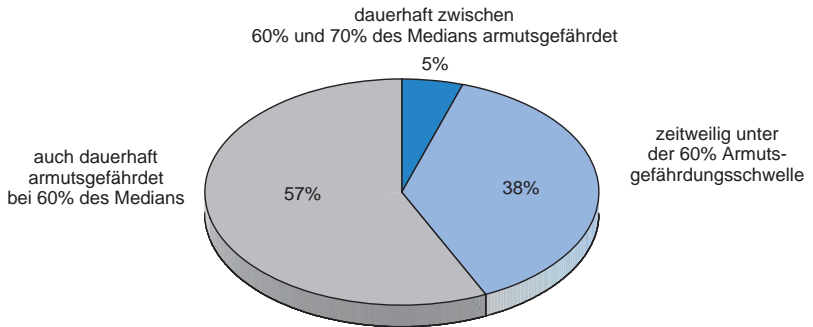
Grafik 7: Dauerhafte und zeitweilige Armutsgefährdung bei 60 und 70% des Medians



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2005-2008.- Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Von den 10% dauerhaft Armutsgefährdeten bei 70% des Medians ist mehr als die Hälfte auch dauerhaft bei 60% des Medians gefährdet (Grafik 8). Für den anderen Teil stellt sich die Frage, ob diese „nur“ eine Gruppe mit relativ niedrigem Einkommen aber stabiler Einkommenssituation repräsentiert oder es sich um Ein- und Austritte in die Armutsgefährdung handelt. Es zeigt sich, dass die meisten der nur bei 70% des Medians dauerhaft Armutsgefährdeten zumindest zeitweilig (mind. einmal in vier Jahren aber nicht dauerhaft) ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% hatten. Nur 5% der bei 70% des Medians dauerhaft Armutsgefährdeten bleiben konstant über der Armutsgefährdungsschwelle von 60%.

Grafik 8: Dauerhafte Armutsgefährdung bei 70% des Medians nach Armutsgefährdung bei 60% des Medians



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008.- Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.

Die Ergebnisse legen nahe, bei der Beurteilung der Persistenz von Armutsgefährdung jene Personen einzubeziehen, die sich nur knapp über bzw. zeitweilig unter der Armutsgefährdungsschwelle befinden.

3.4.1. Zeitweilige und dauerhafte Betroffenheit von Armutsgefährdung für verschiedene Gruppen

In Übersicht 28 sind die Quoten von zeitweiliger und dauerhafter Betroffenheit von Armutsgefährdung (bei 60% des Medians) nach zentralen soziodemographischen Merkmalen dargestellt. Im Vergleich sind auch die Anteile jener, die nie von Armutsgefährdung betroffen waren, ausgewiesen. Die Typen „dauerhaft“ und „zeitweilig“ betroffen lassen sich zur Kategorie „jemals von Armutsrisiko betroffen“ aufsummieren, was vor allem bei kleinen Gruppen von analytischem Vorteil sein kann. Die Gliederungsmerkmale beziehen sich jeweils auf das aktuellste Erhebungsjahr, in diesem Fall 2008. Dies ist bei veränderlichen Merkmalen wie Haushaltszusammensetzung oder Haupteinkommensquelle zu bedenken.

Übersicht 28: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen

Soziodemographische Merkmale 2008	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2005-2008			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	74	20	6	26
Geschlecht				
Männer	75	20	5	25
Frauen	73	21	6	27
Alter				
Bis 19 Jahre	69	26	5	31
20 bis 39 Jahre	76	22	(2)	22
40 bis 64 Jahre	76	18	6	24
65 Jahre und älter	73	16	12	27
Staatsbürgerschaft				
Österreich	75	20	5	25
darunter Eingebürgerte (Nicht EU/EFTA)	50	50	(0)	50
Nicht Österreich	56	25	(18)	44

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. - Lesebeispiel: In den Jahren 2005 bis 2008 waren 74% der Personen insgesamt nie, 20% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 20% zeitweilig und 6% dauerhaft Armutsgefährdeten, ergeben 26%, die jemals armutsgefährdet waren. Nie= keine Armutsgefährdung in den Jahren 2005 bis 2008, zeitweilig= mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft; dauerhaft= 2008 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der dauerhaften Armutsgefährdung (5% zu 6%) ist wie auch beim Querschnittindikator „Armutsgefährdungsquote“ gering, da im Haushalt ein gleicher Lebensstandard unterstellt wird. Insgesamt beträgt der Frauenanteil an den dauerhaft armutsgefährdeten Personen 58%. Dies ist vor allem durch den hohen Frauenanteil an den alleinlebenden PensionistInnen – eine Gruppe die durch sehr hohe dauerhafte Armutsgefährdung gekennzeichnet ist – bedingt. Die benachteiligte Einkommenssituation von Frauen wird auch bei einer Betrachtung nach dem Geschlecht der hauptverdienenden Person im Haushalt unterstrichen. Personen in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin sind mit 9% wesentlich häufiger dauerhaft armutsgefährdet als Männer (4%) und befinden sich auch öfter zeitweilig (24% zu 19%) in Armutsgefährdung (Übersicht 30).

Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich eine unterschiedliche Persistenz bzw. Dynamik von Armutsgefährdung im Lebensverlauf. Bei Kindern und Jugendlichen liegt die dauerhafte Armutsgefährdung im Durchschnitt der Bevölkerung, es ist aber eine höhere Betroffenheit von zeitweiliger Armutsgefährdung festzustellen: 26% sind mindestens einmal in den untersuchten vier Jahren und zusätzliche 5% dauerhaft armutsgefährdet. Das ergibt in Summe beinahe ein Drittel Kinder und Jugendliche, die zwischen 2005 und 2008 jemals armutsgefährdet waren. Armutsgefährdung ist bei Personen unter 20 Jahren vielfach eine vorübergehende Phase, die durch Abschluss einer Ausbildung und Aufnahme der Erwerbstätigkeit beendet wird.

Von den Personen im Erwerbsalter waren demgegenüber weniger als ein Viertel jemals armutsgefährdet. Personen zwischen 20 und 64 Jahren haben die höchsten Anteile bei den nie Armutsgefährdeten.

Ältere Personen hingegen haben viel eher dauerhafte Armutslagen zu vergegenwärtigen: 12% der Personen ab 65 Jahren – und damit doppelt so viele wie insgesamt – sind dauerhaft armutsgefährdet. Sie haben nach ihrem Ausstieg aus dem Erwerbsleben in den meisten Fällen keinen Einkommensanstieg mehr zu erwarten. Das bedeutet, dass Beziehende einer Mindestpension dauerhaft armutsgefährdet sind, sofern sich ihr Einkommen nicht ändert, da die Ausgleichszulage unter den Armutsgefährdungsschwellen liegt.

Längsschnittanalysen nach Staatsbürgerschaft sind auf Grund der geringen Fallzahlen nur sehr grob möglich: 44% der nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen waren zwischen 2005 und 2008 zumindest einmal, von Armutsgefährdung betroffen – deutlich häufiger als Österreicherinnen und Österreicher (25%).

Übersicht 29: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Haushaltstyp

Haushaltstyp 2008	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2005-2008			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	74	20	6	26
Haushalt mit Pension ¹⁾				
Zusammen	74	15	11	26
Alleinlebende Männer	(59)	(23)	(18)	(41)
Alleinlebende Frauen	63	21	(16)	37
Mehrpersonenhaushalte	79	12	8	21
Haushalt ohne Pension ²⁾				
Zusammen	74	22	4	26
Alleinlebende Männer	65	(26)	(9)	(35)
Alleinlebende Frauen	68	(21)	(11)	(32)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	83	16	(0)	17
Haushalt mit Kindern (ohne Pension)				
Zusammen	71	24	5	29
Ein-Eltern-Haushalt	44	48	(7)	56
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	77	18	(6)	(23)
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	73	23	(4)	27
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	68	28	(3)	32

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.
 Lesebeispiel: In den Jahren 2005 bis 2008 waren 74% der Personen insgesamt nie, 20% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 20% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdeten ergeben 26%, die jemals armutsgefährdet waren. Nie= keine Armutsgefährdung in den Jahren 2005 bis 2008, zeitweilig= mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft; dauerhaft= 2008 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. - ¹⁾ Mindestens 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - ²⁾ weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Wie auch bei der Armutsgefährdung im Querschnitt hängt die Lebensform sehr deutlich mit der Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung zusammen (Übersicht 29). Die Fallzahlen führen zu großen Schwankungen der Ergebnisse für kleine Gruppen, man kann aber daraus ablesen: Alleinlebende Personen haben höhere Quoten zeitweiliger und dauerhafter Armutsgefährdung als Personen in Mehrpersonenhaushalten, Pensionistinnen und Pensionisten höhere als Personen in Haushalten mit anderer Haupteinkommenquelle als Pensionen.

Die schwierige soziale Lage von Ein-Eltern-Haushalten wird in der hohen Quote der zeitweilig Betroffenen (48%) sichtbar. Mehr als die Hälfte (56%) aller Kinder und Erwachsenen in dieser Haushaltskonstellation hat in den vergangenen vier Jahren dauerhaft oder zeitweilig mit Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben müssen. In Haushalten mit mehreren Erwachsenen und einem oder zwei Kindern liegt die dauerhafte Armutsgefährdung wie auch das zeitweilige Auftreten von Armutsrisiken in etwa im Durchschnitt. Familien mit drei oder mehr Kindern haben ein erhöhtes Risiko, jemals in Armut zu geraten (32%).

Den besten Schutz vor Armutsgefährdung – sei sie zeitweilig oder dauerhaft – stellt Erwerbsarbeit dar (Übersicht 30). Personen in Haushalten mit der Haupteinkommensquelle unselbständige Erwerbsarbeit weisen die geringste dauerhafter Armutsgefährdung auf (2%), über drei Viertel waren in den letzten vier Jahren nie armutsgefährdet. Haushalte mit voller Erwerbsbeteiligung aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahre) haben kurz- und langfristig gesehen geringe Armutsrisiken. Selbständige Arbeit ist häufig von Schwankungen im Einkommensverlauf gekennzeichnet, was sich in einer höheren Quote zeitweiliger Armutsgefährdung niederschlägt.

Übersicht 30: Dauerhaftigkeit von Armutsgefährdung nach Erwerbsmerkmalen und Bildung

Erwerbsmerkmale und Bildung 2008	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2005-2008			
	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft	Jemals (=Summe zeitweilig + dauerhaft)
	in %			
Insgesamt	74	20	6	26
Haupteinkommensquelle ¹⁾				
Unselbständige Arbeit	79	19	2	21
Selbständige Arbeit	65	25	(10)	(35)
Sozialleistungen	29	50	21	71
Pensionen	75	14	11	25
Private Einkommen	(61)	(35)	(4)	(39)
Haushalt mit				
männlichem Hauptverdiener	77	19	4	23
weiblicher Hauptverdienerin	67	24	9	33
Erwerbsbeteiligung des Haushalts ²⁾				
(Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung	35	49	(16)	(65)
Teilweise Erwerbsbeteiligung	70	23	6	30
Volle Erwerbsbeteiligung	82	17	(1)	(18)
Höchster Bildungsabschluss (Pers. ab 16 Jahren)				
Max. Pflichtschule	59	26	15	41
Lehre/mittlere Schule	75	21	4	25
Matura	83	14	(3)	14
Universität	87	12	(1)	12

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren. Lesebeispiel: In den Jahren 2005 bis 2008 waren 74% der Personen insgesamt nie, 20% zeitweilig und 6% dauerhaft armutsgefährdet. Die 20% zeitweilig und 6% dauerhaft Armutsgefährdeten ergeben 26%, die jemals armutsgefährdet waren. Nie= keine Armutsgefährdung in den Jahren 2005 bis 2008, zeitweilig= mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft; dauerhaft= 2008 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. ¹⁾ Die Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum aushaltseinkommen leistet. - ²⁾ Erwerbsbeteiligung: Anteil der Erwerbsmonaten aller Personen im Erwerbsalter (hier: 18 bis 59 Jahren, ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr. Teilzeiterwerbstätigkeit wird entsprechend dem Stundenausmaß anteilmäßig berücksichtigt. (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: <=20%; teilweise Erwerbsbeteiligung: >20% und <85% ; volle Erwerbsbeteiligung: >=85%. Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Ein kontinuierliches und gut entlohntes Erwerbsverhältnis wird am ehesten unter der Voraussetzung hoher Bildung und beruflicher Qualifikation erreicht. Demnach sind AbsolventInnen einer Hochschulausbildung am seltensten von dauerhafter und zeitweiliger Armutsgefährdung betroffen (87% nie). Auch Personen mit Matura als höchstem Abschluss sind zwischen 2005 und 2008 relativ zur Gesamtbevölkerung seltener armutsgefährdet gewesen (83% nie). Bei AbsolventInnen der mittleren Bildungsebene weist zwar ein Viertel mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung auf, die dauerhafte Armutsgefährdung macht allerdings mit 4% weniger als im Durchschnitt aus. Hingegen haben Personen, die maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen, mit 15% ein deutlich höheres Risiko für dauerhafte Armutsgefährdung.

Das höchste Risiko, dauerhaft armutsgefährdet zu sein, haben Personen, die hauptsächlich auf Sozialleistungen angewiesen sind (21%). Für sie ist eine Verweildauer in Armutsgefährdung über drei Jahre oder länger sehr viel wahrscheinlicher als bei Personen mit anderer Haupteinkommensquelle. Die Pension ist, wie bereits dargelegt, mit einer geringen Dynamik im Einkommen gekennzeichnet: Etwa drei Viertel der Personen mit Haupteinkommensquelle Pension (75%) und damit durchschnittlich viele haben in den letzten Jahren keine Armutserfahrung gemacht. Konstant niedrige Einkommen für viele PensionistInnen führen aber dazu, dass mehr als doppelt so viele Pensionsbeziehende wie im Durchschnitt über mehrere Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle verweilen (11% dauerhafte Armutsgefährdung).

3.4.2. Mangelnde Teilhabechancen und Dauer der Armutsgefährdung

Das Haushaltseinkommen wird als Proxy für Lebensstandard verwendet. Es liegt die Annahme zu Grunde, dass der Lebensstandard zu einem großen Teil durch die laufenden materiellen Ressourcen mitbestimmt ist. Diese bestimmen auch die Ausstattung und die Konsummöglichkeiten der Haushalte. Einkommensmangel schlägt sich in der Nichtleistbarkeit von vielen Dingen des Alltagslebens nieder, und vor allem dann, wenn dieser Einkommensmangel längerfristig bestehen bleibt.

Übersicht 31: Teilhabemängel nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2005-2008			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Kann sich nicht leisten...				
Urlaub zu machen	26	16	50	71
jeden 2.Tag Fleisch, Fisch zu essen	12	7	27	27
neue Kleider zu kaufen	9	4	18	28
die Wohnung angemessen warm zu halten	5	3	8	(14)
unerwartete Ausgaben zu tätigen	26	17	50	63
notwendigen Arztbesuch	3	3	(3)	(5)
1x pro Monat Freunde od. Verwandte einzuladen	14	9	27	37
Ist mit Zahlungen im Rückstand	6	4	14	(6)
Kann sich nicht leisten...				
Telefon	7	5	15	(8)
PC	4	2	11	(11)
Internet	6	3	12	(21)
DVD	3	1	7	(11)
Geschirrspülmaschine	5	2	11	(24)
PKW	6	3	10	30

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.
 Lesebeispiel: Für 26% der Personen insgesamt trifft zu, dass sich ihr Haushalt keinen Urlaub leisten kann; für Personen in Haushalten, die zwischen 2005 und 2008 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 16%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 50% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 71% zu. Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2005 bis 2008. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2008 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Ein Viertel der Personen insgesamt gibt an, dass aus finanziellen Gründen für sie kein Urlaub möglich ist (Übersicht 31). Personen in dauerhaft von Armut bedrohten Haushalten können sich größtenteils keinen Urlaub leisten (71%), bei den zeitweilig von Armut bedrohten Personen ist es jede zweite. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Nichtleistbarkeit von Fleisch oder Fisch an jedem zweiten Tag, beim Ersetzen abgetragener Kleidung, beim Heizen – dauerhafte Armutsgefährdung geht mit wesentlich höheren Deprivationsquoten einher als kurzfristige Armutslagen. Die angespannte finanzielle Lage in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten bedingt, dass unerwartete Ausgaben häufiger nicht bewältigt werden können (63%) als bei kurzfristig oder nicht Armutsgefährdeten. Auch im sozialen Bereich wird eine Benachteiligung sichtbar: Die Frage, ob wenigstens einmal im Monat Freunde oder Verwandte zu sich zum Essen eingeladen werden kann, muss gut ein Drittel der dauerhaft Armutsgefährdeten verneinen.

Nichtleistbarkeit als Begründung für das Fehlen von Konsumgütern wird von Armutsgefährdeten häufiger genannt als von Personen, deren Haushalte nie armutsgefährdet waren; bei dauerhaft Armutsgefährdeten tendenziell noch häufiger als bei zeitweilig Betroffenen. Am erheblichsten ist der Unterschied beim teuersten der erhobenen Güter, beim privaten PKW: Während nur 3% der nicht Armutsgefährdeten angaben, aus Kostengründen keinen PKW zu besitzen, waren es unter den dauerhaft Armutsgefährdeten zehn Mal so viele (30%).

Übersicht 32: Wohnbedingungen nach Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung

	Betroffenheit von Armutsgefährdung 2005-2008			
	Gesamt	Nie	Zeitweilig	Dauerhaft
	in %			
Insgesamt	100	100	100	100
Rechtsverhältnis an der Wohnung				
Hauseigentum	48	51	40	31
Wohnungseigentum	11	13	6	(4)
Gemeindewohnung	6	4	10	(13)
Genossenschaftswohnung	13	12	19	(4)
Sonst. Haupt-/Untermiete	16	14	19	32
Mietfreie Wohnung/Haus	6	6	6	15
Wohnkostenbelastung				
Starke Belastung	27	30	19	(11)
Wohnkostenanteil >25%	19	12	35	57
Wohnprobleme				
Überbelag	5	3	9	(17)
Feuchtigkeit, Schimmel	13	12	15	(15)
Dunkle Räume	5	3	9	(9)
Lärm	22	21	26	20
Luft-, Umweltverschmutzung	7	8	(5)	(8)
Kriminalität, Vandalismus	11	11	11	(4)
Gesundheitsprobleme				
In schlechtem/sehr schlechtem Gesundheitszustand	6	5	8	(11)
Chronisch krank	26	26	25	40
Stark beeinträchtigt durch Behinderung	8	7	12	(11)

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008. - Nur Personen, die in allen vier Jahren im Panel waren.
 Lesebeispiel: Für 48% der Personen insgesamt trifft zu, dass der Haushalt ein Haus in Eigentum bewohnt; für Personen in Haushalten, die zwischen 2005 und 2008 nie armutsgefährdet waren, trifft dies auf 51%, für Personen in zeitweilig armutsgefährdeten Haushalten zu 40% und für Personen in dauerhaft armutsgefährdeten Haushalten zu 31% zu. Nie: keine Armutsgefährdung in den Jahren 2005 bis 2008. Zeitweilig: mindestens ein Jahr mit Armutsgefährdung aber nicht dauerhaft. Dauerhaft: 2008 und in mindestens zwei der vorangehenden Jahre armutsgefährdet. Die Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Auch beim Wohnen zeigt sich eine Benachteiligung derjenigen, die dauerhaft armutsgefährdet sind (Übersicht 32): Sie haben geringere Anteile bei den Eigentümern (Wohnungs- und Hauseigentum zusammen 35% gegenüber 64% bei nie Armutsgefährdeten) und müssen anteilmäßig mehr fürs Wohnen aufwenden. Während 12% der nie Armutsgefährdeten Wohnkosten von mehr als 25% ihres Haushaltseinkommens haben,

wird dieser Wohnkostenanteil von 57% der dauerhaft Armutsgefährdeten überschritten. Und das trotz des mehr als doppelt so hohen Anteils dauerhaft Armutsgefährdeter bei den mietfreien Wohnungen (15%). Dauerhaft Armutsgefährdete leben außerdem öfter in überbelegten Wohnungen.

4. EUROPA 2020

Im Jahr 2000 wurde von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten erstmals eine gemeinsame Wachstumsstrategie beschlossen. Mit der sogenannten Lissabon-Strategie sollte Europa bis zum Jahr 2010 zum weltweit führenden Wirtschaftsraum werden. Für die Bereiche Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung, Innovation und Forschung, Wirtschaftsreform, sozialer Zusammenhalt und Umwelt wurde ein breites Set sogenannter Strukturindikatoren entwickelt, um das Monitoring und die Koordinierung zwischen den EU-Staaten zu unterstützen. Im Juni 2010 haben sich die Europäischen Regierungen auf eine neue Wachstumsstrategie („smart, sustainable and inclusive growth“) bis zum Jahr 2020 geeinigt. Diese sogenannte „Europa 2020“ Strategie unterscheidet sich deutlich von der früheren Lissabon-Strategie. Die Zahl an Leitzielen ist begrenzt und ihr Erfolg ist anhand konkreter Indikatoren bezifferbar. Der Schwerpunkt liegt auf den sozialen Verhältnissen anstatt monetären Größen wie dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Die Wachstumsstrategie ist vorrangig darauf ausgerichtet, die Zahl der Menschen zu erhöhen, die beschäftigt und gebildet sind und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Unter anderem wird erstmals ausdrücklich ein Schwerpunkt auf die Verringerung von Armut gelegt und es werden dafür auch konkrete Zielvorgaben gemacht. Wesentlich an der neuen Strategie ist auch, dass ihre Umsetzung durch unterschiedliche nationale Ziele erfolgen kann.

4.1. Europäische und nationale Zielgrößen für Europa 2020

Ausgehend von der Mitteilung der Europäischen Kommission „Europa 2020 - Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ (2010) wurden von den Europäischen Regierungen im Juni 2010 fünf messbare Leitziele für die EU-Ebene beschlossen:

1. Beschäftigung: Unter den 20- bis 64-Jährigen wird eine Beschäftigungsquote von 75% angestrebt, auch durch die vermehrte Einbeziehung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern und Geringqualifizierten sowie zugewanderten Personen.
2. Innovation: Ein öffentliches und privates Investitionsvolumen für Forschung von insgesamt 3 % des BIP soll erreicht werden.
3. Klimaschutz: Treibhausgasemissionen sollen gegenüber dem Niveau des Jahres 1990 um 20% verringert werden, der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch soll auf 20% steigen und es wird eine Erhöhung der Energieeffizienz in Richtung 20% angestrebt.
4. Bildung: Der Anteil der frühen Schulabgänger soll auf unter 10% gesenkt werden und der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen, soll auf mindestens 40% ansteigen.
5. Teilhabemöglichkeiten: Die soziale Eingliederung soll insbesondere durch die Verminderung der Armut gefördert werden, wobei angestrebt wird, mindestens 20 Millionen Menschen aus Gefährdungslagen herauszubringen.

4.1.1. Definition des gemeinsamen Europäischen Eingliederungszieles

Eines der Europa 2020 Leitziele ist es, Gefährdungslagen für soziale Ausgrenzung zu verringern. Der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission war eine Reduktion der Zahl armutsgefährdeter Menschen. Darüber gab es sehr unterschiedliche Auffassungen unter den Mitgliedsstaaten, die zu einer umfassenderen Definition der Zielgruppe geführt haben.

Zunächst ist die Bedeutung nicht monetärer Sozialleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich, sehr unterschiedlich zwischen den Mitgliedsstaaten. Außerdem gibt es große Unterschiede im Anteil der Wohnungseigentümer und der unbezahlten Haushaltsproduktion, die von klassischen häuslichen Tätigkeiten (z.B. Kochen, Putzen, Handwerken) bis zu Freiwilligenarbeit (z.B. Pflege, Kinderbetreuung) reichen. Daraus ergibt sich eine eingeschränkte internationale Vergleichbarkeit von Statistiken über das laufende Einkommen. Über die Zeit könnte eine ausschließlich monetär definierte Armutsgefährdungsquote weder den Ausbau noch den Rückbau öffentlicher Dienstleistungen (z.B. im Bereich von Gesundheitsleistungen, Bildungsmöglichkeiten oder Kinderbetreuungsangeboten) berücksichtigen. Diese Problematik wird dadurch verschärft, dass die Armutsgefährdungsschwelle als ein Prozentsatz des Medianeinkommens des jeweiligen Staates definiert ist. Diese relative Definition ergibt, dass die Zahl der Armutsgefährdeten geringer wird, wenn die mittelständischen Einkommen niedriger sind. So haben beispielsweise Österreich (12% Armutsgefährdung 2009) und die Slowakei (11%) annähernd vergleichbare Gefährdungsquoten, wobei aber die Gefährdungsschwelle in Österreich der dreifachen Kaufkraft entspricht. Über die Zeit könnte sogar das paradoxe Phänomen auftreten, dass sich die Zahl der Personen unter der Gefährdungsschwelle verringert, wenn die Medianeinkommen (z.B. aufgrund der Wirtschaftskrise) rückgängig sind und die Absicherung durch staatliche Transferleistungen unverändert bleibt.

Einen gegenüber dem laufenden Einkommen erweiterten Blickwinkel bieten Indikatoren der Leistbarkeit von Grundbedürfnissen, sogenannte Deprivationsindikatoren. Diese Indikatoren sind von persönlichen Bedarfslagen (wie z.B. aufgrund des Gesundheitszustandes) und daneben auch von zeitversetzt wirksamen Ereignissen (Auflösung von Ersparnissen, Schulden) abhängig. In den neuen Beitrittsstaaten zeigen Deprivationsindikatoren tendenziell stärkere Benachteiligungen gegenüber einem auf europäischer Ebene festgelegten Katalog von Grundbedürfnissen.

Aber auch Deprivationsindikatoren können der Vielschichtigkeit von Armutslagen von Menschen im Erwerbsalter nicht voll gerecht werden. In allen Staaten gibt es auch Haushalte ohne oder mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung, oft mit langzeitarbeitslosen Personen und großer Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen. Armutsgefährdung bzw. Deprivation ist oft eine unmittelbare Folge. Probleme können sich aber auch erst zeitversetzt einstellen, beispielsweise wenn Ersparnisse aufgebraucht sind oder kein Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld besteht, oder auch erst beim Übertritt in das Pensionsalter. Die fehlende oder nur geringfügige Erwerbsbeteiligung von Haushaltsmitgliedern im Erwerbsalter wird damit zu einem frühzeitig ansetzenden Indikator, der auf eine latente Armutsfalle, insbesondere für erwerbsferne Familienmitglieder bzw. Kinder, hinweisen kann.

Die EU-Regierungen einigten sich deshalb auf eine breitere Definition für Gefährdungslagen. Die Zielgruppe umfasst all jene Personen, deren Haushalt ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle des jeweiligen Mitgliedsstaates hat oder vier von neun Merkmalen für materielle Deprivation aufweist oder deren Haushalt nicht oder nur sehr geringfügig am Erwerbsleben beteiligt ist.

Von Ausgrenzung gefährdet gelten daher Personen, die mindestens eines der drei folgenden Kriterien erfüllen:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das geringer ist als 60% des nationalen äquivalisierten Medianeinkommens.
2. Personen, deren Haushalt vier oder mehr der folgenden neun auf EU-Ebene festgelegten Merkmale für materielle Deprivation³⁰ aufweist:

³⁰ Bei der Definition materieller Deprivation wurden andere Merkmale berücksichtigt als für die nationale Berichterstattung in Österreich und ein strengeres Kriterium als bei dem ebenfalls verwendeten EU-Indikator für materielle Deprivation (nämlich vier anstatt drei aus neun Merkmalen).

- » Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten.
- » Es ist finanziell nicht möglich, unerwartete Ausgaben zu tätigen.
- » Es ist finanziell nicht möglich, einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren.
- » Es ist finanziell nicht möglich, die Wohnung angemessen warm zu halten.
- » Es ist finanziell nicht möglich, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarisch Speise zu essen.
- » Ein PKW ist finanziell nicht leistbar.
- » Eine Waschmaschine ist finanziell nicht leistbar.
- » Ein Farbfernsehgerät ist finanziell nicht leistbar.
- » Ein Telefon oder Handy ist finanziell nicht leistbar.

3. Personen, die jünger sind als 60 Jahre und in einem (nahezu) Erwerbslosenhaushalt leben. Dazu zählen jene Haushalte, in denen Personen im Erwerbsalter (18-59-jährige Personen, ausgenommen Studierende) im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20% ihres Erwerbspotentials erwerbstätig sind.³¹

Zur besseren Unterscheidung von der rein monetär definierten „Armutgefährdung“ soll im Folgenden von der weiter gefassten „Ausgrenzungsgefährdung“ im Sinne des Europa 2020 Zieles gesprochen werden.

In Summe waren laut EU-SILC 2008 in den 27 EU-Staaten rund 120 Millionen Menschen von einer oder mehreren der drei Problemlagen betroffen.³² Gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2010 soll diese Zahl um mindestens 20 Millionen (d.h. etwa ein Sechstel) reduziert werden. Dieses Ziel wird in einem Zeitraum von zehn Jahren erreicht, wenn sich die Zahl der Europa 2020 Ausgrenzungsgefährdeten jedes Jahr um durchschnittlich 1,9% verringert. In mehr als der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten

³¹ Die Definition der Erwerbslosenhaushalte in EU-SILC weicht etwas von jenem Indikator ab, der als eigenständiger Indikator für soziale Eingliederung auf Basis der Arbeitskräfteerhebung berechnet wird.

³² Zahlen für 2009 sind noch nicht für alle Staaten verfügbar.

wurde diese durchschnittliche jährliche Reduktion zwischen 2005 und 2008 erreicht. Über alle EU-Staaten hat sich die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten zwischen 2007 und 2008 um 1,37% verringert³³. In Österreich ging der Trend in die andere Richtung. Zwischen 2005 und 2008 hat sich die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten im Durchschnitt um 3,55% pro Jahr erhöht. Vor allem zwischen 2007 und 2008 gab es einen starken Anstieg, der vor allem auf eine Steigerung der Zahl der Deprivierten zurückzuführen ist. Die Mitgliedsstaaten müssen nun nationale Ziele formulieren. Während manche Staaten vorrangig Maßnahmen setzen, um die Zahl der Armutsgefährdeten zu verringern, werden andere eher Beschäftigungsziele formulieren. Grundsätzlich ist die Wahl der nationalen Ziele frei. Wird beispielsweise vor allem eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung angestrebt, so ist es aber notwendig zu quantifizieren, welchen Beitrag diese Veränderung zur angestrebten Reduktion der Ausgrenzungsgefährdung bis 2020 leisten kann.

4.1.2. Ausgangssituation Österreichs

In Österreich wird die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten auf Basis von EU-SILC 2009 auf etwa 1,4 Millionen Menschen (rund 17% der Bevölkerung) geschätzt.³⁴ Diese Zahl ist mit großer Wahrscheinlichkeit in einem Bereich zwischen 1,3 und 1,5 Millionen bzw. zwischen 16% und 18% der Bevölkerung anzunehmen. Im Vergleich zum Wert aus EU-SILC 2008 ist die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten im Jahr 2009 deutlich niedriger. Bei EU-SILC 2008 lag die Schätzung für die Europa 2020 Zielgruppe noch bei 1,4 bis 1,6 Millionen Personen.³⁵ Die Größenordnung der Zielgruppe macht deutlich, dass

33 European Commission, 26/07/2010: Methodological note on the estimate of possible reference values for national contributions to the EU headline social inclusion/poverty reduction target under the Europe 2020 Strategy.

34 Gegenüber 2008 bedeutet dies ein Sinken um rund 8% oder 129.000 Personen, das vorwiegend auf ein Sinken der Zahl der Deprivierten zurückzuführen ist.

35 Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Rückgang bei der Zahl der Deprivierten nach dem durch eine besonders hohe Inflationsrate gekennzeichneten Jahr 2008 zurückzuführen. Die Vertrauensintervalle der beiden Schätzungen überlappen einander. Obwohl dies eher unwahrscheinlich ist, kann statistisch nicht ausgeschlossen werden, dass der Rückgang bei diesem Indikator zufallsbedingt entstanden ist. Für eine statistisch robustere Beurteilung von Veränderungen zwischen zwei Jahren sind die Ergebnisse eigener Längsschnitt-Analysen der in beiden Jahren befragten Personen notwendig. Die dafür notwendigen Gewichtungsfaktoren werden jedoch erst Anfang 2011 vorliegen.

die Europa 2020 Ausgrenzungsgefährdung keineswegs auf eine kleine Minderheit abzielt, sondern breite Bevölkerungsschichten einschließt und daher auch vielfältige Interventionsansätze zulässt.

Die Festlegung der nationalen Beiträge zu den gemeinsamen EU-Zielgrößen hatte erstmals im Laufe des Jahres 2010 zu erfolgen und soll bis April 2011 abgeschlossen sein. Die Reduktion der Ausgrenzungsgefährdung kann beispielsweise in allen Staaten um denselben Prozentsatz (d.h. ein Sechstel) erfolgen. In Österreich müsste dementsprechend die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten ausgehend von der Ausgrenzungsgefährdung 2008 um ungefähr 263.000 verringert werden. Ob die Zielgrößen nach zehn Jahren erreicht werden, ist nur unter Beachtung statistischer Schwankungsbreiten feststellbar. Unter der Annahme, dass die EU-SILC Stichprobe 2018 eine vergleichbare Größe und Genauigkeit der Indikatoren gewährleistet wie jene aus dem Jahr 2008, ist mit einer Schwankungsbreite von jeweils plus/minus 100.000 Personen zu rechnen.³⁶ Ein Vergleich der absoluten Zahl an betroffenen Personen wird der Bevölkerungsdynamik sowie der Dynamik der Lebensbedingungen nur bedingt gerecht. Einerseits ist es besonders über längere Zeiträume möglich, dass durch natürliche Bevölkerungsbewegungen und Migration die Zahl der benachteiligten Menschen zu- oder abnimmt, unabhängig davon wie sich die Lebensbedingungen der Individuen entwickeln. Andererseits gibt es sowohl erhebliche Zugänge zum wie auch Abgänge vom Kreis der Betroffenen, die in einer rein statischen Betrachtung ausgeblendet werden. Die Eigenschaft von EU-SILC als Längsschnitterhebung kann deshalb nützlich sein, um Ziele adäquater und gleichzeitig mit größerer statistischer Präzision festzulegen. Als Längsschnitterhebung zeichnet sich EU-SILC dadurch aus, dass ein Teil der Stichprobe in bis zu vier aufeinanderfolgenden Jahren einbezogen wird. Auf diese Weise kann die Zahl jener Personen ermittelt werden, die von einem Jahr auf das nächste (oder in einem Zeitraum von bis zu vier Jahren) eine benachteiligte Lebenssituation überwinden konnten. Wird von dieser Zahl

³⁶ Die Schwankungsbreite des zusammengesetzten Merkmals wurde näherungsweise mit der SAS-Prozedur Surveymeans unter Berücksichtigung der Anzahl der befragten Haushalte, der Schichtung und der Gewichtung bestimmt.

die Zahl jener Personen abgezogen, deren Situation sich verschlechtert hat, so ergibt sich ein Saldo der sozialen Eingliederung. Dabei kann der Saldo einerseits durch eine Steigerung der Zahl von Personen mit verbesserten Lebensbedingungen erzielt werden und andererseits auch durch präventive Maßnahmen, mit denen die Zahl jener Personen verringert wird, die eine Verschlechterung der Lebensbedingungen, etwa aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder einem Arbeitsplatzverlust usw., erleben.

4.1.3. Strukturmerkmale der Europa 2020 Zielgruppe

Die für das gemeinsame europäische Ziel festgelegte Zielgruppe wurde anhand von drei Ausgrenzungsgefahren definiert: niedriges Einkommen, Merkmale für materielle Deprivation und Erwerbslosigkeit (bzw. geringfügige Erwerbsbeteiligung) des Haushaltes. Jedes der drei Kriterien hat eine unterschiedliche Charakteristik.

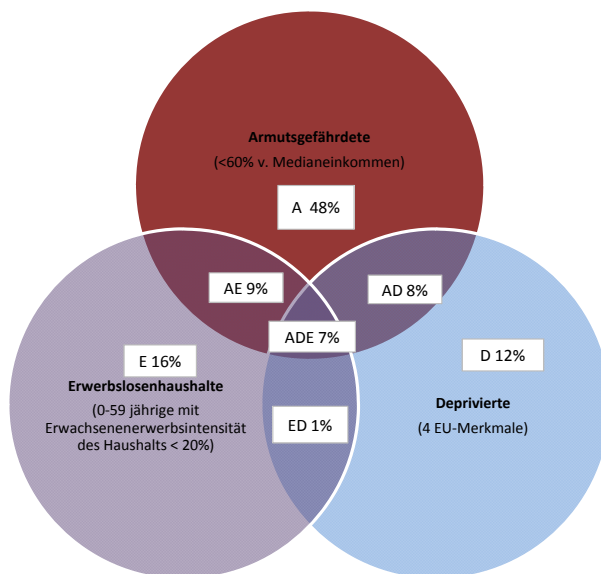
Um Armutsgefährdung zu verringern, sind aufgrund der einkommensabhängigen Definition vor allem jene Maßnahmen geeignet, die das (Netto-) Arbeitseinkommen oder Transferleistungen für einkommensschwache Personen erhöhen. Bei Personen im Erwerbsalter können dies beispielsweise kollektivvertragliche Mindestlöhne und Entlastungen hinsichtlich der Steuer- oder Sozialversicherungsbeiträge, Qualifikationsmaßnahmen sowie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sein. Für ältere Menschen – die etwa ein Viertel der Armutsgefährdeten ausmachen – ist eine Verbesserung hingegen in der Regel nur durch Anpassungen bei den Pensionszahlungen möglich. Die Definition der Erwerbslosenhaushalte hängt ausschließlich von der Erwerbsbeteiligung ab und ist daher besonders sensitiv gegenüber arbeitsmarktpolitischen Anreizen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen beitragen.

Die Definition der Deprivation hängt stark von der Einschätzung der Befragten ab, ob die verfügbaren Mittel zur Deckung von Grundbedürfnissen ausreichend sind. Vermutlich

kann die Verringerung von Kostenbelastungen diese Einschätzung verbessern. Wirksam wären demnach etwa auch die Reduktion von Belastungen für Einkommensschwache bei Wohnen und Energie sowie Gesundheits-, Bildungs- und Kinderbetreuungsausgaben oder beispielsweise die Anhebung des unpfändbaren Existenzminimums.

Durch die Berücksichtigung von Deprivation und Erwerbslosenhaushalten wurde der Kreis der Betroffenen gegenüber der Definition der Armutsgefährdung um rund 400.000 Menschen ausgeweitet. Weil Problemlagen überlappend auftreten, können insgesamt sieben mögliche Teilgruppen unterschieden werden, die in folgender Abbildung schematisch dargestellt sind (Grafik 9).

Grafik 9: Überlappung von Problembereichen der Europa 2020 Zielgruppe ausgrenzungsgefährdeter Personen



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. Die Größenverhältnisse entsprechen nicht den Populationsgrößen.

Legende:

A = Armutgefährdete Personen (2009: 668.000 Personen; ohne deprivierte Haushalte und ohne Haushalte mit keiner oder geringer Erwerbsintensität*)

D = Deprivierte Personen (2009: 170.000 Personen; ohne armutsgefährdete Haushalte und Haushalte mit keiner oder geringer Erwerbsintensität*)

E = Personen, die in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbsintensität* leben (2009: 222.000 Personen; ohne armutsgefährdete und deprivierte Haushalte)

AD = Personen, die sowohl armutsgefährdet als auch depriviert sind (2009: 106.000 Personen; ohne Haushalte mit keiner oder geringer Erwerbsintensität)

AE = Personen, die sowohl armutsgefährdet sind als auch in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbsintensität* leben (2009: 121.000 Personen; ohne deprivierte Haushalte)

ED = Personen, die sowohl in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbsintensität* leben, als auch depriviert sind (2009: 21.000 Personen; ohne armutsgefährdete Haushalte)

ADE = Personen, die sowohl armutsgefährdet als auch depriviert sind und in einem Haushalt mit keiner oder geringer Erwerbsintensität* leben (2009: 97.000 Personen)

* Haushalte mit keiner oder geringer Erwerbsintensität sind Haushalte mit Personen zwischen 18 und 59 Jahren ohne Erwerbstätigkeit oder mit weniger als 20% der maximal möglichen Erwerbsintensität eines Haushaltes (nicht mitgerechnet werden Studierende).

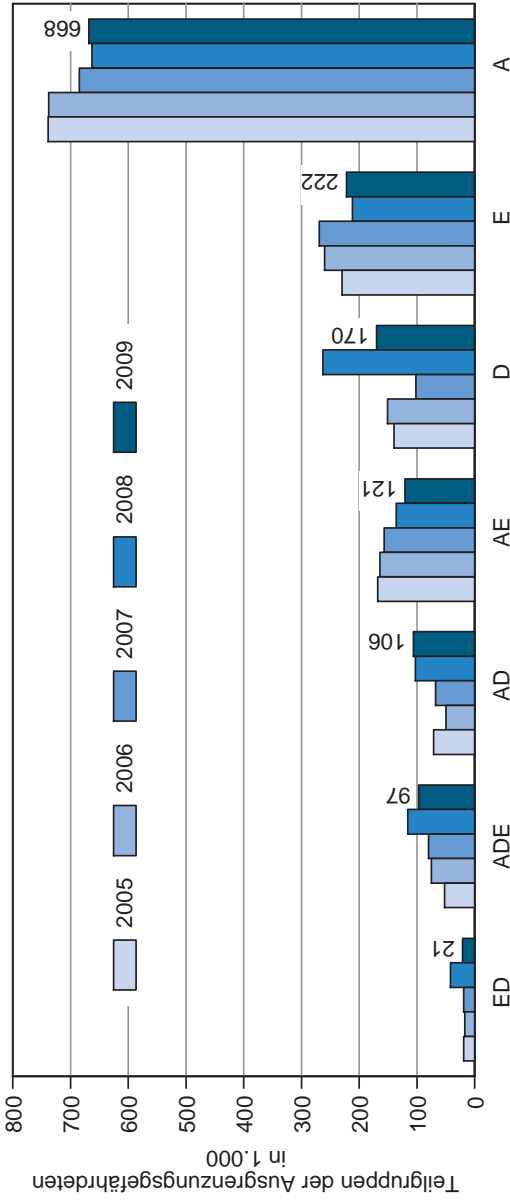
Die folgende Abbildung verdeutlicht Größenrelationen der mit Kreisen symbolisch dargestellten Überlappungen und zeigt deren Entwicklung zwischen 2005 und 2009. Ungefähr drei Viertel der Zielgruppe sind nur von einem der drei Problembereiche betroffen. Teilgruppe (A) umfasst laut EU-SILC 2009 rund 668.000 Personen, die armutsgefährdet sind, aber weniger als vier Deprivationsmerkmale aufweisen und in keinem Erwerbslosenhaushalt leben. Annähernd die Hälfte der gesamten Zielgruppe zählt zu diesem Personenkreis. Die zweitgrößte Teilgruppe (E) umfasst etwa 222.000 Personen bzw. 16% der Ausgrenzungsgefährdeten und besteht aus Personen, die in erwerbslosen Haushalten leben, die aber weder armutsgefährdet noch depriviert sind. Die drittgrößte Teilgruppe (D) sind Personen, die depriviert sind, deren Einkommen aber über der Armutsgefährdungsschwelle liegt und die in keinem Erwerbslosenhaushalt leben. Zu diesem Kreis gehören 170.000 Personen bzw. 12% der Ausgrenzungsgefährdeten. Das verbleibende Viertel der Zielgruppe sind Personen, die von mehr als einer der hier berücksichtigten Problemlage betroffen sind. Auf 97.000 Personen bzw. rund 7% wird die Zahl der Personen geschätzt, die von allen drei Problemlagen gleichzeitig betroffen sind (Gruppe ADE).

In der zeitlichen Entwicklung wurde ein leicht sinkender Trend in Bezug auf Armutsgefährdung und Personen in Erwerbslosenhaushalten beobachtet. Dies stimmt gut mit der Tatsache überein, dass die Arbeitslosigkeit im Jahr 2008 vor Beginn der Wirtschaftskrise ihren tiefsten Stand seit 2001 und die Erwerbsquote ihren höchsten Stand erreicht hatte. Die Zahl der Personen, die von Deprivationsmerkmalen betroffen waren, ist hingegen vor allem 2008 markant angestiegen. Auch diese Entwicklung läuft parallel zu einem wichtigen Kontextindikator: Mit 3,2% erreichte die Inflationsrate im Jahr 2008 ihren höchsten Stand seit 1995, wobei Preissteigerungen für Wohnen, Lebensmittel und Treibstoffe besonders stark ausgefallen sind.³⁷ 2009 wurde wieder

³⁷ Diese Situation ist dennoch außergewöhnlich. In keinem anderen EU-Mitgliedsstaat gab es eine derart ausgeprägte Steigerung. Beispielsweise hat sich im Nachbarland Tschechien, wo die Inflation doppelt so hoch war und die Armutsgefährdung ebenso nahezu unverändert blieb, die Anzahl der Personen in der Europa 2020 Zielgruppe für Deprivation zwischen 2007 und 2008 um ein Drittel verringert.

ein Rückgang der Deprivation festgestellt, wobei der Wert zwischen dem von 2007 und 2008 zu liegen kommt.

Grafik 10: Zusammensetzung der Europa 2020 Zielgruppe der von Ausgrenzung gefährdeten Personen 2005-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2009.

4.1.4. Sozialstruktur der ausgrenzungsgefährdeten Personen

In Österreich sind insgesamt 320.000 Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre sowie 630.000 Frauen und 456.000 Männer von mindestens einer der drei Europa 2020 Gefährdungslagen betroffen (vgl. Übersicht 33). Da die Zielgruppe zu mehr als zwei Dritteln aus armutsgefährdeten Personen besteht, ist die Verteilung der Strukturmerkmale sehr ähnlich zu den im Kapitel 3 zu Armutsgefährdung beschriebenen Risikolagen.³⁸

Die auffälligsten Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der Altersstruktur. Weil Erwerbslosenhaushalte nur für Personen unter 60 Jahren definiert wurden, enthalten die zusammen rund 243.000 Personen umfassenden Teilgruppen ED und E aus der obenstehenden Abbildung keine Personen im Pensionsalter. Bedingt durch den Lebensstil älterer Menschen treten auch die ausgewählten Deprivationsmerkmale bei älteren Personen seltener auf. Vor allem die Leistbarkeit von Urlaub oder PKW spielt bei diesen Personen eine geringere Rolle. Der Anteil der Personen ab 65 Jahren ist unter den Armutsgefährdeten mit insgesamt 21% überdurchschnittlich hoch (an der Gesamtbevölkerung machen sie 17% aus), vor allem wegen der geringen Pensionseinkommen von Frauen dieser Altersgruppe. Letztlich sind ältere Männer bei den Ausgrenzungsgefährdeten unterrepräsentiert (5% gegenüber 7% Anteil an der Gesamtbevölkerung), während ältere Frauen leicht überrepräsentiert sind (11% gegenüber 10% Anteil an der Gesamtbevölkerung).

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren ist unter den materiell Deprivierten am höchsten (27%), an den Armutsgefährdeten machen sie 24% aus. Insgesamt sind Kinder und Jugendliche nicht von überdurchschnittlicher Ausgrenzungsgefährdung betroffen.

³⁸ Eine detaillierte Darstellung der einzelnen für Europa 2020 verwendeten Indikatoren nach soziodemographischen und Erwerbsmerkmalen, sowie deren Überschneidungen sind in Kapitel 5 des Tabellenbandes zu EU-SILC 2009 zu finden.

Deutlich differenziert stellt sich jedoch die Ausgrenzungsgefährdung nach der Haushaltsstruktur dar. Der Anteil von Haushalten mit Kindern an den materiell Deprivierten ist mit 55% verglichen mit den anderen Gefährdungslagen und auch mit ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (49%) überdurchschnittlich. Am stärksten betroffen von Ausgrenzungsgefährdung sind Personen in Ein-Eltern-Haushalten (41% ausgrenzungsgefährdet) und Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern (25%). Unterschiede in der Altersstruktur spiegeln sich auch in der Haushaltsstruktur so sind alleinlebenden Pensionistinnen (33%), sowie alleinlebende Frauen (27%) und alleinlebende Männer ohne Pension (24%) besonders ausgrenzungsgefährdet.

Übersicht 33: Zusammensetzung der Ausgrenzunggefährdeten nach Alter, Geschlecht und Haushaltstyp

Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Armuts- gefährdung		In (nahezu) Erwerbslosen- haushalt		Materielle Deprivation (4 von 9)		Ausgrenzungs- gefährdung		
		in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	in	Anteil	Quote
		1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	1.000	in %	in %
Insgesamt	8.262	993	100	461	100	395	100	1.406	100	17
Alter										
Bis 19 Jahre	1.836	238	24	101	22	107	27	320	23	17
20 bis 39 Jahre	2.085	252	25	122	27	109	28	349	25	17
40 bis 64 Jahre	2.942	291	29	238	52	139	35	507	36	17
65 Jahre +	1.398	211	21	(0)	(0)	40	10	229	16	16
Männer (ab 20 Jahren)	3.105	321	32	144	31	129	33	456	32	15
20 bis 39 Jahre	1.058	122	12	58	13	55	14	173	12	16
40 bis 64 Jahre	1.456	135	14	85	18	64	16	215	15	15
65 Jahre +	590	63	6	(0)	(0)	(10)	(3)	69	5	12
Frauen (ab 20 Jahren)	3.321	434	44	217	47	159	40	630	45	19
20 bis 39 Jahre	1.027	129	13	64	14	54	14	177	13	17
40 bis 64 Jahre	1.486	156	16	152	33	75	19	293	21	20
65 Jahre +	808	148	15	(0)	(0)	29	7	161	11	20
Haushalte mit Pension										
Zusammen	1.689	272	27	108	23	64	16	374	27	22
Alleinlebende Männer	130	14	1	(11)	(2)	(9)	(2)	26	2	20
Alleinlebende Frauen	440	121	12	17	4	30	8	144	10	33
Mehrpersonenhaushalt	1.119	137	14	80	17	24	6	203	14	18
Haushalte ohne Pension										
Zusammen	6.573	721	73	353	77	331	84	1.033	73	16
Alleinlebende Männer	417	72	7	44	10	35	9	102	7	24
Alleinlebende Frauen	297	54	5	33	7	22	6	79	6	27
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.841	137	14	85	18	56	14	216	15	12
Haushalte mit Kindern	4.018	457	46	191	41	218	55	637	45	16
Ein-Eltern-Haushalt	324	96	10	74	16	50	13	132	9	41
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.442	107	11	45	10	51	13	174	12	12
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.491	103	10	33	7	50	13	144	10	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	762	151	15	39	8	67	17	187	13	25

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

4.1.5. Ausblick und Illustration von Wirkungszusammenhängen

Die Mitgliedsstaaten können ihre nationalen Zielgrößen frei wählen, sollen aber darlegen, welchen Beitrag die nationalen zu den gemeinsamen Zielen leisten. Wenn die nationale Zielgröße beispielsweise in Bezug auf eine Verringerung der Armutsgefährdungsquote formuliert wird, muss unter anderem beachtet werden, dass rund ein Drittel der Armutsgefährdeten zusätzlich von anderen Gefahren betroffen ist. Eine Erhöhung des Einkommens über die Armutsgefährdungsschwelle garantiert für diese Gruppe noch keine Überwindung der anderen Europa 2020 Gefährdungslagen. Bleibt dieser Anteil unverändert, dann würde sich die Zahl der Ausgrenzunggefährdeten um 263.000 Personen verringern, wenn sich die Zahl der Armutsgefährdeten um 400.000 verringert.³⁹

Ein konkretes Ziel wurde beispielsweise bereits im österreichischen Strategieplan für soziale Eingliederung 2006-2008 formuliert: Die Zahl der armutsgefährdeten Kinder soll durch diverse Maßnahmen innerhalb von zehn Jahren um ein Drittel reduziert werden (von 15% auf 10%). Die Zielgröße für 2016 entspricht rund 180.000 Kindern. EU-SILC 2009 ergab, dass 238.000 Kinder gemeinsam mit 231.000 erwachsenen Familienangehörigen unter der Gefährdungsschwelle lebten. Demnach müssten noch 58.000 Kinder (mit rund 56.000 erwachsenen Familienangehörigen) über die Armutsgefährdung gebracht werden, um das Ziel des Strategieplanes zu erfüllen. Nimmt man an, dass ein Drittel dieser Kinder und ihrer erwachsenen Familienangehörigen (in Summe 114.000 Personen) weiterhin von einer anderen Problemlage betroffen bleibt, dann ergibt sich aus der bereits geplanten Zielsetzung, die Armutsgefährdung von Kindern in Österreich zu reduzieren, eine abschätzbare Gesamtreduktion der Europa 2020 Zielgruppe bis 2016 von etwa 75.000 Personen.

³⁹ Tatsächlich kann die Verbesserung der Einkommenssituation zwar durchaus auch Verbesserungen bei den Deprivationslagen mit sich ziehen. Es ist aber auch umgekehrt möglich, dass z.B. steigende Energiepreise den Effekt dieser Einkommenssteigerungen kompensieren. Auch wären für eine realistische Abschätzung die unterschiedlichen Zusammenhänge in den jeweiligen Zielgruppen zu beachten. Der Anteil der Erwerbslosenhaushalte ist beispielsweise bei Haushalten, die hauptsächlich Pensionen beziehen, definitionsbedingt wesentlich niedriger.

Für eine Wirkungsabschätzung von Einkommensveränderungen kann eine detailliertere Analyse der Einkommensverteilung im Nahbereich der Armutsgefährdungsschwelle aufschlussreich sein. Übersicht 34 stellt dazu jeweils die Differenz des Haushaltseinkommens zur Armutsgefährdungsschwelle dar, d.h. jenen Geldbetrag, der in einem statistischen Szenario mit festgesetzter Armutsgefährdungsschwelle eine Positionsveränderung bewirken würde.

Besonders bei Pensionsbeziehenden ist der Abstand zur Armutsgefährdungsschwelle gering. Demnach können vergleichsweise geringe Änderungen im Pensionsbezug das Gefährdungsrisiko bereits deutlich senken. Laut EU-SILC 2009 gibt es rund 272.000 armutsgefährdete Personen, die überwiegend auf Pensionsleistungen angewiesen sind. Für rund 30.000 dieser Personen (21.000 Haushalte) liegt der Fehlbetrag zur Armutsgefährdungsschwelle bei weniger als 500 Euro pro Jahr. Für insgesamt rund 151.000 Armutsgefährdete in Pensionshaushalten (123.000 Haushalte) ist die Einkommenslücke für ihren Haushalt kleiner als 2.000 Euro pro Jahr. Sollte sich beispielsweise die Einkommenslücke für armutsgefährdete Pensionshaushalte um 200 Euro pro Jahr verringern, dann wäre die Einkommenslücke für diese Personen bis 2019 vollständig geschlossen. In diesem Fall würde sich die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten um 100.000 Personen verringern ($\frac{2}{3}$ der Ausgangsgröße der armutsgefährdeten Personen).

In Summe gibt es rund 263.000 armutsgefährdete Personen in Haushalten ohne Kinder, die nicht überwiegend Pensionseinkommen beziehen. Ihre Einkommenslücke ist deutlich größer als jene der Pensionsbeziehenden. Lediglich etwa 69.000 Personen hätten mit einem zusätzlichen Haushaltseinkommen von 2.000 Euro pro Jahr den Sprung über die Armutsgefährdungsschwelle geschafft. Ähnlich groß ist die Einkommenslücke für die rund 457.000 Armutsgefährdeten in Haushalten mit Kindern. Etwa 94.000 würden mit einem Zusatzeinkommen von 2.000 Euro pro Jahr zumindest die Armutsgefährdungsschwelle erreichen.

Die Analyse der Einkommensverteilung im Bereich der Armutsgefährdungsschwelle zeigt auch die Anfälligkeit dieser Gruppen gegenüber einer Verringerung des Haushaltseinkommens. Beispielsweise hätte eine Reduktion des jährlichen Haushaltseinkommens um 2.000 Euro für Familien mit Kindern die Zahl der Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle um 146.000 erhöht. Bei kinderlosen Haushalten würde eine vergleichbare Situation zu einem Anstieg um 87.000 Personen, bei Pensionshaushalten um 125.000 Personen führen.

Diese rein statistischen Rechenbeispiele haben vor allem illustrativen Charakter in Bezug auf eine festgesetzte Armutsgefährdungsschwelle. Für eine realistische Abschätzung wäre etwa auch die Veränderung des Medianeinkommens und der darauf beruhenden Armutsgefährdungsschwelle zu beachten.

Übersicht 34: Anzahl der Personen im Nahbereich der Armutsgefährdungsschwelle (in 1.000)

Anzahl der Personen (in 1.000)	Haushaltseinkommen											
	um ... Eur pro Jahr über der Gefährdungsschwelle						um ... Eur pro Jahr unter der Gefährdungsschwelle					
	2500- 2999	2000- 2499	1500- 1999	1000- 1499	501- 1000	< 500	< 500	501- 1000	1000- 1499	1500- 1999	2000- 2499	2500- 2999
Pensionshaushalte	32	(46)	40	33	32	20	30	31	57	32	25	18
Kinderlose Haushalte	22	(22)	(14)	(29)	18	27	17	15	20	17	26	23
Haushalte mit Kindern	57	40	64	32	37	12	40	16	21	17	17	32
Insgesamt	111	108	118	94	87	58	88	62	98	66	68	74

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Für differenzierte Prognoserechnungen bis zum Jahr 2020 wären auch die von Interventionen unabhängigen Kontextveränderungen, wie beispielsweise die demographische Alterung, die Zuwanderung oder die Entwicklung der Beschäftigungssituation, insbesondere in Folge der Wirtschaftskrise, einzubeziehen. Die Art der Zielformulierung hat dabei auch Bedeutung für die mögliche Evaluierung, ob diese Ziele auch erreicht wurden. Sofern Ziele z.B. durch direkte Transferzahlungen verwirklicht werden, kann

der Effekt auch beziffert werden, ohne dafür die Ergebnisse der EU-SILC Erhebung heranzuziehen. Sinnvoll sind selbstverständlich auch jene Ziele, die auf die längerfristigen Aktivierungsmöglichkeiten durch Bildung oder Beschäftigung ausgerichtet sind. Beispielsweise kann als Ziel die Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf ein bestimmtes Niveau formuliert werden. Andere Maßnahmen richten sich auf die Reduktion der Ausgrenzungsgefährdung bestimmter Risikogruppen z.B. Mehrkindfamilien oder Alleinerziehende. Sofern der Zusammenhang mit den europäischen Zielgrößen bekannt ist, können auf der Basis von Strukturveränderungen auch Größenordnungen für die resultierende Veränderung der Ausgrenzungsgefährdung abgeleitet werden. Voraussetzung ist, dass etwa die Bedeutung von Risikofaktoren wie Arbeitslosigkeit, geringe Erwerbsintensität, niedrige Löhne, Bildung und Haushaltszusammensetzung sich in EU-SILC beziffern lässt. Dazu sind weiterführende statistische Analysen erforderlich. Beispielsweise kann durch Regressionsmodelle abgeschätzt werden, wie sehr sich die Zahl der Ausgrenzungsgefährdeten verringert, wenn sich z.B. die Zahl der Personen mit einem weiterführenden Schulabschluss erhöht. Verlässliche Informationen über die Verteilung solcher Risikofaktoren sind beispielsweise aus der Arbeitskräfteerhebung zeitnah verfügbar. Aufgrund der größeren Stichprobe weisen deren Ergebnisse eine deutlich geringere Schwankungsbreite auf als etwa jene aus EU-SILC und erlauben präzisere Schätzungen. Aus der Veränderung der Verteilung von Risikofaktoren sowie veränderten Wirkmechanismen wäre damit indirekt auch die Veränderung der Zielgrößen zu beziffern.

5. NATIONALE INDIKATOREN FÜR SOZIALE EINGLIEDERUNG

5.1. Einleitung

Das Erhebungsinstrument EU-SILC wurde zur Berechnung von Europäischen Indikatoren zur sozialen Eingliederung geschaffen. Oft sind diese gemeinsamen Indikatoren ein Kompromiss, der den spezifischen Herausforderungen eines bestimmten Mitgliedsstaates nur bedingt Rechnung tragen kann. Zusätzliche nationale Leitgrößen sind daher notwendig, um ein genaueres Bild von den Eingliederungsprozessen zu erhalten. Länderspezifische Indikatoren machen ein detailliertes Monitoring der nationalen Eingliederungsstrategien möglich. In Österreich wurde deshalb unter breiter Beteiligung von Fachleuten aus Sozialpartnerorganisationen sowie der Armutskonferenz, Forschungseinrichtungen, Ministerien und der Bundesländer ein Katalog von 17 nationalen Eingliederungsindikatoren vereinbart und von Statistik Austria erstmals im Jahr 2009 veröffentlicht.⁴⁰

Diese nationalen Indikatoren sind nach fünf Lebensbereichen gegliedert und wurden für die nationale Eingliederungsstrategie bis zum Jahr 2011 festgelegt. Datengrundlage sind neben EU-SILC auch Daten aus der Arbeitskräfteerhebung, der Kindertagesheimstatistik sowie einer Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit der Erhebung der Sterbefälle durch Statistik Austria. Drei Bereiche der nationalen Indikatoren werden bereits in der Europa 2020 Strategie besonders berücksichtigt: Lebensstandard, Bildung und Beschäftigung. Wenn die nationalen Indikatoren in diesen Bereichen Veränderungen anzeigen, wird sich dies oft auch in den Europa 2020 Indikatoren spiegeln. Darüber hinaus heben nationale Indikatoren aber auch spezifische Aspekte der Eingliederung hervor – beispielsweise in den Bereichen Wohnintegration und Gesundheit. Am Beispiel der materiellen Deprivation lässt sich schließlich zeigen, wie eine nationale Definition

⁴⁰ Till et al. 2009.

zu einer trennschärferen Erfassung von Problemlagen beiträgt.

Derzeit sind die in der Zusammenfassung dargestellten 17 Indikatoren für die Bereiche Lebensstandardsicherung, Wohnraumversorgung, Bildungszugang, Teilnahme am Erwerbsleben und Gesundheitsversorgung festgelegt.⁴¹

⁴¹ Die ebenfalls als wichtig erachteten Bereiche der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe blieben aufgrund von eingeschränkter Verfügbarkeit standardisierter und regelmäßig erhobener Daten unberücksichtigt.

5.2. Zusammenfassung

Übersicht 35: Nationale Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich zum Jahr 2009

	Indikator	Datenbasis	Absolut (gerundet)	in %
Haushalts- einkommen und Lebens- standard	FINANZIELLE DEPRIVATIONSQUOTE (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	1.434.000	17
	STANDARDISIERTES MEDIANEINKOMMEN (Median, Änderungsrate pro Jahr)	EU-SILC	19.866 Euro pro Jahr	4,6
	EINKOMMENS LÜCKE (in % vom BIP)	EU-SILC	2,01 Mrd. Euro	0,7
	DAUERARMUTSGEFÄHRDUNGSANTEIL (2-Jahre)* (in % der Armutsgefährdeten)	EU-SILC	543.000	53
Wohnraum	ÜBERBELAG IN MEHRPERSONENHAUSHALTEN (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)	EU-SILC	564.000	8
	UNZUMUTBARER WOHNUNGS-AUFWAND (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	1.323.000	16
	PREKÄRE WOHNQUALITÄT (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	292.000	4
	BELASTUNG DURCH WOHN-UMGEBUNG (in % der Bevölkerung)	EU-SILC	859.000	10
Erwerbsleben	ARBEITSMARKTFERNENQUOTE (in % der Bev. im Erwerbsalter, ohne Personen in Ausbildung/Pension)	Mikrozensus	676.000	12,1
	HAUSHALTSEINKOMMEN AUS ERWERBSARBEIT UNTER GEFÄHRDUNGSSCHWELLE (in % der Personen in Erwerbshaushalten)	EU-SILC	1.079.000	17
	NIEDRIGE STUNDENLÖHNE (in % der Erwerbstätigen)	EU-SILC	106.000	4
	ERWERBSHINDERNISSE durch BETREUUNGSPFLICHTEN (in 1.000)	Mikrozensus	88.000	-
Bildungs- chancen	BILDUNGS-AKTIVITÄT (in % der Bevölkerung ab 15 Jahren)	Mikrozensus	1.313.000	18,7
	BESUCH VORSCHULISCHER BILDUNGSEINRICHTUNGEN (in % der 3-5 Jährigen)	Kinder- tagesheimstatistik	210.000	89
	BILDUNGSFERNE JUGENDLICHE (in % der 16- bis 24-Jährigen)	Mikrozensus	92.000	9,5
Gesundheit	GESUNDHEITSPROBLEME (in % der Bevölkerung ab 16 Jahren)	EU-SILC	631.000	9
	BILDUNGSABHÄNGIGE UNTERSCHIEDE DER LEBENSERWARTUNG**	Volkszählung/ Standesfälle	M: 6,0 Jahre W: 2,3 Jahre	-

* Zahlen für den Dauergefährdungsanteil der Armutsgefährdeten gibt es zuletzt für 2008

** Zahlen für bildungsabhängige Unterschiede der Lebenserwartung gibt es zuletzt für 2007

Finanzielle Deprivationsquote: Rund 1,4 Millionen Menschen bzw. 17% der Gesamtbevölkerung leben in einem finanziell deprivierten Haushalt. Sie verfügen über so wenig Geld, dass mindestens zwei dieser Dinge aus finanziellen Gründen nicht leistbar sind:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 950€ zu finanzieren
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Standardisiertes Medianeinkommen: Der mittlere (nicht preisbereinigte) Lebensstandard in der Bevölkerung ist um 4,6% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dieser Median-Lebensstandard eines Einpersonenhaushalts erfordert im Jahr 2009 ein verfügbares Nettoeinkommen von 19.866 Euro.

Einkommenslücke: Insgesamt rund 2 Milliarden Euro (bzw. 0,7% des Bruttoinlandsproduktes) fehlen allen in Österreich lebenden Armutsgefährdeten, um ein Einkommen über dem Niveau der Armutsgefährdungsschwelle zu erreichen.

Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre): 543.000 Personen bzw. 53% der Armutsgefährdeten leben in zweijährig armutsgefährdeten Haushalten. Das Jahreseinkommen dieser Haushalte lag in zwei aufeinanderfolgenden Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle (= 60% des Medianeinkommens).

Überbelag: 564.000 Menschen bzw. 8% der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten leben in einer überbelegten Wohnung. Sie haben bei zwei Personen weniger als zwei, bei drei bis vier Personen weniger als drei, fünf bis sechs Personen weniger als vier, bei sieben bis acht Personen weniger als fünf und bei neun oder mehr Personen weniger als sechs Räume zur Verfügung.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand: 1,3 Millionen Menschen – 17% der Gesamtbevölkerung – müssen mehr als ein Viertel ihres Haushaltseinkommens für ihre Wohnkosten (einschließlich Betriebskosten, Energie- und Instandhaltungskosten sowie Kreditrückzahlungen bei Wohnungs- oder Hauseigentum) aufwenden.

Prekäre Wohnqualität: 292.000 Menschen bzw. 4% der Gesamtbevölkerung leben in einer Wohnung, die kein WC oder Badezimmer hat oder feucht, schimmelig oder dunkel ist oder über keine Waschmaschine oder Waschküche verfügt. (Der Indikator bezieht sich auf Personen, bei denen zwei dieser vier Merkmale zutreffen).

Belastung durch Wohnumgebung: 859.000 Menschen bzw. 10% der Gesamtbevölkerung sind in ihrer Wohnumgebung durch Kriminalität, Lärm oder Umweltverschmutzung belastet. (Der Indikator bezieht sich auf Personen, bei denen zwei dieser drei Merkmale zutreffen).

Arbeitsmarktfernenquote: 676.000 Menschen bzw. 12% der Personen im Erwerbsalter (15 bis 64 Jahre) sind weder erwerbstätig noch arbeitsuchend (ausgenommen Personen in Ausbildung oder Pension).

Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter der Armutsgefährdungsschwelle: Rund 1,01 Millionen Menschen bzw. 17% der Personen in Erwerbstätigenhaushalten erzielen ein Arbeitseinkommen (einschließlich Familienleistungen), das geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle der jeweiligen Haushaltsform.

Niedrigstundenlohnquote: 106.000 Menschen bzw. 4% der Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) haben einen Bruttostundenverdienst von weniger als 5,77 €, bzw. verdienen bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden weniger als 1.000 Euro brutto pro Monat.

Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten: 88.000 Menschen sind wegen mangelnder Versorgung oder Zugänglichkeit von Betreuungseinrichtungen nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig.

Bildungsaktivität: Rund 1,31 Millionen Menschen bzw. 19% der Bevölkerung ab 15 Jahren absolvieren gegenwärtig eine schulische oder berufliche Aus- bzw. Fortbildung.

Vorschulbildungschancen: 210.000 Kinder bzw. 89% der Kinder im Vorschulalter (3-5 Jahre) besuchen einen Kindergarten.

Bildungsferne Jugendliche: 92.000 Jugendliche bzw. 9,5% der Jugendlichen (16 bis 24 Jahre) besuchen keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) und haben keine dieser Ausbildungen bereits abgeschlossen.

Gesundheitsprobleme: 631.000 Menschen bzw. 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren schätzen ihren Gesundheitszustand subjektiv als sehr schlecht ein, bezeichnen sich als chronisch krank oder fühlen sich wegen gesundheitlicher Probleme oder einer Behinderung in der alltäglichen Lebensführung stark eingeschränkt (zwei von drei Problemen).

Soziale Differenzen in der Lebenserwartung: Die fernere Lebenserwartung von Männern mit Hochschulabschluss im Alter von 35 Jahren ist im Durchschnitt um 6,2 Jahre bzw. jene der Frauen mit Hochschulabschluss um 2,8 Jahre höher als jene der Männer und Frauen mit Pflichtschulabschluss.

5.3. Entwicklung der Rahmenbedingungen seit 2004

Herkömmliche Kenngrößen der Wirtschaftsentwicklung beschreiben die Entwicklung der Gesamtgesellschaft und liefern kaum Informationen über Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen. Sie sind daher ungeeignet für ein zielgruppenorientiertes Monitoring. Zeitnah verfügbare, gesamtwirtschaftliche Aggregatgrößen können aber zur Plausibilitätsprüfung herangezogen werden und die Interpretation der Entwicklung von Eingliederungsindikatoren wesentlich erleichtern.

5.3.1. Wirtschaftswachstum und Krise

Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich zwischen 2004 und 2008 war von einer kontinuierlichen Zunahme der realen Wirtschaftsleistung geprägt. Das Bruttoinlandsprodukt, das den Wert von Gütern und Dienstleistungen, die in Österreich produziert werden, beziffert, ist um 4,1% bis 5,9% pro Jahr gewachsen (zu laufenden Preisen). Im vierten Quartal 2008 erlebte die Wirtschaft jedoch einen heftigen Konjunkturunbruch. Das Bruttoinlandsprodukt ist im sogenannten „Krisenjahr“ 2009 um 3,2% (zu laufenden Preisen) gesunken.

5.3.2. Steigende Erwerbstätigkeit

Neben dem Produktionswert hat bis zum Jahr 2008 auch die Beschäftigung deutlich zugenommen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um rund 2% pro Jahr und erreichte mit knapp 4,1 Millionen (nach internationaler Definition) im Jahr 2008 einen langjährigen Höchststand. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im „Krisenjahr“ 2009 zwar um rund 40.000 Personen (nach internationaler Definition) erhöht, lag aber nach wie vor unter dem Niveau der Jahre 2004-2005. Auch die Erwerbstätigenquote ist leicht gesunken, blieb aber auch im Jahr 2009 über dem Wert des Jahres 2007.

5.3.3. Einkommenssteigerungen der Privathaushalte

Die Entwicklung der in Österreich insgesamt verfügbaren Einkommen der Haushalte wird durch die sogenannte Sektorkontenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschrieben. Sie zeigt eine kontinuierliche Zunahme des nominell verfügbaren Einkommens bis zum Jahr 2008 um 3,5% bis 5,2% pro Jahr. Vor allem in Folge der stetig zunehmenden Beschäftigung sind die Arbeitnehmerentgelte kontinuierlich um 1,9% bis 5,2% pro Jahr angestiegen. Besonders hoch waren die Einkommenssteigerungen bei den Vermögenserträgen in den Jahren 2004 bis 2007. Die Steigerungsrate lag zwischen 11,0% und 18,5% pro Jahr. Mit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 verringerte sich die jährliche Steigerung auf 3,9%. Das Niveau der Vermögenseinkommen lag bei knapp 29 Milliarden Euro. Ähnlich entwickelten sich die jährlichen Steigerungen bei den gezahlten Kapitalzinsen der Privathaushalte. Im Jahr 2008 zahlten Privathaushalte bereits mehr als 5 Milliarden Euro. Das entspricht etwa 3,2% des netto verfügbaren Einkommens.

Der Konjunkturunbruch im Jahr 2009 wirkte sich bei den verschiedenen Einkommensarten sehr unterschiedlich aus. So gab es bei den Sozialleistungen und Arbeitnehmerentgelten einen nominellen Anstieg, der durch eine verringerte Steuerbelastung infolge der Steuerreform 2009 noch verstärkt wurde. Gleichzeitig gingen die Selbständigeinkommen geringfügig zurück.

Die Vermögenserträge verringerten sich im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2008 um rund ein Drittel. Der Anteil der von den Privathaushalten gezahlten Zinsen am verfügbaren Einkommen sank mit 1,7% wieder unter das Niveau des Jahres 2004. Insgesamt blieb das Einkommen der Privathaushalte im Krisenjahr nominell nahezu unverändert.

Übersicht 36: Nominelle Veränderungsrate ausgewählter Aggregate des Haushaltseinkommens aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2004-2009 (Sektorkonto für Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, Veränderungsrate jeweils in % zum Vorjahr)

Jahr	Betriebsüberschuss und Selbständigen-einkommen, netto	Arbeitnehmerentgelt, erhalten	Vermögens-einkommen, erhalten	Vermögens-einkommen, gezahlt	Monetäre Sozialleistungen, erhalten	Einkommen- und Vermögensteuern, gezahlt	Sozialbeiträge, gezahlt	Verfügbares Einkommen, netto
2004	7,2%	1,9%	18,5%	6,2%	2,4%	1,4%	2,6%	4,4%
2005	6,9%	3,5%	13,7%	19,7%	2,4%	-0,8%	3,9%	5,2%
2006	6,2%	4,6%	11,0%	16,2%	3,0%	6,2%	4,0%	4,8%
2007	5,7%	5,1%	15,3%	41,1%	2,8%	8,2%	4,3%	5,0%
2008	3,0%	5,2%	3,7%	11,3%	4,1%	8,7%	4,2%	3,5%
2009	-2,3%	0,9%	-31,9%	-44,1%	5,8%	-6,4%	1,8%	-0,8%

Q: STATISTIK AUSTRIA, Nichtfinanzielle Sektorkonten. Erstellt am: 30.09.2010.

5.3.4. Teuerung 2008 und Preisrückgang im Krisenjahr

Die Verbraucherpreise stiegen zwischen 2004 und 2007 moderat (um 1,5 bis 2,2%) an. Im Jahr 2008 wurden die höchsten Teuerungsrate seit Anfang der 1990er Jahre gemessen. Im Juni 2008, der Hauptphase der EU-SILC Erhebung, lagen beispielsweise die Preise für Brot um 11% über dem Vorjahr, für Milchprodukte um 14% und für Dieseltreibstoffe sogar um 42% über dem Vorjahr. Der sogenannte Mikrowarenkorb eines täglichen Einkaufs hatte sich um 6% verteuert. Zieht man die Preisentwicklung des wöchentlichen Großeinkaufs heran, lag die Teuerung sogar bei fast 8%.⁴² Für eine vierköpfige Familie an der Armutsgefährdungsschwelle entspricht dies einem Kaufkraftverlust von rund 2.000 Euro pro Jahr. Im Konsum der einkommensschwachen Haushalte haben Grundbedürfnisse ein stärkeres Gewicht als etwa Urlaubsreisen oder Unterhaltungselektronik. Deshalb kann sich hier die Inflation auch besonders stark niederschlagen. Die Teuerung erreichte im 3. Quartal ihren Höhepunkt. Mit Beginn der Wirtschaftskrise ist die Preissteigerung nahezu völlig verschwunden. Es ist daher davon auszugehen, dass der Jahresdurchschnitt der Inflation die von den Befragten zum Zeitpunkt der Erhebung beim täglichen Einkauf „gefühlte Inflation“ sogar erheb-

⁴² Statistik Austria 2009. (siehe; http://www.statistik.at/web_de/static/pressekonferenz_15.1.2009_praesentation_034875.pdf)

lich unterschätzt. Im Jahr 2009 sind besonders Treibstoffe und Grundnahrungsmittel wieder billiger geworden, der Kindergarten wurde in ganz Österreich kostenlos⁴³ und die Studiengebühren entfielen. Im Juni 2009 lag der Preis eines wöchentlichen Großeinkaufes (Miniwarenkorb) um 5% unter dem des Vorjahres.⁴⁴

5.3.5. Bevölkerungszunahme im Krisenjahr halbiert

Die Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2004 bis 2008 war von einer vorwiegend wanderungsbedingten Bevölkerungszunahme von rund 40.000 Personen pro Jahr geprägt. Im Jahr 2009 ist diese Bevölkerungszunahme nur etwa halb so stark ausgefallen, die Geburtenbilanz war erstmals negativ. Die Zahl der Personen mit Pension stieg pro Jahr um etwa 1% und lag im Jahr 2009 bei knapp 2,2 Millionen.

5.4. Trends der nationalen Eingliederungsindikatoren seit 2004

Die nationalen Eingliederungsindikatoren beziehen sich auf fünf Themenbereiche, deren Entwicklung im folgenden Kapitel detailliert beschrieben und nachstehend kurz zusammengefasst werden. Vor allem im Bereich des Lebensstandards gibt es plausible Übereinstimmungen mit den beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen.

5.4.1. Verhältnis von Wirtschaftskrise und materieller Deprivation

Der zentrale EU-Indikator des Lebensstandards ist die Armutsgefährdungsquote. Dieser Indikator zeigt seit der EU-SILC Erhebung im Jahr 2004 keine signifikanten Veränderungen und liegt zwischen 12%-13% der Bevölkerung und umfasst rund eine Million Menschen. Auch die nationalen Indikatoren zeigten – mit Ausnahme der finanziellen Deprivationsquote – kaum gravierende Verschiebungen. Werden Ausmaß und Intensität

43 In einigen Bundesländern wurde nur der halbtägige Besuch kostenfrei.

44 Statistik Austria 2010 (siehe: http://www.statistik.at/web_de/static/pressekonferenz_15.1.2010_praesentation_043125.pdf)

der Armutsgefährdung in einer einzigen Zahl zusammengefasst, dann liegt die Einkommenslücke in % des BIP im Erhebungsjahr 2009 etwa auf dem Niveau des Jahres 2005. Dabei blieb die Dauerhaftigkeit der Armutsgefährdung, soweit mit den vorliegenden Daten feststellbar, unverändert. Der Lebensstandard stieg jedes Jahr deutlich, wobei der Abstand zwischen armutsgefährdeten und nicht armutsgefährdeten Menschen unverändert blieb. Alle Einkommensindikatoren aus EU-SILC berücksichtigen die Einkommenssituation im Jahr bevor die jeweilige Erhebung durchgeführt wird. Sie können Entwicklungen deshalb nur zeitverzögert erfassen. Die finanzielle Deprivationsquote hingegen bezieht sich auf die Situation der Haushalte zum Zeitpunkt der Erhebung. Die finanzielle Deprivationsquote ist in Österreich erstmals seit Beginn derartiger Messungen im Jahr 2008 empfindlich angestiegen. Es liegt nahe, dies auf die besonders bei Treibstoffen und Lebensmitteln bis zum Spätsommer 2008 spürbare Rekordinflation, sowie die starke Schuldenbelastung der Privathaushalte zurückzuführen.⁴⁵ Die Deprivationsquote ist der einzige nationale Indikator, der die Situation im Krisenjahr 2009 zeitnah abbilden kann. In Folge der spürbar gestiegenen Arbeitslosigkeit ist es jedoch zu keiner weiteren Zunahme der finanziellen Deprivation gekommen. Bei einzelnen Deprivationsmerkmalen ist sogar eine Verbesserung zu beobachten. Die finanzielle Deprivationsquote für 2009 ist jedoch noch immer deutlich höher als im Jahr 2007. Dieser vielleicht überraschende Befund ist das Ergebnis gegenläufiger Entwicklungen. Einerseits ist zwar im Krisenjahr die Arbeitslosigkeit gestiegen und sind die Löhne beispielsweise infolge von Kurzarbeit zurückgegangen. Andererseits konnten die dadurch entstandenen Einkommenseinbußen in vielen Fällen durch Sozialleistungen abgedeckt werden. Gleichzeitig hat die Steuerreform eine spürbare Abgabentlastung bewirkt. Schließlich erreichte die Inflation den niedrigsten Stand seit 1953, wobei vor allem Grundnahrungsmittel und Treibstoffe deutlich billiger wurden. Die Entwicklung der Jahre 2008 und 2009 macht anschaulich, dass die Preisentwicklung vor allem bei

⁴⁵ Im Jahr 2008 wurde die gesamte Feldarbeit erstmals durch Statistik Austria übernommen. Die Vollständigkeit der Angaben und Teilnahmebereitschaft der Befragten konnte deutlich gesteigert werden. Aus Kostengründen wurden verstärkt telefonische Interviews (CATI) durchgeführt. Der Anstieg der Deprivationsquote für die im Panel CATI- befragten Haushalte fällt geringer aus als bei Erstbefragungshaushalten. Es ist nicht auszuschließen, dass Unterschiede zwischen den Jahren 2007 und 2008 durch methodische Änderungen verstärkt wurden.

Grundnahrungsmitteln und Treibstoffen für manche Bevölkerungsgruppen gravierende Verteilungswirkungen für die Leistbarkeit von Grundbedürfnissen hat.

5.4.2. Polarisierungstendenzen in der Wohnintegration

Vier nationale Indikatoren umfassen den Bereich der Wohnraumversorgung und Wohnqualität. Sie zeigen für die Gesamtbevölkerung wenig auffällige Veränderungen. Vielmehr ist eine wachsende Polarisierung wohnungsbezogener Problemlagen zu beobachten. Bei den Indikatoren für Überbelag, Wohnkostenanteil und Qualität hatten Armutsgefährdete einen drei- bis fünfmal so hohen Anteil an Betroffenen wie Personen über der Armutsgefährdungsschwelle. Dabei sind Indikatoren zur Qualität der Wohnbedingungen immer gemeinsam mit dem durch die Wohnkosten erzeugten Druck auf die finanzielle Lage zu betrachten. Beispielsweise kann Überbelag oder schlechte Wohnqualität eine Folge zu hoher Kosten für größeren oder besseren Wohnraum sein. Im Jahr 2008 hatte sich die Überbelagsquote der Armutsgefährdeten gegenüber dem Jahr 2004 um rund ein Drittel erhöht. Erst im Krisenjahr kam es zu einer gewissen Entspannung der Belagssituation der Armutsgefährdeten. Für nicht Armutsgefährdete blieb die Überbelagsquote im gesamten Berichtszeitraum unverändert niedrig. Die Belastung durch Wohnkosten erreichte einen Höhepunkt im Jahr 2007 und hat sich danach insbesondere für Armutsgefährdete spürbar verbessert. Umgekehrt verhält es sich mit der Belastung durch prekäre Wohnungsqualität. Hier kam es in den ersten Jahren der Berichtsperiode zunächst zu einer deutlichen Verbesserung. Erst in den letzten Jahren stieg die Betroffenheit wieder an und erreichte im Krisenjahr den Wert des Jahres 2005. Die Betroffenheit von Problemen in der Wohnungsumgebung hat im Berichtszeitraum insgesamt leicht zugenommen. Seit dem Jahr 2006 liegt der Indikator aber für Armutsgefährdete immer deutlich über jenem der nicht armutsgefährdeten Menschen.

5.4.3. Verbesserte Erwerbseinbindung und finanzielle Absicherung

Die nationalen Indikatoren zum Thema Arbeitsmarkt und Erwerbsleben erweitern die europäischen Indikatoren zur Erwerbseinbindung und die dadurch ermöglichte finanzielle Absicherung von Privathaushalten. Die Quote der Arbeitsmarktfernen hat sich über die Zeit vor allem für Frauen kontinuierlich verringert. Dennoch bleibt ein enormer Abstand gegenüber den Männern, die nach wie vor überwiegend Erwerbspersonen sind. Obwohl die Frauenerwerbsquote stetig zunimmt, sind die Rahmenbedingungen für den Wunsch vieler Frauen, am Erwerbsleben teilzunehmen, noch immer nicht optimal. Die Anzahl der Frauen, die durch Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen an der Teilnahme am Erwerbsleben gehindert werden, hat sich gegenüber dem Jahr 2007 um mehr als 15.000 (das entspricht einer Zunahme von etwa 20%) auf nunmehr 85.000 Frauen und 3.000 Männer erhöht.

Die vor allem bei Frauen steigende Erwerbsbeteiligung trägt entscheidend dazu bei, dass die Arbeitseinkommen einer wachsenden Zahl von Haushalten über der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Aufgrund zusätzlicher Verdienste wird ein Lebensunterhalt über der Gefährdungsschwelle meist auch ohne Transferleistungen möglich. Neben der Erwerbseinbindung sind auch bei der Entlohnung Verbesserungen feststellbar. Der Anteil der Frauen in einer Niedriglohnbeschäftigung hat sich bis 2007 kontinuierlich verringert und ist seither unverändert geblieben. Nach Vereinbarung der Sozialpartner sollen spätestens ab dem Jahr 2009 alle Kollektivverträge den Mindestlohn von 1.000 Euro bei Vollzeitbeschäftigung garantieren.

5.4.4. Erhöhte Bildungschancen nur im Vorschulbereich

Im Bildungsbereich konnte bei Erwachsenen keine verstärkte Teilnahme registriert werden. Auch der Anteil der bildungsfernen Jugendlichen blieb gegenüber dem Jahr 2006 annähernd unverändert. Deutlich erhöht haben sich hingegen die Besuchsquoten

vorschulischer Bildungseinrichtungen.

5.4.5. Gesundheit bleibt stark von sozialer Ungleichheit geprägt

Zum Thema Gesundheit sind im Set der nationalen Eingliederungsindikatoren zwei Indikatoren enthalten. Der erste Indikator umfasst drei Informationen zum Gesundheitszustand, u.a. auch eine Bewertung zur subjektiven Wahrnehmung der eigenen Gesundheit. Über die Jahre bleibt dieser Indikator konstant. Speziell die großen Unterschiede zwischen der armutsgefährdeten und der nicht-armutsgefährdeten Bevölkerung fallen hier aber ins Gewicht. Der zweite Indikator „soziale Lebenserwartungsdifferenzen“ bildet Unterschiede in der ferneren Lebenserwartung zwischen verschiedenen Bildungsniveaus ab. Diese Unterschiede sind bei steigender Lebenserwartung über die Jahre weitgehend gleich geblieben.

5.5. Detailübersicht der 17 nationalen Eingliederungsindikatoren

5.5.1. Finanzielle Deprivationsquote und manifeste Armut

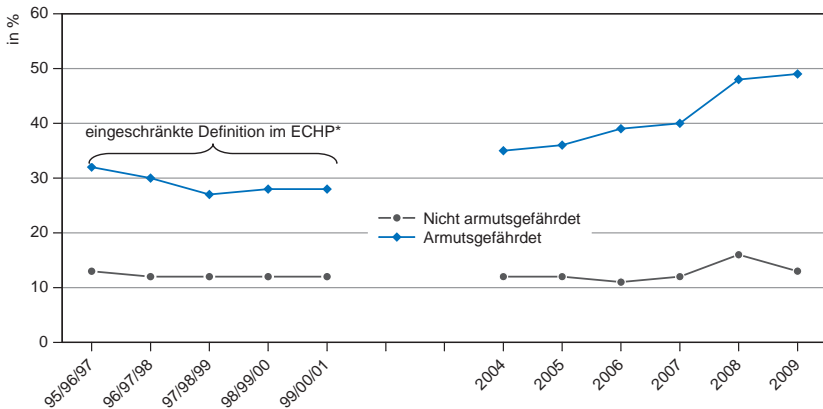
Definition: Die finanzielle Deprivationsquote misst den Anteil der Personen, die sich zumindest zwei der folgenden sieben Dinge nicht leisten können:

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 950€ zu finanzieren
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen

» Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Finanzielle Deprivation wird bei armutsgefährdeten Personen auch als manifeste Armut bezeichnet. Die Quote manifester Armut misst den Anteil der Gesamtbevölkerung, der zusätzlich zu diesen Einschränkungen auch armutsgefährdet ist.

Grafik 11: Finanzielle Deprivationsquote, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.

* Beim Europäischen Haushaltspanel wurden unerwartete Ausgaben und Arztbesuche nicht erhoben: Die Deprivationsquote bezieht sich auf eine eingeschränkte Definition.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: 2009 waren insgesamt 17% der Gesamtbevölkerung von finanzieller Deprivation betroffen. Im beobachteten Zeitraum blieb die Deprivationsquote der Gesamtbevölkerung mit Ausnahme eines sprunghaften Anstieges im Jahr 2008 relativ konstant. Für Armutsgefährdete ist die finanzielle Deprivationsquote von 35% im Jahr 2004 auf 49% im Jahr 2009 stetig angestiegen. Der im Krisenjahr beobachtete leichte Rückgang der Deprivation ist ausschließlich auf die Situation der nicht armutsgefährdeten Personen zurückzuführen.

Übersicht 37: Finanzielle Deprivation (in % der Bevölkerung)

	Gesamt		Nicht arbeitsgefährdet		Arbeitsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen) ¹⁾	1.434	17	946	13	488	49
Haushalt kann sich nicht leisten...						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	2.053	25	1.492	21	560	56
Freunde zum Essen einzuladen	1.001	12	647	9	354	36
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	832	10	530	7	301	30
neue Kleider zu kaufen	679	8	422	6	257	26
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	609	7	436	6	173	17
die Wohnung angemessen warm zu halten	237	3	154	2	83	8
notwendigen Arztbesuch	110	1	74	1	36	4

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Personen in Haushalten.

1) Können sich 2 der angeführten Merkmale nicht leisten.

Anmerkungen: Für Einschränkungen der täglichen Lebensführung aufgrund mangelnder Ressourcen hat sich der Begriff der finanziellen Deprivation etabliert.⁴⁶ Finanzielle Deprivation beruht auf der Einschätzung der Befragten über die insgesamt verfügbaren Ressourcen. Neben dem laufenden Einkommen können daher auch familiäre Unterstützung, öffentliche Dienstleistungen und verringerte Lebenskosten bei Wohnungseigentum, aber auch besondere Belastungen (z.B. Überschuldung, gesundheitliche Probleme, Sucht etc.) in die Bewertung einfließen. Im Gegensatz zum Einkommen wird so auch die wahrgenommene Inflation, von der Personen mit geringem Einkommen überdurchschnittlich betroffen sind, berücksichtigt.

Je mehr Benachteiligungen zutreffen, desto eher ist von einer deprivierten Lebensführung auszugehen. Übersicht 37 zeigt das Ausmaß an Benachteiligungen bei jedem einzelnen der sieben Merkmale für finanzielle Deprivation. Insgesamt konnten sich im Jahr 2009 17% der Bevölkerung zwei oder mehr der erhobenen Merkmale nicht leisten. Dieser Anteil ist geringerer als im Jahr 2008, als 20% betroffen waren. 12% können es sich nicht leisten, einmal im Monat Freunde oder Familie zum Essen einzuladen (2008: 14%), 10% können sich aus finanziellen Gründen nicht ausgewogen ernähren

46 Vgl. z.B. Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2005).

(2008: 13%). Unerwartete Ausgaben können 25% nicht tätigen (2008: 29%). Für 8% ist es nicht möglich, neue Kleidung zu kaufen, 7% der Bevölkerung sind mit Zahlungen im Rückstand und die Heizkosten sind für 3% nicht leistbar. Für den Großteil der Bevölkerung ist die Leistbarkeit notwendiger Arztbesuche möglich, 1% kann sich diese medizinische Grundversorgung allerdings nicht leisten. Derartige Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen treten bei Personen unter der Armutsgefährdungsschwelle drei bis vier Mal häufiger auf als bei nicht Armutsgefährdeten.

Übersicht 38: Merkmale finanzieller Deprivation

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	17	16	18	21	17	17	16	15
Bildungsferne	28	30	28	31	36	36	31	21
Migrationshintergrund	41	40	41	42	35	40	40	59
Menschen mit Behinderung	33	29	35	23	34	45	36	26
Ein-Eltern-Haushalte	38	34	40	40	40	38	23	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	30	30	30	32	25	29	24	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	23	22	24	26	29	18	18	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	18	17	19	19	19	17	12	8
Nicht-Armutsgefährdete	13	12	14	15	13	13	12	12
Armutsgefährdete	49	51	48	60	40	56	50	34

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

Der nationale Indikator für finanzielle Deprivation unterscheidet sich von dem auf europäischer Ebene festgelegten Indikator für materielle Definition und berücksichtigt ausschließlich jene Merkmale, die im Rahmen einer von Statistik Austria durchgeführten repräsentativen Telefonbefragung mehrheitlich als „absolut notwendig“ für einen angemessenen Lebensstandard in Österreich bezeichnet wurden. Zudem wurde die Meinung von Fachleuten und Armutsbetroffenen bei der Auswahl der Deprivationsmerkmale berücksichtigt.⁴⁷ Im Unterschied dazu beruht der EU-Indikator

⁴⁷ Ergebnisse des Projekts „Armutslagen und Chancen für soziale Eingliederung in Österreich“, das in Kooperation von Statistik Austria, dem Institut für Soziologie der Universität Wien und Synthesis Forschung abgewickelt wurde. Vgl. dazu: Till-Tentschert/Weiss (2008).

auf einem Kompromiss aller Mitgliedstaaten. Insbesondere bezieht der EU-Indikator die Leistbarkeit eines PKW oder Urlaubs ein. Gerade bei diesen Merkmalen wird die Notwendigkeit von einigen Teilen der Bevölkerung, besonders im Pensionsalter, weit geringer eingeschätzt als beispielsweise von Familien.

MANIFESTE ARMUT: GLEICHZEITIGKEIT VON ARMUTSGEFÄHRDUNG UND DEPRIVATION

Durch die gemeinsame Betrachtung von Einkommenssituation und Lebensbedingungen lassen sich vier Lebenslagen unterscheiden. Als Einkommensmangel wird eine Armuts-lage mit armutsgefährdendem Einkommen, aber ohne deprivierte Lebensführung aus finanziellen Gründen bezeichnet. Teilhabemangel besteht hingegen dann, wenn jemand schweren finanziellen Einschränkungen ausgesetzt ist, das Haushaltseinkommen jedoch über der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Von manifester Armut sind jene Personen betroffen, die sowohl armutsgefährdet als auch finanziell depriviert sind. Kein Mangel liegt vor, wenn weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation eine Benachteiligung erkennen lassen. In Übersicht 39 ist die Häufigkeit des Auftretens dieser Armuts-lagen dargestellt.

Übersicht 39: Zusammenhang von Armutsgefährdung und finanzieller Deprivation

		Finanzielle Deprivation ¹⁾			
		Nein		Ja	
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	Nein	Kein Mangel	76,5%	Teilhabemangel	11,4%
	Ja	Einkommensmangel	6,1%	Manifeste Armut	5,9%

Armutsgefährdung 12,0%

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Von den 12% der Bevölkerung, die armutsgefährdet sind, ist rund die Hälfte gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert (488.000 Personen). Die manifeste Armut liegt wie im Jahr 2008 auch 2009 bei rund 6%. Bei der anderen Hälfte mit niedrigem Einkommen (505.000 Personen) ist die Lebenssituation nicht eingeschränkt, sie ist lediglich von Einkommensmangel betroffen. 11,4% der Bevölkerung (946.000 Personen) haben zwar ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle, sind aber finanziell depriviert, d.h. sie sind von Teilhabemangel betroffen. Die restlichen 76,5% der Bevölkerung erleiden nach dieser Definition keinen Mangel.

Bei einer Differenzierung nach der Haushaltskonstellation haben Ein-Eltern-Haushalte das höchste Risiko, manifest arm zu sein (19%), gefolgt von alleinlebenden Pensionistinnen (12%). Aber auch alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug (8%) und alleinlebende Männer (8% mit Pension bzw. 9% ohne Pension) sind überdurchschnittlich oft manifest arm. Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern stellen bei einer Quote von 15% manifest Armer mit rund 116.000 Personen die größte Gruppe der manifest Armen nach dem Haushaltstyp.

Übersicht 40: Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp

	Manifeste Armut	
	in 1.000	Quote in %
Insgesamt	488	6
Haushaltstyp		
Ein-Eltern-Haushalt	62	19
Alleinlebende Frauen mit Pension	52	12
Alleinlebende Frauen ohne Pension	23	8
Alleinlebende Männer mit Pension	(10)	(8)
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	116	15
Alleinlebende Männer ohne Pension	39	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	33	2
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	42	4
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	56	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	54	3

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009.

Personen in Haushalten. - Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

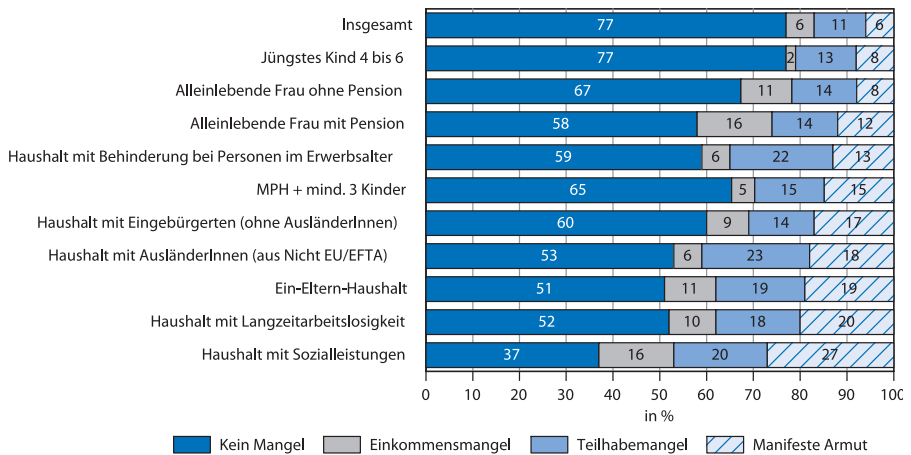
Wenn ein Haushaltstyp unterdurchschnittliches Medianeinkommen und überdurchschnittliche Armutsgefährdung aufweist, wird von einer Risikogruppe gesprochen. Neben der Haushaltszusammensetzung und der Haupteinkommensquelle, dem Gesundheitszustand und Langzeitarbeitslosigkeit, ist in diesem Zusammenhang auch eine Person mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft im Haushalt oder die Einbürgerung eines Haushaltsmitglieds Hinweis auf eine benachteiligte Lebenssituation. Risikogruppen sind auch häufiger von manifester Armut betroffen: Der Wert in der Gesamtbevölkerung liegt bei 6%, während je nach Risikogruppe der Anteil zwischen 9 % und 30% liegt.

Grafik 12 zeigt die Armutslagen der Risikogruppen nach der Häufigkeit des Auftretens manifester Armut gereiht. 27% der Haushalte mit Sozialleistungen sind manifest arm, weitere 20% sind von Teilhabemangel betroffen. Nur 37% der Personen in diesen Haushalten erreichen den Mindestlebensstandard und haben ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle.

Von Personen in Haushalten mit Langzeitarbeitslosen sind 5% von keinem Mangel betroffen. Mehr als dreimal so viele Personen wie in der Gesamtbevölkerung sind in dieser Gruppe manifest arm (20%). In Ein-Eltern-Haushalten ist der Anteil ähnlich hoch (19%), in beiden Gruppen ist der Anteil geringer als im Vorjahr.

30% aller manifest armen Personen haben keine österreichische Staatsbürgerschaft. In Haushalten von Ausländerinnen und Ausländern ist demnach auch ein überdurchschnittlicher Anteil der Personen betroffen (18%). In Haushalten ohne ausländische Mitglieder, aber mit eingebürgerten Personen sind 17% manifest arm.

Grafik 12: Armutsgefährdung und manifeste Armut nach Risikogruppen



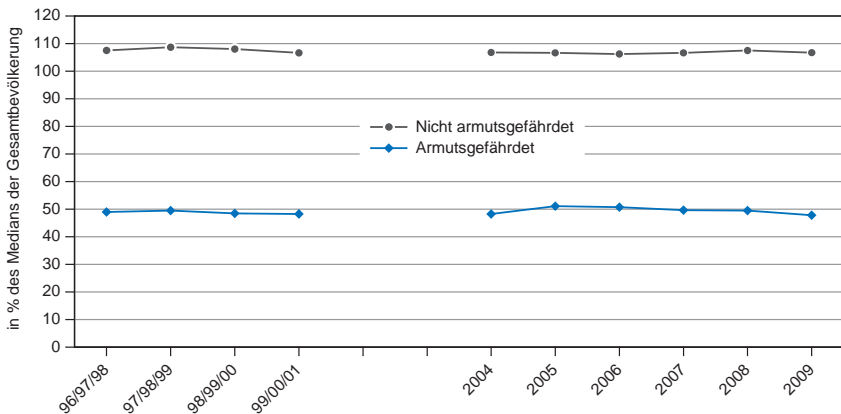
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2009. - Personen in Haushalten. Haushalte mit ausländischen Mitgliedern und Haushalte mit Eingebürgerten sind nicht überschneidend: Haushalte mit Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA) enthalten per Definition keine Ausländerinnen und Ausländer. Sozialleistungen umfassen Familien-, Bildungs-, Arbeitslosen-, Gesundheitsleistungen, Sozialhilfe und Wohnbeihilfen sowie Pensionen von Personen im Erwerbsalter.

5.5.2. Standardisiertes Medianeinkommen

Definition: Veränderungsrate des Medianwerts des äquivalisierten Haushaltseinkommens einer Bevölkerungsgruppe in Prozent vom Medianeinkommen der Gesamtbevölkerung.

völkerung sowie als Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr. Zur Berechnung des äquivalisierten Haushaltseinkommens (bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) werden die Nettobeträge der Einkommen aller Personen im Haushalt über das ganze Jahr summiert und durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird nach der EU-Skala mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet, zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt. Berücksichtigt werden alle Nettoeinkünfte in einem Jahr, d.h. Erwerbseinkommen, Kapitaleinkommen, öffentliche oder private Transferleistungen. Der Median wird aus der Verteilung von Personen in Privataushalten berechnet: Die Hälfte der jeweiligen Bevölkerungsgruppe hat ein Einkommen unter dem Medianwert.

Grafik 13: Standardisiertes Medianeinkommen relativ zur Gesamtbevölkerung, Trend 1996-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003–2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Zeitverlauf: Das Medianeinkommen nicht armutsgefährdeter Personen liegt in den letzten Jahren relativ konstant bei 106% bis 107% des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung und ist damit mehr als doppelt so hoch wie das Medianeinkommen armutsgefährdeter Personen. Die relative Lebensstandardposition armutsgefährdeter Personen blieb im beobachteten Zeitraum konstant (zwischen 48 und 51% des Medi-

anlebensstandards). Im Erhebungsjahr 2009 wurde eine Erhöhung des Medianeinkommens um knapp 5% gegenüber dem Jahr 2008 gemessen. Die Referenzperiode ist jeweils das Jahr vor der Erhebung. Die Einkommensentwicklung des Krisenjahres 2009 kann aus EU-SILC daher erst im Erhebungsjahr 2010 abgebildet werden.

Anmerkungen: Der Median des standardisierten Haushaltseinkommens spiegelt den mittleren Lebensstandard. Er dient als Richtwert für die Bemessung der Armutsgefährdungsschwelle (60% des Medians). Eine differenzierte Betrachtung des Indikators nach Bevölkerungsgruppen gibt ein Bild der sozial unterschiedlichen Einkommenschancen. Im Zeitverlauf lässt sich beurteilen, wie stark sich das mittlere Einkommen für verschiedene Bevölkerungsgruppen verändert und inwieweit sich die Tendenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterscheiden. Private Pensionen werden als Einkommen berücksichtigt, wie seit 2009 für die europaweite Berichterstattung vorgesehen. Frühere EU-SILC Publikationen enthalten keine Privatpensionen, wodurch sich geringfügige Abweichungen ergeben.

Übersicht 41: Medianeinkommen in % vom Median der Bevölkerung

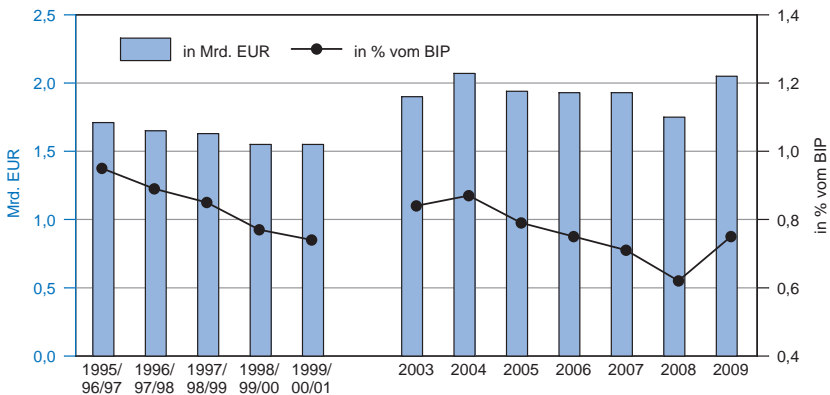
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 J.	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	100	103	97	92	103	106	109	92
Bildungsferne	81	80	81	92	79	81	85	78
Migrationshintergrund	73	73	73	71	74	75	70	67
Menschen mit Behinderung	87	89	86	112	80	77	90	88
Ein-Eltern-Haushalte	78	78	78	74	78	78	104	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	78	77	79	76	90	78	90	90
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	86	87	86	83	81	93	87	105
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	95	97	94	92	97	98	103	92
Nicht-Armutsgefährdete	107	108	105	97	111	111	116	99
Armutsgefährdete	50	49	50	48	46	48	51	52
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	65	65	65	66	65	65	65	66
Teilhabemangel	83	85	81	76	89	84	87	84
manifeste Armut	48	47	48	46	46	47	47	52

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.3. Einkommenslücke

Definition: Die Einkommens- oder auch Armutsgefährdungslücke entspricht dem zusätzlichen Einkommen, das ein armutsgefährdeter Haushalt benötigen würde, um ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen. Die Einkommenslücken aller Haushalte werden für diesen Indikator summiert und spiegeln somit sowohl Ausmaß als auch Intensität der Armutsgefährdung. Der Indikator wird als Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Jahr der Erhebung ausgewiesen.

Grafik 14: Einkommenslücke, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Zeitverlauf: Die Einkommenslücke lag im Zeitraum 1995 bis 2001 zwischen 1,5 und 1,7 Mrd. Euro. In dem von EU-SILC abgedeckten Berichtszeitraum lag dieser Betrag meist knapp unter 2 Mrd. Euro. Die Armutsgefährdungslücke in % des Bruttoinlandsproduktes sank dabei von über 0,9% des BIP auf 0,6% des BIP im Jahr 2008. Zuletzt stieg die Einkommenslücke auf über 2 Milliarden Euro bzw. rund 0,7% des BIP.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt den EU-Indikator zur Einkommenslücke, der die Einkommenssituation benachteiligter Bevölkerungsgruppen beschreibt. Er veranschaulicht einen hypothetischen Umverteilungsbedarf im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung anhand einer einfachen Kennzahl.

Übersicht 42: Einkommenslücke

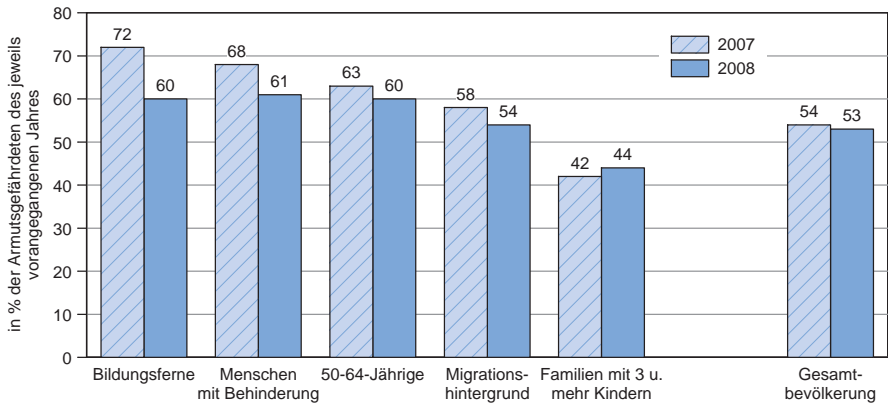
	in Mrd. EUR	in % vom BIP
1995/96/97	1,71	0,95
1996/97/98	1,65	0,89
1997/98/99	1,63	0,85
1998/99/00	1,55	0,77
1999/00/01	1,55	0,74
2003	1,90	0,84
2004	2,07	0,87
2005	1,94	0,79
2006	1,93	0,75
2007	1,93	0,71
2008	1,75	0,62
2009	2,05	0,74

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. - Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

5.5.4. Dauerarmutsgefährdungsanteil (2-Jahre)

Definition: Anteil der Personen an den Armutsgefährdeten des aktuellen Jahres, deren Haushaltseinkommen bereits im Vorjahr unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die Schwelle wird für jedes Jahr neu berechnet und entspricht 60% des standardisierten (äquivalisierten) Medianeinkommens. Eine Berechnung für das Erhebungsjahr 2009 ist erst nach Vorliegen spezieller Längsschnittgewichte im Frühjahr 2011 möglich.

Grafik 15: Dauergefährdungsanteil der armutsgefährdeten Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2007–2008.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Von den insgesamt 989.000 armutsgefährdeten Menschen (EU-SILC 2008) waren 543.000 (53%) bereits im Vorjahr gefährdet. Der Anteil der dauerhaft gefährdeten Personen ist damit geringfügig niedriger als im Jahr 2007. Ein Rückgang des Dauergefährdungsanteils ist bei bildungsfernen Personen und in der Altersgruppe der 50 bis 64-Jährigen sowie bei Menschen mit Behinderung festzustellen. Kinderreiche Haushalte sind zwar besonders stark von Armutsgefährdung betroffen, der Dauergefährdungsanteil liegt hier aber deutlich unter dem Durchschnitt. Der Anteil der Dauerarmutsgefährdeten mit drei oder mehr Kindern ist leicht angestiegen.

Anmerkungen: Dieser Indikator ergänzt den Leitindikator Armutsgefährdung sowie den auf längere Armutsphasen ausgerichteten EU-Indikator zur dauerhaften Armutsgefährdung in drei aus vier Jahren. Die nationale Definition ist besser zur Beobachtung kurzfristiger Veränderungen geeignet und aufgrund einer größeren Stichprobenbasis mit einer geringeren Schwankungsbreite behaftet als der EU-Indikator.

Übersicht 43: Dauerarmutsgefährdungsanteil (in % der Armutsgefährdeten)

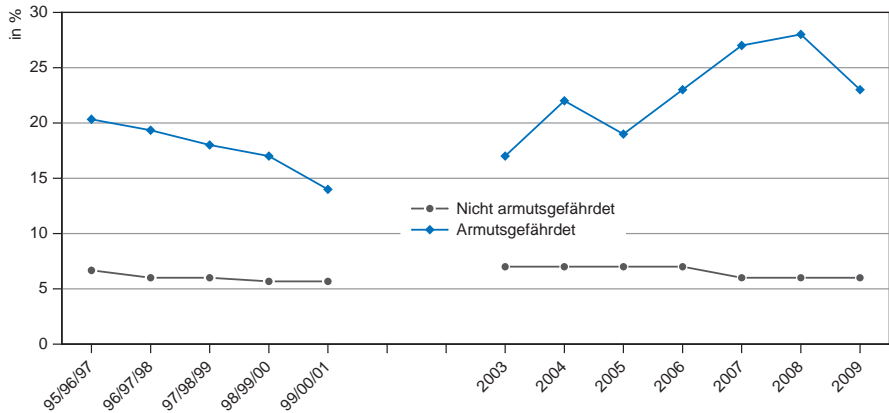
	Insgesamt	Männer	Frauen	Altersgruppe				
				bis 19 Jahre	20-29 Jahre	30-49 Jahre	50-64 Jahre	65+ Jahre
Gesamtbevölkerung	53	50	56	49	48	49	60	60
Bildungsferne	60	56	62	-	-	(53)	(62)	69
Migrationshintergrund	54	46	62	(51)	-	(48)	-	-
Menschen mit Behinderung	61	(67)	57	-	-	-	(60)	(63)
Ein-Eltern-Haushalte	62	(52)	66	64	-	(52)	-	-
Familien mit								
drei u. mehr Kindern	44	(41)	(47)	(38)	-	(39)	-	-
Kindern unter 4 Jahren	42	(35)	(47)	(38)	-	(37)	-	-
Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	55	53	56	54	-	54	-	-
finanziell depriviert	63	60	66	(62)	-	(52)	(66)	67

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-Silc 2007-2008. Werte in Klammern sind stark zufallsbedingt und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.5. Überbelag in Mehrpersonenhaushalten

Definition: Anteil der Personen in überbelegten Wohnungen. Einpersonenhaushalte werden nicht berücksichtigt. Als überbelegt gelten Wohnungen mit weniger als zwei Räumen für zwei Personen, weniger als drei Räumen für drei oder vier Personen, weniger als vier Räumen für fünf oder sechs Personen, weniger als fünf Räumen für sieben oder acht Personen, weniger als sechs Räumen für mehr als acht Personen. Wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt oder pro Wohnraum durchschnittlich weniger als 8m² zur Verfügung stehen, wird in jedem Fall Überbelag angenommen. Küchen werden nicht als Wohnräume gezählt.

Grafik 16: Überbelag in Mehrpersonenhaushalten, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Insgesamt lebten laut EU-SILC 2009 8% der Personen in Mehrpersonenhaushalten in einer überbelegten Wohnung. Das sind 564.000 Personen. Die Überbelagsquote lag bei Armutsgefährdeten bei 23%, bei nicht armutsgefährdeten Personen bei 6%. Die Überbelagsquote ist im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig und vor allem bei den Armutsgefährdeten stark gesunken (2008: 28%).

Anmerkungen: Auf Basis des Mikrozensus berechnete Überbelagsquoten sind niedriger, weil dort Küchen ab einer Mindestgröße von 4m² immer als Wohnraum gezählt werden.

Übersicht 44: Überbelag (in % der Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten)

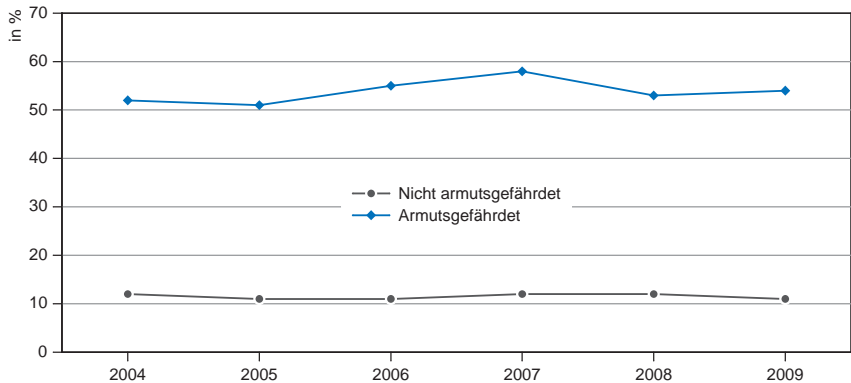
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	8	8	8	13	9	8	4	(2)
Bildungsferne	12	14	11	-	(27)	19	(9)	-
Migrationshintergrund	33	32	34	35	(37)	31	-	-
Menschen mit Behinderung	(7)	(7)	-	-	-	(15)	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	(8)	-	(10)	(9)	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	30	30	30	30	-	30	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	19	20	20	26	15	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	10	10	11	11	-	10	-	-
Nicht-Armutgefährdete	6	6	6	10	7	7	(4)	-
Armutgefährdete	23	22	24	33	(27)	26	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	16	16	16	21	-	(15)	-	-
Teilhabemangel	17	18	17	21	(19)	18	-	-
manifeste Armut	35	31	39	45	-	34	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.6. Unzumutbarer Wohnungsaufwand

Definition: Anteil von Personen, deren Wohnungsaufwand mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr beträgt. Wohn- oder Mietbeihilfen werden vom Wohnungsaufwand und vom Haushaltseinkommen abgezogen. Wohnkosten umfassen alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung (abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen) sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum.

Grafik 17: Unzumutbarer Wohnkostenanteil, Trend 2004-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2004-2009. Wohnkosten inklusive Energie- und Instandhaltungskosten, abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: 2009 waren 16% der Gesamtbevölkerung bzw. rund 1,3 Millionen Menschen stark durch den Wohnungsaufwand belastet. Ohne Berücksichtigung von Energie- und Instandhaltungskosten lag diese Quote bei rund 10% bzw. 830.000 Personen. Steigende Energiekosten und Mietpreise treffen Haushalte mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich stark. Unter den armutsgefährdeten Personen stieg die Betroffenheit seit 2004 von etwa 51% auf 58% im Jahr 2007 an und lag 2008 und 2009 zwischen 53 und 54%. Bei nicht armutsgefährdeten Personen blieb diese Quote konstant bei 11% bis 12%.

Anmerkungen: Der Indikator berücksichtigt explizit die Entwicklung der Lebenskosten, die bei der Messung von Armutsgefährdung ansonsten keine Rolle spielen. Energie- und Instandhaltungskosten werden aus der Konsumerhebung 2004/2005 getrennt nach Rechtsverhältnis geschätzt. Unterschiede bei Energieverbrauch und -effizienz oder Tarife können daher in diesem Indikator nicht berücksichtigt werden.

Übersicht 45: Unzumutbarer Wohnkostenanteil (Wohnungsaufwand über ein Viertel des Einkommens, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 J.	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	16	16	19	16	22	17	18	14
Bildungsferne	20	23	21	(16)	(36)	25	24	15
Migrationshintergrund	29	32	33	31	37	28	44	-
Menschen mit Behinderung	22	19	27	-	-	30	28	19
Ein-Eltern-Haushalte	40	44	47	49	(51)	43	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	16	20	21	21	-	19	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	16	17	19	19	24	15	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	12	14	16	16	(15)	14	(11)	-
Nicht-Armutgefährdete	11	10	13	10	14	12	12	11
Armutgefährdete	54	59	58	59	75	65	65	35
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	31	34	36	34	(43)	39	41	(22)
Teilhabemangel	20	19	25	21	(20)	23	23	(25)

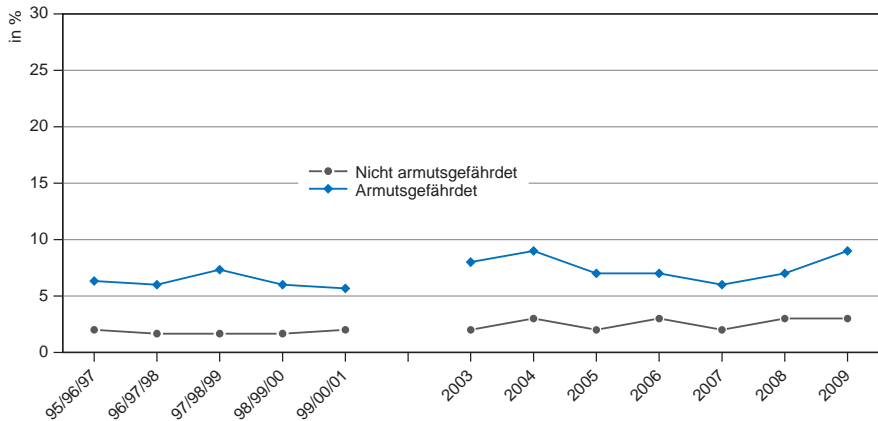
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Wohnkosten abzüglich allfälliger Wohn- oder Mietbeihilfen. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.7. Prekäre Wohnqualität

Definition: Anteil von Personen, die von zwei oder mehr der folgenden Wohnprobleme betroffen sind:

- » kein WC oder Badezimmer in der Wohnung
- » Feuchtigkeit, Schimmelbildung
- » dunkle Wohnräume
- » weder Waschmaschine noch Waschküche vorhanden

Grafik 18: Prekäre Wohnqualität, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003-2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
Die Quoten beim Europäischen Haushaltspanel (1995-2001) beziehen sich auf mindestens zwei aus drei Wohnproblemen, da die Frage nach der Waschmaschine hier nicht gestellt wurde. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: 2009 lebten rund 4% der Bevölkerung bzw. 292.000 Menschen in einer prekären Wohnsituation. 3% der nicht armutsgefährdeten Personen und 9% der armutsgefährdeten Personen waren betroffen. Während dieser Anteil bei nicht armutsgefährdeten Personen einigermaßen konstant bleibt, zeigt der Indikator bei Armutsgefährdeten einen leichten Anstieg seit 2007 und lag 2009 bei 9% und somit wieder auf dem hohen Niveau von 2004.

Übersicht 46: Prekäre Wohnqualität (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 J.	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	4	4	3	4	3	4	3	3
Bildungsferne	5	(6)	5	-	-	(6)	(5)	(5)
Migrationshintergrund	8	9	(7)	(9)	-	(9)	-	-
Menschen mit Behinderung	7	(9)	(5)	-	-	-	(8)	(4)
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	8	(8)	(7)	(7)	-	(8)	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	4	(4)	(3)	(4)	-	(3)	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	4	4	5	5	-	4	-	-
Nicht-Armutsgefährdete	3	3	3	3	(3)	3	(3)	(3)
Armutsgefährdete	9	11	7	(11)	-	(13)	(9)	-
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	6	(5)	(6)	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	5	(5)	(5)	-	-	(5)	-	-
manifeste Armut	14	18	(12)	(15)	-	(19)	-	-

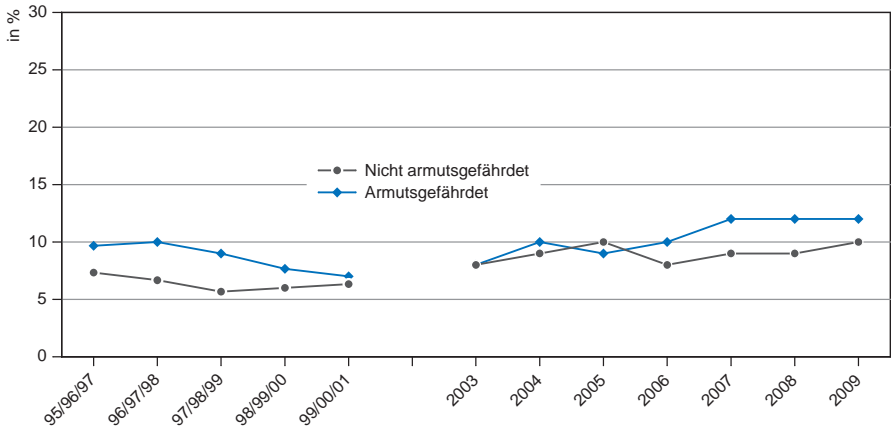
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.8. Belastung durch Wohnumgebung

Definition: Anteil von Personen, die sich durch mindestens zwei der folgenden Probleme in der Wohnumgebung belastet fühlt:

- » Kriminalität
- » Lärm
- » Umweltverschmutzung

Grafik 19: Belastung durch die Wohnumgebung, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003–2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung.
 Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Insgesamt sahen sich im Jahr 2009 rund 10% der Bevölkerung bzw. 859.000 Menschen mit Problemen in der Wohnumgebung konfrontiert. In den vergangenen drei Jahren ist diese Quote vor allem für Armutsgefährdete auf hohem Niveau konstant geblieben. Zuletzt waren 12% der armutsgefährdeten und 10% der nicht armutsgefährdeten Personen betroffen. Daten des ECHP für den Zeitraum von 1995 bis 2001 wiesen demgegenüber noch auf einen Rückgang von Wohnumgebungsproblemen für armutsgefährdete Personen hin.

Anmerkungen: Die Berücksichtigung von Problemen in der Wohnumgebung unterstützt das Monitoring der sozialen Eingliederung in Bezug auf räumliche Ungleichheiten und Segregationstendenzen. Die Datenlage ist aber insbesondere hinsichtlich der Infrastrukturversorgung eher ungünstig.

Übersicht 47: Belastung durch Wohnumgebung (Lärm, Kriminalität oder Umweltverschmutzung, in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	10	10	11	9	10	10	11	11
Bildungsferne	10	11	10	-	-	(9)	14	9
Migrationshintergrund	12	13	11	(8)	-	(13)	(20)	-
Menschen mit Behinderung	16	15	16	-	-	(15)	(18)	14
Ein-Eltern-Haushalte	13	(10)	15	14	-	(14)	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	11	12	10	11	-	(12)	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	10	10	10	10	(8)	10	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	9	9	9	9	-	10	(9)	-
Nicht-Armutsgefährdete	10	10	11	(9)	-	(10)	-	-
Armutsgefährdete	12	14	11	(13)	-	(14)	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	10	8	12	8	13	12	15	7
Teilhabemangel	16	14	17	(10)	-	14	(23)	(13)
manifeste Armut	16	(19)	14	(16)	-	(17)	(21)	(11)

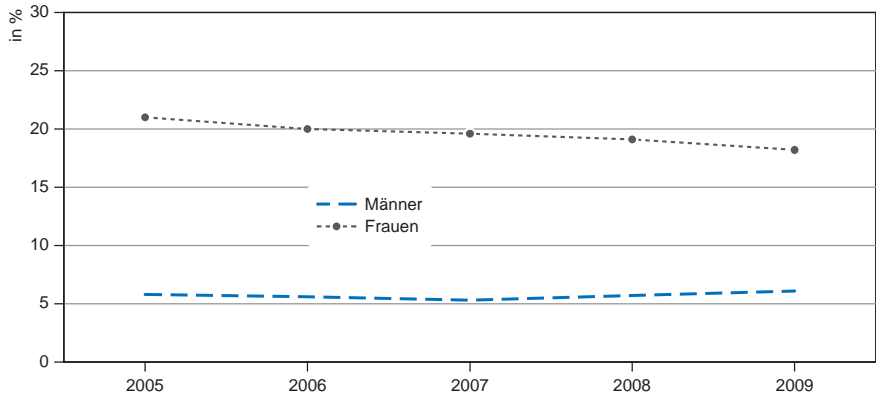
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen

5.5.9. Arbeitsmarktfernenquote

Definition: Anteil von Personen zwischen 15 und 64 Jahren, die keine Erwerbspersonen sind. Als Erwerbspersonen gelten Erwerbstätige und Arbeitslose nach ILO-Definition⁴⁸ und Personen in Mutterschutz oder Elternkarenz. Studierende und PensionistInnen werden bei der Berechnung nicht einbezogen.

48 Als arbeitslos im Sinne der ILO-Statistik gilt, wer weniger als eine Stunde arbeitet, aber mehr arbeiten will.

Grafik 20: Arbeitsmarktfernenquote, Trend 2005-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Insgesamt waren im Jahr 2009 676.000 Personen arbeitsmarktfern, das sind 12,1% der 15-64 Jährigen (ohne PensionistInnen und Personen in Ausbildung). Für Männer lag die Arbeitsmarktfernenquote seit 2005 relativ stabil zwischen 5,3% und 6,1%. Für Frauen hat sich die Arbeitsmarktfernenquote von 21,0% im Jahr 2005 auf 18,2% im Jahr 2009 verringert.

Anmerkungen: Der Indikator ergänzt die beiden EU-Indikatoren Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote. Der Fokus liegt auf jenen Personen, die nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen und sich auch nicht im „Wartezimmer“ des Arbeitsmarktes befinden oder durch Pensionseinkommen abgesichert sind.

Übersicht 48: Arbeitsmarktfernenquote (in % der Bevölkerung)

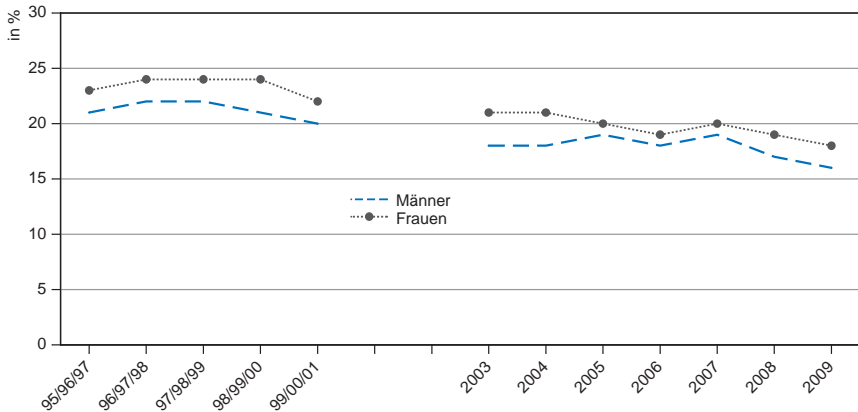
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	12	6	18	18	10	10	19
Bildungsferne	28	17	35	27	29	23	35
Migrationshintergrund	21	10	31	25	24	17	26
Ein-Eltern-Haushalte	14	11	14	35	19	11	16
Familien mit 3 u. mehr Kindern	20	5	35	26	37	19	7
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	19	4	33	42	27	15	21
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	10	4	15	17	9	10	10
Haushalte ohne Erwerbstätige	71	59	81	40	52	63	88

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009. - Personen im Erwerbsalter (15-64), ohne Personen in Ausbildung und Personen in Pension.

5.5.10. Haushalts-Erwerbseinkommen unter Armutsgefährdungsschwelle

Definition: Anteil der Personen in Erwerbshaushalten, deren Erwerbseinkommen geringer ist als die Armutsgefährdungsschwelle. Familienleistungen (Kinderbetreuungs- und Wochengeld sowie Familienbeihilfen und Kinderabsetzbetrag) werden zum Erwerbseinkommen hinzugerechnet. Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit. Ausgenommen sind jene Haushalte, die mehr als 50% des Einkommens aus Pensionen beziehen oder alle 18-64 Jährigen, die sich in Ausbildung befinden.

Grafik 21: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Armutsgefährdungsschwelle, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2003–2009, Eurostat ECHP-UDB 1995–2001, eigene Neugewichtung. Nur Personen in Erwerbshaushalten. Um Zufallsschwankungen zu glätten, werden für das ECHP (1995–2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen. Daten für das Jahr 2003 werden nicht dargestellt: Die Abgrenzung (Erwerbshaushalte von Studierendenhaushalten) war nicht möglich.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Der Anteil der Personen in Erwerbshaushalten ohne armutsfestes Erwerbseinkommen ist 2008 und 2009 leicht zurückgegangen (18 bzw. 17%). Der Grad der sozialen Differenzierung ist jedoch stark ausgeprägt, wie etwa bei Personen in Zwei- oder Mehrkindfamilien (32%) zu beobachten ist. Alleinerziehende mit ihren Kindern (Ein-Eltern-Haushalte) waren im Jahr 2009 mit einer Quote von 42% besonders benachteiligt.

Anmerkungen: Der Indikator identifiziert Haushalte mit geringem Erwerbseinkommen bzw. Familienleistungen. Das verfügbare Einkommen einschließlich sozialer Transferleistungen und anderer Einkünfte liegt aber in vielen Fällen über der Armutsgefährdungsschwelle. In einigen Fällen kann das verfügbare Einkommen trotz armutsfester Erwerbseinkommen aufgrund von geleisteten Transferleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen) oder Steuernachzahlungen auch unter der Gefährdungsschwelle liegen.

Übersicht 49: Haushaltseinkommen aus Erwerbsarbeit unter Gefährdungsschwelle
(in % der Personen in Erwerbshaushalten)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	17	16	18	20	17	14	19
Bildungsferne	31	31	30	(31)	(32)	28	33
Migrationshintergrund	36	36	36	40	(15)	29	(12)
Menschen mit Behinderung	33	39	28	-	-	(37)	(29)
Ein-Eltern-Haushalte	42	39	44	49	-	40	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	32	32	31	31	(49)	27	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	20	22	19	21	(31)	17	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	18	16	20	20	(21)	15	(17)
Nicht-Armutgefährdete	10	9	10	10	9	7	13
Armutgefährdete	95	95	95	97	93	93	96
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	42	41	42	39	(97)	33	(93)
Teilhabemangel	23	22	24	23	(39)	19	(33)
manifeste Armut	96	94	97	100	(23)	94	(19)

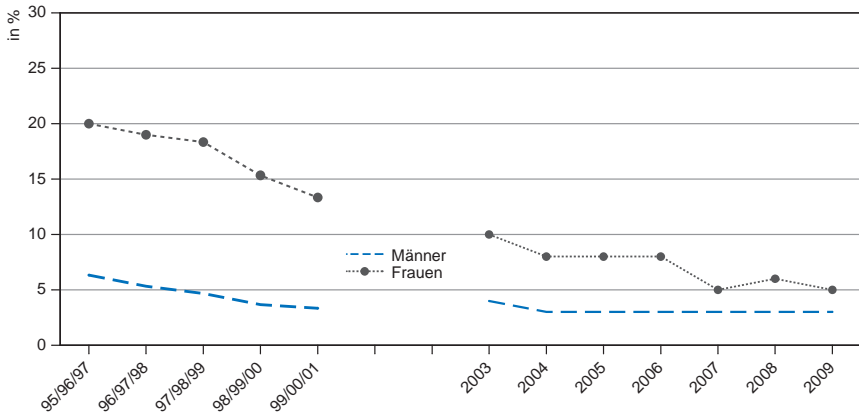
Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009.

Erwerbshaushalte sind Haushalte mit Einkommen aus selbständiger oder unselbständiger Tätigkeit, ausgenommen Haushalte die mehr als 50% des Haushaltseinkommens aus Pensionen beziehen oder wo alle 19-64 jährigen Haushaltsmitglieder in Ausbildung sind (2003 konnten "Studierendenhaushalte" nicht ausgeschlossen werden). Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.11. Niedrigstundenlohnquote

Definition: Anteil der (zum Zeitpunkt der Erhebung) unselbständig erwerbstätigen Personen, die weniger als 5,77 Euro pro Stunde Normalarbeitszeit verdienen. Der Stundenlohn entspricht einem Monatslohn von 1.000 Euro Brutto monatlich, 14 x pro Jahr und schließt daher Sonderzahlungen und bezahlte Urlaubszeiten ein. In die Berechnung gehen nur unselbständig Erwerbstätige ohne Lehrlinge mit einer Normalarbeitszeit von mindestens 12 Wochenstunden ein.

Grafik 22: Niedrigstundenlohnquote, Trend 1995-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Bei einem zeitlichen Vergleich nicht preisbereinigten Stundenlohns zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme, von der vor allem Frauen profitiert haben. Mitte der 1990er Jahre hatten noch 20% der Frauen und 6% der Männer einen Bruttostundenlohn von weniger als 5,77 Euro (rund 80 Schilling). Im Jahr 2009 blieben immerhin noch 61.000 Frauen (5%) und 46.000 Männer (3%) unter diesem Schwellenwert.

Anmerkungen: In Österreich haben Tarifvereinbarungen der Sozialpartner eine große Bedeutung, weshalb dieser Indikator auf den in allen Kollektivverträgen seit 2009 vereinbarten Mindestlohn von 1.000 € Brutto für Vollzeitbeschäftigte abgestimmt wird. Nicht alle Beschäftigten fallen aber unter den Kollektivvertrag, insbesondere bei befristeter Beschäftigung sowie bei freien DienstnehmerInnen. Differenziertere Schätzungen (z.B. nach Branchen) sind auf Basis der Verdienststrukturerhebung⁴⁹ bzw. in Zukunft auch auf Basis des Mikrozensus möglich.

⁴⁹ Siehe: http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?ldcService=GET_NATIVE_FILE&dID=85465&dDocName=036307

Übersicht 50: Niedriger Stundenlohn (in % der unselbständig Erwerbstätigen, mind. 12h, ohne Lehrlinge)

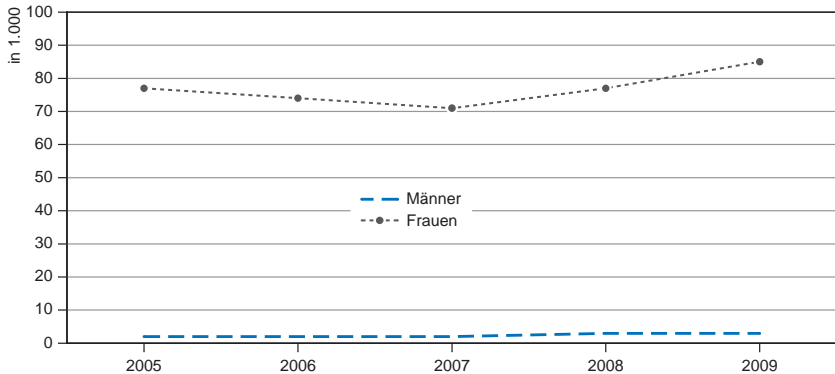
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 J.	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige
Gesamtbevölkerung	4	3	5	-	(5)	3	(3)
Bildungsferne	(9)	-	-	-	-	(8)	-
Migrationshintergrund	(7)	-	-	-	-	-	-
Menschen mit Behinderung	-	-	-	-	-	-	-
Ein-Eltern-Haushalte	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	-	-	-	-	-	-	-
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	4	-	-	-	-	(3)	-
Nicht-Armutsgefährdete	3	(2)	(4)	-	(4)	2	(3)
Armutsgefährdete	(14)	-	-	-	-	-	-
prekärer Wohlstand (60-70% Median)	-	-	-	-	-	-	-
Teilhabemangel	-	-	-	-	-	-	-
manifeste Armut	-	-	-	-	-	-	-

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Nur unselbständig Erwerbstätige mit einer Normalarbeitszeit von mind. 12h, ohne Lehrlinge. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.12. Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten

Definition: Zahl der 15-64 Jährigen, die nicht erwerbstätig oder teilzeitbeschäftigt sind, weil keine geeignete Betreuungseinrichtung für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene zur Verfügung steht.

Grafik 23: Erwerbshindernisse durch Betreuungspflichten, Trend 2005-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009, Jahresergebnisse. Hochgerechnete Anzahl der 15-64 Jährigen die Frage „Wenn es entsprechende Betreuungseinrichtungen gäbe, würden Sie dann Vollzeit arbeiten“ oder die Frage „Vorausgesetzt, es gäbe entsprechende Betreuungseinrichtungen: Würden Sie dann arbeiten wollen?“ bejaht haben.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Unmöglichkeit einer Erwerbstätigkeit aufgrund von fehlenden, angemessenen Betreuungsplätzen für ihre Kinder oder zu pflegende Angehörige betreffen fast ausschließlich Frauen. Die Zahl ist seit 2008 von 79.000 auf 85.000 Personen angestiegen.

Übersicht 51: Erwerbshindernisse (Personen im Erwerbsalter) (in 1.000)

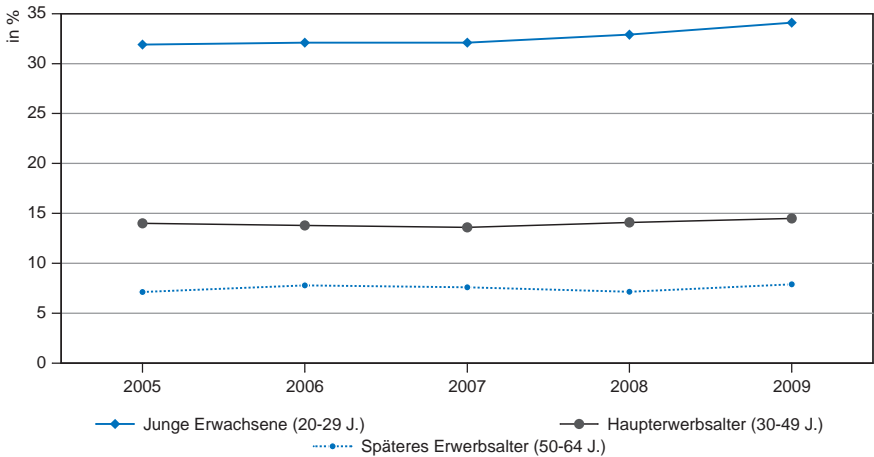
	Insgesamt	Junge Erwachsene (20-29 Jahre)	Haupterwerbsalter (30-49 Jahre)	spätes Erwerbsalter (50-64 Jahre)
Gesamtbevölkerung	88	22	62	(3)
Bildungsferne	23	7	14	-
Migrationshintergrund	34	10	23	-
Ein-Eltern-Haushalte	12	(3)	8	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	13	-	12	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	49	19	29	-
Familien mit Kindern zw. 4. u. 16 Jahren	34	-	30	-

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009, Jahresergebnis. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit - überschrieben.

5.5.13. Bildungsaktivität

Definition: Anteil der Personen ab 15 Jahren in schulischer oder beruflicher Aus- oder Fortbildung.

Grafik 24: Bildungsaktivität, Trend 2005-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Der Anteil bildungsaktiver Personen lag in den letzten Jahren bei etwa 18% der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren. Insgesamt waren 2009 rund 1,3 Millionen Menschen über 15 Jahren bildungsaktiv (673.000 Frauen, 596.000 Männer). Die Häufigkeit von Bildungsaktivitäten ist in der Altersgruppe der jungen Erwachsenen am höchsten (33%). Im Haupterwerbsalter nehmen 14% an Bildungsaktivitäten teil, im späteren Erwerbsalter etwa 7%. Eine Ausweitung der Bildungsaktivität ist im Beobachtungszeitraum nicht feststellbar. Lediglich in der Gruppe der jungen Erwachsenen kann eine leicht wachsende Tendenz beobachtet werden.

Anmerkungen: Im Unterschied zum EU-Strukturindikator „Lebenslanges Lernen“, der sich auf die Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren bezieht, wird hier die „Bildungsaktivität“ für alle Personen ab 15 Jahren berücksichtigt. Detailliertere Befunde zur Bildungsaktivität nach dem Ende der gesetzlichen Schulpflicht stehen auch aus dem 2007 erstmals in Österreich durchgeführten Adult Education Survey (AES 2007) zur Verfügung.⁵⁰

Übersicht 52: Bildungsaktivität (in % der Bevölkerung)

	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	19	18	19	85	34	14	8	3
Bildungsferne	3	4	3	18	10	5	2	1
Migrationshintergrund	16	14	17	77	29	10	5	4
Ein-Eltern-Haushalte	36	59	29	87	21	17	14	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	37	36	38	95	53	13	15	-
Familien mit Kindern unter 4 Jahre	14	16	13	70	13	15	6	1
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	30	30	31	90	32	13	11	-
Langzeitarbeitslose	20	19	21	(35)	24	18	14	-

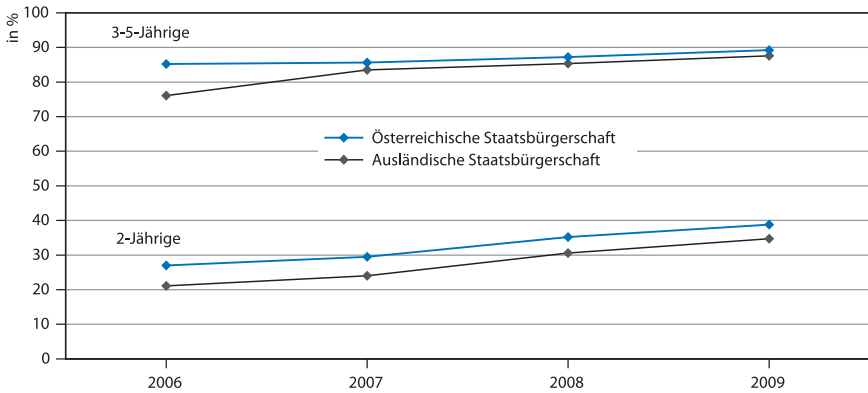
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009, Jahresergebnis. - Personen ab 15 Jahren. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet. Werte, die statistisch nicht interpretierbar sind, werden mit - überschrieben.

5.5.14. Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen

Definition: Anteil der Kinder bis fünf Jahre, die einen Kindergarten, eine Kinderkrippe oder eine alterserweiterte Betreuungseinrichtung besuchen, an allen Kindern dieser Altersgruppe.

⁵⁰ Siehe http://www.statistik.at/dynamic/wcmsprod/idcplg?ldcService=GET_NATIVE_FILE&dID=86056&dDocName=036431

Grifik 25: Besuch von vorschulischen Bildungseinrichtungen, Trend 2006-2009*



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10. des Jahres, Kindertagesheimstatistik, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie alterserweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9. des Jahres). 5-Jährige SchülerInnen, die einen Hort besuchen wurden nicht mitgezählt. Der Anteilswert für 5-Jährige ist leicht nach unten verzerrt weil 5-Jährige, die bereits die Schule besuchen in die Basis der Berechnung eingehen. *Ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: In der Gruppe der drei- bis fünfjährigen haben 2009 88,5% bzw. 210.000 Kinder eine vorschulische Bildungseinrichtung besucht. Die Vorschulbildungsquote hat sich damit gegenüber dem Jahr 2006 (83,3%) erhöht und Unterschiede nach Staatsbürgerschaft haben sich verringert. Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft haben weiterhin eine geringere Vorschulquote (87,6%) als Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft (89,2%). Die Betreuungsquoten für Zweijährige liegen mit einem Wert von 35,3% im Jahr 2009 wesentlich niedriger, sind aber deutlich höher als noch im Jahr 2006 (24,4%). Bei den zweijährigen Kindern mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegen die Vorschulbildungschancen weiterhin um 4% unter jenen der Zweijährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

Anmerkungen: Der Besuch einer vorschulischen Bildungseinrichtung begünstigt den individuellen Bildungserfolg. Dies gilt speziell für Kinder mit fremder Muttersprache und kann hier auch besonders zur Entlastung der weiterführenden Bildungseinrichtungen beitragen. Da das Merkmal der Muttersprache in der Kindertagesheimstatistik nicht für alle Kinder erfasst ist, wird der Indikator nach der Staatsbürgerschaft der Kinder

ausgewiesen. Die für die Arbeitsmarktchancen insbesondere von Müttern erforderliche Betreuung von Kindern erfolgt wesentlich auch außerhalb der hier berücksichtigten Betreuungseinrichtungen (z.B. durch Verwandte, Tagesmütter, Babysitter usw.).

Übersicht 53: Vorschulbildung

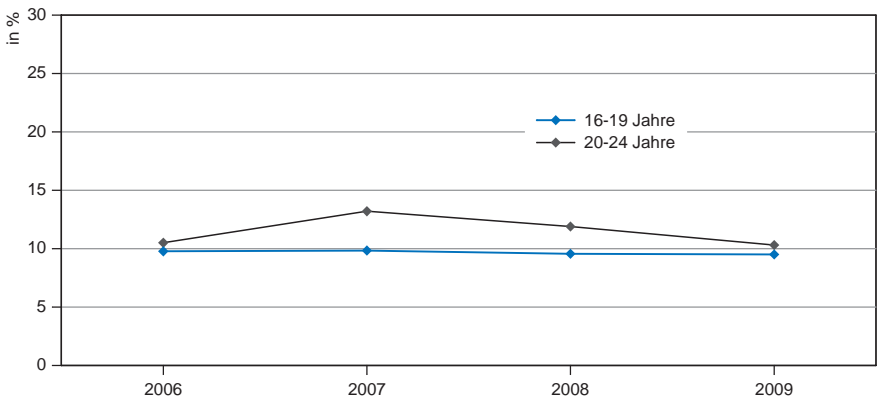
	Kinder im Alter von 0 bis 5 Jahren absolut	Kinder in Betreuung in %
Insgesamt	474.890	52,8
0 - 2-Jährige	233.200	15,8
3 - 5-Jährige	241.690	88,5
3-Jährige	79.652	77,7
4-Jährige	81.138	93,8
5-Jährige	80.900	93,9
Nach Staatsbürgerschaft		
Insgesamt	412.087	53,6
ÖsterreicherInnen	359.038	54,3
AusländerInnen	53.049	49,5
0- 2-Jährige	202.368	17,0
ÖsterreicherInnen	174.624	17,3
AusländerInnen	27.743	15,2
3-Jährige	69.084	79,5
ÖsterreicherInnen	60.431	80,1
AusländerInnen	8.653	75,5
4-Jährige	70.317	94,2
ÖsterreicherInnen	61.712	94,6
AusländerInnen	8.605	91,3
5-Jährige	70.319	93,1
ÖsterreicherInnen	62.270	92,8
AusländerInnen	8.048	95,3

Q: STATISTIK AUSTRIA, Kindertagesheimstatistik 2009, Besuch von Kinderkrippe, -garten sowie altererweiterte Betreuungseinrichtungen (Alter zum 1.9.08, Aufgliederung der 5-Jährigen derzeit noch nicht nach Schulbesuch möglich; 5-jährige Schüler, die einen Hort besuchen, wurden nicht mitgezählt) gemessen an allen Kindern im jeweiligen Alter (Wohnbevölkerung laut Bevölkerungsregister zum 1.10.2009). *Ohne Steiermark (keine Einzeldaten für Staatsbürgerschaft vorhanden).

5.5.15. Bildungsferne Jugendliche

Definition: Anteil der 16 bis 24 Jährigen, die keine Bildungseinrichtung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS, oder Matura) oder höher besuchen oder abgeschlossen haben.

Grafik 26: Bildungsferne Jugendliche im Alter von 16 bis 19 bzw. 20 bis 24 Jahren, Trend 2006-2009



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus, Jahresergebnisse. Nur 16-24-Jährige.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Insgesamt lag die Quote der bildungsfernen Jugendlichen im Jahresdurchschnitt 2009 bei 10%. Das sind 92.000 Jugendliche. In der Altersgruppe der 20-24-Jährigen hat die Quote in den letzten Jahren etwas abgenommen und liegt mit 10,3% nur knapp über der Quote der 16-19 Jährigen (9,5%).

Anmerkung: Dieser Indikator ergänzt den EU-Strukturindikator Bildungsstand der Jugendlichen (20-24 Jährige). Das später erzielte Qualifikationsniveau hängt dabei von der Bildungsbeteiligung unmittelbar nach dem Pflichtschulalter ab, die in diesem Indikator (sowie „Bildungsaktivität“) besonders berücksichtigt wird.

Übersicht 54: Anteil der Jugendlichen mit keinem Besuch/Abschluss des Sekundarbereich II oder höher (in % aller Jugendlichen der Altersgruppe)

	Insgesamt	Männer	Frauen
Gesamtbevölkerung	10	10	10
Bildungsferne	100	100	100
Migrationshintergrund	26	25	26
Ein-Eltern-Haushalte	18	10	23
Familien mit 3 u. mehr Kindern	6	5	6
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	36	28	40
Familien mit Kindern zw. 4 u. 16 Jahren	9	9	9
Langzeitarbeitslose	68	(69)	(68)
Haushalt ohne Erwerbstätige	22	23	20

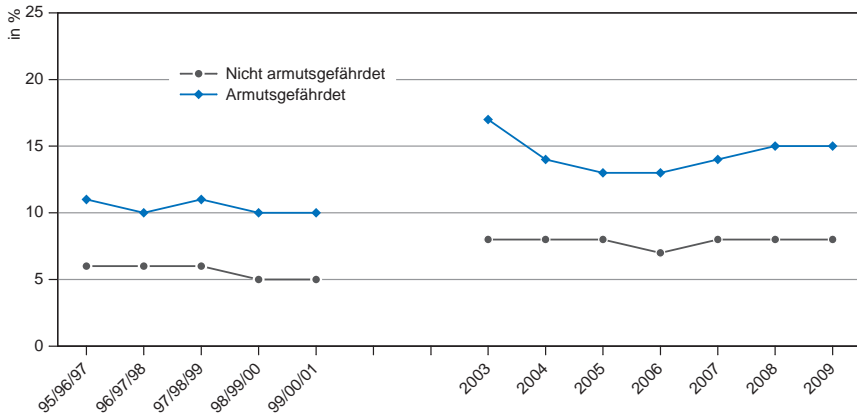
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus 2009, Jahresergebnisse. - Nur 16-24-Jährige. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet.

5.5.16. Gesundheitsprobleme

Definition: Anteil der Personen ab 16 Jahren mit zwei oder mehr der folgenden gesundheitlichen Probleme:

- » sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand (subjektive Einschätzung)
- » chronische Krankheit
- » starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung (oder Behinderung) seit mindestens einem halben Jahr.

Grafik 27: Gesundheitsprobleme, Trend 1995-2007



Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2003 – 2009, Eurostat ECHP-UDB 1995-2001, eigene Neugewichtung. Die Definition von „Behinderung“ ist zwischen ECHP (1995-2001) und SILC (2003-2007) nicht vergleichbar. Aufgrund der im Vergleich zu EU-SILC geringeren Fallzahl werden für das ECHP (1995-2001) Durchschnittswerte aus drei aufeinanderfolgenden Jahren ausgewiesen, um Zufallsschwankungen zu glätten.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: 2009 waren insgesamt 631.000 Personen bzw. 9% der Bevölkerung ab 16 Jahren gesundheitlich beeinträchtigt. Arbeitsgefährdete (2009: 15%) sind im gesamten Beobachtungszeitraum wesentlich häufiger betroffen als nicht arbeitsgefährdete Personen (2009: 8%).

Anmerkungen: Aufgrund der unterschiedlichen Definition von „Behinderung“ sind die Daten des ECHP nicht mit jenen aus EU-SILC vergleichbar.

Übersicht 55: Gesundheitsprobleme (chronische Krankheit, Beeinträchtigung oder subjektiv schlechter Gesundheitszustand, in %)

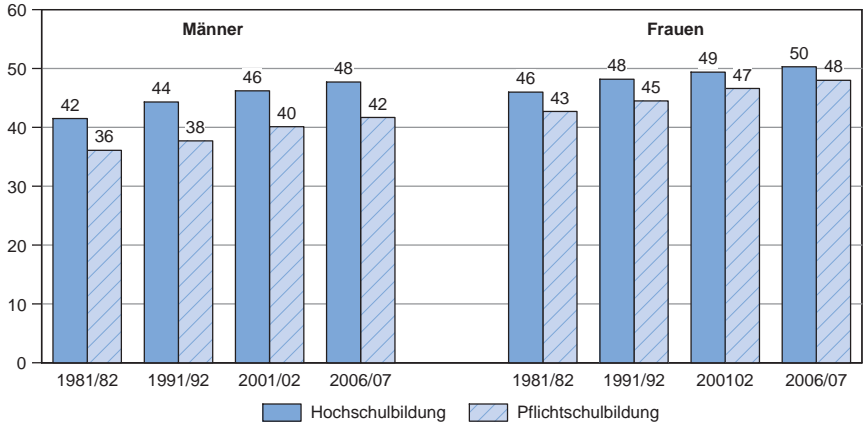
	Insgesamt	Männer	Frauen	Kinder < 19 Jahre	19-29 Jährige	30-49 Jährige	50-64 Jährige	65+
Gesamtbevölkerung	9	8	10	1	2	5	11	22
Bildungsferne	20	19	20	(6)	10	13	17	30
Migrationshintergrund	10	9	11	-	(7)	7	20	36
Menschen mit Behinderung	92	90	93	81	86	90	92	93
Ein-Eltern-Haushalte	5	(1)	6	-	(4)	8	-	-
Familien mit 3 u. mehr Kindern	5	5	5	-	(3)	4	(12)	43
Familien mit Kindern unter 4 Jahren	3	3	2	-	(4)	2	5	12
Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren	4	5	4	(2)	(2)	4	11	26
Nicht-Armutgefährdete	8	7	10	2	2	4	10	21
Armutgefährdete	15	15	16	-	(3)	13	19	27
prekärer Wohlstand (60-70% d. Medians)	15	12	17	-	(7)	12	17	26
Teilhabemangel	19	13	24	-	(4)	12	30	39
manfeste Armut	20	21	19	-	(6)	17	25	37

Q: STATISTIK AUSTRIA EU-SILC 2009. - Nur Personen ab 16 Jahren. Werte in Klammern sind stark zufallsbehaftet und beruhen auf weniger als 50 Beobachtungen, Werte mit einer Zellbesetzung von weniger als 20 Beobachtungen werden nicht ausgewiesen.

5.5.17. Unterschiedliche Lebenserwartung nach Bildungsstand

Definition: Abstand (in Jahren) zwischen der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Hochschulbildung und der noch zu erwartenden Lebensdauer von Personen mit Pflichtschulbildung (gerechnet ab dem 35. Geburtstag). Die Berechnung erfolgt auf Basis von Periodensterbetafeln, getrennt nach Geschlecht, und kann in Zukunft jährlich berechnet werden.

Grafik 28: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren, Trend 1981/82-2006/07



Q: STATISTIK AUSTRIA, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenendaten.

Betroffener Personenkreis und Zeitverlauf: Die fernere Lebenserwartung ist seit den 1980er Jahren sowohl für höhere als auch für niedrige Bildungsschichten deutlich gestiegen. Allerdings bestehen weiterhin klare Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Für Männer ist die Differenz nach erreichtem Bildungsniveau deutlich größer als für Frauen. Die fernere Lebenserwartung für Männer mit Hochschulbildung ist um 6 Jahre höher als für Männer mit Pflichtschulbildung, für Frauen beträgt der Unterschied 2,3 Jahre.⁵¹

51 Detaillierte Auswertungen der Statistik Austria sind publiziert in: Statistische Nachrichten 11/2007, S 1010-1022.

Übersicht 56: Unterschiedliche Lebenserwartung nach Bildungsstand

		Personen mit Hochschulbildung	Differenz zur Lebenserwartung bei Hochschulbildung			
			Höhere Schule	Mittlere Schule	Lehre	Pflichtschule
Männer						
	1981/82	41,5	-1,2	-2,3	-4,4	-5,5
	1991/92	44,3	-1,8	-2,7	-5,0	-6,6
	2001/2002	46,2	-1,7	-2,4	-4,3	-6,2
	2006/2007	47,7	-2,2	-2,5	-4,7	-6,0
Frauen						
	1981/82	46,0	-1,0	-1,5	-2,1	-3,3
	1991/92	48,2	-0,6	-1,3	-2,4	-3,7
	2001/2002	49,4	-0,6	-0,8	-1,6	-2,8
	2006/2007	50,3	-0,8	-0,9	-1,8	-2,3

Q: Fernere Lebenserwartung mit 35 Jahren. Statistik Austria, Verknüpfung von Volkszählungsdaten mit Gestorbenenendaten.

6. EUROPÄISCHE INDIKATOREN ZU ARMUT UND SOZIALER EINGLIEDERUNG

6.1. Der politische Hintergrund

Seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam im Jahr 1999 ist Soziales formell stärker in die politische Agenda der Europäischen Union eingebunden, indem das Abkommen über Sozialpolitik in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft integriert wurde. Auch de facto wurden seit damals die Anstrengungen zu einer gemeinsamen Sozialpolitik verstärkt, was sich in einem erhöhten Bedarf an Informationen zur sozialen Lage in den Mitgliedstaaten niederschlug.

Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon festgestellt, dass das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht hingenommen werden kann und deshalb Schritte unternommen werden müssen, um bis 2010 die Beseitigung von Armut entscheidend voranzubringen. Beim Rat von Nizza im Dezember 2000 wurde dieses Ziel bestätigt und die Umsetzung im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung (OMK) beschlossen. Kernelemente sind gemeinsame Ziele der Sozialpolitik in der EU, die Entwicklung nationaler Aktionspläne sowie die periodische Berichterstattung über den Fortschritt.

Die aktuellsten Bestrebungen zur Armutsbekämpfung sind in der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) mit einer Verringerung der Zahl der Ausgrenzunggefährdeten um insgesamt 20 Millionen bis ins Jahr 2020 festgelegt.⁵²

⁵² Siehe ausführlicher Kapitel 4.

6.2. Indikatoren zur Messung der Ziele der sozialpolitischen Agenda der EU

Um den Erfolg der Staaten hinsichtlich der Beseitigung von Armut vergleichend messbar zu machen, wurde vom Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 ein erstes Set aus 18 gemeinsamen statistischen Indikatoren zur sozialen Eingliederung beschlossen, das die vier Bereiche finanzielle Armut, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung abdeckte und so auch die Multidimensionalität von sozialer Exklusion deutlich machte. Die Untergruppe Indikatoren (Indicators Sub-Group, ISG) des Ausschusses für Sozialschutz (Social Protection Committee, SPC) hat seitdem an der Weiterentwicklung und Zusammenführung der Indikatoren gearbeitet und eine revidierte Fassung der Indikatorenliste wurde im Juli 2003 im Sozialschutzausschuss beschlossen. Im Juni 2006 verabschiedete der Ausschuss für Sozialschutz einen Satz gemeinsamer Indikatoren für den Koordinierungsprozess in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung. Er besteht aus 14 umfassenden Indikatoren (die sogenannten „Overarching Indicators“) und 11 kontextuellen Indikatoren, mit denen die übergreifenden Ziele (a) „sozialer Zusammenhalt“ und (b) „Interaktion mit den strategischen Wachstums- und Beschäftigungszielen von Lissabon“ erfasst werden sollen, sowie den Indikatoren der drei Aktionsbereiche „soziale Eingliederung“, „Renten“ sowie „Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege“.

Die Indikatorenliste zur sozialen Eingliederung ist eine andere Weiterentwicklung der ursprünglichen Laeken-Indikatoren und besteht derzeit aus elf Primär-, sechs Sekundär- und dreizehn Kontextindikatoren. Einige der ursprünglichen Laeken-Primärindikatoren sind nun Sekundärindikatoren, andere sind ins Portfolio der umfassenden Indikatoren verschoben worden, weil sie besser als Überblicksindikatoren für sozialen Zusammenhalt genutzt werden können, einige wurden als redundant erkannt und gestrichen⁵³. Indikatoren, die sowohl für soziale Eingliederung als auch in der Interaktion mit dem

53 aus EU-SILC gestrichen: dauerhafte Armutsgefährdung bei 50% des Medians.

Bereich Beschäftigung und Wachstum relevant sind, sind sowohl im Portfolio der umfassenden als auch der Sozialen Eingliederungsindikatoren enthalten.

Die ISG und Eurostat haben im letzten Jahr ihre Anstrengung bei der Entwicklung neuer Deprivationsindikatoren intensiviert, mit dem Ziel, Lebensbedingungen auch direkt anstatt nur über einkommensbasierte Indikatoren zu messen.⁵⁴ Auch die Europa 2020 Strategie stärkt die Bedeutung von Deprivation im Konzept „sozialer Ausgrenzung“.

Die aktuellen Indikatorenlisten können bei Eurostat unter folgender Website eingesehen werden: OMC (Open Method of Coordination on Social Inclusion and Social Protection).⁵⁵

6.3. Indikatoren aus EU-SILC für Österreich

In den folgenden zwei Abschnitten werden zum besseren Verständnis der anschließend präsentierten Indikatorenliste deren Aufbau und Veränderungen gegenüber dem letzten Jahr erläutert. Ausführliche methodische und konzeptionelle Hinweise finden sich im Kapitel „Erläuterungen und Definitionen“.

6.3.1. Aufbau der Liste

In der folgenden Tabelle werden die aus EU-SILC für Österreich berechneten Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung für die Jahre 2008 und 2009 dargestellt. Als einziger Längsschnittindikator bezieht sich die „dauerhafte Armutsgefährdung“ auf die Jahre 2005 bis 2008 bzw. 2004 bis 2007. Die Nummerierung ist an die Liste der umfassenden Indikatoren (OV + Nummer) bzw. der Sozialen Eingliederungsindikatoren (SI + Nummer) angepasst.

54 Die neu ins Social Inclusion Set aufgenommenen Indikatoren sind im folgenden Abschnitt angeführt.

55 Siehe http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_and_social_policy_indicators/omc_social_inclusion_and_social_protection (25.10.2010)

Zusätzlich zu den aus der Stichprobe ermittelten hochgerechneten Werten (=Punktschätzern) sind Kennziffern der Schwankungsbreite für das letztverfügbare Jahr angegeben: der Standardfehler sowie ein Konfidenzintervall bei 95%iger Sicherheit (=Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%). Diese Varianzschätzungen basieren auf der von Eurostat empfohlenen Methode der Linearisierung, fallweise kommt ein Bootstrapping-Verfahren zur Anwendung (in der Tabelle gekennzeichnet mit *).⁵⁶ Eine Dokumentation der Methodik der Varianzschätzungen findet sich im Bericht des Jahres 2004.

Alle Indikatoren werden in verschiedenen Gliederungen und Kombinationen von Gliederungsmerkmalen berechnet (etwa nach Alter und Geschlecht, nach Haushaltstyp, nach Armutsgefährdung und Geschlecht etc.), wobei hier nur eine Auswahl wiedergegeben ist. Die von Eurostat vorgegebenen Definitionen der einzelnen Indikatoren sowie Berechnungsmethoden für die Gliederungsmerkmale sind im Kapitel „Erläuterungen und Definitionen“ beschrieben. Ein vollständige Auflistung bietet die Eurostat Datenbank, die auch Zeitreihen, EU-Durchschnitte und Ländervergleiche sowie die Erstellung von Grafiken ermöglicht.⁵⁷

6.3.2. Neuerungen 2009: Einbeziehung von Privatpensionen und neue Deprivationsindikatoren

Seit EU-SILC 2009 sind einer Entscheidung der ISG im Juni 2010 zufolge Einkommen aus Privatpension (Zielvariable PY080) im Haushaltseinkommen zu berücksichtigen und damit auch relevant für die Indikatorenberechnung. Eurostat publiziert die Indikatorwerte künftig auch für alle früheren Jahre rückwirkend inklusive Privatpensionen. Für die österreichischen Indikatoren wurden etwaige Veränderungen durch die Inklusion von Privatpensionen bisher für 2008 und 2009 geprüft, die Auswirkungen durch diese

⁵⁶ Bei kleinen Subgruppen kann die Verwendung der Linearisierung zu unplausibel großen Konfidenzintervallen führen. In diesen Fällen wird ein Resampling-Verfahren („Bootstrap“) verwendet. Zur Methodik der Varianzschätzung vgl. ausführlicher „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

⁵⁷ http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/search_database (25.10.2010)

konzeptionelle Änderung sind aber vernachlässigbar.

Für 2008 ist keine Veränderung von Medianäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdungsschwelle zu erkennen. Es gibt keine Person, deren Äquivalenzeinkommen vor Einrechnen der Privatpension unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt und durch Hinzurechnen der Privatpension darüber. Lediglich im Bereich höherer Einkommen und zum Beispiel für das arithmetische Mittel des Haushalts- wie auch des Äquivalenzeinkommens ist eine leichte Steigerung zu bemerken. Für die (gerundeten) Indikatorwerte ergeben sich keine Unterschiede.

Für 2009 würde die Armutsgefährdungsschwelle ohne Einrechnung privater Pensionsleistungen um vier Euro pro Jahr niedriger liegen als inklusive Privatpensionen. Insgesamt ändert sich die Armutsgefährdungsquote durch das Hinzurechnen der Privatpension nicht, minimale Auswirkungen zeigen sich für kleinere Untergruppen.⁵⁸

Konzeptionelle Weiterentwicklungen der Indikatoren zeigen sich auch im Bereich der Deprivationsindikatoren. Hier wurden von der ISG neue Indikatoren und von Eurostat die Vorgaben zu deren Berechnung formuliert. Gegenüber der Berichterstattung aus EU-SILC 2008 werden daher in der Liste sechs neue aus EU-SILC berechnete Indikatoren zu materieller Deprivation und Wohndeprivation angeführt:

- » SI-P8 Materielle Deprivation (bei mind. drei von neun Deprivationsmerkmalen)
- » SI-S4 Intensität der Deprivation
- » SI-S5 Wohnkostenüberbelastung
- » SI-S6 Überbelag
- » SI-C12 Wohndeprivation
- » SI-C13 Mittlerer Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen

⁵⁸ siehe dazu „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“, Abschnitt 4.1.

Indikatoren	2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009				
				Standard- fehler	95% Konfidenzintervall			
					untere Grenze	obere Grenze		
OV- 1a	SI-P1 Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach Alter und Geschlecht, in %							
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	12,4	12	993	0,5	11,1	12,9
		Männer	11,2	10,7	433	0,5	9,8	11,7
		Frauen	13,5	13,2	559	0,5	12,2	14,3
	<=17 Jahre	zusammen	14,9	13,4	213	1,0	11,4	15,4
		zusammen	11,2	11,9	94	1,2	9,5	14,3
	18-24 Jahre	Männer	10,9	11,3	46	1,7	8,1	14,6
		Frauen	11,4	12,6	48	1,6	9,5	15,6
		zusammen	10,7	10,3	306	0,5	9,3	11,4
	25-49 Jahre	Männer	9,7	9,8	145	0,6	8,7	11,0
		Frauen	11,8	10,9	162	0,6	9,7	12,1
		zusammen	11,1	11	168	0,7	9,6	12,4
	50-64 Jahre	Männer	10,8	10	75	0,8	8,4	11,6
		Frauen	11,4	12	93	0,9	10,3	13,7
		zusammen	15	15,1	211	0,9	13,3	17,0
	65+ Jahre	Männer	11,7	10,7	63	1,0	8,7	12,6
		Frauen	17,3	18,4	148	1,1	16,1	20,6
		zusammen	11,7	11,7	780	0,4	10,9	12,5
	>=18 Jahre	Männer	10,5	10,2	329	0,5	9,3	11,1
		Frauen	12,9	13,1	451	0,5	12,1	14,0
		zusammen	10,9	10,8	569	0,4	9,9	11,7
	18-64 Jahre	Männer	10,2	10,1	266	0,5	9,1	11,1
		Frauen	11,6	11,4	303	0,5	10,5	12,4
		zusammen	11,8	11,4	781	0,5	10,4	12,4
	<=64 Jahre	Männer	11,1	10,8	370	0,6	9,6	11,9
		Frauen	12,5	12	411	0,6	10,9	13,2
	SI-S1a Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach Haushaltstyp, in %							
	Einpersonenhaushalte gesamt		19,6	20,4	261	0,9	18,5	22,2
	Alleinlebend <65 Jahre		17,8	18,3	148	1,1	16,2	20,5
	Alleinlebend 65+ Jahre		22,7	23,8	114	1,7	20,5	27,1
	Alleinlebend männlich		16,2	15,7	86	1,3	13,3	18,2
	Alleinlebend weiblich		22,2	23,8	175	1,3	21,2	26,5
	2 Erwachsene, mind. einer 65+, ohne Kinder		12,4	12,0	104	1,2	9,8	14,3
	2 Erwachsene, beide unter 65, ohne Kinder		8,3	11,8	122	0,9	10,0	13,6
	Sonstige Haushalte ohne Kinder		6,5	3,6	34	1,1	1,5	5,7
	Ein-Eltern-Haushalt, zumindest 1 Kind		26,3	29,2	91	3,2	23,0	35,4
	2 Erwachsene + 1 Kind		9,3	9,1	92	1,2	6,8	11,4
	2 Erwachsene + 2 Kinder		10,8	6,9	86	1,0	4,9	8,9
	2 Erwachsene + mind. 3 Kinder		21,3	19,2	121	3,5	12,3	26,0
	Andere Haushalte mit Kindern		7,6	8,6	82	1,9	4,9	12,2
	andere Mehrpersonen-Haushalte (nur Personen unter 18 im Haushalt)		-	-	-			

Indikatoren		2008	2009	Absolutzahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009			
					Standardfehler	95% Konfidenzintervall		
						untere Grenze	obere Grenze	
	Haushalt ohne Kinder gesamt	12,1	12,7	521	0,5	11,7	13,7	
	Haushalt mit Kindern gesamt	12,7	11,4	472	0,8	9,8	12,9	
SI-S1b Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach Erwerbsintensität (w) des Haushalts, in %								
	Haushalte ohne Kinder	w=0	24,1	25,4	142	1,8	21,8	29,0
		0 < w < 1	10,4	10,1	111	1,0	8,0	12,1
	Haushalte mit Kindern	w=1	3,5	3,9	53	0,5	2,9	4,9
		w=0	60,9	48,1	83	5,9	36,5	59,8
		0 < w < 0,5	29,6	39,2	119	6,1	27,2	51,2
		0,5 < =w < 1	12,5	12,1	204	1,3	9,4	14,7
		w=1	5,1	3,3	66	0,6	2,1	4,5
SI-S1c Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach Hauptaktivität und Geschlecht, in %								
	>= 18 Jahre							
	Erwerbstätig	zusammen	6,3	6	220	0,4	5,3	6,7
		Männer	6,3	6	123	0,4	5,2	6,9
		Frauen	6,4	5,9	97	0,5	5,0	6,8
	Nicht erwerbstätig gesamt	zusammen	18,2	18,7	547	0,7	17,3	20,1
		Männer	17,8	17,1	197	0,9	15,3	18,9
		Frauen	18,5	19,7	350	0,8	18,1	21,2
	Arbeitslos	zusammen	41	38	130	2,6	32,9	43,0
		Männer	49	42,8	65	3,9	35,2	50,5
		Frauen	31	34	64	3,0	28,2	39,9
	Pension	zusammen	13,1	14,2	260	0,8	12,7	15,7
		Männer	11,6	11,3	93	0,9	9,6	13,0
		Frauen	14,4	16,6	168	1,0	14,7	18,5
	Sonstige nicht Erwerbstätige	zusammen	21,9	21	155	1,3	18,5	23,5
		Männer	22,9	22,5	38	2,8	16,9	28,0
		Frauen	21,6	20,6	118	1,4	17,8	23,3
	18-64 Jahre							
	Erwerbstätig	zusammen	6,4	6	219	0,4	5,3	6,7
		Männer	6,3	6	123	0,4	5,2	6,9
		Frauen	6,4	5,9	97	0,5	5,0	6,8
	Nicht erwerbstätig gesamt	zusammen	20,7	21,7	336	1,0	19,8	23,6
		Männer	23,3	23,5	134	1,5	20,5	26,5
		Frauen	19,2	20,6	202	1,1	18,6	22,7
	Arbeitslos	zusammen	40,9	38,1	129	2,6	33,0	43,2
		Männer	48,7	42,7	64	4,0	34,9	50,6
		Frauen	31,1	34,4	64	3,0	28,5	40,3
	Pension	zusammen	11,6	13	70	1,2	10,6	15,3
		Männer	11,3	12,7	31	1,7	9,3	16,0
		Frauen	11,9	13,2	39	1,6	10,1	16,3

Indikatoren			2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
Sonstige nicht Erwerbstätige	zusammen		20,9	20,7	137	1,3	18,1	23,4
	Männer		22,7	22,6	38	2,8	17,0	28,1
	Frauen		20,4	20,1	99	1,5	17,2	23,1
65+ Jahre								
Nicht erwerbstätig gesamt	zusammen		15,2	15,3	210	1,0	13,4	17,1
	Männer		12	10,8	63	1,0	8,8	12,8
	Frauen		17,4	18,5	148	1,1	16,2	20,7
Pension	zusammen		13,8	14,7	191	0,9	12,9	16,6
	Männer		11,7	10,7	62	1,0	8,7	12,7
	Frauen		15,5	18	129	1,2	15,6	20,3
Sonstige nicht Erwerbstätige	zusammen		28,3	23,1	19	4,1	15,1	31,1
	Frauen		28,2	23,3	19	4,1	15,3	31,3
SI-S1d Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers nach Rechtsverhältnis an der Wohnung, in %								
Eigentum (oder mietfrei)	zusammen		8,8	8,5	441	0,5	7,5	9,4
	Männer		7,9	7,1	183	0,5	6,1	8,1
	Frauen		9,7	9,7	257	0,5	8,7	10,8
Miete	zusammen		18,5	18,1	552	1,1	16,0	20,2
	Männer		17,1	17	250	1,1	14,8	19,3
	Frauen		19,7	19,1	302	1,2	16,8	21,4
OV-1a	SI-P1 Armutsgefährdungsschwelle (illustrative Werte), in Euro							
	Einpersonenhaushalt		11.406	11.931	8.262	103,4	11.729	12.134
	2 Erwachsene, 2 Kinder		23.953	25.056	8.262	217,2	24.630	25.482
OV-2	SI-C1 Ungleichheit der Einkommensverteilung, Anteilsverhältnis der Einkommensquintile							
	S80/S20		3,7	3,7	8.262	0,2	3,3	4,0
	SI-C2 Ungleichheit der Einkommensverteilung, Gini-Koeffizient							
	Gini-Koeffizient		0,26	0,26	8.262	0,004	0,249	0,263
OV-1b	SI-P3 Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke nach Alter und Geschlecht, in %							
alle (>= 0 Jahre)	zusammen		15,3	17,2	993	0,9	15,5	18,9
	Männer		15,7	18,7	433	1,1	16,5	20,9
	Frauen		15,2	16,1	559	0,8	14,6	17,7
<=17 Jahre	zusammen		16,3	18,6	213	2,1	14,5	22,7
	zusammen		17,5	20,1	569	1,2	17,9	22,4
18-64 Jahre	zusammen		17,5	20,1	569	1,2	17,9	22,4
	Männer		19,8	20,7	266	1,6	17,6	23,8
	Frauen		16	19,1	303	1,2	16,6	21,5
65+ Jahre	zusammen		13,8	12,6	211	0,7	11,1	14,0
	Männer		13,8	13,9	63	1,6	10,8	17,0
	Frauen		13,9	12,5	148	0,7	11,1	13,9

Indikatoren			2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
SI-S1e Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle nach Alter und Geschlecht in %								
40%								
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	2,4	3	251	0,3	2,5	3,5
		Männer	2,5	3	121	0,3	2,5	3,5
		Frauen	2,4	3,1	130	0,3	2,5	3,7
	<=17 Jahre	zusammen	2,6	3,3	53	0,5	2,3	4,4
		Männer	2,8	3,2	171	0,3	2,7	3,8
		Frauen	2,9	3,4	89	0,3	2,8	4,0
	18-64 Jahre	zusammen	2,7	3,1	82	0,3	2,5	3,7
		Männer	1	1,9	27	0,4	1,2	2,6
		Frauen	0,8	1,3	8	0,4	0,5	2,0
	65+ Jahre	zusammen	1,2	2,4	19	0,5	1,5	3,3
		Männer	0,8	1,3	8	0,4	0,5	2,0
		Frauen	1,2	2,4	19	0,5	1,5	3,3
50%								
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	5,8	6,1	505	0,4	5,4	6,8
		Männer	5,3	5,8	234	0,4	5,0	6,5
		Frauen	6,2	6,4	271	0,4	5,6	7,3
	<=17 Jahre	zusammen	7,3	7,4	118	0,8	5,8	9,0
		Männer	5,5	6	315	0,4	5,3	6,7
		Frauen	5,5	5,9	154	0,4	5,1	6,6
	18-64 Jahre	zusammen	5,6	6,1	161	0,4	5,3	6,9
		Männer	4,8	5,1	72	0,8	3,6	6,7
		Frauen	3,2	4,2	25	0,7	2,8	5,7
	65+ Jahre	zusammen	6	5,8	47	1,0	3,7	7,8
		Männer	3,2	4,2	25	0,7	2,8	5,7
		Frauen	6	5,8	47	1,0	3,7	7,8
70%								
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	20,1	20	1.651	0,6	18,8	21,2
		Männer	18,3	18,3	737	0,6	17,0	19,5
		Frauen	21,7	21,6	914	0,7	20,3	22,9
	<=17 Jahre	zusammen	24,5	24,2	386	1,3	21,7	26,8
		Männer	17,5	17,5	924	0,6	16,4	18,6
		Frauen	16,4	16,7	439	0,6	15,4	17,9
	18-64 Jahre	zusammen	18,6	18,4	485	0,6	17,2	19,6
		Männer	24,6	24,4	342	1,2	22,1	26,8
		Frauen	19,4	18,3	108	1,3	15,8	20,8
	65+ Jahre	zusammen	28,3	28,9	234	1,4	26,2	31,7
		Männer	19,4	18,3	108	1,3	15,8	20,8
		Frauen	28,3	28,9	234	1,4	26,2	31,7
OV-9	SI-C5 Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle, in %							
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	12,8	10,9	903	0,3	10,3	11,5
		Männer	11,6	9,7	393	0,3	9,1	10,4
		Frauen	14	12,1	510	0,3	11,4	12,7
	<=17 Jahre	zusammen	15,5	11,9	189	0,6	10,7	13,0
		Männer	11,3	9,8	518	0,3	9,2	10,4
		Frauen	10,5	9,3	246	0,4	8,6	10,0
	18-64 Jahre	zusammen	12	10,3	273	0,3	9,7	10,9
		Männer	10,5	9,3	246	0,4	8,6	10,0
		Frauen	12	10,3	273	0,3	9,7	10,9

Indikatoren			2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009		
						Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
		zusammen	15,7	14	196	0,5	13,1	15,0
	65+ Jahre	Männer	12,1	9,8	58	0,6	8,7	10,9
		Frauen	18,3	17,2	139	0,5	16,2	18,1
OV- C11	SI-C6 Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers nach Alter und Geschlecht, in %							
	ohne Sozialtransfers aber inkl. Alters- und Hinterbliebenenleistungen							
		zusammen	24,5	24,1	1.989	0,6	22,9	25,2
	alle (>= 0 Jahre)	Männer	23,4	23,1	934	0,6	21,9	24,4
		Frauen	25,5	25	1.055	0,6	23,7	26,2
	<=17 Jahre	zusammen	36,1	36,1	575	1,4	33,5	38,8
	18-64 Jahre	zusammen	22,9	22,1	1.164	0,6	21,0	23,2
		Männer	22,1	21,5	565	0,6	20,2	22,7
		Frauen	23,6	22,7	600	0,6	21,5	23,9
	65+ Jahre	zusammen	17	17,9	250	1,0	16,0	19,7
		Männer	12,6	12,8	75	1,0	10,7	14,8
		Frauen	20,1	21,6	174	1,2	19,3	23,8
	ohne Sozialtransfers und ohne Alters- und Hinterbliebenenleistungen							
		zusammen	42,5	42,9	3.544	0,7	41,6	44,3
	alle (>= 0 Jahre)	Männer	39,5	39,7	1.603	0,7	38,3	41,2
		Frauen	45,4	45,9	1.941	0,7	44,5	47,3
	<=17 Jahre	zusammen	38,8	39,1	622	1,5	36,2	42,0
	18-64 Jahre	zusammen	31,9	31,8	1.675	0,6	30,5	33,0
		Männer	29,5	29,1	764	0,7	27,7	30,4
		Frauen	34,3	34,4	911	0,7	33,1	35,8
	65+ Jahre	zusammen*	87,3	89,2	1.248	0,9	87,5	90,9
		Männer	86,8	88,8	524	1,1	86,6	91,0
		Frauen*	87,7	89,6	724	1,0	87,7	91,5
OV- 11	SI-C8 Armutsgefährdungsquote von Erwerbspersonen, in %							
		zusammen	6,3	6	220	0,4	5,2	6,7
		Männer	6,3	6	123	0,4	5,2	6,9
		Frauen	6,4	5,9	97	0,5	5,0	6,8
		Vollzeit	5,6	4,7	124	0,4	3,9	5,4
		Teilzeit	7,3	7	47	0,8	5,3	8,6
	SI-P2 Dauerhafte Armutsgefährdung, in %							
		Wert in Spalte 2009*: 2005-2008, Wert in Spalte 2008: 2004-2007	5,5	5,6	4.272	0,6	4,4	6,8
	SI-P8 Materielle Deprivation (mind. 3 von 9) nach Geschlecht, in %							
		zusammen	13,7	10,9	902	0,6	9,8	12,0
		nicht armutsgefährdet	9,8	7,4	536	0,5	6,4	8,4
		armutsgefährdet	41,5	36,9	366	2,4	32,1	41,7
	Männer	zusammen	12,8	10,3	416	0,6	9,1	11,5
		nicht armutsgefährdet	9,3	7,1	254	0,6	6,0	8,2

Indikatoren			2008	2009	Absolutzahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009		
						Standardfehler	95% Konfidenzintervall	
							untere Grenze	obere Grenze
		armutsgefährdet	40,7	37,2	161	3,0	31,4	43,0
	Frauen	zusammen	14,6	11,5	486	0,6	10,3	12,8
		nicht armutsgefährdet	10,4	7,7	281	0,5	6,6	8,8
		armutsgefährdet	42,1	36,6	205	2,6	31,5	41,8
SI-S4 Intensität der Deprivation, mittlere Zahl der Deprivationsitems für deprivierte Personen nach Geschlecht und Armutsgefährdung								
	zusammen	zusammen	3,7	3,6	902	0,0	3,5	3,7
		nicht armutsgefährdet	3,6	3,4	536	0,0	3,4	3,5
		armutsgefährdet	3,8	3,8	366	0,1	3,7	4,0
	Männer	zusammen	3,7	3,6	416	0,1	3,5	3,7
		nicht armutsgefährdet	3,6	3,5	254	0,1	3,4	3,6
		armutsgefährdet	4	3,9	161	0,1	3,7	4,1
	Frauen	zusammen	3,6	3,6	486	0,0	3,5	3,7
		nicht armutsgefährdet	3,6	3,4	281	0,0	3,4	3,5
		armutsgefährdet	3,7	3,8	205	0,1	3,7	3,9
SI-S5 Wohnkostenüberbelastung nach Armutsgefährdung, in %								
	zusammen		4,7	5,1	404	0,3	4,4	5,8
		nicht armutsgefährdet	1,7	1,9	134	0,2	1,5	2,3
		armutsgefährdet	27	29,5	270	2,3	25,0	34,0
SI-S5 Wohnkostenüberbelastung nach Rechtsverhältnis an der Wohnung, in %								
		Eigentum, keine Rückzahlungsverpflichtungen (mehr)	1,4	1,4	35	0,3	0,9	1,9
		Eigentum, mit aktuellen Rückzahlungsverpflichtungen	1,6	1,2	26	0,3	0,7	1,7
		Miete (Marktpreis)	10,4	12,4	284	1,0	10,4	14,5
		reduzierte Miete oder mietfrei	6,8	6,4	58	0,9	4,6	8,2
SI-S5 Wohnkostenüberbelastung nach Besiedlungsdichte, in %								
		hohe Besiedlungsdichte	8,3	8,8	260	0,8	7,3	10,5
		mittlere Besiedlungsdichte	3	3,4	68	0,4	2,5	4,3
		geringe Besiedlungsdichte	2,3	2,5	75	0,3	1,9	3,1
SI-S5 Wohnkostenüberbelastung nach Quintilen des Äquivalenzeinkommens, in %								
		1. Quintil	18,7	19,9	307	1,5	16,9	22,9
		2. Quintil	2,8	3,9	62	0,6	2,7	5,1
		3. Quintil	1,5	1,6	26	0,3	1,0	2,2
		4. Quintil	0,6	0,3	4	0,1	0,1	0,5
		5. Quintil	0,2	0,3	5	0,1	0,0	0,6

Indikatoren	2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009		
				Standard- fehler	95% Konfidenzintervall	
					untere Grenze	obere Grenze
SI-S5 Wohnkostenüberbelastung nach Haushaltstyp, in %						
Einpersonenhaushalte gesamt	14,7	17,0	202	1,0	15,0	19,0
Alleinlebend <65 Jahre	17	19,6	154	1,3	17,0	22,2
Alleinlebend 65+ Jahre	10,3	11,8	48	1,4	9,0	14,6
Alleinlebend männlich	13,4	16,8	88	1,6	13,6	20,1
Alleinlebend weiblich	15,7	17,1	113	1,3	14,6	19,6
2 Erwachsene, mind. einer 65+, ohne Kinder	2,8	1,6	12	0,5	0,5	2,6
2 Erwachsene, beide unter 65, ohne Kinder	3,6	5,5	55	1,0	3,5	7,5
Sonstige Haushalte ohne Kinder	2,6	1,1	10	0,5	0,0	2,1
Ein-Eltern-Haushalt, zumindest 1 Kind	11,6	14,5	43	3,6	7,3	21,6
2 Erwachsene + 1 Kind	2,3	2,8	28	0,9	1,1	4,6
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,7	1,6	20	0,6	0,5	2,7
2 Erwachsene + mind. 3 Kinder	1,4	3,6	23	1,3	1,1	6,1
Andere Haushalte mit Kindern andere Mehrpersonen-Haushalte (nur Personen unter 18 im Haushalt)	-	-	-	-	-	-
Haushalt ohne Kinder gesamt	6,5	7,2	278	0,5	6,3	8,1
Haushalt mit Kindern gesamt	2,9	3,1	125	0,5	2,1	4,1
SI-S6 Überbelag nach Armutsgefährdung, in %						
zusammen	15	13,2	1.089	0,7	11,8	14,5
nicht armutsgefährdet	12,3	11	798	0,7	9,6	12,3
armutsgefährdet	34,7	29,3	291	2,5	24,5	34,1
SI-S6 Überbelag nach Armutsgefährdung, nur Mehrpersonenhaushalte, in %						
zusammen	15,8	13,5	943	0,8	12,0	15,1
nicht armutsgefährdet	12,7	11,3	706	0,8	9,8	12,8
armutsgefährdet	40,6	32,5	237	3,2	26,2	38,7
SI-S6 Überbelag nach Besiedlungsdichte, in %						
hohe Besiedlungsdichte	25,1	22,4	663	1,4	19,7	25,0
mittlere Besiedlungsdichte	10,5	9,6	201	1,2	7,2	12,0
geringe Besiedlungsdichte	8,5	7	225	0,8	5,4	8,6
SI-S6 Überbelag nach Haushaltstyp, in %						
Einpersonenhaushalte gesamt	11,1	11,4	146	0,8	9,8	13,0
Alleinlebend <65 Jahre	13,5	12,6	102	1,1	10,5	14,7
Alleinlebend 65+ Jahre	7	9,3	44	1,2	6,9	11,7
Alleinlebend männlich	14,3	14,3	78	1,4	11,6	17,1
Alleinlebend weiblich	8,7	9,2	68	1,0	7,3	11,0
2 Erwachsene, mind. einer 65+, ohne Kinder	2,9	2,8	24	0,7	1,4	4,2
2 Erwachsene, beide unter 65, ohne Kinder	6,8	5,3	55	0,9	3,6	7,0
Sonstige Haushalte ohne Kinder	11,5	8,7	81	2,1	4,6	12,7
Ein-Eltern-Haushalt, zumindest 1 Kind	33,7	29,9	93	3,9	22,2	37,5
2 Erwachsene + 1 Kind	14,3	11,8	119	1,7	8,4	15,2
2 Erwachsene + 2 Kinder	11,5	8,7	107	1,4	5,9	11,4

Indikatoren		2008	2009	Absolutzahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009			
					Standardfehler	95% Konfidenzintervall		
						untere Grenze	obere Grenze	
	2 Erwachsene + mind. 3 Kinder	37,8	34,1	216	3,7	26,9	41,3	
	Andere Haushalte mit Kindern	26,8	25,9	247	3,3	19,5	32,4	
	andere Mehrpersonen-Haushalte (nur Personen unter 18 im Haushalt)	-	-	-	.	.	.	
	Haushalt ohne Kinder gesamt	8,5	7,4	306	0,6	6,3	8,6	
	Haushalt mit Kindern gesamt	21,7	18,9	783	1,2	16,5	21,2	
SI-C12 Wohndeprivation nach Merkmalen und Anzahl der Items, in %								
	undichtes Dach, Schimmel oder Feuchtigkeit	13,6	15,3	1.261	0,7	14,0	16,5	
	kein Bad/Dusche	0,7	0,7	59	0,1	0,5	0,9	
	kein WC	1,6	1,3	111	0,2	1,0	1,7	
	dunkle Räume	6,9	6,5	541	0,4	5,7	7,4	
	weder Bad/Dusche noch WC	0,5	0,5	43	0,1	0,4	0,7	
	Keine Deprivation: 0 Items	81,5	80,2	6.624	0,7	78,8	81,5	
	Deprivation: 1 Item	14,8	16,2	1.336	0,6	14,9	17,4	
	Deprivation: 2 Items	3,2	3,3	276	0,3	2,7	4,0	
	Deprivation: 3 Items	0,4	0,2	19	0,1	0,1	0,4	
SI-C13 Mittlerer Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, nach Alter und Armutsgefährdung*, in %								
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	14,3	13,8	8.262	0,2	13,5	14,1
		nicht armutsgefährdet	13,2	12,7	7.269	0,2	12,4	13,1
		armutsgefährdet	28,1	29,0	993	1,3	26,5	31,4
	<=17 Jahre	zusammen	15,4	14,5	1.591	0,4	13,8	15,2
		nicht armutsgefährdet	14,3	13,5	1.378	0,3	12,9	14,0
		armutsgefährdet	25,2	26,4	213	2,1	22,3	30,4
	18-64 Jahre	zusammen	14,2	13,6	5.273	0,2	13,3	14,0
		nicht armutsgefährdet	13,1	12,5	4.705	0,2	12,1	12,9
		armutsgefährdet	30,7	32,4	569	1,3	29,9	34,8
	65+ Jahre	zusammen	13,7	13,8	1.398	0,3	13,2	14,3
		nicht armutsgefährdet	12,8	12,7	1.187	0,2	12,3	13,2
		armutsgefährdet	24,8	23,3	211	1,3	20,8	25,8
SI-C13 Mittlerer Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, nach Alter und Geschlecht*, in %								
	alle (>= 0 Jahre)	zusammen	14,3	13,8	8.262	0,2	13,5	14,1
		Männer	14	13,5	4.036	0,2	13,2	13,8
		Frauen	14,8	14,2	4.226	0,2	13,8	14,6
	<=17 Jahre	zusammen	15,4	14,5	1.591	0,4	13,8	15,2
		zusammen	14,2	13,6	5.273	0,2	13,2	14,1
	18-64 Jahre	Männer	13,8	13,4	2.630	0,2	13,1	13,8
		Frauen	14,4	13,9	2.644	0,2	13,5	14,3
		zusammen	13,7	13,8	1.398	0,2	13,3	14,2
	65+ Jahre	Männer	12,5	12,7	590	0,3	12,2	13,2
		Frauen	15	15,0	808	0,2	14,5	15,5

Indikatoren	2008	2009	Absolut- zahl 2009 in 1.000	Schwankungsbreite 2009			
				Standard- fehler	95% Konfidenzintervall		
					untere Grenze	obere Grenze	
SI-C13 Mittlerer Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen, nach Besiedlungsdichte*, in %							
hohe Besiedlungsdichte	17,6	17,0	2.966	0,4	16,3	17,7	
mittlere Besiedlungsdichte	14,1	13,5	2.093	0,3	12,8	14,1	
geringe Besiedlungsdichte	12,2	11,4	3.203	0,3	10,7	12,0	

Alle: Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008 und 2009, Stand: 06.08.2010

Außer Indikator SI-P2: Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2005-2008, Stand: 06.08.2010

OV...Overarching Indicator, SI...Social Inclusion Indicator (P bezeichnet Primär-, S Sekundär- und C Kontextindikatoren)

* Varianzschätzung mit Bootstrapping anstatt Linearisierung.

7. LITERATUR

7.1. Verwendete Literatur

- » Aiginger, Karl (2009): Finanzkrise: Anlass, Ursachen, Strategien, inklusive Blick nach vorne. WIFO-Vorträge 104/2009. Abrufbar unter: <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=35586&typeid=8&displaymode=2> (23.09.2010)
- » BMASK/ Statistik Austria (2009) Armutsgefährdung in Österreich: EU-SILC 2008 – Eingliederungsindikatoren. Sozialpolitischen Studienreihe des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Band 2.
- » Europäische Kommission (2009) Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt des Wandels. KOM(2009) 433, Brüssel.
- » Europäische Kommission (2010) Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020, Brüssel.
- » Eurostat (2009). Social Inclusion Portfolio June 2009: Algorithms to compute social inclusion indicator based on EU-SILC and adopted under the Open Method of Coordination (OMC) (Doc LC-ILC/39/09/EN).
- » Expert Group on Household Income Statistics (2001). Canberra Group: Final Report and Recommendations. Ottawa.
- » Giovannini, E. (2009) Why Measuring Progress Matters. OECD, Paris.
- » Statistik Austria (2010a). Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009. Wien.
- » Statistik Austria (2010b). Tabellenband zu EU-SILC 2009. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Wien.
- » Statistik Austria (2009). Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2008. Wien.
- » Verma, V. (2001). EU-SILC Sampling Guidelines. Macro International Inc. London.

- » Die jährliche Publikation „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC“ der Statistik Austria ist abrufbar unter:
http://www.statistik.at/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html#index10 (25.10.2010)

Die Standard-Dokumentation mit Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu EU-SILC 2003 bis 2008 ist abrufbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/dokumentationen/Soziales/index.html
(25.10.2010)

7.2. Berichte und Publikationen zu EU-SILC

- » Angel, S. (2008). Sozioökonomische und soziodemographische Aspekte der Verschuldung privater Haushalte in Österreich. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.
- » Angel, S./Einböck, M./Heitzmann, K./Till-Tentschert, U. (2009): Verschuldung, Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung österreichischer Privathaushalte. Ergebnisse aus EU-SILC 2008. In: Statistische Nachrichten 12/2009. Statistik Austria. Wien.
- » Bauer, M./Lamei, N. (2005). EU-SILC – die neue Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. In: Statistische Nachrichten 3/2005. Wien. S. 224-231.
- » Berger, J./Hanappi, T./Hofer, H./Müllbacher, S./Schuh, U./Schwarzbauer, W./Strohner, L./Weyerstraß, K. (2009). Konjunkturbelebende Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und der Bundesländer. Abschätzung der volkswirtschaftlichen Effekte. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend. Institut für höhere Studien. Projektbericht.
- » Biffi, G. (2006). Gender and the Labour Market: Comparing Austria and Japan. WIFO Working paper No 279. Wien.

- » Biffl, G. (2007). Development of the Distribution of Household Income in Austria. WIFO Working paper No 293. Wien.
- » Czasny, K./Stocker, E. (2007). Wohnzufriedenheit im heimischen Wohnungswesen. Jahrbuch Wohnbauförderung 2007. Wien.
- » Datler, G./Skina, M./Till, M. (2008). EU-SILC 2006 Sonderauswertung zur sozialen Lage älterer Menschen in Österreich. Modul 1: Ausgangslage und tabellarischer Arbeitsbehelf. Wien.
- » Datler G./Mahidi M. (2009): Armutsgefährdung und Wohnsituation. Modul zur Wohnsituation in EU-SILC 2007. In: Statistische Nachrichten 6/2009. Wien. S. 458-473.
- » Dearing, H. (2008). Mikrosimulationsstudie über das Arbeitsangebotsverhalten von Müttern mit kleinen Kindern. Diplomarbeit. Universität Wien. Wien.
- » Dearing, H./Hofer, H./Lietz, Ch./Winter-Ebmer, R./Wrohlich, K. (2007). Why are Mothers Working Longer in Austria than in Germany? A Comparative Microsimulation Analysis. In: Fiscal Studies, vol. 28 no. 4, S. 463-495.
- » Eiffe, F. (2010) Armut im Lichte des Capability Ansatzes. In: Dokumentation 8.Armutskonferenz. Geld.Macht.Glücklich. Salzburg
- » Eiffe, F./ Till, M. /Kafka, E. (2010) Armutsgefährdung und Deprivation - Konzepte und Evidenz. WISO 3/2010. S 69-84.
- » Eurostat (2007). Comparative EU statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference (Helsinki, 6-8 November 2006).
- » Felderer, B./Gstrein, M./Nagaev, S./Schuh, U, (2005). Familienleistungen in Österreich. Investitionen in die Familie. Studie im Auftrag des BMSGK. IHS.Wien.
- » Fuchs, M. (2007). Social Assistance – no, thanks? Empirical Analysis of Non-Take-Up in Austria 2003. Euromod Working Paper No. EM4/07
- » Fuchs, M. (2009). Nicht-Inanspruchnahme von Sozialleistungen am Beispiel der Sozialhilfe. In: Dimmel, N.; Heitzmann, K.; Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.

- » Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007). Effects of Changes in Tax/Benefit Policies in Austria 2003-2005. In: Czech Sociological Review 2007/3, S. 611-636
- » Fuchs, M./Lietz, Ch. (2007), Effects of Chances in Tax/Benefit Policies in Austria 1998-2005. Euromod Working Paper No. EM3/07
- » Glaser, Th./Till, M. (2010), Gewichtungungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC-Querschnittergebnissen. In: Statistische Nachrichten 7/2010. Statistik Austria. Wien.S 566-577.
- » Guger, A./Marterbauer, M. (2007). Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich - ein Update. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen. WIFO Working paper No 307. Wien.
- » Hannes, C./Lindinger, K./Till-Tentschert, U./Vana, I.(2010): Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. In: Kontraste 2/2010. Institut für Gesellschaftspolitik. JKU Linz
- » Heitzmann, K./Till-Tentschert, U.(2009): Armutgefährdung und manifeste Armut in Österreich. In: Dimmel, N.; Heitzmann, K.; Schenk, M.: Handbuch Armut in Österreich. Innsbrucker Studienverlag. Innsbruck.
- » Henke, J./Till, M./Schrittwieser, K./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 3. Eingliederungsbilanzen: Kontextveränderungen und sozialpolitische Intervention. Wien.
- » Heuberger, R./Lamei, N. (2006). Das Datenmanagement in EU-SILC – von der Befragung zu Sozialindikatoren. In: Statistische Nachrichten 11/2006. Wien. S. 1054-1061.
- » Heuberger, R./Kafka, E. (2008). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 1: Analysis of the CATI test. Wien.
- » Heuberger, R./Kafka, E. (2008). EU-SILC Impact Study on Comparability of National Implementations. Final Report. Part 2: Computation of imputed rents. Wien.
- » Kaiser, M./ Stadler M. (2007a). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse einer Analyse der EU-SILC Erhebungen 2003 und 2004. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.

- » Kaiser, M./Stadler M. (2007b). Einkommen und Armut in Tirol. Vergleich der EU-SILC Analyse 2003/2004 mit den Ergebnissen 2005. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.
- » Kaiser, M./ Stadler M. (2008). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.
- » Kaiser, M./ Stadler M. (2009). Einkommen und Armut in Tirol. Ergebnisse aus EU-SILC 2007. Amt der Tiroler Landesregierung. Innsbruck.
- » Kernbeiß, G./Lehner, U./Wagner-Pinter, M. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 2. Armut im Lichte des Haushaltspanels. Wien.
- » Kranzinger, A. (2005). Armut - Institutionen und Inzidenz in Österreich. Diplomarbeit. Universität Linz. Linz.
- » Lamei, N.; Till-Tentschert, U. (2005). Messung von Armutsgefährdung und Deprivation. In: Statistische Nachrichten 04/2005. Wien. Statistik Austria.
- » Lamei, N./Till-Tentschert, U. (2009). Dauerhafte Armutsgefährdung in Österreich 2004 bis 2007. In: Statistische Nachrichten 01/2010. Statistik Austria. Wien.
- » Prean, N. (2008). Fertility Timing and Income - Insights from the EU-SILC for Austria. Diplomarbeit. Wirtschaftsuniversität Wien. Wien.
- » Skina, M./Till, M. (2010): Lebensstandard und Armut. In: Frauenbericht 2010. Wien: Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich, 230-245. Wien.
- » Statistik Austria, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung (KMI) der österreichischen Akademie der Wissenschaften (2010): migration & integration. zahlen.daten.indikatoren 2010. Wien.
- » Statistik Austria (2005). Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.
- » Sterner, C./Mayer, M. (2006). Armut und Lebensbedingungen. Steirische Statistiken, Heft 9/2006. Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Graz.

- » Till M. (2006). Jahreseinkommen und erwartete Lebensstandardpositionen von Personen in Privathaushalten. In: Statistische Nachrichten 4/2006. Wien. S. 250-260.
- » Till, M./Till-Tentschert, U. /AIAS (Hrsg.) (2006). Armutslagen in Wien. Empirische Befunde zur Arbeits-, Geld- und Wohnsituation sowie spezifischen Disparitäten nach Migrationshintergrund und Geschlecht. Schriftenreihe des Instituts für Soziologie Band 40. Wien.
- » Till, M./Till-Tentschert, U. (2007). Niedriges Einkommen + materielle Deprivation = soziale Ausgrenzung? – die konventionelle Armutsberichterstattung und ihre Beschränkungen. In: Angewandte Sozialforschung Jg. 25/Heft 1/2 S. 47-65.
- » Till, M./Klotz, M./Meindl, B.(2010). Modellbasierte Schätzung von Armutsgefährdung in den Bundesländern. In: Austrian Journal of Statistics. Volume 39/2010 Number 1&2. Wien. S 153-170.
- » Till, M./Eiffe, F. (2010). The progress of living conditions. A dynamic model of material deprivation for a European Society. In: Atkinson, A.B. and Marlier, E. (ed.). Income and living conditions in Europe, Luxembourg: Publications Office of the European Union. S 241-263.
- » Till, M./Eiffe, F. (2010). Towards an inclusion balance: accounting for gross change in Europeans living conditions. Eurostat working paper, Luxembourg. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/income_social_inclusion_living_conditions/publications/Methodologies_and_working_papers (30.11.2010)
- » Till-Tentschert, U./Lamei, N./bauer, M. (2005). Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bericht über die soziale Lage 2003-2004. Wien: BMSG. S.207-232.
- » Till-Tentschert, U. (2007). Was ist Armut? In: Tomandl, Th.; Schrammel, W. (Hrsg.): Sicherung von Grundbedürfnissen. Wiener Beiträge zum Arbeits- und Sozialrecht. Braumüller Verlag. Wien 2007 S.1-20.

- » Till-Tentschert, U./Lamei, N. (2007). Verfügbare Einkommen und Armutsgefährdung in Österreich 2005. In: Khol, A. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006. S.389-413.
- » Till-Tentschert, U./Weiss, H. (2008). Armutslagen und Chancen für Eingliederung in Österreich. Arbeitspapier 1. Merkmale deprivierter Lebensführung in Österreich. Wien.
- » Till-Tentschert, U./Vana, I. (Hrsg.) (2009). In Armut aufwachsen. Empirische Befunde zu Armutslagen von Kindern und Jugendlichen in Österreich. Schriftenreihe des Instituts für Soziologie Band 41. Wien.
- » Till-Tentschert, U./Lamei, N./Till M./Eiffe, F./Glaser Th./Heuberger, R./Kafka, E./Skina-Tabue, M. (2010): Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung (in Druck) in: Sozialbericht 2009-2010. BMASK. Wien

8. ERLÄUTERUNGEN UND DEFINITIONEN

8.1. Methodische Erläuterungen

Quelle: Sämtliche Auswertungen basieren auf der Erhebung EU-SILC – Statistics on Income and Living Conditions für das Erhebungsjahr 2009. Vergleichswerte für 2008 stammen aus EU-SILC 2008. Andere Quellen sind angeführt.

Zeitlicher Bezug: Referenzjahr: Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung beziehen sich auf das Jahr 2008, ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ (Nennung der Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2008) zur Grundlage haben: Erwerbsstatus, Erwerbsbeteiligung des Haushalts, Erwerbsintensität von Personen und Dauer der Arbeitslosigkeit. Erhebungszeitpunkt: Informationen über Haushaltszusammensetzung, aktuelle Haupttätigkeit, aktuelle Erwerbstätigkeit, aktuelles Monatseinkommen Unselbständiger, Ausstattung mit Konsumgütern usw. beziehen sich hingegen auf das Jahr 2009.

Tabellen: In allen Tabellen, mit Ausnahme der Tabellen 1.1, 1.2, 1.6, 11.1, 11.2, 11.3, in denen Euro-Beträge ausgewiesen sind, werden Personen dargestellt. Bei Haushaltsmerkmalen werden immer Personen in Haushalten ausgewiesen (außer in Tabelle 1.1).

Klammerung: Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen von weniger als 20 beruhen, werden nicht ausgewiesen.

Bei Dezils-/Quartilsauswertungen (Tabellen 1.1, 1.2a, 1.2b) wird folgendermaßen geklammert: Wenn weniger als 500 Fälle vorhanden sind, dann werden das unterste und das oberste Dezil (10%, 90%) geklammert, wenn weniger als 200 Fälle vorhanden

sind, werden auch das erste und das dritte Quartil (25%, 75%) geklammert.

Bundesländerergebnisse: EU-SILC weist auch Ergebnisse nach Bundesländern aus. Es wird darauf hingewiesen, dass die Stichprobe für EU-SILC repräsentativ für Österreich gezogen wurde und daher Auswertungen auf Bundesländerebene mit einer höheren Schwankungsbreite der Ergebnisse behaftet sind. Eine Interpretation der Werte und etwaiger Differenzen darf nur unter Berücksichtigung der Stichprobengröße und des daraus resultierenden Stichprobenfehlers erfolgen.

Zufriedenheit: Befragt wurden nur Personen ab 16 Jahren, fehlende Werte wurden nicht imputiert. In Proxy-Interviews wurden keine Zufriedenheitsfragen gestellt (d.h. nur Selbstauskünfte), daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

Gesundheit: Fehlende Werte wurden nicht imputiert, daher schwanken die Fallzahlen. Auswertungen beziehen sich jeweils nur auf die gültigen Fälle.

8.2. Veränderungen zur Vorjahreserhebung

8.2.1. Private Pensionsleistungen als neue Komponente im Haushaltseinkommen

2009 wurde erstmals seit dem Start von EU-SILC eine neue Komponente zum Haushaltseinkommen hinzugefügt.⁵⁹ Es handelt sich dabei um die privaten Pensionsbezüge, also alle regelmäßigen Auszahlungen (Renten) von privat angespartem Kapital. Darunter fallen Lebensversicherungen und private Altersvorsorge, aber auch Versicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität, die nicht Bestandteil des staatlichen

⁵⁹ Für die bisherige Definition des Haushaltseinkommens vgl. Kommissionsverordnung (EC) 1980/2003, Annex I.4.

Sozialsystems sind. Privatpensionen wurden nun als laufendes Einkommen aus Kapital klassifiziert, weswegen sie ab EU-SILC 2009 wie die anderen Kapitaleinkommensarten behandelt und dementsprechend ins Haushaltseinkommen aufgenommen werden. Auf Grund der in Österreich nachrangigen Bedeutung privater Pensionsbezüge ist der Einfluss der privaten Pensionsleistungen auf die Einkommensverteilung und die Indikatoren zu Armutsgefährdung gering.⁶⁰

8.2.2. Adaptierungen des Befragungsinstruments

Im Fragebogen 2009 wurden im Zuge einer EU-weiten Harmonisierung die Fragen zu Problemen in der Wohnumgebung durch Verschmutzungen, zum mindestens notwendigen Haushaltseinkommen und zum Auskommen mit dem Haushaltseinkommen adaptiert. Bei den ersten beiden Fragen wurden Beispiele und Erläuterungen ergänzt, bei letzterer die Antwortkategorien in der umgekehrten Reihenfolge abgefragt.

Einer Revision auf EU-Ebene folgend wurde bei der Hauptaktivität in den einzelnen Monaten des Vorjahres eine Kategorie in drei Kategorien aufgeteilt. Die Kategorie „Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig“ wurde ersetzt durch: (1) „Haushaltsführung und Betreuungspflichten“, (2) „Nicht erwerbsfähig aufgrund einer dauerhaften gesundheitlichen Beeinträchtigung oder einer körperlichen Einschränkung“ und (3) „Aus anderen Gründen nicht erwerbstätig“.

Bei den Fragen nach der Leistbarkeit von Merkmalen des Mindestlebensstandards wurde eine textliche Änderung vorgenommen. Formulierung 2008: „Können Sie sich leisten...“, Formulierung 2009: „Können Sie und die anderen Haushaltsmitglieder sich leisten..“.⁶¹

60 Für eine genaue Darstellung des Effekts des Einbezugs von Privatpensionen auf das Haushaltseinkommen vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

61 Vgl. „Methoden und Vergleiche zu EU-SILC 2009“.

8.2.3. Veränderungen im Tabellenband 2008/2009

In nahezu allen a-Tabellen wird ab der Berichterstattung 2009 die Kategorie „Bundesländer“ durch die Kategorie „Einkommensgruppen“ ersetzt.

In nahezu allen b-Tabellen wird ab der Berichterstattung 2009 die Kategorie „Haupteinkommensquelle“ durch die Kategorie „Ausgrenzungsgefährdung“ ersetzt.

Ab der Berichterstattung 2009 werden Privatpensionen in das gesamte Haushaltseinkommen eingerechnet. In den Tabellen 1.6a und 1.6b beinhaltet die Kategorie „Private Einkommen“ aus Konsistenzgründen nun im Gegensatz zur Berichterstattung 2008 ebenfalls Einkommen aus Privatpensionen (vgl. S. 200).

Erwerbsbeteiligung im Haushalt: Der Indikator „Erwerbsintensität des Haushalts“ wird ab 2009 durch den Indikator „Erwerbsbeteiligung im Haushalt“ ersetzt. Dieser weist den Anteil der Erwerbsmonate aller Personen zwischen 18 und 59 (ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr aus. Pro Person wird bei Vollzeitwerbstätigkeit unabhängig von den pro Monat tatsächlich geleisteten Stunden volle Erwerbsbeteiligung angenommen. Bei Teilzeiterwerbstätigkeit wird die aktuell geleistete Stundenzahl durch 35 dividiert und anteilmäßig eingerechnet. Ausgewiesen werden drei Kategorien: (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: maximal 20% Erwerbsbeteiligung, das entspricht in einem Einpersonenhaushalt einer ganzjährigen Erwerbstätigkeit von maximal sieben Wochenstunden. Diese Kategorie entspricht den „Erwerbslosenhaushalte“ der Europa 2020 Indikatoren. Teilweise Erwerbsbeteiligung: mehr als 20% und weniger als 85% Erwerbsbeteiligung im Haushalt, das entspricht in einem Einpersonenhaushalt ganzjährig einer Erwerbsbeteiligung von weniger als 30 Wochenstunden. Volle Erwerbsbeteiligung: 85% bis 100% Erwerbsbeteiligung im Haushalt. Für den bis zur Berichterstattung 2008 ausgewiesenen Indikator „Erwerbsintensität des Haushaltes“ war das Erwerbsalter wie auch sonst im Bericht mit 20 bis

64 Jahren festgelegt. Die Berücksichtigung von Vollzeit- bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit (Vollzeit=100%, Teilzeit=50%) war gegenüber der aktuellen Berechnung (Vollzeit=100%, Teilzeit entsprechend Stundenausmaß) weniger genau.

Altersgruppen: Ab der Berichterstattung 2009 werden die Altersgruppen „bis 19 Jahre“, „20 bis 39 Jahre“, „40 bis 64 Jahre“ und „65 Jahre+“ auch für die Gesamtbevölkerung ausgewiesen. Nach Geschlecht werden Männer und Frauen ab 20 Jahren in den Gruppen „20 bis 39 Jahre“, „40 bis 64 Jahre“ und „älter als 65 Jahre“ dargestellt.

Kosten für Kinderbetreuung: Auf Grund des hohen Anteils fehlender Fälle wurden diese 2009 imputiert.

Die zusammengefassten Indikatoren zur Deprivation in den Bereichen Wohnung, Wohnumfeld, Gesundheit, sowie der Indikator sekundäre Deprivation und die Betroffenheit in mindestens einer, zwei oder drei Dimensionen werden ab 2009 nicht mehr ausgewiesen. Die Tabellen 5.2a und 5.2b werden durch die Darstellung von Deprivation nach nationaler (finanzielle Deprivation), Eurostat- (materielle Deprivation bei 3 von 9 Merkmalen) und Europa 2020-Definition (materielle Deprivation bei 4 von 9 Merkmalen) ersetzt.

Als zusätzliche Merkmale werden fast durchgängig Einkommensgruppen (niedrig, mittel, hoch) und die Zielgruppendefinition der Europa 2020 Strategie (ausgrenzungsgefährdet, armutsgefährdet, in (nahezu) Erwerbslosenhaushalt, materiell depriviert) ausgewiesen.

8.3. Definitionen zum Tabellenband

8.3.1. Einkommen

(Siehe Tabellen 11.2. im Tabellenband)

Primäreinkommen: Faktoreinkommen + Altersleistungen ab Erreichen des Pensionsalters (Frauen 60, Männer 65 Jahre) vor Steuern und Abgaben + Kapitaleinkommen, wenn diese weniger als 100 Euro pro Jahr oder weniger als 1% des Haushaltseinkommens ausmachen.

Faktoreinkommen (=Brutto-Markteinkommen): Arbeitseinkommen + Kapitaleinkommen.

Arbeitseinkommen (=Erwerbseinkommen): Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit (inkl. Gelegenheitsarbeit, Trinkgelder, Sonderzahlungen und Zulagen wie Urlaubsschädigungen, Familienzulagen, Mitarbeiterbeteiligungen, Überstundenzahlungen, Provisionen, Prämien, Firmenwagen etc.) und Selbständigeneinkommen (Werkvertrags- und freie Dienstnehmer, Freiberufler, Landwirte, Gewerbetreibender inkl. Entnahmen und Deputate).

Kapitaleinkommen: Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Kapitalbeteiligungen und sonstige Vermögenserträge, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vor Steuern und Abgaben. 2009 werden erstmals auch Privatpensionen berücksichtigt (siehe S.194).

Altersleistungen (=Pensionen): Leistungen für Personen im Pensionsalter (Frauen 60, Männer 65 Jahre); neben Eigen- und Hinterbliebenenpensionen auch Unfallrente, Invaliditätspension und Pflegegeld (ab Erreichen des Pensionsalters).

Sekundäreinkommen: Primäreinkommen + Sozialeleistungen (inkl. Altersleistungen vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters) - Abgaben (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge).

Sozialeleistungen: Sozialeleistungen durch die öffentliche Hand: Familienleistungen (Familienbeihilfe, Wochengeld, Kinderbetreuungsgeld, staatliche Unterhaltsvorschüsse, Hinterbliebenenleistungen), Arbeitslosenleistungen (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Altersteilzeitgeld - Betrag vom AMS, Leistung zur Deckung des Lebensunterhalts, vorzeitige Alterspension wegen Arbeitslosigkeit, Gesundheitsleistungen (Krankengeld; Unfallrente, Pflegegeld, Invaliditätspension vor Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters; sonstige Unfall- und Krankenleistungen), Bildungsleistungen (Stipendien und Studienbeihilfen, Studiengebührenrückerstattung, sonstige Bildungsleistungen), Wohnbeihilfen und Sozialhilfe. Änderungen im Bezug von Sozialeleistungen (z.B. 13. Familienbeihilfe, Varianten des Kinderbetreuungsgeldes) werden berücksichtigt.

Verfügbares Haushaltseinkommen: Sekundäreinkommen + erhaltene Privattransfers – geleistete Privattransfers. Netto-Jahreseinkommen eines Haushaltes 2008. Enthält 2009 erstmals auch Privatpensionen.

Privattransfers: Alimente, Unterhaltszahlungen und freiwillige Unterstützungen zwischen Haushalten.

Private Einkommen: Regelmäßig erhaltene Privattransfers + Kapitaleinkommen. 2009 werden erstmals auch Privatpensionen berücksichtigt.

Monatliches Erwerbseinkommen brutto: Zum Befragungszeitpunkt 2009 aktuelles Bruttomonatseinkommen unselbständig Erwerbstätiger.

Haushaltsbudget: Verfügbares Haushaltseinkommen abzüglich Wohnkosten.

Aktuelles monatliches Haushaltseinkommen: Selbsteinschätzung des gesamten monatlichen Nettohaushaltseinkommen (inkl. Erwerbseinkommen, Pensionen, Sozialleistungen, Privattransfers aller Haushaltsmitglieder) zum Befragungszeitpunkt.

EU-Skala (=modifizierte OECD-Skala): Für jeden Haushalt wird ein Grundbedarf angenommen, der 100% des Bedarfs eines Erwachsenen entspricht (0,5 Konsumäquivalente) weiters erhält jede erwachsene Person ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 ein Gewicht von 0,3 (60% eines Erwachsenenäquivalents).

Äquivalenzeinkommen: Gewichtetes verfügbares Haushaltseinkommen. Die Gewichtung wird auf Basis der EU-Skala berechnet und das verfügbare Haushaltseinkommen wird durch die Summe der Gewichte je Haushalt dividiert.

Haupteinkommensquelle des Haushalts: Jene Einkommensquelle, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Hauptverdiener bzw. Hauptverdienerin: Diejenige Person im Haushalt, die den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet.

Zweitverdiener bzw. Zweitverdienerin: Person mit dem zweithöchsten Einkommen im Haushalt (bezogen auf eine bestimmte Einkommensart).

Weitere Verdiener und Verdienerinnen: In Haushalten mit drei oder mehr Personen diejenigen, die nach dem/der Hauptverdienenden und dem/der Zweitverdienenden ebenfalls ein Einkommen beziehen. Ihre Einkommen werden kumuliert ausgewiesen.

8.3.2. Verteilungs- und Ungleichheitskennziffern

Median: Wert, der die Einkommensverteilung in zwei gleich große Hälften teilt. Genau

50% liegen unterhalb, die übrigen 50% oberhalb des Wertes.

Quartile (Einkommensviertel): Werte, die die Einkommensverteilung in vier gleich große Teile teilen. 25% liegen unterhalb des ersten Quartils, das zweite Quartil entspricht dem Median, 75% liegen unterhalb und 25% oberhalb des dritten Quartils.

Dezile (Einkommenszehntel): Werte, die die Einkommensverteilung in zehn gleich große Teile teilen. 10% liegen unterhalb des Wertes des ersten Dezils, 90% liegen unterhalb und 10% oberhalb des Wertes des neunten Dezils.

S80/S20: Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels (80% niedriger als ...) dividiert durch Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Einkommensfünftels (20% niedriger als ...).

P90/P10: Wert des neunten Dezils (90% niedriger als ...) dividiert durch Grenze des ersten Dezils (10% niedriger als ...).

Gini-Koeffizient: Kennzahl für Einkommenskonzentration (totale Gleichverteilung = 0%, totale Konzentration auf einen Einzelfall = 100%).

Einkommensgruppen: Gemessen am Medianeinkommen (19.886 Euro): Niedrige Einkommen (unter 60% des äquivalisierten Medianeinkommens – unter 11.991 Euro; entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten), mittlere Einkommen (60-180% des äquivalisierten Medianeinkommens – zwischen 11.931 und 35.795 Euro), hohe Einkommen (über 180% des äquivalisierten Medianeinkommens – über 35.795 Euro).

8.3.3. Armutsgefährdung

Armutsgefährdungsschwelle: Der Betrag des äquivalisierten Haushaltseinkommens,

der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Bei äquivalisierten Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert wird Armutsgefährdung angenommen. Wenn nicht anders ausgewiesen, handelt es sich um die Festlegung der Armutsgefährdungsschwelle nach Eurostat-Definition bei 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens. Der Betrag für diese Schwelle liegt 2009 bei einem äquivalisierten Haushaltseinkommen von 994 Euro pro Monat (für einen Einpersonenhaushalt gerechnet) oder bei 11.931 Euro pro Jahr.

Armutsgefährdung (nach Sozialleistungen): Alle Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes (Armutsgefährdungsschwelle = 60% des Medians) liegt, gelten als armutsgefährdet. Ist von „Armutsgefährdung“ oder „Armutsrisiko“ ohne Zusatz die Rede, ist immer die Armutsgefährdung nach Sozialleistungen gemeint.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen und Pensionen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers und Pensionen vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdung vor Sozialleistungen: Armutsgefährdung bei Abzug der Sozialtransfers vom Haushaltseinkommen unter Beibehaltung der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medians des Äquivalenzeinkommens inkl. Pensionen und Sozialleistungen.

Armutsgefährdungsquote: Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung definiert als Anteil der Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, an der Gesamtbevölkerung.

Anteil an Armutsgefährdeten: Prozentanteil der Armutsgefährdeten einer bestimmten Gruppe an allen Armutsgefährdeten.

Armutsgefährdungslücke: Maß für die Intensität der Armutsgefährdung definiert als durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle.

Dauerhafte Armutsgefährdung: Nur Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden. Armutsgefährdung am Ende des Beobachtungszeitraumes, d. h. im aktuellsten Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren.

8.3.4. Finanzielle Deprivation

Nationaler Indikator zur Messung von Deprivation als Unvermögen, aus finanziellen Gründen am definierten Mindestlebensstandard teilzuhaben. Auftreten von zumindest zwei der folgenden sieben Probleme:

Der Haushalt kann es sich nicht leisten

- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » Notwendige Arzt- oder Zahnarztbesuche in Anspruch zu nehmen
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren (z.B. für Reparaturen; der Betrag entspricht der gerundeten monatlichen Armutsgefährdungsschwelle aus EU-SILC 2007)
- » Neue Kleidung zu kaufen
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen.

Ergänzend zur finanziellen Deprivation weist der Indikator „materielle Deprivation“ nach Eurostat Definition eine deprivierte Lebensführung bei Zutreffen von drei von neun Merkmalen (siehe materielle Deprivation, S. 223) und nach Definition der Europa 2020 Strategie bei Zutreffen von vier von neun Merkmalen (siehe materielle Deprivation, S. 217) aus.

Deprivation in anderen Lebensbereichen: Zur Deprivation in den Bereich Wohnen, Gesundheit und Ausstattung mit Konsumgütern werden ab 2009 die Deprivationsmerkmale einzeln dargestellt. Für die Bereiche Wohnen und Gesundheit sind diese in den nationalen Indikatoren „prekäre Wohnqualität“ und „Gesundheitsprobleme“ zusammengefasst (siehe Kapitel 5). Der bis 2008 ausgewiesene Indikator „sekundäre Deprivation“, das finanziell bedingte Fehlen von Konsumgütern, fließt in den Indikator „materielle Deprivation“ (nach Eurostat Definition oder nach Definition der Europa 2020 Strategie) ein und wird nicht mehr gesondert ausgewiesen.

8.3.5. Gesundheit

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektiver Gesundheitszustand: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes. 5=sehr gut, 1=sehr schlecht.

Gesundheitsbeeinträchtigungen: Der eigene Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt, chronische Krankheiten oder gesundheitliche Probleme liegen vor, Einschränkungen auf Grund gesundheitlicher Probleme liegen vor, eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension oder Pflegegeld wird bezogen oder eine Rezeptgebührenbefreiung liegt vor.

Behinderung: Subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens

8.3.6. Wohnsituation

Überbelag: Orientiert sich am Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen. Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16m² beträgt, im Mittel weniger als 8 m² pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Wohnräume im Verhältnis zur Zahl der Personen im Haushalt zu gering ist: weniger als 2 Räume für 2 Personen, weniger als 3 Räume für 3 oder 4 Personen, weniger als 4 Räume für 5 oder 6 Personen, weniger als 5 Räume für 7 oder 8 Personen, weniger als 6 Räume für mehr als 8 Personen.

Wohnzufriedenheit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wohnsituation. 6=sehr zufrieden, 1=sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Wohnkosten: Nach EU-Skala äquivalisierte Kosten pro Jahr für alle Rechtsverhältnisse für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung

Wohnkosten pro m² Nutzfläche: Gesamte Wohnkosten des Haushalts, d. h. nicht äquivalisierte Wohnkosten, dividiert durch die Nutzfläche der Wohnung.

Wohnkostenbelastung: Subjektiv wahrgenommene Belastung durch Wohnkosten.

Wohnkostenanteil: Anteil der äquivalisierten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen.

Prekäre Wohnqualität:

- » kein Bad/Dusche oder kein WC in der Wohnung
- » Schimmel oder Feuchtigkeit

- » dunklen Räume
- » keine Waschmaschine

Wohnumgebungsbelastung:

- » Lärmbelästigung
- » Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie
- » Kriminalität, Gewalt, Vandalismus.

8.3.7. Konsumgüter

Vorhandensein von Konsumgütern: Es wird ausgewiesen, ob sich die folgenden Konsumgüter im Haushalt befinden, egal, ob sie in dessen Besitz, geliehen oder gemietet sind:

- » PC
- » Handy oder Festnetztelefon
- » Internet-Anschluss
- » DVD-Player
- » Geschirrspülmaschine
- » PKW
- » Waschmaschine

Aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter: Im Haushalt fehlt/fehlen eines/mehrere der angeführten Konsumgüter, weil es sich der Haushalt nicht leisten kann.

8.3.8. EU-SILC Modul 2009 zur materiellen Deprivation

Das Modul erhebt neue Dimensionen von Deprivation für Erwachsene und Kinder. Die Ergebnisse erscheinen im Frühjahr 2011 in den Statistischen Nachrichten.

8.3.9. Armutslagen

Manifeste Armut: nationaler Indikator; Finanzielle Deprivation und Armutsgefährdung treten gemeinsam auf. Manifeste Armut ist einer der nationalen Indikatoren für soziale Eingliederung.

Einkommensmangel: Armutsgefährdung ohne Merkmale finanzieller Deprivation.

Teilhabemangel: nationaler Indikator; Finanzielle Deprivation ist feststellbar, keine Armutsgefährdung.

Kein Mangel: Weder Armutsgefährdung noch finanzielle Deprivation lassen eine Benachteiligung erkennen.

8.3.10. Regionale Gliederung

Einwohnerzahl in der Region nach Gemeindegrößenklassen: Wien; >100.000: Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern, ohne Wien (Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck), <10.000: Gemeinden mit mehr als 10.000 und weniger als 100.000 Einwohnern; <= 10.000: Gemeinden mit höchstens 10.000 Einwohnern.

8.3.11. Alter

Das ausgewiesene Alter ist jenes zum 1.1. des Erhebungsjahres.

Erwerbsalter: 20 bis 64 Jahre.

Pensionsalter: 65+ Jahre.

8.3.12. Staatsbürgerschaft

Österreich: Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft

Eingebürgerte (nicht EU/EFTA): Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die davor keine EU-27- oder EFTA-Staatsbürgerschaft hatten.

Nicht Österreich: Personen ohne österreichischer Staatsbürgerschaft.

Haushalte mit Ausländerinnen und Ausländern (aus Nicht-EU-/EFTA-Staaten): Mindestens eine Person im Haushalt hat keine EU-27-/EFTA-Staatsbürgerschaft.

EU/EFTA: Als EU-Staatsbürgerschaft wird die Staatsbürgerschaft eines Landes der EU-27 angesehen. EFTA: Schweiz, Norwegen und Island.

Sonstiges Ausland: Personen ohne EU/EFTA-Staatsbürgerschaft.

8.3.13. Höchster Bildungsabschluss

Für Personen ab 16 Jahren.

Maximal Pflichtschule: Die befragte Person verfügt über keinen Schulabschluss oder hat höchstens die Pflichtschule abgeschlossen.

Lehre/mittlere Schule: Abschluss einer Lehrausbildung, Meister-/Werkmeisterausbil-

dung oder einer berufsbildenden mittleren Schule, Krankenpflegeschule.

Matura: Abschluss einer Matura (BHS, AHS, extern) inkl. Kolleg, Abiturientenlehrgang.

Universität: Abschluss eines Studiums an einer Universität, Akademie oder Fachhochschule.

Höchste abgeschlossene Bildung im Haushalt: Bildungsabschluss des Haushaltsmitglieds mit dem höchsten Bildungsabschluss.

8.3.14. Haushaltstypen

In den Tabellen werden immer Personen in Haushalten ausgewiesen. Kontextabhängig ergeben sich unterschiedliche Definitionen für Kinder.

Haushalte mit/ohne Pension: Als Haushalte mit Pension (vgl. Definition von Altersleistungen/Pension auf S.204) werden jene definiert, deren Einkommen zu mindestens 50% aus Pensionen stammt, als Haushalte ohne Pension entsprechend jene, wo Pensionen weniger als 50% des Einkommens ausmachen.

Haushalte mit Kindern: Haushalte ohne Pension, in dem Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren leben.

Kind: Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren. Kinder sind neben unter 16-Jährigen auch Personen unter 27, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind. Diese Definition entspricht den Voraussetzungen zum Bezug der Familienbeihilfe in Österreich.

Kinder unter 20 Jahren: Reine Altersdefinition: Kindesalter (< 20) in Abgrenzung zu

Erwerbsalter (20-64) und Pensionsalter (65+)

Kinder in Altersgruppen: Reine Altersdefinition mit unterschiedlichem Höchstalter (vgl. Tab. 8.1).

Kinder unter 18 oder unter 24 Jahren: Für die Eurostat Indikatoren gelten unter 18-Jährige in jedem Fall als Kinder. 19- bis 24-Jährige gelten dann als Kinder, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitsuchend sind.

Kinder unter 16 Jahren: Kinder unter 16 Jahren werden in der Erhebung nicht selbst befragt. Eine Auskunftsperson erteilt Informationen über Betreuung und Bildung. Merkmale von Personen (Zufriedenheit, Gesundheit) werden daher nur für Personen über 16 Jahren ausgewiesen.

Alleinlebend: Einpersonenhaushalt

Mehrpersonenhaushalte (MPH): Mindestens zwei Personen leben im Haushalt.

Ein-Eltern-Haushalte: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind.

Haushalte mit männlichem Hauptverdiener/weiblicher Hauptverdienerin: Gliederung nach Geschlecht der Person im Haushalt mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

8.3.15. Arbeit, Erwerbsintensität, prekäre Beschäftigung

Ausgewiesen wird sowohl die aktuelle Haupttätigkeit zum Befragungszeitpunkt 2009, als auch über die Haupttätigkeit im Referenzjahr der Erwerbsstatus 2008.

Aktuelle Haupttätigkeit 2009

Selbsteinschätzung der aktuellen Haupttätigkeit von Personen ab 16 Jahren. Erwerbstätigkeit: selbständige und unselbständige Erwerbstätigkeit, gegliedert nach Teil- und Vollzeit. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet. Personen mit Haushaltstätigkeit und Betreuungsaufgaben und sonstige nicht Erwerbstätige sind unter der Kategorie „Haushalt“ zusammengefasst.

Erwerbstätig: Aktuell erwerbstätige Personen laut Selbsteinschätzung der Haupttätigkeit 2009: ArbeitnehmerIn (auch Lehrling), selbständig oder mithelfend im Familienbetrieb (aber nicht angestellt) im Erwerbsalter. Präsenz- und Zivildienstler werden auf Grund geringer Fallzahlen den Erwerbstätigen zugerechnet.

Teilzeit erwerbstätig: Selbsteinschätzung der Befragten. Bei unklarer Zuordnung gilt ein Erwerbsausmaß von weniger als 36 Stunden als Teilzeiterwerbstätigkeit.

Vollzeit erwerbstätig: Selbsteinschätzung der Respondenten und Respondentinnen. Bei unklarer Zuordnung gilt ein Erwerbsausmaß ab 36 Stunden als Vollzeiterwerbstätigkeit.

Zufriedenheit mit der Haupttätigkeit: Subjektive Einschätzung der Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Haupttätigkeit. 6= sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

Berufliche Stellung: Klassifikation nach beruflicher Funktion in der aktuellen Haupterwerbstätigkeit für Personen im Erwerbsalter.

Haupttätigkeit im Referenzjahr (2008)

Erwerbsstatus 2008: Die Zuordnung basiert auf dem „Haupttätigkeitskalender“ (Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Jahr 2008, Selbsteinschätzung). Personen werden dann einer vorwiegenden Haupttätigkeit zugeordnet, wenn sie diese mind. 6 Monate ausgeübt haben. Personen mit mehrmals wechselnden Haupttätigkeiten werden in der Kategorie „Sonstige Mischformen“ zusammengefasst. Wenn zwei Tätigkeiten jeweils sechs Monate ausgeübt wurden, wird der Status angeführt, den die Person zuletzt hatte.

Erwerbsaktiv: Die Person war 2008 mindestens ein Monat erwerbstätig oder arbeitslos. Präsenz- u. Zivildienstler werden aufgrund der geringen Fallzahl den Erwerbstätigen zugeordnet.

Ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2008 12 Monate erwerbstätig. Differenziert wird nach Selbsteinschätzung in vorwiegend Vollzeit und vorwiegend Teilzeit.

Nicht ganzjährig erwerbstätig: Die Person war 2008 insgesamt weniger als 12 Monate erwerbstätig aber mehr als die Hälfte des Jahres. Vollzeit erwerbstätig („Vollzeit“), Teilzeit erwerbstätig („Teilzeit“) oder im Haushalt tätig („Haushalt“). Nicht ganzjährig erwerbstätige Personen, die keiner Tätigkeit mehr als sechs Monate nachgingen, werden unter „Sonstige Mischformen“ zusammengefasst.

Arbeitslos: Die Person war 2008 mindestens sechs Monate arbeitslos.

Nicht erwerbsaktiv: Die Person war 2008 in keinem Monat erwerbstätig oder arbeitslos.

Erwerbsintensität der Person: Anteil erwerbstätiger Monate einer Person im Jahr 2008. Monate mit Teilzeiterwerbstätigkeit werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate erreicht, zählt das als volle

Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null Erwerbsmonaten.

Erwerbsbeteiligung im Haushalt: Der Indikator „Erwerbsintensität des Haushalts“ wird ab 2009 durch den Indikator „Erwerbsbeteiligung im Haushalt“ ersetzt. Dieser weist den Anteil der Erwerbsmonate aller Personen zwischen 18 und 59 (ohne Studierende) an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr aus. Pro Person wird bei Vollzeit-erwerbstätigkeit unabhängig von den pro Monat tatsächlich geleisteten Stunden volle Erwerbsbeteiligung angenommen. Bei Teilzeiterwerbstätigkeit wird die aktuell geleistete Stundenzahl durch 35 dividiert und anteilmäßig eingerechnet. Ausgewiesen werden drei Kategorien: (Nahezu) keine Erwerbsbeteiligung: maximal 20% Erwerbsbeteiligung, das entspricht in einem Einpersonenhaushalt einer ganzjährigen Erwerbstätigkeit von maximal sieben Wochenstunden. Diese Kategorie entspricht den „Erwerbslosenhaushalte“ der Europa 2020 Indikatoren. Teilweise Erwerbsbeteiligung: mehr als 20% und weniger als 85% Erwerbsbeteiligung im Haushalt, das entspricht in einem Einpersonenhaushalt ganzjährig einer Erwerbsbeteiligung von weniger als 30 Wochenstunden. Volle Erwerbsbeteiligung: 85% bis 100% Erwerbsbeteiligung im Haushalt. Für den bis zur Berichterstattung 2008 ausgewiesenen Indikator „Erwerbsintensität des Haushaltes“ war das Erwerbsalter wie auch sonst im Bericht mit 20 bis 64 Jahren festgelegt. Die Berücksichtigung von Vollzeit- bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit (Vollzeit=100%, Teilzeit=50%) war gegenüber der aktuellen Berechnung (Vollzeit=100%, Teilzeit entsprechend Stundenausmaß) weniger genau.

Prekäre Beschäftigung

Teilzeit <12h: Aktuelle Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als 12 Wochenstunden.

Nicht ganzjährig beschäftigt: Beschäftigungsdauer im Jahr 2008 betrug laut Haupttätigkeitskalender weniger als 10 Monate.

Werk-/Dienstvertragsnehmer bzw. Werk-/Dienstvertragsnehmerin: Aktuelle Erwerbstätigkeit ist durch Werkvertrag oder freien Dienstvertrag geregelt oder es wurde 2008 ein Einkommen aus Werk-/Dienstverträgen bezogen.

Befristeter oder kein Vertrag: Unselbständig Erwerbstätige mit befristetem oder keinem Arbeitsvertrag.

Niedriglohnbeschäftigung: Alle unselbständig beschäftigten Personen (ohne Lehrlinge) mit einer Normalarbeitszeit von über 12 Stunden pro Woche, deren Stundenlohn brutto weniger als 5,77 Euro beträgt. Selbst bei Vollzeitbeschäftigung (40h) würde mit diesem Stundenlohn kein Monatslohn von 1.000 brutto € erreicht. Ausgewiesen wird zusätzlich die Subgruppe der Personen mit Niedriglohnbeschäftigung, deren Normalarbeitszeit über 34h liegt.

Working Poor: EU-SILC Definition ab 2007: Personen im Erwerbsalter (20-64), die im Referenzjahr laut Haupttätigkeitskalender zumindest ein Monat erwerbstätig waren und deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle liegt. Personen, die im Referenzjahr mehr als sechs Monate arbeitslos waren sind nicht berücksichtigt.

Arbeitslosigkeit

Aktuelle Haupttätigkeit arbeitslos: Selbsteinschätzung zum Befragungszeitpunkt (2009).

Arbeitslos: Person war laut Haupttätigkeitskalender 2008 mindestens ein Monat arbeitslos.

Erwerbsstatus arbeitslos: Person war 2008 mindestens sechs Monate arbeitslos.

8.3.16. Lebenszufriedenheit

Nur Personen ab 16 Jahren.

Subjektive Einschätzung der gegenwärtigen Zufriedenheit mit dem Leben. 6=sehr zufrieden, 1= sehr unzufrieden; nur Selbstauskünfte von Personen ab 16 Jahren.

8.3.17. Familie / Kinderbetreuung

Art der Kinderbetreuung: Anteil der mind. eine Stunde pro Woche betreuten Kinder bis 12 Jahre in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatpersonen und in der Schule an allen Kindern bis 12 Jahre.

Kinderbetreuung jüngstes Kind: Wird das jüngste Kind unter 12 Jahren im Haushalt mind. 1 Stunde pro Woche in Krippe/Kindergarten/Vorschule, Hort/Nachmittagsbetreuung, durch Tagesmutter oder sonstige bezahlte Privatperson betreut? Ohne Pflichtschule.

Betreuungsstunden pro Woche: Betreute Stunden (ohne Pflichtschule).

Schulbesuch: 10-14-jährige Kinder in der Sekundarstufe I (Hauptschule / AHS / Sonderschule)

Kinderbetreuungskosten: Gesamte monatliche Kinderbetreuungskosten von Haushalten mit mindestens einem Kind bis 16 Jahren in bezahlter Betreuung. Fehlende Werte wurden imputiert.

8.3.18. Risikohaushalte

Haushalte mit Ausländern bzw. Ausländerinnen (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine Person mit der Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Landes lebt.

Haushalte mit Eingebürgerten (ohne EU/EFTA): Haushalt, in dem mindestens eine eingebürgerte Person aus einem Nicht-EU/EFTA-Land lebt und alle weiteren Haushaltsmitglieder ebenfalls österreichische Staatsbürger bzw. Staatsbürgerinnen sind.

Haushalte mit Behinderung (im Erwerbsalter): Haushalt, in dem mind. eine Person im Erwerbsalter (20-64 Jahre) eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung seit mindestens einem halben Jahr bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens hat.

Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit: Haushalt, in dem mind. eine Person mind. 12 Monate arbeitslos war.

Haushalte mit Sozialleistungen: Haupteinkommensquelle des Haushalts (=größter Anteil am Haushaltseinkommen) sind Sozialleistungen, ohne Haushalte mit Langzeitarbeitslosigkeit.

Alleinlebende Frauen ohne Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionsleistungen weniger als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Alleinlebende Frauen mit Pension: Weibliche Einpersonenhaushalte, in denen Pensionsleistungen mehr als 50% des gesamten Einkommens ausmachen.

Ein-Eltern-Haushalte: Der Haushalt setzt sich zusammen aus einer erwachsenen Person und mindestens einem Kind unter 27 Jahren. Nur Haushalte, in denen Pensionen weniger als 50% des Haushaltseinkommens ausmachen.

Haushalte mit jüngstem Kind 4 bis 6 Jahre alt: Jüngstes Kind im Haushalt ist maximal 4 bis 6 Jahre alt.

Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern: Der Haushalt setzt sich zusammen aus mehr als einer erwachsenen Person und drei oder mehr Kindern unter 27 Jahren.

8.4. Definitionen von Europa 2020 (Kap. 4)

Europa 2020 Strategie: Die soziale Eingliederung in der Europäischen Union bis 2020 soll insbesondere durch Verminderung der Armut gefördert werden, wobei angestrebt wird, mindestens 20 Millionen Menschen aus Gefährdungslagen zu bringen.

Personen in (nahezu) Erwerbslosenhaushalten: Personen, die in einem Haushalt leben, in dem Personen zwischen 18 und 59 Jahren (ausgenommen Studierende) im Laufe eines Jahres insgesamt weniger als 20% der maximal möglichen Erwerbsmonate ausschöpfen.

Materielle Deprivation: Für die Ziele der Europa 2020 Strategie wird materielle Deprivation bei Zustimmung zu mindestens vier von neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt festgelegt. Der Haushalt kann sich nicht leisten:

- » Regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren
- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren

- » Einen PKW
- » Eine Waschmaschine
- » Ein Farbfernsehgerät
- » Ein Telefon oder Handy

Ausgrenzungsgefährdung: Definiert die Zielgruppe der Europa 2020 Strategie. Ausgrenzungsgefährdet sind Personen,

- » deren Einkommen 60% der nationalen Medianeinkommens nicht übersteigt
- » die materiell depriviert sind
- » die in einem erwerbslosen Haushalt leben.

Überschneidungen sind möglich.

8.5. Definition der Kontextvariablen der nationalen Eingliederungsindikatoren (Kap.5)

Bildungsferne: Personen ab 16 Jahren, die keine Ausbildung im Sekundarbereich II (Lehre, BMS oder Matura) besuchen und keine diese Ausbildungen bereits abgeschlossen haben.

Migrationshintergrund: Personen ohne österreichische oder EU27/EFTA-Staatsbürgerschaft und eingebürgerte Personen mit vormals Nicht-EU27/EFTA-Staatsbürgerschaft.

Menschen mit Behinderung: Subjektiv wahrgenommene starke Beeinträchtigung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten, die mindestens schon 6 Monate andauert. Aufgrund einer geänderten Fragestellung ist die Definition von „Menschen mit Behinderung“ zwischen ECHP und EU-SILC nicht vergleichbar.

Ein-Eltern-Haushalte: Alle Personen (Erwachsene und abhängige Kinder/Jugendliche), die in einem Haushalt leben, der aus einer erwachsenen Personen und mindestens einem Kind oder abhängigen Jugendlichen besteht. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen, als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit drei u. mehr Kindern: Alle Personen in Haushalten mit zwei (oder mehreren) Erwachsenen und drei (oder mehreren) abhängigen Kindern/Jugendlichen. Als Kinder gelten alle unter 16-Jährigen (EU-SILC) bzw. alle unter 15-Jährigen (MZ), als abhängige Jugendliche 16-26-Jährige (EU-SILC) bzw. 15-26-Jährige (MZ), die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben und nicht erwerbstätig sind.

Familien mit Kindern unter 4 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen das jüngste Kind unter vier Jahre alt ist.

Familien mit Kindern zw. 4 und 16 Jahren: Alle Personen in Haushalten, in denen mindestens ein Kind zwischen vier und 16 Jahren lebt.

Armutsgefährdete: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen unterhalb von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

prekärer Wohlstand: Personen, deren äquivalisiertes Haushaltseinkommen zwischen 60% und 70% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt.

Langzeitarbeitslose: Personen, die bereits 12 Monate oder länger arbeitslos sind (ILO-Definition).

Die Definition der Eingliederungsindikatoren findet sich im Kapitel 5 bei dem jeweiligen Indikator.

8.6. Definitionen zu Eurostat-Indikatoren

Indikatoren SI-P8, SI-S4, SI-S5, SI-S6, SI-C13

Armutsgefährdung nach Sozialtransfers: siehe S. 202

Armutsgefährdungsquote: siehe S. 202

Indikator SI-P1

Armutsgefährdungsschwelle: siehe S. 201

Indikatoren SI-S1a, SI-S5, SI-S6

Abhängige Kinder: 19- bis 24-Jährige, wenn sie in Haushalten mit einem Elternteil leben und aktuell weder erwerbstätig noch arbeitslos oder arbeitssuchend sind.

Haushaltstyp: Zusammensetzung der Haushalte nach Zahl und Alter der Erwachsenen und Kinder. Unter 18-Jährige gelten in jedem Fall als Kinder, 19- bis 24-Jährige dann, wenn finanziell abhängig sind.

Indikator SI-S1b

Erwerbsintensität (w): siehe Erwerbsbeteiligung im Haushalt, S. 213. $w=0$: keine der Personen im Erwerbsalter war im Einkommensbezugszeitraum erwerbstätig (entspricht höchstens 20% Erwerbsbeteiligung in der Berechnung des nationalen Indikators). $w=1$: alle Personen im Erwerbsalter waren erwerbstätig (entspricht mehr als 85% bis 100% Erwerbstätigkeit in der Berechnung des nationalen Indikators). $w=0,5$: Ein Teil der Personen im Erwerbsalter war erwerbstätig (entspricht mehr als 20% und weniger

als 85% Erwerbsbeteiligung in der Berechnung des nationalen Indikators.

Indikator SI-S1c

Hauptaktivität: Die Zuordnung basiert auf dem „Haupttätigkeitskalender“ (Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Referenzzeitraum, Selbsteinschätzung). Personen ab 18 Jahre werden einer vorwiegenden Haupttätigkeit zugeordnet, wenn sie diese mehr als die Hälfte der Monate, für die Angaben vorliegen, ausgeübt hat. Personen unter 18 Jahren und diejenigen mit gültigen Angaben für weniger als 7 Monate, werden ausgeschlossen. „Erwerbstätig“ fasst Teil- und Vollzeiterwerbstätigkeit zusammen. „Nicht erwerbstätig“ ist in „Arbeitslos“, „Pension“ und „sonstige nicht Erwerbstätige“ (z.B. erwerbsunfähig, studierend, Haus- und Betreuungsaufgaben) untergliedert.

Indikator SI-C1

Anteilsverhältnis der Einkommensquintile S80/S20: siehe S. 201

Indikator SI-C2

Gini-Koeffizient: siehe S. 201

Indikator SI-P3

Relativer Medianwert der Armutsgefährdungslücke: siehe S. 200

Indikator SI-S1e

Armutsgefährdungsquote nach alternativen Armutsgefährdungsschwellen: Der Betrag für die Armutsgefährdungsschwelle wird üblicherweise bei 60% des Medians

des Äquivalenzeinkommens angenommen. Alternativ kann die Armutsgefährdungsschwelle bei 40% des Medians, 50% des Medians und 70% des Medians des Äquivalenzeinkommens berechnet werden. Entsprechend größer oder kleiner sind die derart berechneten Armutsgefährdungsquoten.

Indikator SI-C5

Armutsgefährdungsquote bei zeitlicher Verankerung der Armutsgefährdungsschwelle:

Die Armutsgefährdungsschwelle aus einem Referenzjahr (dzt. 2005) wird mit der Inflationsrate fortgeschrieben und der Anteil der Bevölkerung unterhalb dieser Schwelle berechnet.

Indikator SI-C6

Armutsgefährdung vor Sozialtransfers: siehe Armutsgefährdung vor Sozialtransfers und Pensionen, S. 202

Indikator SI-C8

Erwerbspersonen: Erwerbspersonen sind nach der Hauptaktivität (Haupttätigkeit pro Kalendermonat im Referenzzeitraum, Selbsteinschätzung) definiert. Personen ab 18 Jahre werden einer vorwiegenden Haupttätigkeit zugeordnet, wenn sie diese mehr als die Hälfte der Monate, für die Angaben vorliegen, ausgeübt hat. Personen unter 18 Jahren und diejenigen mit gültigen Angaben für weniger als 7 Monate haben, werden ausgeschlossen. Die Untergliederung in Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit erfolgt anhand der aktuellen (zum Befragungszeitpunkt) Selbsteinschätzung der Haupttätigkeit.

Indikator SI-P2

Dauerhafte Armutsgefährdung: siehe S. 203 . Nur Personen, die vier Jahre in Folge befragt wurden. Auf Grund und der per EU-Verordnung vorgeschriebenen Lieferverpflichtungen sind die Längsschnittdaten gegenüber den Querschnittdaten immer etwa ein halbes Jahr zeitversetzt verfügbar. Aus diesem Grund bezieht sich der Indikator dauerhafte Armutsgefährdung auf den Zeitraum 2005 bis 2008, während die Querschnittsindikatoren bis einschließlich 2009 ausgewiesen werden.

Indikatoren SI-P8, SI-S4

Materielle Deprivation: Der Indikator „materielle Deprivation“ gibt den Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung bzw. der jeweiligen Untergruppe aus, der nach dieser Definition benachteiligt ist. Zustimmung zu mindestens drei von neun Aussagen über die Leistbarkeit von Gütern/Bedürfnissen für den Haushalt. Der Haushalt kann sich nicht leisten:

- » Regelmäßige Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen (Miete, Betriebskosten, Kreditrückzahlungen, Wohnnebenkosten, Gebühren für Wasser-, Müllabfuhr und Kanal, sonstige Rückzahlungsverpflichtungen)
- » Unerwartete Ausgaben bis zu 900€ zu finanzieren
- » Die Wohnung angemessen warm zu halten
- » Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen
- » Einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
- » Einen PKW
- » Eine Waschmaschine
- » Ein Farbfernsehgerät
- » Ein Telefon oder Handy

Intensität der Deprivation: Arithmetisches Mittel der Zahl der Zustimmungen zu den

obengenannten Items für materiell deprivierte Personen (mind. drei Zustimmungen).

Indikatoren SI-S5, SI-C13

Wohnkostenanteil: Anteil der jährlichen Wohnkosten (Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung) abzügl. Wohnbeihilfen und Wohnkostenzuschüssen, am gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen.

Mittlerer Anteil der Wohnkosten: Median des Wohnkostenanteils am Haushaltseinkommen für die jeweilige Gruppe.

Überbelastung durch Wohnkosten: Wohnkostenanteil von mehr als 40%.

Besiedlungsdichte: DEGURBA-Klassifikation (Labour Force Survey, Methods and Definitions, 1998 Edition) der Wohngemeinde.

Hohe Besiedlungsdichte: mehr als 500 Bewohner pro Quadratkilometer und mindestens 50.000 Einwohner. Mittlere Besiedlungsdichte: mehr als 100 und weniger als 500 Bewohner pro Quadratkilometer und entweder mindestens 50.000 Einwohner oder an ein Gebiet mit hoher Besiedlungsdichte angrenzend.

Geringe Besiedlungsdichte: weder hohe noch mittlere Besiedlungsdichte.

Indikator SI-S5

Quintile des Äquivalenzeinkommens: Werte, die die Verteilung in fünf gleich große Teile teilen. 20% liegen unterhalb des ersten Quintils, 40% unterhalb des zweiten, 60% unterhalb des dritten Quintils, 20% oberhalb des vierten Quintils.

Indikator SI-S6

Überbelag: Anteil der Personen in einer überbelegten Wohnung an der Gesamtbevölkerung bzw. der jeweiligen Untergruppe. Überbelag wird über die Haushaltszusammensetzung und die Zahl der Wohnräume definiert und wird angenommen, wenn der Haushalt weniger als die folgende Zahl an Räumen hat: Einen Raum pro Haushalt, plus einen Raum für jedes Paar, plus einen Raum für jede weitere einzelne Person ab 18 Jahren, plus einen Raum pro zwei Jugendlichen (ohne Partner im Haushalt) des selben Geschlechts zwischen 12 und 17 Jahren, plus einen Raum pro Jugendlichen (ohne Partner im Haushalt) unterschiedlichen Geschlechts zwischen 12 und 17 Jahren, plus einen Raum pro zwei Kinder unter 12 Jahre.

Die Zahl der benötigten Räume wird jeweils aufgerundet (z.B. für drei Kinder unter 12 Jahren sind zwei Räume notwendig). Eine Familie bestehend aus zwei Erwachsenen, zwei 13-jährigen Mädchen und einem 8-jährigen Buben benötigt mindestens vier Zimmer. Sind die 13-Jährigen hingegen ein Bub und ein Mädchen, wird ein zusätzliches Zimmer benötigt, in Summe mindestens fünf Zimmer, damit die Wohnung nicht als überbelegt gilt.

Indikator SI-C12

Wohndeprivation: Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung oder der jeweiligen Untergruppe, die folgende Probleme mit ihrer Wohnung haben, pro Item:

- » Undichtes Dach, Schimmel oder Feuchtigkeit
- » Kein Bad und keine Dusche in der Wohnung
- » Kein WC in der Wohnung
- » Dunkle Räume
- » Weder Bad/Dusche noch WC in der Wohnung

Anteil der Personen an der Gesamtbevölkerung oder der jeweiligen Untergruppe, die entweder keine Wohndeprivation, eines, zwei, drei oder alle der vier erstgenannten Probleme haben. Der Anteil der Personen mit vier Wohnproblemen wird aufgrund geringer Fallzahlen nicht ausgewiesen.

